

Böing, Mira

Problemdiskurse der sozialen Stadtentwicklung. Eine kritische Ethnografie zur Konstruktion »Südosteuropäische Zuwanderer«

Weinheim : Beltz Juventa 2025, 261 S. - (Dissertation, Universität Siegen, 2025)



Quellenangabe/ Reference:

Böing, Mira: Problemdiskurse der sozialen Stadtentwicklung. Eine kritische Ethnografie zur Konstruktion »Südosteuropäische Zuwanderer«. Weinheim : Beltz Juventa 2025, 261 S. - (Dissertation, Universität Siegen, 2025) - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-348215 - DOI: 10.25656/01:34821; 10.3262/978-3-7799-9383-4

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-348215>

<https://doi.org/10.25656/01:34821>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt unter folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Dieses Werk bzw. dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden und es darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-License: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.en> - You may copy, distribute and transmit, adapt or exhibit the work in the public as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. You are not allowed to make commercial use of the work or its contents. You are not allowed to alter, transform, or change this work in any other way.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Kontakt / Contact:

peDOCS

DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft



Mira Böing

Problemdiskurse der sozialen Stadtentwicklung

Eine kritische Ethnografie
zur Konstruktion »Südosteuropäische
Zuwanderer«

Mira Böing
Problemdiskurse der sozialen Stadtentwicklung

Folgen sozialer Hilfen

Herausgegeben von

Zoe Clark | Thomas Coelen | Bernd Dollinger | Chantal Munsch |
Hanna Weinbach

Soziale Hilfen sollen dazu beitragen, dass sich Lebensbedingungen von Menschen verbessern und Lebensführungsprobleme im Sinne der Adressat:innen bearbeitet werden. Dabei sind Menschen keine einfach formbaren Objekte. Veränderungen sind nicht ohne die betreffenden Akteur:innen selbst zu realisieren. Sie sind in komplexe soziale Konstellationen eingebettet und setzen sich eigensinnige Ziele, die nicht immer den politisch und fachlich vorgegebenen Zielen von Hilfen entsprechen. Die Frage nach den Folgen sozialer Hilfen und eine Ausrichtung an ihren Adressat:innen müssen deshalb zusammengedacht werden. Die Reihe »Folgen sozialer Hilfen« geht von diesem Punkt aus. Es werden Publikationen vorgelegt, die auf unterschiedliche Weise Folgen sozialer Hilfen untersuchen und dabei besonderes Gewicht auf die Rolle legen, die Adressat:innen bei der Hervorbringung von Folgen übernehmen.

Die Autorin

Mira Böing war bis 2024 wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-Graduiertenkolleg 2493/1: „Zwischen AdressatInnensicht und Wirkungserwartung – Folgen sozialer Hilfen“ an der Universität Siegen. Seit Januar 2025 ist sie assoziiertes Mitglied des Graduiertenkollegs 2493/1. Ihre Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich kritischer Stadtforschung, insbesondere im Hinblick auf die Konstruktion sozialer Probleme in Räumen und damit verknüpfter Definitionsmacht sowie ethnografischer Folgenforschung. Seit Juni 2025 ist sie als Referentin bei der Montag Stiftung Urbane Räume tätig.

Die vorliegende Arbeit wurde im Mai 2025 als Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Universität Siegen angenommen. Sie wurde im Rahmen des Graduiertenkollegs „Zwischen AdressatInnensicht und Wirkungserwartung – Folgen sozialer Hilfen“ von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Projektnummer 398510439) gefördert. Die Publikation wurde zudem durch den Open-Access-Publikationsfonds der Universitätsbibliothek Siegen gefördert.

Mira Böing

Problemdiskurse der sozialen Stadtentwicklung

Eine kritische Ethnografie zur Konstruktion
»Südosteuropäische Zuwanderer«

BELTZ JUVENTA

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Der Text dieser Publikation wird unter der Lizenz **Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International (CC BY-NC-ND 4.0)** veröffentlicht. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode.de>

Verwertung, die den Rahmen der **CC BY-NC-ND 4.0 Lizenz** überschreitet, ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für die Bearbeitung und Übersetzungen des Werkes. Die Beltz Verlagsgruppe behält sich die Nutzung ihrer Inhalte für Text und Data Mining im Sinne von § 44 b UrhG ausdrücklich vor. Die in diesem Werk enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Quellenangabe / Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen. Die Verlagsgruppe Beltz behält sich die Nutzung ihrer Inhalte für Text und Data Mining im Sinne von § 44 b UrhG ausdrücklich vor.

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.



Dieses Buch ist erhältlich als:

ISBN 978-3-7799-9382-7 Print

ISBN 978-3-7799-9383-4 E-Book (PDF)

DOI 10.3262/978-3-7799-9383-4

1. Auflage 2025

© 2025 Beltz Juventa

Beltz Verlagsgruppe GmbH & Co. KG

Werderstraße 10, 69469 Weinheim

service@beltz.de

Einige Rechte vorbehalten

Satz: Datagrafix, Berlin

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe ist ein Unternehmen mit finanziellem Klimabeitrag

(ID 15985-2104-1001)

Printed in Germany

Weitere Informationen zu unseren Autor:innen und Titeln finden Sie unter: www.beltz.de

Inhalt

Danksagung	11
1 Einleitung	12
2 Der Verfügungsfonds als Partizipationsinstrument der sozialen Stadtentwicklung	19
2.1 Soziale Stadtentwicklungs politik in Deutschland	19
2.2 Formale Struktur des Verfügungsfonds auf lokaler Ebene	21
2.2.1 Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK)	22
2.2.2 Quartiersmanagement	23
2.2.3 Kommunale Richtlinie zur Regelung der Vergabe und Verwendung der Mittel des Verfügungsfonds	24
2.2.4 Entscheidungsgremium	24
2.2.5 Projektanträge	25
2.2.6 Zusammenfassung	25
3 Plädyoyer für eine relational-machtreflexive Erforschung von Folgen im partizipativen Kontext sozialer Stadtentwicklung	27
3.1 Armut und Ethnizität als Kernkategorien sozialer Problematisierung in Wissenschaft und Praxis sozialer Stadtentwicklung	27
3.1.1 Die Zuschreibung sozialer Normabweichungen in der stadtsoziologischen Kontexteffektforschung	27
3.1.2 Die Reproduktion von Problemkategorien der stadtsoziologischen Segregationsforschung in der sozialen Stadtentwicklung	36
3.2 Programmimmanente Umgangsweisen mit der Unterrepräsentation marginalisierter Bevölkerungsgruppen im Verfügungsfonds	39
3.3 Zusammenführung und Anwendung	43
4 Theoretische Konzepte	46
4.1 Das Organisationsverständnis der sozialkonstruktivistischen Problemsoziologie	48
4.1.1 Zur sozialkonstruktivistischen Soziologie sozialer Probleme	48
4.1.2 Drei Definitionsmerkmale <i>sozialer Probleme</i>	50

4.1.3	Organisationale Problemarbeit im Kontext der <i>Karriere sozialer Probleme</i>	51
4.1.4	Zusammenfassung	54
4.2	Akteur*innenverständnis der wissenssoziologischen Diskurs- und Subjektivierungsforschung	55
4.2.1	Zur Verknüpfung von Wissenssoziologie und Diskurstheorie	56
4.2.2	Diskurs als umkämpfte soziale Praxis	58
4.2.3	Methodologische Einbindung der Adressat*innenperspektive über die empirische Subjektivierungsanalyse	60
4.2.4	Zusammenfassung	64
4.3	Grundlegende Begriffe einer relational-machtflexiven Folgenforschung	65
4.3.1	Zum Verständnis sozialer Hilfen als <i>lokale Artikulation gesellschaftlicher Problemdiskurse</i>	65
4.3.2	Adressat*innen sozialer Hilfen als relational eingebundene und selbst-reflexive Subjekte	66
4.3.3	Relationale Folgenkonzeption	67
4.4	Forschungsdesiderat und abgeleitete Forschungsfragen	68
5	Empirischer Zugang	70
5.1	Methodologische Begründung der Erhebungs- und Auswertungsmethoden	70
5.1.1	Ethnografie zur Rekonstruktion sozialer Problemdiskurse im Verfügungsfonds	70
5.1.2	Problemzentrierte Interviews zur Analyse von Selbst-Positionierungen	75
5.1.3	Grounded Theory als Analyse- und Auswertungsrahmen	76
5.1.4	Zusammenfassung	80
5.2	Methodisches Vorgehen I – Ethnografie	81
5.2.1	Das Untersuchungsgebiet Wostenberg-Nolden	81
5.2.2	Fallauswahl	82
5.2.3	Feldzugang	84
5.2.4	Theoretisches Sampling und Auswertungsprozess	85
5.2.5	Datenkorpus	87
5.3	Methodisches Vorgehen II – Problemzentrierte Interviews	90
5.3.1	Feldzugang und theoretisches Sampling	91
5.3.2	Vorstellung der Interviewpartner*innen	93

5.3.3 Interviewgestaltung und -durchführung	96
5.3.4 Auswertungsprozess	105
5.4 Forschungsethische Reflexionen	107
5.4.1 Prinzip der Nichtschädigung	108
5.4.2 Informierte Einwilligung	109
5.4.3 (Rassismus-)kritische Herangehensweisen als forschungsethische Anforderung	111
5.5 Erläuterungen zum Vorgehen der Ergebnisdarstellung und Diskussion	113
6 Problematisierungsprozesse in der lokalen Praxis des Verfügungsfonds	115
6.1 Das Eingangsgespräch mit dem Quartiersmanagement – Konstruktionen eines zweigeteilten Stadtteils und Verknüpfungen mit sozialer Stadtentwicklung	115
6.1.1 Die Hervorbringung von <i>Engagierten</i> und das <i>charmante Gründerzeitquartier</i>	116
6.1.2 Der Wendepunkt	118
6.1.3 Der <i>benachteiligte</i> Stadtteil und die Problemgruppenkonstruktion <i>Südosteuropäische Zuwanderer</i>	120
6.1.4 Die <i>Mittelschicht</i> als Gegensubjekt und Adressatin der Aufwertung	123
6.1.5 Zwischenfazit	125
6.2 Die Problemgruppenkonstruktion <i>Südosteuropäischer Zuwanderer</i> im integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept (ISEK)	126
6.2.1 Problemdefinition entlang statistischer Indikatoren	126
6.2.2 Problematisierung <i>Südosteuropäischer Zuwanderer</i> und Maßnahmen der <i>Problembearbeitung</i>	129
6.2.3 Die Positionierung der <i>Engagierten</i> im ISEK	131
6.2.4 Zwischenfazit	132
6.3 Partizipation im Vollzug – Antragstellung und Entscheidungsgremium	133
6.3.1 Die Diskussionsgrundlage	133
6.3.2 Akteur*innen im Entscheidungsgremium: (K)ein Querschnitt der Gesellschaft?	137
6.3.3 „Du weißt, ich schätze eure Arbeit sehr“ – Die Vertrautheit der Teilnehmer*innen	139

6.3.4 „Was macht ihr bei schlechtem Wetter?“ – Die Diskussion und Abstimmung der Projektanträge im Entscheidungsgremium	141
6.3.5 Zwischenfazit	143
6.4 „Kann jeder kommen und sagen ,ich möchte jetzt mal was machen“ – Zur Adressierungspraxis im Kontext von Partizipation	144
6.4.1 Darstellung als niederschwelliges Instrument	144
6.4.2 Übersetzungspraxis und die Subjektkonstitution im Stadtteil	147
6.4.3 Zwischenfazit	148
6.5 Zur Problemgruppenkonstruktion in der Praxis eines Verfügungsfonds-Projektes	149
6.5.1 Der Projektantrag „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“	149
6.5.2 Müllsammeln als Eingangsritual	151
6.5.3 Soziale Kontrolle und räumliche Grenzziehungen	153
6.5.4 Kinder als namenloses Kollektivsubjekt	155
6.5.5 Zwischenfazit	158
6.6 Zusammenfassung	158
7 Die lokale Artikulation des Problemdiskurses <i>Südosteuropäische Zuwanderung im Lichte gesellschaftlicher Problematisierung</i>	162
7.1 Die lokale Problematisierung <i>Südosteuropäischer Zuwanderung</i> im Kontext rassistischer Deutungsmuster gegen Rom*nja	162
7.2 Der stadtsoziologische Segregationsdiskurs als Teil der <i>institutionellen Problemschemata</i> sozialer Stadtentwicklung	167
7.3 Die <i>Subjektkartographie</i> des lokalen Problemdiskurses im Verfügungsfonds	169
7.3.1 <i>Südosteuropäische Zuwanderer</i> als Problemsubjekt und Adressat*innen der <i>Problembearbeitung</i> im Verfügungsfonds	170
7.3.2 <i>Engagierte</i> als Sprecher*innen und Adressat*innen von Partizipation im Verfüigungsfonds	171
7.3.3 <i>Quartiersmanagement</i> als Personal der Diskursproduktion	171
7.3.4 <i>Mittelschicht</i> als antagonistisches Gegensubjekt	172

7.3.5 Anonyme <i>Beschwerdeführer*innen</i> als Sprecher*innen	173
7.4 Ausgrenzung und Diskriminierung als Folgen des Verfügungsfonds	173
8 Selbst-Positionierungen der Adressat*innen des lokalen Problemdiskurses	175
8.1 Der Weg in den Stadtteil als Kontext lokaler Subjektivierungsprozesse	175
8.1.1 Ankunft in Deutschland	176
8.1.2 Zugang zum Wohnungsmarkt und soziale Netzwerke	184
8.1.3 Zwischenfazit	189
8.2 <i>Anpassung</i> als Selbst-Positionierung	190
8.2.1 Anpassung zur Behauptung sozialer Identität	190
8.2.2 Anpassung zur Anerkennung als legitime Bewohner*innen	198
8.2.3 <i>Reflexive</i> Anpassung als Selbst-Positionierung	201
8.2.4 Zwischenfazit	205
8.3 <i>Zurückweisung</i> als Selbst-Positionierung	206
8.3.1 Distanzierungen zur Kollektivanrufung	206
8.3.2 Konstruktion von Gegennarrativen	209
8.3.3 Ausdrucksformen des Wunsches nach Deutungs- und Handlungsmächtigkeit	215
8.3.4 Zwischenfazit	218
8.4 Zusammenfassung	219
9 Selbst-Positionierungen im Spannungsfeld von Ausgrenzung, Diskreditierung und Deutungskonkurrenz	222
9.1 Selbst-Positionierungen vor dem Hintergrund diskreditierter sozialer Identität	223
9.2 Konkurrenz im Deutungskampf um <i>soziale Probleme</i>	227
9.3 Zur <i>Machtwirkung</i> des Problemdiskurses <i>Südosteuropäische Zuwanderung</i> auf die Adressat*innen	230
10 Abschließende Betrachtungen	232
10.1 Erkenntnisse	232
10.2 Erkenntnisgewinn für die Erforschung von Folgen sozialer Hilfen	234
10.3 Kritische Reflexion	237
10.4 Ausblick	238

Literaturverzeichnis	241
Abbildungsverzeichnis	252
Tabellenverzeichnis	252
Anhang	253

Danksagung

„Navigate the world around you best you can and live in the world of your world. [...]“

Back to work.“

Patti Smith, *A few words*, 7. November 2024

Dieser Band ist in einem Forschungs- und Arbeitsprozess entstanden, der nur durch die Begleitung vieler Menschen möglich war, von denen ich einige Wichtige hier nennen möchte:

Mein Dank gilt zunächst allen Interviewpartner*innen, die ihre Erfahrungen im und Perspektiven auf das Leben im Stadtteil geteilt und mir das Vertrauen geschenkt haben, mit diesem bereitgestellten Wissen verantwortungsvoll umzugehen. Mein Dank gilt ebenso allen Forschungsteilnehmer*innen, die mir Einblicke in ihren Arbeitsalltag gewährt und sich Zeit für Gespräche genommen haben, mich bei der Akquise von Interviewpartner*innen unterstützt und/oder mir als Dolmetscher*innen zur Seite standen. Ihre und Eure Bereitschaft, an diesem Forschungsprozess mitzuwirken, hat diese Arbeit erst möglich gemacht.

Ich danke Dagmar Hoffmann für die vertrauensvolle Betreuung und konstruktive fachliche Begleitung der Arbeit als Erstgutachterin. Chantal Munsch danke ich für den stets fruchtbaren Austausch und ihre Mitwirkung als Zweitgutachterin. Darüber hinaus war auch das soziale Netzwerk des DFG-Graduiertenkollegs 2943 „Folgen sozialer Hilfen“ ein entscheidender Rückhalt im Forschungsprozess: Danke für kritische Reflexionen, gemeinsames Nachdenken und das kooperative Miteinander.

Christian danke ich für die Begleitung in den letzten Jahren – für das Zuhören, Mitdenken und die bedingungslose Unterstützung. Meine tiefe Dankbarkeit gilt auch Tilo – du bist das Wunderbarste und Wichtigste, das diese Zeit gebracht hat.

Die letzten Jahre haben mir vor Augen geführt, wie relevant – nicht zuletzt auf informeller Ebene – soziale Hilfen für die Vereinbarkeit von Elternschaft und Beruf sind. Ich danke daher unseren Familien für ihre vielseitige und verlässliche Unterstützung in dieser Zeit. Wiebke Vogelaar danke ich herzlich für das bestärkende Coaching und die feministische Kraft im Geburtsprozess der Dissertation. Ein großer Dank geht auch an David Bellmann für seine Unterstützung in der finalen Phase.

Die Arbeit ist in einer Zeit zunehmender gesellschaftlicher Spannungen, globaler Krisen und wieder verstärkt sichtbar und salonfähig werdendem Rassismus entstanden. Dieser Kontext hat mich und die Bearbeitung dieses Projekts wesentlich geprägt: phasenweise entmutigend, mitunter auch resignativ. Meist aber haben mich die Entwicklungen umso mehr bestärkt, weiterzumachen. In diesem Sinne beziehe ich mich auf Patti Smith: „Back to work.“

1 Einleitung

Wir sehen aus, als wären wir viele. Aber nur hier sind wir. Woanders sind wir nicht. Wir dürfen nicht woanders. Nicht, dass wir nicht dürfen, aber wir sind ähm (.) diskriminiert und so.
(Gabriella S., Pos. 652–656)

Im Jahr 1978 formulierten die Stadtsoziologen Hartmut Häußermann und Walter Siebel ihre „Thesen zur Stadtsoziologie“, in denen sie die Rolle einer *kritischen* Wissenschaft im Spannungsfeld einer „gesellschaftstheoretisch angeleiteten Stadtsoziologie und einer vom Informationsbedarf der Verwaltung geprägten Stadtplanungssoziologie“ (Häußermann & Siebel, 1978, S. 484) verorteten. Ihre Veröffentlichung gilt aufgrund ihres gesellschaftstheoretischen Potenzials als Grundlagenwerk kritischer Stadtsoziologie (Gestring, 2013). 35 Jahre nach der Veröffentlichung der „Thesen zur Stadtsoziologie“ schrieb Walter Siebel im Jahr 2013 in einer Replik:

Die Stadtplanung hat sich geändert. Noch in den 70er Jahren ging es um Verkehrsprobleme, die Zuordnung der ‚städtischen Funktionen‘, um Dichtemaße, technische Ausstattungsstandards und Dachformen. Soziales kam allenfalls als unbeabsichtigte Nebenfolge physisch-technischer Planungen in den Blick. Heute ist von Integration, Segregation, kreativen Milieus, Ausgrenzung, von Bildungsproblemen, der ethnischen Ökonomie und der Zugänglichkeit des lokalen Arbeitsmarkts die Rede. Kurz: die Probleme der Stadtplanung werden nicht mehr ausschließlich in technischen und physisch-räumlichen Kategorien definiert, sondern mehr und mehr in sozialen. Die kommunale Politik kommt also den Problemdefinitionen der Sozialwissenschaften näher. Zu diesem Wandel hat die Stadtsoziologie selbst beigetragen, indem sie Deutungsmuster und Kategorien bereitgestellt hat, um die Veränderungen der städtischen Wirklichkeit überhaupt wahrnehmen zu können. (Siebel, 2013, S. 150–151)

Walter Siebel beschreibt hier aus seiner Sicht den Wert der Stadtsoziologie, die dazu beigetragen habe, das politisch-administrative System für die Inblicknahme sozialer Verhältnisse in der Stadtplanungspraxis zu sensibilisieren.

Das Zitat von Gabriella S., das diesem einleitenden Kapitel vorangestellt ist, wurde im Jahr 2021 formuliert, also acht Jahre später. Die Interviewpartnerin im Rahmen des vorliegenden Forschungsprojektes,¹ macht darin Diskriminie-

1 Die Namen der Interviewpartner*innen sind pseudonymisiert. Gabriellas Zitat steht hier exemplarisch für Äußerungen von weiteren sechs bulgarischen und rumänischen Bewohner*innen des Stadtteils, die im Zuge dieser Arbeit interviewt wurden und in denen sich

rungserfahrungen relevant, die sie im öffentlichen Raum ihres Wohnumfeldes aufgrund ihrer Rom*nja-Identität erlebt. Mit der Perspektive des ‚Wir‘ bezieht sie sich auf eine als *Südosteuropäische Zuwanderer* konstruierte Gruppe, der rumänische und bulgarische Bewohner*innen bzw. im Stadtteil lebende Rom*nja zugeordnet werden. Sie beschreibt hier die Erfahrung, dass sich *ihre Gruppe* vermehrt auf einem öffentlichen Platz im Stadtteil aufhalte, weil sie an anderen Orten Diskriminierung erfahre.

Warum dieser kurze einleitende historische Exkurs im Zusammenhang mit einem aktuellen Zitat aus dem empirischen Teil der vorliegenden Arbeit? An Siebels Äußerung wird deutlich, dass das *kritische* Potenzial stadtsoziologischer Forschung immer als „Kind seiner Zeit“ (Gestring, 2013, S. 124) betrachtet werden muss: So wurde der Integration sozialer Kategorien in die Stadtplanungspraxis, die in der Institutionalisierung sozialer Stadtentwicklung maßgeblich Gestalt findet, seinerzeit reformpolitisches Potenzial zugesprochen (Pleiner & Thies, 2012). Zur Entwicklung und Evaluierung des Programms Soziale Stadt trugen Häußermann und Siebel sowohl mit Theorien einer gesellschaftstheoretisch ausgerichteten Stadtsoziologie mit kritischem Anspruch als auch in anwendungsorientierter und politikberatender Funktion bei (Siebel, 2013).²

Soziale Stadtentwicklung gilt nach wie vor als „vielversprechender Ansatz im Umgang mit problematischen Folgen der Segregation“ (Drilling & Dittmann, 2022, S. 258). Jedoch ist festzuhalten, dass sich die gesellschaftlichen Verhältnisse und mit ihr die wissenschaftliche Theoriebildung seither weiter verändert haben: In der gegenwärtigen Diskussion kritischer Stadtforschung werden zunehmend soziale Machtverhältnisse, die Relevanz der Verteilung von Deutungs- und Definitionsmaß sozialer Probleme und deren Folgen in den Blick genommen – Aspekte, die in Häußermann und Siebels Arbeiten eher eine untergeordnete Rolle spielen. Diese werden aktuell unter anderem im Hinblick auf Geschlechterverhältnisse (Bauriedl, 2013; Ruhne, 2020), Migration und Rassismus (Breckner & Sinning, 2022; Bukow, 2016; Kadioğlu, 2022; Rinn & Wiese, 2020; Yıldız, 2015) oder Gentrifizierung und Verdrängung (Eckardt, 2018 a; Füller et al., 2013; Glatter & Mießner, 2022; Holm, 2011; Meuth & Reutlinger, 2023) beforscht.

Vor diesem Hintergrund lässt sich nun das Eingangszitat von Gabriella S. betrachten. Sie macht ihre Aussage im Kontext ihrer Erfahrungen in einem Stadtteil, der seit mehreren Jahren Teil des Förderprogramms Soziale Stadt³ ist. Das kommunale politisch-administrative System hat sich damit dem programmatischen

Ausgrenzung und Diskriminierung widerspiegeln bzw. von den Befragten relevant gemacht werden.

2 So war Häußermann sowohl an der Entwicklung eines Vorgängerprogramms der Sozialen Stadt beteiligt als auch mit der ersten Programmevaluation des Bundesprogramms Soziale Stadt beauftragt (Häußermann & Kapphan, 2000; Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH [IfS], 2004).

3 Seit 2020 Sozialer Zusammenhalt (vgl. Kapitel 2).

Ziel verschrieben, „die komplexen städtebaulichen, sozioökonomischen und funktionalen Missstände in den *benachteiligten* Stadt- und Ortsteilen zu beheben und durch Stabilisierung und Aufwertung die Lebensbedingungen und die Lebensqualität aller Quartiersbewohnerinnen und -bewohner zu verbessern“ (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat [BMI], 2018, S. 16, Herv. d. Verf.). Wie kommt es dazu, dass GabriellaS. als Bewohnerin eines Fördergebietes der sozialen Stadtentwicklung trotzdem Diskriminierungserfahrungen im Stadtteil relevant macht? Welche neuen Erkenntnisse bietet ein machtflexiver Zugang im Forschungsfeld partizipativer sozialer Stadtentwicklung? Dies sind grundlegende Fragen, mit denen sich die vorliegende Arbeit befassen wird.

Diese ist im Kontext des DFG-Graduiertenkollegs 2493 „Zwischen AdressatInnensicht und Wirkungserwartung: Folgen sozialer Hilfen“ entstanden. Mit dem theoretischen Ansatz der Folgenforschung wird untersucht, welche Folgen soziale Hilfen jenseits ihrer programmatisch vorgegebenen und intendierten Wirkungen generieren. Damit grenzt sie sich in ihrem Anliegen von der Evaluationsforschung ab, gewinnt jedoch zugleich gerade durch die Abgrenzung an Kontur. Die Folgenforschung nimmt auch die Durchführung sozialer Maßnahmen in den Blick, ohne aber eine Bewertung hinsichtlich ihres *Funktionierens* im Sinne der programmativen Zielsetzung vorzunehmen (Dollinger et al., 2017, S. 9). Damit wird es möglich, auch solche (nicht intendierten oder Neben-)Folgen empirisch sichtbar zu machen, die verborgen bleiben, wenn sich die Forschung (nur) an den intendierten Zielerwartungen ausrichtet. Der Dachbegriff *sozialer Hilfe* bezieht sich dabei auf das heterogene Feld institutionell und professionell erbrachter personenbezogener Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, über die Erweiterung von Teilhabechancen und Handlungspotenzialen positive Effekte bei ihren Adressat*innen zu erreichen (Dollinger et al., 2017, S. 12). Sozialen Hilfen ist gemein, dass diese dann eingerichtet werden, wenn „subjektive Lebensführungsweisen für die Betroffenen als *schädigend* betrachtet werden [...], in denen [also] subjektive Lebensführungsweisen als (*potenziell*) *sozial problematisch* bestimmt werden“ (Kessl, 2019, S. 122, Herv. i. O.). Durch diese sozialen Hilfen inhärente Ausrichtung an den Adressat*innen, ist die Berücksichtigung dieser in der Erforschung von Folgen besonders zentral. Die Adressat*innen, so die Annahme, sind als (Ko-)Produzent*innen maßgeblich an der Entstehung von Folgen sozialer Hilfen beteiligt:

Es ist nicht davon auszugehen, dass Maßnahmen gleichsam in sich selbst wirken, sondern sie entfalten ausschließlich deshalb Wirkungen, weil sie in jeweils besonderen Kontexten auf Adressat*innen einwirken und diese durch ihre Handlungen mitgestalten, welche Folgen sich aus Maßnahmen ergeben. (Dollinger et al., 2017, S. 10)

Davon ausgehend setzt sich das Forschungsprogramm adressat*innenorientierter Folgenforschung grundlegend mit den Fragen auseinander, wie Folgen (1) zu

konzeptualisieren sind, (2) methodologisch und methodisch sichtbar gemacht werden können, (3) im Hinblick auf kausale Zusammenhänge begründet werden können, (4) auf welche Weise Adressat*innen in die Konstitution von Folgen eingebunden werden können und (5) wie soziale Hilfen mit der Identität von Adressat*innen interagieren (Dollinger & Weinbach, 2020).

Dieser Band widmet sich der Erforschung von Folgen im partizipativen Kontext sozialer Stadtentwicklung. Im Gegensatz zu anderen sozialpädagogischen Handlungsfeldern (z. B. Kinder- und Jugendhilfe), ist darin nicht das Individuum der Ausgangspunkt der Adressierung, sondern ein sozialer Raum (Graßhoff, 2015, S. 61). Zentral ist dabei der Befund, dass das Programm auf der Verortung *sozialer Probleme* in städtischen Teilebereichen gründet und auf Basis dessen Interventionen legitimiert werden (Franke & Schnur, 2016). Das Programm Soziale Stadt steht prototypisch für eine lokale, nahräumliche Ausrichtung sozialer Hilfen, in denen auf die Aktivierung der Adressat*innen zur Beteiligung an der Bearbeitung der *sozialen Probleme* gesetzt wird (Kessl & Krasmann, 2019).

Mit dem Verfügungsfonds nimmt die Programmatik der Aktivierung und Beteiligung im Programm Soziale Stadt konkrete Gestalt an (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung [BBSR], 2017; Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung [BMVBS], 2012). Durch dieses Instrument wird Geld zur Initiierung eigener Projekte zur Verfügung gestellt, mit denen sich Stadtteilakteur*innen am Stadtentwicklungsprozess beteiligen können. Programmatisch ist intendiert, „das Stadtteil Leben und das soziale Miteinander zu unterstützen, das Zusammenleben im Quartier zu fördern, die örtlichen Potenziale zu stärken und die Bewohnerschaft zur Mitwirkung und dauerhaften Selbstorganisation zu motivieren“ (BMI, 2018, S. 26).

Wie Kapitel drei ausführlich dargelegt, belegt die Empirie, dass insbesondere diejenigen Bevölkerungsgruppen, die im Sinne des Programms – häufig defizitorientiert entlang *sozialer* und *ethnischer* Kategorien – als *sozial benachteiligt* adressiert werden, verhältnismäßig weniger partizipieren als Angehörige der Mittelschicht (BBSR, 2017; BMFSFJ, 2024; Simonson et al., 2021). Dieser Befund wurde auch für das Instrument des Verfügungsfonds herausgearbeitet (Fritzsche, 2014; Matzke et al., 2020). Während im Rahmen von Programmevaluationen die Bearbeitung des Handlungsproblems der Unterrepräsentation *benachteiligter* Bevölkerungsgruppen über die Untersuchung der (Nicht-)Erreichung programmatischer Zielsetzung und ohne den Einbezug der Perspektive reflexiver Adressat*innen erfolgt, ermöglicht der Ansatz der Folgenforschung die Inblictnahme nicht intendierter Folgen, in der soziale Ungleichheit, darin eingelagerte Machtverhältnisse sowie die Sichtweisen der Adressat*innen methodologisch einbezogen werden. Damit wird zugleich dem Befund Rechnung getragen, dass die Zugangschancen zu bürgerschaftlichem Engagement für *sozial benachteiligte* Bevölkerungsgruppen aufgrund mangelnder Ressourcen und/oder sozialer Diskriminierung deutlich geringer ausfallen als für Mittelschichtsangehörige mit

hohem Einkommen, hoher Bildung und ohne *Migrationshintergrund* (BMFSFJ, 2024, S. 84).

Der vorangegangene skizzierte Problemaufriss ist der Anlass für die Entwicklung eines relational-machtreflexiven Ansatzes zur Erforschung von Folgen des Verfügungsfonds im Kontext sozialer Stadtentwicklung. Dieser zeichnet sich unter Rückgriff auf problemsoziologische (Groenemeyer, 2012) wie diskurs- und subjektivierungstheoretische Annahmen (Bosančić, 2019; Keller, 2011 a) über eine „Mehr-Ebenen-Analyse“ (Bosančić, 2022, S. 66) aus, indem der Prozess sozialer Problematisierung, an der Problemdefinition beteiligte Akteur*innen sowie darin prozessierende Adressierungen in der sozialen Praxis des Verfügungsfonds (*Ebene 1*) ins Verhältnis zu den Selbst-Positionierungen der Adressat*innen dieses Problemdiskurses gesetzt wird (*Ebene 2*). Für die erste Ebene erscheinen für diese Arbeit vorläufig zunächst folgende Fragestellungen relevant:⁴

1. Welche *sozialen Probleme* prozessieren in der sozialen Praxis des Verfügungsfonds?
2. Welche sozialen Gruppen werden im Prozess sozialer Problematisierung adressiert und in der Praxis zum Gegenstand der *Problembearbeitung*?
3. Welche Akteur*innen sind an der Problemdefinition und -bearbeitung beteiligt?

Zur Beantwortung dieser Fragen wurde das Instrument des Verfügungsfonds in einem Fördergebiet der Sozialen Stadt über zehn Monate ethnografisch begleitet (Breidenstein et al., 2020). Die auf Grundlage der teilnehmenden Beobachtung durchgeführte Rekonstruktion lokaler Problemdiskurse sowie daran beteiligte deutungsmächtige Akteur*innen und prozessierende Adressierungen werden in ein Verhältnis mit der Perspektive der darin als *problematisch* Adressierten gesetzt. Dementsprechend ist einleitend die folgende Frage zu formulieren (*Ebene 2*):

4. Wie positionieren sich die Adressat*innen zu den Problemanrufungen?

Die Analyse erfolgt auf der Grundlage sieben problemzentrierter Interviews (Witzel & Reiter, 2022), die mit *rumänischen* und *bulgarischen* Bewohner*innen des untersuchten Stadtteils geführt wurden.

Aus der Verhältnissetzung beider Analyseebenen werden abschließend die Folgen des Verfügungsfonds im Kontext sozialer Stadtentwicklung rekonstruiert (Fragestellung 5) (Bosančić, 2022).

⁴ Die Forschungsfragen werden im Anschluss an den theoretischen Rahmen in Kapitel 4.4 konkretisiert.

Aufbau der Arbeit

Im folgenden zweiten Kapitel wird zunächst die Programmatik des Förderprogramms Soziale Stadt (Kapitel 2.1) sowie das darin eingefasste Instrument des Verfügungsfonds (Kapitel 2.2) vorgestellt, woraufhin in Kapitel drei die Hinführung zum einleitend skizzierten Forschungsanliegen einer relational-machtrexiven Folgenforschung im Kontext sozialer Stadtentwicklung erfolgt. Im Rahmen dieser Darstellung und in Abgrenzung zu aktuellen Diskursen der stadtsoziologischen Kontexteffektforschung, die eng an die Programmatik sozialer Stadtentwicklung anknüpfen (Kapitel 3.1) sowie in Gegenüberstellung zu programmimmanenten, evaluativen Umgangsweisen mit der Unterrepräsentation *sozial benachteiligter* Bevölkerungsgruppen (Kapitel 3.2) wird die hier skizzierte methodologische Konzeption eines relational-machtrexiven Ansatzes begründet (Kapitel 3.3).

Anschließend erfolgt in Kapitel vier die Darlegung des theoretischen Rahmens. Im untersuchten Fördergebiet verortete *soziale Probleme* werden dabei mit Bezug auf sozialkonstruktivistische Ansätze der Problemsoziologie nicht von vornherein als gesetzt betrachtet, sondern Problematisierungs- und Adressierungsprozesse sowie daran beteiligte Akteur*innen relational in den Blick genommen. In Kapitel 4.1 werden für die Entwicklung eines daran anschließenden Organisationsverständnisses zentrale Konzepte der sozialkonstruktivistischen Problemsoziologie eingeführt, gefolgt von einer akteurstheoretischen Grundlegung entlang der Wissenssoziologischen Diskurs- und Subjektivierungsfor schung (Kapitel 4.2). In Kapitel 4.3 erfolgt mit Blick auf zentrale Konzepte einer adressat*innenorientierten Folgenforschung die theoretische Zusammenführung dieser Ansätze. Das Kapitel schließt mit der Formulierung des Forschungsdeside rats und den daraus abgeleiteten zentralen Fragestellungen. In Kapitel fünf wird das empirische Vorgehen begründet. Dies zunächst über eine Darlegung, warum die jeweiligen Erhebungs- und Auswertungsmethoden dieser Arbeit zur Anwendung kommen (Kapitel 5.1): die Ethnografie zur Rekonstruktion nicht inten diert er Folgen im Partizipationsformat des Verfügungsfonds, problemzentrierte Interviews zur Rekonstruktion der Adressat*innenperspektive auf die zentralen Problemdiskurse sowie -adressierungen im untersuchten Stadtteil. Die Grounded Theory, die aufgrund ihres induktiven und zirkulären Vorgehens besonders geeignet für den Forschungsansatz der vorliegenden Arbeit ist, dient als zentraler Analyse- und Auswertungsrahmen.

Daran schließt die Erläuterung des konkreten methodischen Vorgehens an, die sich entlang der beiden empirischen Ebenen gliedert. Dabei wird zuerst das Verfahren der teilnehmenden Beobachtung der sozialen Praxis des Verfügungsfonds (Kapitel 5.2) und anschließend die Durchführung der problemzentrierten Interviews im Stadtteil vorgestellt (Kapitel 5.3). Kapitel 5.4 widmet sich der Refle xion forschungsethischer Aspekte der Arbeit.

Die Darstellung der Empirie erfolgt dann ebenso entsprechend der *empirischen Doppelperspektive* in zwei Teilen: In Kapitel sechs werden zunächst die Ergebnisse der teilnehmenden Beobachtung der sozialen Praxis des Verfügungsfonds im untersuchten Stadtteil dargelegt und die dort prozessierenden Problemdiskurse, an der Konstruktion beteiligte Akteur*innen sowie die darin adressierten Subjekte herausgearbeitet. Daran schließt sich die Einordnung und Interpretation der Ergebnisse vor dem Hintergrund der theoretischen Annahmen und wissenschaftlicher Diskurse an (Kapitel 7).

Es folgt in Kapitel acht die Ergebnisdarstellung und in Kapitel neun die Diskussion der zweiten empirischen Analyse, die auf Grundlage problemzentrierter Interviews Selbst-Positionierungen der Adressat*innen im Hinblick auf die Anrufungen des lokalen Problemdiskurses untersucht.

Abschließend erfolgt eine Einordnung der Ergebnisse und Verhältnisbestimmung beider Analysen sowie eine kritische Reflexion der Arbeit (Kapitel 10).

Zur reflexiven Nutzung von Begriffen in der Arbeit

Eine machtreflexive Arbeit, die Konstruktionsprozesse *sozialer Probleme* in den Blick nimmt und sich im Forschungsfeld der Diskriminierung marginalisierter sozialer Gruppen verortet, benötigt Konzepte, die ebendiesen Konstruktionscharakter darstellen und den Zuschreibungscharakter hervorheben (Klevermann, 2022, S. 19). Wenn es um die Darstellung wissenschaftlicher oder praxisorientierter Fachdiskurse geht, sind darin verwendete tendenziell objektivierende und stigmatisierende Begriffe in dieser Arbeit kursiv hervorgehoben, um eine kritische Distanz anzudeuten (z. B. *ethnische Segregation*). Im Rahmen der Analyse werden zudem Begriffe verwendet, die den Konstruktionscharakter von Zuschreibungen betonen (z. B. ethnifizierend). Zudem wird auf den Konstruktionscharakter verwiesen, indem z. B. von als ‚*Südosteuropäische Zuwanderer*‘ adressierte Subjekte‘ gesprochen wird.

Weiterhin wird von der Nutzung des umstrittenen Begriffs *Antiziganismus* abgesehen und stattdessen von Rassismus gegen Rom*na gesprochen, wenn es in Kapitel sieben zur Analyse des lokalen Problemdiskurses kommt (Randjelović, 2019). Im Falle der (vereinzelten) wörtlichen Benennung der rassistischen Fremdbezeichnung für Rom*na im empirischen Material wird diese in Orientierung an Randjelović et al. (2022) als *Zigeuner* angezeigt, um die Verwendung des Begriffs nicht zu reproduzieren. Im Rahmen der Arbeit wird zudem durch Anwendung einer gendersensiblen Sprache durchgängig ein inklusiver Sprachgebrauch angestrebt. Ausnahmen bilden direkte Zitate aus wissenschaftlichen Quellen oder empirischen Daten, die das generische Maskulinum nutzen – diese werden in der Originalform beibehalten.

2 Der Verfügungsfonds als Partizipationsinstrument der sozialen Stadtentwicklung

In diesem Kapitel erfolgt die Darlegung des Untersuchungsgegenstands der Arbeit. Dazu wird zunächst die soziale Stadtentwicklungs politik in Deutschland erläutert, die mit dem Programm Soziale Stadt (seit 2020 Sozialer Zusammenhalt)⁵ Gestalt findet und in die der Verfügungsfonds als Instrument eingegliedert ist (Kapitel 2.2.1). Anschließend wird die formale Struktur des Verfügungsfonds in den Fördergebieten der Sozialen Stadt vorgestellt (Kapitel 2.2.2).

2.1 Soziale Stadtentwicklungs politik in Deutschland

Die Einführung sozialer Stadtentwicklung erfolgte 1999 unter dem Titel „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ durch Bund, Länder und Kommunen.⁶ Seit 2020 trägt es den Namen Sozialer Zusammenhalt. Wie der Titel impliziert, wird mit dem Programm eine sozialorientierte und auf das Gemeinwohl gerichtete Stadtentwicklungs politik verfolgt, mit dem Ziel, sozialräumlich konzentrierte Benachteiligung und Marginalisierung zu reduzieren (BMI, 2018, S. 7). Durch Strategien der „Stabilisierung und Aufwertung [sollen] Lebensbedingungen und die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner [in benachteiligten Stadt- und Ortsteilen] [verbessert werden]“ (BMI, 2018, S. 16, Herv. d. Verf.).

Zwischen 1999 und 2019 förderten Bund, Länder und Kommunen das Programm Soziale Stadt mit insgesamt rund 6,3 Milliarden Euro. In geografischen Dimensionen bedeutet dies: Bis 2019 wurden 965 Gebiete in insgesamt 544 deutschen Kommunen gefördert (Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen [BMWSB], o. J. a). Im Nachfolgeprogramm Sozialer Zusammenhalt stellt der Bund seit 2020 jährlich 200 Millionen Euro Bundesfinanzhilfen zur Verfügung. Im Jahr 2023 waren insgesamt 658 Gebiete in der Förderung (BMWSB, o. J. c). Daraus lässt sich ausmachen: Sozialer Stadtentwicklung wird politische Relevanz eingeräumt. Sie ist ein fester Bestandteil der deutschen Stadtentwicklungs politik.

Die Planungsgrundlage des Programms Soziale Stadt ist eine dezidiert topologisch-räumliche Abgrenzung als „Soziale-Stadt-Gebiet“ (BMI, 2018, S. 31), die

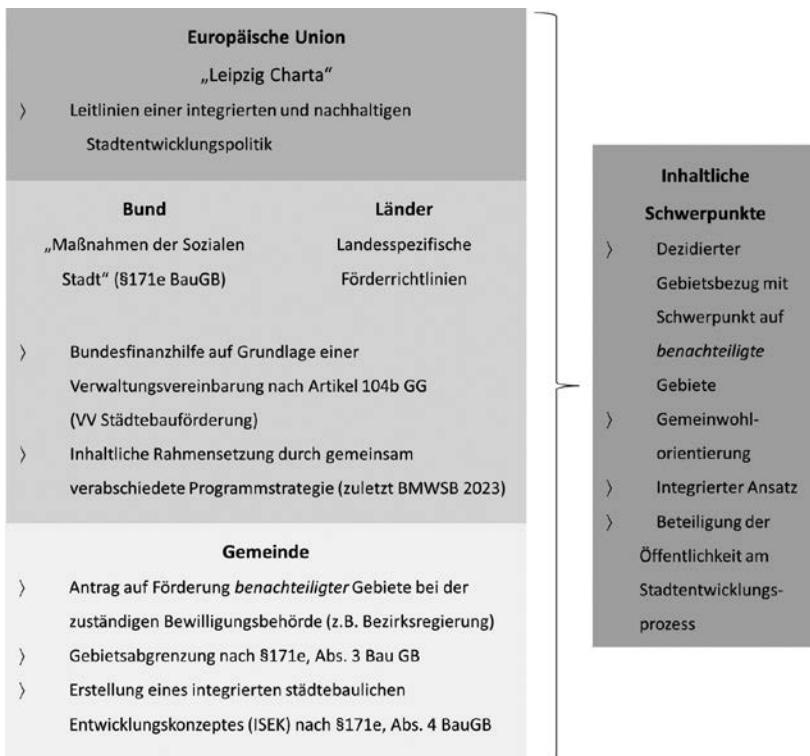
5 Die programmatischen Inhalte haben sich im Programm Sozialer Zusammenhalt kaum verändert (BMWSB, 2023, S. 5). Da sich die Untersuchung noch auf die Programmstruktur „Soziale Stadt“ bezieht, ist diese im Folgenden der zentrale Bezugspunkt.

6 Vorgängerprogramme gab es zuvor auf Länderebene in Berlin, Bremen, Hessen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen.

durch die jeweiligen Kommunen auf Grundlage eines sozialräumlichen Monitorings legitimiert wird. Zentral für das Programm ist zudem ein sog. *integrierter Handlungsansatz*, mit dem eine fachübergreifende Zusammenarbeit von Akteur*innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft angestrebt wird (BMI, 2018, S. 5). Einzelne Politikbereiche sollen dementsprechend keine isolierten Einzelmaßnahmen anvisieren, sondern durch Kooperation städtebauliche, soziale, kulturelle, ökonomische und ökologische Aspekte miteinander verknüpfen. Dabei werden sowohl verschiedene Politikebenen (vertikal) als auch verschiedene Politiksektoren und sonstige Akteur*innen (horizontal) in den Planungsprozess einbezogen. Involviert sind neben Fachämtern und Gremien aus Politik und Verwaltung somit ebenfalls lokale Interessensvertreter (z. B. Sozialverbände, Wohnungsbau gesellschaften, Kirchengemeinden oder Bildungseinrichtungen) sowie private Akteur*innen (z. B. Vereine, Unternehmen, Einzelpersonen) (Koczy, 2018, S. 124).

Soziale Stadtentwicklung ist durch eine „Mehr-Ebenen-Governance“ (Beckmann, 2020, S. 66) geprägt: Ein gemeinsamer politischer Handlungsrahmen sozialer Stadtentwicklung kann somit von europäischer bis in die Fördergebiete der Kommunen auf lokaler Ebene nachgezeichnet werden (vgl. Abb. 1).

Abb. 1 Mehr-Ebenen-Governance sozialer Stadtentwicklung (Eigene Darstellung nach Beckmann, 2020)



Mit der „Leipzig-Charta“ verabschiedeten die zuständigen Minister*innen der EU-Mitgliedsstaaten zuletzt 2020 gemeinsame Leitlinien gemeinwohlorientierter Stadtentwicklung. Diese greifen mit einem integrierten Ansatz der Stadtentwicklung, einem verstärkten Fokus auf *sozial benachteiligte* Gebiete sowie der Beteiligung der Öffentlichkeit zentrale Elemente auf, die mit dem Programm Soziale Stadt bzw. Sozialer Zusammenhalt in Deutschland institutionalisiert sind (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit [BMUB], 2007; BMWSB, 2020). Auf Bundesebene liegt das Programm im Zuständigkeitsbereich des jeweils für das Bauwesen zuständigen Ministeriums und ist im § 171 e BauGB gesetzlich verankert.⁷ Da im föderalen System Deutschlands die Finanzhoheit für Stadtentwicklung im Kompetenzbereich der Länder angesiedelt ist, sozialer Stadtentwicklung aber als gesamtgesellschaftlich bedeutsame Aufgabe ein hoher Stellenwert zugeschrieben wird, stellt der Bund dafür Finanzhilfen bereit, welche jährlich in einer Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung (VV Städtebauförderung) nach Artikel 104 b des Grundgesetzes festgelegt werden. Die inhaltliche Rahmensetzung des Programms erfolgt in einer regelmäßig aktualisierten Programmstrategie, die von Bund und Ländern gemeinsam verabschiedet wird. Auf dieser Grundlage entwickeln die Bundesländer jeweils eigene Richtlinien, an denen sich die Förderung in den einzelnen Gebieten ausrichtet (BMWSB, o. J. b). Die Gemeinden als Ort der letztendlichen Ausführung etwaiger Fördermaßnahmen richten den Förderantrag dann auf Grundlage einer dezidierten Gebietsabgrenzung und einem sog. Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept (ISEK) (vgl. Kapitel 2.2.1) an die jeweilige Bewilligungsbehörde, die über die Förderung entscheidet.

2.2 Formale Struktur des Verfügungsfonds auf lokaler Ebene

Neben städtebaulichen Maßnahmen ist die Förderung und Aktivierung bürger-schaftlichen Engagements ein zentraler Bestandteil des Programms Soziale Stadt (BMI, 2018, S. 26). Der Verfügungsfonds⁸ ist dabei das zentrale Instrument, das auch im neu strukturierten Programm Sozialer Zusammenhalt als „besonderer Erfolgsfaktor“ (BMI, 2021) der sozialen Stadtentwicklung hervorgehoben wird. Hier handelt es sich um für die Fördergebiete zur Verfügung gestellte öffentliche Gelder, damit Stadtteilakteur*innen mit eigenen Projektanträgen selbst Ideen in den sozialen Stadtentwicklungsprozess einbringen und beantragen können

7 Zum Zeitpunkt der Textverfassung war dies das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) (Stand Juni 2025).

8 Die Bezeichnung des Instruments variiert in den Bundesländern und Fördergebieten. So werden u. a. die Begriffe Quartiersfonds oder Stadtteilfonds genutzt. In Orientierung am Sprachgebrauch auf Bundesebene wird die Bezeichnung Verfügungsfonds in dieser Arbeit durchgängig verwendet.

(*Handlungsebene*). Durch die Beteiligung an einem eigens für den Verfügungsfonds eingerichteten Entscheidungsgremium können lokale Akteur*innen dann über die Projektanträge abstimmen (*Entscheidungsebene*) (BBSR, 2017, S. 62).

Seit Beginn des Programms Soziale Stadt im Jahr 1999 ist der Verfügungsfonds ein fester Bestandteil dessen. Die jährliche Fördersumme in den einzelnen Quartieren hängt von den rechtlichen Vorgaben der Bundesländer sowie von der Größe der Fördergebiete ab und liegt zwischen 5.000 Euro bis über 50.000 Euro (BBSR, 2017, S. 12). Das Instrument ist in Artikel 9 der VV Städtebauförderung fest verankert und in der Praxis nahezu flächendeckend verbreitet (Matzke et al., 2020, S. 325). Der hohe Stellenwert, der dem Verfügungsfonds innerhalb der sozialen Stadtentwicklung zugesprochen wird, zeigt sich unter anderem in seiner Finanzierung. Während in anderen Städtebauförderungsprogrammen die Finanzierung des Verfügungsfonds zu 50 Prozent über sog. Kofinanzierungsmodelle durch private Akteur*innen abgedeckt werden muss, gilt für das Programm Soziale Stadt eine Sonderregelung: Aufgrund der in den Gebieten der Sozialen Stadt verorteten sozialen Problemlagen trägt die öffentliche Hand hier 100 Prozent der Mittel des Verfügungsfonds, wobei Bund, Länder und Gemeinden zu je einem Drittel beteiligt sind (BBSR, 2020b, S. 9). Zu konstatieren ist, dass der Verfügungsfonds durch einen hohen Formalisierungsgrad gekennzeichnet ist, der sich neben seiner gesetzlichen Verankerung, der o. g. Verwaltungsvereinbarung auch in einer umfangreichen wissenschaftlichen Begleitforschung durch die Ressortforschungseinrichtung des Bundes, dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) zeigt.

2.2.1 Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK)⁹

Der Verfügungsfonds soll als Instrument des Programms Soziale Stadt zur Erreichung der Ziele der städtebaulichen Gesamtmaßnahme beitragen (BBSR, 2020b, S. 19). Diese Ziele werden in einem sog. Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept (ISEK) festgelegt, dessen Erstellung durch die antragstellende Gemeinde ein zentraler und obligatorischer Bestandteil des Programms ist. Es muss im Rahmen der Bewerbung eines Stadtteils erstellt werden und dient als Beurteilungsgrundlage für die Bewilligung der Förderung durch das Programm Soziale Stadt. Das ISEK gilt als „zentrales Element der Städtebauförderung und für kommunale Akteure [als] ein unverzichtbarer Teil ihres beruflichen Alltags“ (BMUB, 2016, S. 6) und soll „bei allen Beteiligten für Kontinuität und Transparenz im Prozess einer umfassenden Stabilisierung der Quartiere [sorgen], auch über die Förderung hinaus“ (BMI, 2018, S. 24).

⁹ Mitunter wird in der Fachpraxis auch die Abkürzung INSEK genutzt (u. a. BBSR, 2020b).

Zentrale inhaltliche Bestandteile eines ISEKs sind die Formulierung von Handlungsbedarfen auf Grundlage eines Sozialraummonitorings in einem abgegrenzten Gebiet, die Definition von Zielen, die Entwicklung von Maßnahmen sowie die Erstellung eines Kostenplans. Das ISEK erhält durch einen Beschluss des Stadt- oder Gemeinderats bindende Wirkung und politische Legitimation (BMUB, 2016, S. 33). Eine Voraussetzung im Erstellungsprozess eines ISEKs ist die Beteiligung der Stadtteilbewohner*innen (BMI, 2018, S. 25). Die Auswahl der Indikatoren zur Darstellung des sozialen Handlungsbedarfs im Rahmen des Sozialraummonitorings zielt dabei auf die Darstellung sozialer Benachteiligung im Gebiet ab, die in ein Verhältnis zur Gesamtstadt gesetzt werden (BBSR, 2022, S. 11). Ist der Förderantrag einer Kommune erfolgreich und wird sie in das Programm aufgenommen, orientiert und legitimiert sich der lokale Stadtentwicklungsprozess an den im ISEK formulierten Zielen, Maßnahmen und Handlungsbedarfen. Dies wird nicht zuletzt durch Evaluierungs- und Monitoringverfahren sichergestellt (BMUB, 2016, S. 35).

2.2.2 Quartiersmanagement

Für die Durchführung, Verwaltung und Organisation des Verfügungsfonds ist in der Regel das Quartiersmanagement zuständig. Dieses ist ebenfalls ein zentrales Element sozialer Stadtentwicklungspolitik und Ausdruck des gemeinwesenorientierten Handlungsansatzes sozialer Stadtentwicklung. Es ist als Schnittstelle zwischen Verwaltung, Bewohner*innen und weiteren beteiligten Akteur*innen für die lokale Umsetzung der mit dem Programm verbundenen Ziele im Stadtteil zuständig. Durch eigene Räumlichkeiten in den Fördergebieten soll das Quartiersmanagement für die Bewohner*innen präsent sein (BMI, 2018, S. 25). Ziel ist es, zur Aktivierung von Engagement und Beteiligung der lokalen Bevölkerung beizutragen, also „in hohem Maße Entwicklungshilfe für eine lokale Engagementkultur“ (BBSR, 2017, S. 62) zu leisten. Die Fachkräfte qualifizieren sich laut Programmstrategie durch „persönliche Fähigkeiten, Qualifikationen in der Mediation und dem Projektmanagement sowie vielerorts auch interkulturellen Kompetenzen [und] Fachkenntnisse in den Bereichen Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit“ (BMI, 2018, S. 25).

In Bezug auf den Verfügungsfonds ist das Quartiersmanagement für die administrative Verwaltung des Fonds, die Unterstützung des Entscheidungsgremiums sowie die Organisation der Gremiensitzungen, für die Beratung von Antragstellenden und für die Begleitung der bewilligten Projekte zuständig. Zudem übernimmt es im Stadtteil Bekanntmachungen und Dokumentation des Verfügungsfonds im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit (BBSR, 2020b, S. 26).

2.2.3 Kommunale Richtlinie zur Regelung der Vergabe und Verwendung der Mittel des Verfügungsfonds

Der Verfügungsfonds wird auf lokaler Ebene formal in einer kommunalen Richtlinie geregelt, die, wie das ISEK auch, durch den Rat beschlossen wird. In dieser wird die Vergabe und Verwendung der Mittel des Verfügungsfonds sowie Zusammensetzung und Verfahrensweise des Entscheidungsgremiums definiert. Durch die Erstellung der kommunalen Richtlinie soll Transparenz in Bezug auf die Durchführung des Instruments gewährleistet werden (BBSR, 2020 b, S. 17).

2.2.4 Entscheidungsgremium

Für den Verfügungsfonds wird ein lokales Entscheidungsgremium¹⁰ eingerichtet, das die Aufgabe hat, die eingereichten Projektanträge zu diskutieren und über deren Umsetzung abzustimmen. Das Gremium setzt sich aus unterschiedlichen Stadtteilakteur*innen zusammen, die in der kommunalen Richtlinie definiert werden. Es soll sich möglichst ein „Querschnitt der lokalen Gesellschaft“ (BBSR, 2020 b, S. 26) abbilden, um möglichst verschiedene Interessen und Erfahrungen einzubringen. Damit eng verknüpft sind die Ziele der sozialen Stadtentwicklung: „Die Zusammensetzung soll als legitime Vertretung der lokalen Gesellschaft bezo gen auf die Ziele der Gesamtmaßnahmen wahrgenommen werden“ (BBSR, 2020 b, S. 27).

Das Entscheidungsgremium soll „durch die Auseinandersetzung mit den Projektvorschlägen zu einem Ort der systematischen Diskussion von Problemen und Möglichkeiten der Stadtteilentwicklung [werden]. Gleichzeitig entstehen Kontakte zwischen den Gremiumsmitgliedern sowie zu den Antragstellern, so dass die Gremien zugleich zu einem wichtigen Knotenpunkt im Netzwerk des Stadtteilengagements werden“ (BMVBS, 2012, S. 9). Dementsprechend agiert das Entscheidungsgremium nicht allein im Kontext des Verfügungsfonds, sondern wird zu einer „Plattform, die auch weitere Fragestellungen der Ortsentwicklung diskutiert. Die Gremien tragen zur Zusammenarbeit und Vernetzung der unterschiedlichen Akteure bei, denn die Mitglieder sind häufig wichtige Multiplikatoren und unterstützen so die Gesamtmaßnahme und die Ortsentwicklung“ (BBSR, 2020 b, S. 26).

¹⁰ Die Bezeichnung des Gremiums variiert in den einzelnen Fördergebieten, z. B. Vergabegremium, Lenkungsgruppe oder andere individuelle ortsangepasste Bezeichnungen (BBSR, 2020 b, S. 26). Im Rahmen der Arbeit wird der neutrale Begriff Entscheidungsgremium durchgängig genutzt.

2.2.5 Projektanträge

Antragsberechtigt sind Akteur*innen mit Stadtteilbezug, z. B. Bewohner*innen, Vereine, soziale Einrichtungen, Gewerbetreibende oder Bildungseinrichtungen. Das Antragsformular wird durch das Quartiersmanagement zur Verfügung gestellt. Im Antrag enthalten sein müssen die Projektinhalte, die Ziele in Bezug auf die soziale Stadtentwicklung, eine Kostenübersicht des geplanten Projektes, begleitende Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit sowie mögliche Kooperationspartner*innen aus dem Stadtteil (BBSR, 2020 b, S. 44). Die mit dem Verfügungsfonds anvisierten Projekte werden programmatisch in drei Kategorien unterteilt (BBSR, 2020 b, S. 30):

1. *Investive Maßnahmen*: z. B. Möblierung oder Beschilderung im öffentlichen Raum, Herstellung von Kunst im öffentlichen Raum, Anschaffung von Geräten zur Nutzung für lokale Projekte, Bepflanzungen
2. *Investitions vorbereitende und -begleitende Maßnahmen*: z. B. Erarbeitung von Analysen und Konzepten für investive Maßnahmen, Bewohner- bzw. Bürgerbeteiligung, Durchführung von Wettbewerben
3. *Nichtinvestive Maßnahmen*: z. B. Durchführung von Marketingaktionen, Entwicklung von Logos, Durchführung von Festen und anderen Veranstaltungen, Bereitstellung von Bildungsangeboten

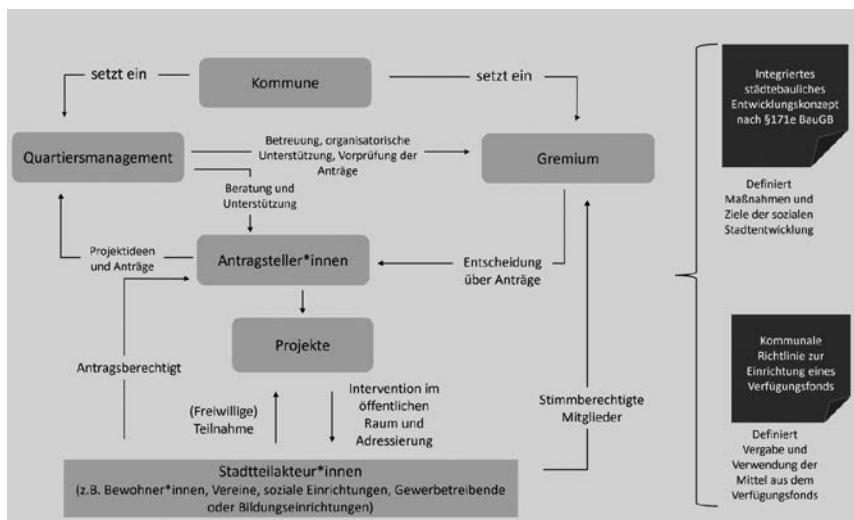
Die Ideen für Projekte können aus „ganz verschiedenen Richtungen kommen – etwa aus dem bereits vorliegenden INSEK, von lokalen Akteuren (z. B. von Einzelpersonen, Vereinen oder Gewerbetreibenden), aus Diskussionen im lokalen Gremium, von den Fondsbeauftragten oder aus der Stadtverwaltung“ (BBSR, 2020 b, S. 62). Dabei ist „maßgeblich [...], dass diese einen klaren räumlichen Bezug zum Fördergebiet aufweisen und den Zielen der Gesamtmaßnahme entsprechen“ (BBSR, 2020 b, S. 30).

2.2.6 Zusammenfassung

Die vorangegangene Darstellung zeigen für die Arbeit relevante Aspekte des institutionellen Aufbaus sozialer Stadtentwicklung in Deutschland sowie die formale Struktur des darin integrierten Partizipationsinstrument des Verfügungsfonds. Abbildung 2 veranschaulicht zusammenfassend die Funktionsweise des Verfügungsfonds auf lokaler Ebene. Die Kommune setzt das Quartiersmanagement ein, das Antragssteller*innen durch Beratung und organisatorische Unterstützung bei der Entwicklung von Projektideen und Anträgen betreut. Das Entscheidungsgremium, über die kommunale Richtlinie, ebenfalls durch die Kommune eingesetzt, ist für die Entscheidung über die eingereichten Anträge zuständig. Sowohl die

Mitglieder des Entscheidungsgremiums als auch die Antragssteller*innen gehen aus der lokalen Bevölkerung im Fördergebiet hervor. Die geförderten Projekte intervenieren in den öffentlichen Raum und adressieren wiederum spezifische Bevölkerungsgruppen. Das ISEK gibt den inhaltlichen Rahmen der lokalen sozialen Stadtentwicklung vor, an dem sich der Verfügungsfonds ausrichten muss. Eine kommunale Richtlinie legt die Vergabebedingungen und die Verwendung der Mittel aus dem Verfügungsfonds fest. Beide Dokumente werden durch den Stadt- bzw. Gemeinderat verabschiedet und damit politisch legitimiert.

Abb. 2 Institutionelles Setting des Verfügungsfonds auf lokaler Ebene (Eigene Darstellung in Anlehnung an BBSR, 2020 b, S. 26)



Nachdem nun der Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit vorgestellt wurde, wird im folgenden Kapitel die Argumentation entwickelt, die das methodologische Grundgerüst dieser Arbeit bildet und als Ausgangspunkt zur Erschließung des Untersuchungsgegenstands dient.

3 Plädoyer für eine relational-machtreflexive Erforschung von Folgen im partizipativen Kontext sozialer Stadtentwicklung

Die nachfolgenden Kapitel dienen der Herleitung der grundlegenden Argumentation dieser Arbeit. Zunächst wird dargelegt, wie die Problematisierung von *Armut* und *Ethnizität* sowohl in der stadtsoziologischen Segregations- und Kontexteffektforschung als auch in der Praxis sozialer Stadtentwicklung durch mehrheitsgesellschaftliche (implizit bleibende) Normvorstellungen geprägt sind (Kapitel 3.1). Anschließend werden programmimmanente Strategien im Umgang mit der empirischen Unterrepräsentation sogenannter *sozial benachteiligter* Bevölkerungsgruppen in formalisierten Partizipationsprozessen aufgezeigt und im Hinblick auf erkenntnistheoretische Verkürzungen in Bezug auf soziale Machtverhältnisse eingeordnet (Kapitel 3.2). Kapitel 3.3 dient dann in Abgrenzung zu diesen Forschungs- und Interventionslogiken der Begründung des relational-machtreflexiven Ansatzes zur Erforschung nicht intendierter Folgen, der dieser Arbeit zugrunde gelegt wird.

3.1 Armut und Ethnizität als Kernkategorien sozialer Problematisierung in Wissenschaft und Praxis sozialer Stadtentwicklung

In Kapitel 3.1.1 wird zunächst die stadtsoziologische Segregations- und Kontexteffektforschung im Hinblick auf zugrunde gelegte, aber implizit verbleibende Normen betrachtet, die aus einer mehrheitsgesellschaftlichen Perspektive klassistische und rassistische Stereotype der Bewohner*innengruppen *sozial benachteiligter* Stadtteile reproduzieren (können). Anschließend wird argumentiert, dass die institutionalisierte Praxis sozialer Stadtentwicklung ebenfalls anfällig für die Reproduktion dieser Problematisierungsweisen ist (Kapitel 3.1.2).

3.1.1 Die Zuschreibung sozialer Normabweichungen in der stadtsoziologischen Kontexteffektforschung

Segregation beschreibt in der Stadt- bzw. Raumforschung die räumliche Konzentration von Bevölkerungsgruppen auf Basis sozialer Differenzmerkmale,

also die „Zunahme [...] einer Anteils- bzw. Merkmalsgruppe bezogen auf einen bestimmten Raumausschnitt“ (Drilling & Dittmann, 2022, S. 256). Es handelt sich zunächst um ein deskriptives Konzept, welches z. B. die vermehrte Konzentration einkommensschwacher Bevölkerungsanteile oder einkommensstarker Gruppen bezogen auf ein Quartier sichtbar machen kann (Drilling & Dittmann, 2022, S. 256). Die Ursachen für räumliche Segregationsprozesse sind vor allem auf struktureller Ebene zu verorten: In Deutschland werden die Ursachen für Segregationsentwicklungen im Nachkriegskontext in wachsender sozialer Ungleichheit und einer seit den 1970er Jahren fortschreitenden Deregulierung des Wohnungsmarktes verortet. Infolge einer Liberalisierung des Wohnungsmarktes können einkommensstarke Haushalte vermehrt, *freiwillig* segregiert, ihren Wohnstandort nach eigenen Vorlieben in bevorzugter Lage auswählen. Haushalte mit niedrigem Einkommen oder jene, die sozialer Diskriminierung ausgesetzt sind, leben dagegen stärker *erzwungen* segregiert, in weniger nachgefragten Wohnquartieren, die sich durch eine unattraktive Lage und/oder einer geringeren Qualität der Wohnungen auszeichnen (Farwick, 2012, S. 384).

In wissenschaftlichen, politischen und öffentlichen Debatten gewinnen Segregationsprozesse insbesondere dann an Relevanz, wenn sie der mehrheitsgesellschaftlichen Vorstellung einer idealen Mischung städtischer Bevölkerung entgegenstehen (Drilling & Dittmann, 2022, S. 256). Dies soll im Folgenden in Bezug auf solche städtischen Teilräume diskutiert werden, in denen vermehrt sog. *sozial benachteiligte* Bevölkerungsgruppen verortet werden. Obwohl die Ursachen für Segregation auf struktureller Ebene liegen, werden mit der Konzentration *sozial benachteiligter* Bevölkerungsgruppen verstärkt *soziale Probleme* verbunden, die ihrerseits räumlich verortet werden und auf Merkmale bzw. unterstellte (kollektive) Verhaltensweisen dieser Gruppen zurückgeführt werden.

Mit *sozialen Problemen* verknüpfte Segregation wird seit Beginn der Stadtforschung – erstmalig durch Vertreter*innen der soziologischen Chicagoer Schule eingebracht – vor allem mit den Konzepten sog. *sozialer* und *ethnischer* Segregation beschrieben. *Soziale* Segregation zielt dabei definitorisch auf die Abbildung armutsbetroffener oder -gefährdeter Bevölkerungsgruppen in *sozial benachteiligten* städtischen Teilläumen. *Ethische* Segregation von Bevölkerungsgruppen beruht auf der Vorstellung „kultureller Differenzen, die durch Einwanderung gleichsam importiert werden“ (Häußerermann & Siebel, 2004, S. 151).¹¹ Beide Konzepte sind in stadtsoziologischen Studien miteinander verflochten und werden als *soziale Benachteiligung* gerahmt. *Soziale* Segregation wird dabei z. B. durch

11 Diese Differenzierungen werden zumeist entlang von „residentieller Segregation“ (Farwick, 2012, S. 381) untersucht, die auf die räumliche Verteilung von Wohnstandorten rekurriert. Daneben kann Segregation auch nach anderen Merkmalen differenziert werden, wie temporärer Segregation z. B. von Standorten der Arbeit oder Freizeit (Farwick, 2012, S. 381). Die Interventionsgrundlage sozialer Stadtentwicklung basiert auf der sozialen Differenzierung ihrer Bewohnerschaft, sodass im weiteren Verlauf residentielle Segregation gemeint ist.

den Anteil von Sozialhilfeempfänger*innen oder der Arbeitslosenquote in diesem Gebiet abgebildet. Die Darstellung *ethnischer Segregation* erfolgt meist entlang von Indikatoren mit nationalstaatlichem Bezug, z. B. nach Staatsangehörigkeit oder dem Geburtsland bzw. dem Geburtsland der Eltern (Friedrichs & Triemer, 2009; Hans et al., 2020, S. 171; Kurtenbach, 2017, S. 25).

Der an die stadtsoziologische Segregationsforschung angeschlossene Forschungszweig der Kontext- bzw. Quartiereffektforschung¹² beschäftigt sich mit der Untersuchung von Folgen, die sich für die Bewohner*innen aus dem Umstand ergeben, dass sie in Stadtteilen mit einem hohen Anteil an *sozial benachteiligten* Bevölkerungsgruppen leben. Die zentrale Annahme lautet, dass sich durch die Konzentration *benachteiligter* Bevölkerungsgruppen *abweichende Normen* entwickeln, die zu einem (weiteren) sozialen Ausschluss der segregierten Bevölkerung von der Mehrheitsgesellschaft führen können (Häußermann & Siebel, 2004, S. 183; Schnur et al., 2020). Für die vorliegende Arbeit sind in diesem Zusammenhang vor allem zwei Diskussionsstränge der stadtsoziologischen Kontexteffektforschung relevant, die in den folgenden Absätzen diskutiert werden. Zum einen wird Bewohner*innen *sozial benachteiligter* Gebiete *abweichendes Verhalten* zugeschrieben und in einen Zusammenhang mit sog. *social disorder* gebracht (Kapitel 3.1.1.1). Abweichende Normen werden zudem in Verbindung mit *ethnischer Segregation* untersucht und als *Integrationsproblem* gerahmt. Gefragt wird dann, inwiefern „ethnisch geprägte Wohnquartiere die Eingliederung von Migranten [behindern]?“ (Farwick, 2014). Dieser Aspekt wird in Kapitel 3.1.1.2 diskutiert.

3.1.1.1 Zuschreibung von Normabweichungen im Kontext von social disorder

In der Untersuchung von Kontexteffekten in Bezug auf *sozial benachteiligte* Stadtteile wird von einem verhältnismäßig hohen Anteil *sozial benachteiligter* Bevölkerungsgruppen in einem Stadtteil auf ein erhöhtes Maß „sozialer Desorganisation“ (Blasius et al., 2008, S. 112) geschlossen. Dies wiederum wird in einem positiven Zusammenhang mit der Kriminalitätsrate gelesen. Zentrale theoretische Bezugspunkte der deutschen Kontexteffektforschung sind dabei Studien von Clifford Shaw und Henry McKay (1942), die die am Beispiel der Stadt Chicago einen Zusammenhang zwischen der Bevölkerungszusammensetzung (entlang der Indikatoren *hohe Arbeitslosigkeit* sowie *hoher Anteil ethnischer Gruppen*) und der Kriminalitätsrate ausmachten. Robert J. Sampson und Byron W. Groves (1989) erweiterten diesen Befund, indem sie den Einfluss lokaler sozialer Netzwerke mit Personen in ähnlich prekärer Lage, das Gefühl sozialer Isolation der Bewohner*innen und eine nicht einheitliche Werteorientierung unter den

12 Mitunter auch „Nachbarschaftseffekte“ (Bauder, 2002).

Bewohner*innen als Erklärungsfaktoren heranzogen. Daraus folge eine gering ausgeprägte soziale Kontrolle innerhalb des Quartiers, die wiederum zu einer erhöhten Kriminalitätsrate führen könne. William J. Wilson schlussfolgert in seiner Studie „The Truly Disadvantaged“ (1987), dass soziale Isolation von der *main-stream society* eine negative Folge der Segregation armer Bevölkerungsgruppen in afroamerikanischen Stadtteilen US-amerikanischer Großstädte sei.¹³ Resümierend lässt sich die zentrale Hypothese der Kontexteffektforschung wie folgt fassen:

Insbesondere wenn sich Kontakte vorrangig auf Personen in gleich schlechter Lage beziehen, besteht die Gefahr begrenzter sozialer Erfahrungen und der Entwicklung abweichender Normen und Verhaltensweisen, die sich innerhalb der peer group durch Anpassungen immer weiter verfestigen. (Farwick, 2012, S. 392)

Die Kategorien *abweichenden Verhaltens* werden dabei deduktiv abgeleitet, indem Items zur Messung von Devianz aus älteren Studien, meist aus dem US-amerikanischen Raum¹⁴ repliziert und auf die lokalen Untersuchungskontexte angepasst werden (Blasius et al., 2008, S. 120; Friedrichs & Blasius, 2000; Kurtenbach, 2017).

Eine einschlägige Studie von Blasius et al. (2008) untersucht am Beispiel von vier *sozial benachteiligten* Kölner Stadtteilen die Effekte sozialräumlicher Segregation für die Stadtteilbewohner*innen. Die Studie basiert auf standardisierten Interviews mit *deutschen* und *türkischen* Bewohner*innen aus den Untersuchungsgebieten. Die Untersuchung *sozialer Normabweichungen* spielt in der Studie eine zentrale Rolle. Diese werden entlang der Themen *Verwahrlosung in der Nachbarschaft* und *deviante Verhaltensweisen* abgefragt. Zur Messung von *Verwahrlosung* sollen die Befragten Items wie z. B. „viele mit Graffiti besprühte Wände“, „[Der Stadtteil] ist laut“, „[Der Stadtteil] ist sauber“, oder „Menschen kümmern sich um ihre Wohnung“ (Blasius et al., 2008, S. 117) bewerten. *Devianten Verhaltensweisen* werden entlang von Items wie z. B. „Ein Nachbar beschimpft und schlägt ein Kind“, „Eine ältere Frau stiehlt im Supermarkt Käse“ oder „Eine Sozialhilfeempfängerin geht schwarz putzen“ (Blasius et al., 2008, S. 118) abgefragt. Begründet wird die Auswahl der Items über die Replikation von Skalen anderer Studien (Blasius et al., 2008, S. 38).¹⁵ Eine weitere Einordnung oder Reflexion der Kategorienbildung wird durch die Autor*innen nicht vorgenommen.

13 Die folgende Darstellung stadtsoziologischer Arbeiten widmet sich dem deutschen wissenschaftlichen Fachdiskurs um räumliche Segregation. US-amerikanische Referenzen werden nur in dem Maße benannt, wie die zitierten Studien darauf Bezug nehmen.

14 Unter anderem die oben genannten Studien von Shaw und McKay (1942) und Sampson und Groves (1989).

15 In Bezug auf *Verwahrlosung* wurden z. B. Items nach Ross et al. (2001) übernommen (Blasius et al., 2008, S. 38).

Ähnliches zeigt sich in einer Studie von Sebastian Kurtenbach (2017). Am Beispiel eines Kölner Stadtteils untersucht er die Frage, wie es zu einer „umweltvermittelten Normanpassung“ (Kurtenbach, 2017, S. 21) innerhalb eines *benachteiligten* Gebietes kommt. Dazu triangulierte der Autor unterschiedliche Methoden (Sozialraumanalyse, leitfadengestützter Experteninterviews, strukturierter Ethnografie, die Analyse lokaler Zeitungsberichte sowie narrativer Interviews mit Bewohner*innen) (Kurtenbach, 2017, S. 83). Die gesamte Studie arbeitet dabei durchgängig mit normativen Setzungen, deren soziale Verortung jedoch nicht expliziert wird, wie das folgende Beispiel der strukturierten Felderhebung zeigt. Für diese definiert Kurtenbach vorab deduktiv Kategorien *abweichenden Verhaltens*, die er – wie auch die genannten Studien zuvor – aus Vorläuferstudien ableitet: „Aggressivität“, „Rauchen“, „Müll wird auf den Boden geworfen/es wird ausgespien“, „Menschen im Drogen- oder Alkoholrausch zu sehen“, „Es wird Alkohol getrunken“, „Erwachsene schreien Kinder an“ (Kurtenbach, 2017, S. 33). Im Erhebungsprozess der strukturierten Feldbeobachtungen wird dann die beobachtete Häufigkeit des Auftretens der beschriebenen Situationen an sechs zuvor ausgewählten Orten im untersuchten Stadtteil dokumentiert und dann wiederum ein quantitativ gestütztes Ergebnis abgeleitet: „Insgesamt trat in 27,9 % aller Situationen social disorder auf“ (Kurtenbach, 2017, S. 135). Ergänzend leitet Kurtenbach induktiv, ebenfalls entlang von beobachteten Häufigkeiten ab, dass „rauchende Eltern“, „Kampfhunde“ und „Jogginghosen“ zusätzliche abweichende Normen im Stadtteil symbolisierten (Kurtenbach, 2017, S. 153–155). Der Stadtteil erfülle damit die „Voraussetzungen, um eine normbeeinflussende Wirkung auf gefährdete Bewohnergruppen zu entfalten“ (Kurtenbach, 2017, S. 159).

Während Jürgen Friedrichs in einem Geleitwort der Studie anerkennend einen „innovativen“ (Kurtenbach, 2017) Beitrag zur Quartiereffektforschung attestiert, konstatiert Frank Eckardt kritisch in einer Rezension, dass „der Stadtteil danach befragt, kartographiert und beobachtet [wird], was von einer angeblich vorherrschenden gesellschaftlichen Norm abweicht“ (2018 b, S. 45).

Soziale Abweichungen werden in den hier genannten Studien vorab zugrunde gelegt und im Verhalten jener Bewohner*innen verortet, die nicht den dominanten gesellschaftlichen Normen entsprechen (Bauder, 2002, S. 87). Die Normativität, die den Beschreibungen und Definitionen *abweichenden Verhaltens* zugrunde liegt, wird in den genannten Studien nicht thematisiert. Vorstellungen der Mehrheitsgesellschaft werden als selbstverständlich vorausgesetzt und nicht hinterfragt. Die Autor*innen richten ihren Fokus auf die Defizite der Bewohner*innen, indem sie diese als *abweichend* beschreiben. Bereits die Ausgangshypothesen sind durch kulturalisierende Zuschreibungen geprägt, die „Menschen aus unteren sozioökonomischen Klassen bzw. Klassenmilieus stigmatisieren und soziale, kulturelle oder ökonomische Hegemonien produzieren oder reproduzieren (Gamper & Kupfer, 2024, S. 125).

Auch wird nicht reflektiert, dass sich die Perspektive, derjenigen, die darin beforscht werden, in den Studien nicht abbildet – diese also selbst keine Möglichkeit der Deutung ihrer Lebensverhältnisse bekommen. Dies kritisiert Eckardt in Bezug auf Kurtenbach (2017):

[Der Autor] schreibt ganz zum Schluss, dass er viele ‚großartige Menschen‘ in Chorweiler kennengelernt hat. Die hätte man gerne in diesem Buch kennengelernt. Erwartet hätte man vielleicht einfach auch nur, dass das ganz normale Leben beschrieben und erklärt wird und er die Brille abgelegt hätte, alles als ‚Umgangsstrategien‘ zu labellen [sic], was in Wirklichkeit nicht viel anders ist als andernorts. (Eckardt, 2018b)

Wenn qualitative Interviews im Rahmen von Mixed-Methods-Ansätzen miterhoben werden, dienen diese der Unterfütterung quantitativer Ergebnisse, nicht aber der qualitativ-interpretativen Analyse. Dies belegt sich nicht nur in Kurtenbach (2017), sondern auch in Blasius et al. (2008, S. 32). Harald Bauder (2002) kritisiert die Kontexteffektforschung zudem für ihre simplifizierenden Kausalitätsannahmen, in der *soziale Probleme* losgelöst vom gesellschaftlichen und politischen Kontext betrachtet werden:

Without a firm grasp of the causal processes involved in neighbourhood effects, urban policy and planning responses are prone to produce unintended consequences. The direct causality implied by neighbourhood effects models presents a simple and ‚straight-forward‘ explanation for the social and economic marginality of inner-city residents, which entices through its use of quantitative methods and its claim to be objective and value-free. Yet the research on neighborhood effects makes ideological assumptions that remain unacknowledged by many researchers. One of these assumptions is that suburban middle-class lifestyles are normal, and inner-city, minority lifestyles are pathological. (Bauder, 2002, S. 89)¹⁶

Bauder bezieht sich in seiner Bewertung der Kontexteffektforschung auch auf stadtplanerische Aktivitäten. Eine stadtplanerische Praxis, die sich an den vermeintlich objektiv und wertfreien Darstellungen der Kontexteffektforschung orientiere, könnte zu unbeabsichtigten Folgen führen und soziale Ungleichheit und Marginalisierung letztendlich verstärken (Bauder, 2002, S. 89).

16 Gegenwärtig wird nicht mehr in erster Linie eine suburbane Mittelschicht, sondern eine urbane Mittel- bzw. Oberschicht zum Maßstab gesetzt (Brake & Herfert, 2012).

3.1.1.2 Zuschreibung von Normabweichungen ethnisierter Bevölkerungsgruppen

Im deutschen Kontext richteten Untersuchungen zu *ethnischer Segregation* ihren Fokus zunächst auf Bevölkerungsgruppen, die im Zuge der Anwerbung von Gastarbeiter*innen zu Beginn der 1960er Jahre nach Deutschland migrierten. Bis in die 2000er Jahre wurden deshalb vor allem Stadtteile untersucht, in denen ein verhältnismäßig hoher Anteil *türkischer* Bewohner*innen lebte (Blasius et al., 2008; Farwick, 2009, 2014; Friedrichs & Blasius, 2000, S. 15; Friedrichs & Triemer, 2009; Nauck, 1988). Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, inwiefern eine räumliche Konzentration *ethnisch* segregierter Bevölkerungsteile die Integration erschwere (Farwick, 2014; Farwick et al., 2019). Andreas Farwick beleuchtet in diesem Zusammenhang die Annahme, dass mit der „Persistenz ethnisch geprägter Wohnquartiere – vor allem von Zuwanderer*innen aus der Türkei – [...] zunehmend von einer negativen Wirkung insbesondere auf die strukturelle Eingliederung der Migranten in wichtige funktionale Systeme des Aufnahmelands ausgegangen“ (Farwick, 2014, S. 243) werde. Mittels statistischer Analyse untersucht er einen Zusammenhang zwischen dem Anteil *türkischer* Migrant*innen in einem Stadtteil und dem Ausmaß von Freundschaften außerhalb der eigenen *ethnischen* Zugehörigkeit. Datengrundlage sind 194 standardisierte Befragungen *türkischer* Haushalte in drei Bremer Stadtteilen mit dem höchsten Anteil *türkischer* Bevölkerung. 93 Befragungen *türkischer* Haushalte in Gebieten mit einer geringeren räumlichen Konzentration *türkischer* Migranten dienen als Kontrollgruppe (Farwick, 2014, S. 248). Die Ergebnisse der Studie sind, wie Farwick betont, uneindeutig: Zum einen zeige die Analyse, „dass das Ausmaß des Anteils der *türkischen* Bevölkerung in der näheren Wohnumgebung sowohl auf der Ebene der Baublöcke als auch auf der Ebene der Nachbarschaften einen signifikant negativen Effekt auf die Herausbildung inter-ethnischer Freundschaftsbeziehungen hat“ (Farwick 2014, S. 262). Ein Zusammenhang zwischen Integration und dem Anteil von Freundschaften innerhalb der eigenen *Ethnie* könne jedoch nicht hergestellt werden: „Entgegen der innerhalb der sozialwissenschaftlichen Literatur häufig vertretenen Ansicht einer eingliederungshemmenden Wirkung der räumlichen Konzentration von Migranten in Wohnquartieren, die im Wesentlichen durch mangelnde Kontakte zu Personen des Aufnahmelands begründet wird, ist ein derartig negativer Effekt [...] nicht festzustellen“ (Farwick 2014, S. 264). Es zeigt sich also, dass die Ergebnisse uneindeutig sind, ein Befund, mit dem sich das Feld der Quartierseffektforschung stetig auseinandersetzen muss (Friedrichs & Nonnenmacher, 2014; Nieszery, 2014; Nonnenmacher, 2013).

Abgesehen von der umstrittenen empirischen Aussagekraft der Ergebnisse, ist für die Argumentation in dieser Arbeit entscheidend, dass die formulierten Hypothesen auf der pauschalisierenden Unterstellung von Abschottungstendenzen ethnisierter sozialer Gruppen basieren, die sich in *parallelgesellschaftlichen* Strukturen von der Mehrheitsgesellschaft distanzieren (Schnur, 2017).

Ethnisierte soziale Gruppen werden in einschlägigen Studien als „Ausländer“ (Blasius et al., 2008, S. 23), „Zuwanderer“ (Häußermann et al., 2008, S. 115), „Migranten“ (Kurtenbach, 2017, S. 83) oder „ethnische Minoritäten“ (Friedrichs & Hommerich, 2005, S. 45) mit *sozialen Problemen* verknüpft. All diese Setzungen erfolgen ohne Begründung und Kontextualisierung der Indikatorenauswahl. Mitunter werden auch die Herkunftsländer *ethnisch* segregierter Bevölkerungsgruppen und ihr Bevölkerungsanteil einzeln aufgelistet, um anschließend einzelne Gruppen als prioritäres Problem herauszufiltern. In der Studie „Doppelt benachteiligt? Leben in einem deutsch-türkischen Stadtteil“ gliedern Blasius et al. in der Darstellung der Stadtteilbevölkerung die Kategorie „Ausländer“ weiter in die Unterkategorien „Türken“, „Italiener“, „ehem. Jugoslawien“, „Griechen“, „Rest EU“, „Portugiesen“, „Spanier“, „Sonstige“ (2008, S. 25) auf, wobei die anschließende Argumentation darauf ausgerichtet ist, die anteilig am größten vertretene Gruppe der *Türken* besonders hervorzuheben:

Von allen in Höhenberg und Vingst lebenden Ausländern sind die Türken die größte Bevölkerungsgruppe [...], gefolgt von Italienern [...] und aus dem ehemaligen Jugoslawien stammende Personen [...]. Insgesamt ist die Bewohnerstruktur [...] ethnisch sehr gemischt, wobei einige Straßenzüge in ihrer Bewohnerschaft relativ homogen sind. Hier zeigt sich eine deutliche kleinräumliche Segregation, wie sie auch in anderen benachteiligten Wohngebieten zu beobachten ist. Nordwestlich der Ostheimer Straße, die durch türkische Geschäfte und Kleidungsdiscounter geprägt ist, gibt es mehrere Straßenzüge, die nahezu ausschließlich von Türken bewohnt werden. (Blasius et al., 2008, S. 23)

Abgesehen von einem Argument der *Quantität*, wird dabei nicht weiter inhaltlich begründet, warum eine Unterscheidung zwischen *deutschen* und *türkischen* Bewohner*innen vorgenommen wird oder *türkische* Bewohner*innen aus den weiteren *nationalisierten* Gruppen als Untersuchungsgruppe ausgewählt werden. Stattdessen impliziert die Feststellung eine kulturalisierende Sichtweise auf die darin adressierte soziale Gruppe, die sich z. B. auch in der essentialisierenden Nennung sog. *türkischer* Geschäfte zeigt:

[Migrationsgeprägte Viertel] werden vielfach als ‚Ghettos‘ oder ‚Parallelgesellschaften‘ abgewertet und zum Symbol einer verfehlten Migration stilisiert. So gelten Migranten und deren Nachkommen im öffentlichen Diskurs per se als Abweichung von der hiesigen Normalität. (Yıldız, 2015, S. 294)

Seit Beginn der 2010er Jahre hat sich mit dem stadtsoziologischen Konzept sog. *Ankunftsquartiere* ein Forschungszweig entwickelt, der darauf ausgerichtet ist, *ethnische Segregation* in *sozial benachteiligten* Stadtteilen als *Potenzial* für die

Integration neuzugewanderter Gruppen zu untersuchen (Hans et al., 2020; Kurtenbach, 2015). Gefragt wird also nicht nach *benachteiligenden* Kontexteffekten für die Bewohner*innen segregierter Gebiete, sondern nach *positiven* Effekten, die sich durch die Konzentration von Bevölkerungsgruppen mit ähnlichen *Bedarfen* ergeben können. Die Debatte geht auf das 2011 erschienene Buch „Arrival City“ des kanadisch-britischen Journalisten Doug Saunders zurück, in der die Rolle von städtischen Ankunftsräumen für Zugewanderte analysiert wird. In Deutschland stehen vor allem Geflüchtete¹⁷ im Zentrum der wissenschaftlichen (und politischen) Auseinandersetzung, u. a. aus Syrien, Afghanistan oder Irak sowie Personen aus Bulgarien und Rumänien, die im Zuge der EU-Binnenmigration nach Deutschland migrieren¹⁸ (Hans et al., 2020, S. 164). Ausgangspunkt ist die Annahme, dass neu ankommende Migrant*innen sich entweder aufgrund niedriger Wohnkosten oder vorhandener sozialer Netzwerke zunächst in *sozial benachteiligten* Quartieren niederlassen, um sich nach ihrer Ankunft in Deutschland zu orientieren (Heidbrink & Kurtenbach, 2019, S. 163). Untersucht wird dann die Frage, inwiefern diese Quartiere durch die Bereitstellung einer passgenauen sozialen Infrastruktur als „Integrationsschleusen“ (Mafaalani et al., 2015, S. 10) ein Potenzial darstellen, um die neu Ankommenden im Prozess der Integration zu unterstützen. *Ethnische Segregation* wird nach dem Konzept vor allem dann positiv gefasst, wenn sie kurzfristig angelegt ist, also die Bewohner*innen für den Prozess des Ankommens in den segregierten Gebieten wohnen, bereitgestellte Infrastrukturen nutzen und nach erfolgreicher Orientierung in andere Stadtgebiete umziehen. Deshalb, so das aus dieser Argumentation folgende Plädoyer an die Stadtpolitik, müssten in *Ankunftsquartieren* verstärkt Investitionen in soziale Hilfs- und Beratungsinfrastrukturen getätigt werden, damit diese nicht „zu einer ‚Sackgasse‘ der Integration [würden], die in einer Verfestigung von Armut und Perspektivlosigkeit münden“ (Hans et al., 2020, S. 173). Wenngleich die Ressourcen von *benachteiligten* Stadtteilen betont und mit dem Label Ankunftsquartiere ein positives Gegenkonzept zu einer stigmatisierenden Debatte geschaffen werden soll (Hans et al., 2020), werden *soziale Probleme* entlang von Zuschreibungen im Kontext *Armut* und *Ethnizität* auch hier als solche vorausgesetzt. Über die pauschale Annahme, eine langfristige räumliche Konzentration migrantisierter Bevölkerungsgruppen sei unerwünscht, werden gängige Stereotype letztendlich reproduziert:

17 Yann Rees, Sebastian Kurtenbach und Andreas Zick untersuchten mit dem Konzept der Ankunftsquartiere den Zusammenhang zwischen dem Wohnen in diesen Quartieren und dem Risiko islamistischer Radikalisierung. Die Untersuchung zielt auf die Frage, ob das Wohnen in Ankunftsquartieren das Risiko erhöhen, dass sich Geflüchtete radikalisieren (2024).

18 Dazu siehe Citlak et al. (2014), Kurtenbach (2013) sowie Staubach (2013).

Die Vorstellungen [ethnischer Segregation, Anm. d. Verf.] basieren auf einem seit langem betriebenen und längst verinnerlichten sehr spezifischen Einwanderungs- nämlich Migrationsdiskurs: Viele Menschen ‚mit Migrationshintergrund‘ wird gesagt, bleiben im Grunde weiter kulturell, politisch, religiös sozial ihrem Herkunftsland verhaftet. Bis heute werden immer wieder entsprechende Quartiere sowohl in der öffentlichen wie auch wissenschaftlichen Debatte identifiziert, analysiert und entsprechend problematisiert. (Bukow, 2015, S. 273)

Erol Yıldız betont, dass diese auf hegemonialen Sichtweisen beruhenden Vorstellungen *ethnisch* segregierter Gebiete, die migrationsgeprägte Viertel von vornherein als Normabweichung untersuchen und abwerten, in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung ein „*epistemologisches Hindernis*“ (2015, S. 294, Herv. i. O.) darstellen, indem der Blick von vornherein verengt werde. Strukturelle Barrieren und Diskriminierungserfahrungen rücken dabei in den Hintergrund, genauso wie eine „*entdramatisierende Sicht*“ (2015, S. 294, Herv. i. O.) auf die städtische Alltagspraxis von Migrant*innen.

3.1.2 Die Reproduktion von Problemkategorien der stadtsoziologischen Segregationsforschung in der sozialen Stadtentwicklung

Das Programm Soziale Stadt ist eine politische Reaktion auf die in den zitierten Studien dargestellte Konzentration *ärmer* und *ethnischer* Bevölkerungsgruppen in städtischen Teilräumen und damit hervorgebrachter *sozialer Probleme*. Damit wird das Ziel verbunden, *negative* Folgen sozialräumlicher Segregation zu bearbeiten bzw. diesen entgegenzuwirken (BMI, 2018). Wissenschaftliche Evidenz erlangt die politische Programmatik in dieser Hinsicht mitunter durch die stadtsoziologische Segregations- und Kontexteffekteforschung, die in den vorangegangenen Unterkapiteln hinsichtlich ihrer zugrunde liegenden Annahmen, ihrer Forschungsmethodik und ihres Erkenntnisinteresses skizziert und problematisiert wurde. Für die Darlegung der Argumentation gilt es an dieser Stelle, stadtsoziologische wissenschaftliche Bezüge zum Programm Soziale Stadt herzustellen:

Die Entwicklung der Stadtsoziologie als wissenschaftliche Disziplin ist eng mit sozio-historischen Entwicklungsprozessen urbaner Räume, sprich mit der „Realgeschichte ihres Forschungsgegenstands“ (Siebel, 2010, S. 51) verbunden. Dies umfasst ebenso die Analyse stadtplanerischer Tätigkeiten, durch die der Untersuchungsgegenstand *Stadt* maßgeblich mitstrukturiert wird. Umgekehrt bezieht sich die Stadtplanung auch auf stadtsoziologische Fragestellungen: In den 1960er Jahren setzte eine „Versozialwissenschaftlichung“ (Siebel, 2010, S. 56) der Stadtplanung ein, indem zunehmend auch soziale Verhältnisse in stadtplanerische Prozesse integriert wurden. Das Programm Soziale Stadt schließt an diese

Entwicklung an, indem diese seit den 1990er Jahren direkter Gegenstand von Stadtpolitik geworden sind (Siebel, 2010, S. 53). So steht, wie einleitend skizziert, die Stadtsoziologie in einem engen, jedoch ambivalenten Verhältnis zur stadtplanerischen Praxis (Siebel, 2010).

Mit der politischen Etablierung sozialer Stadtentwicklung in den 1990er Jahren treffen zwei gesellschaftliche Entwicklungen aufeinander, die sich gegenseitig ergänzen (Güntner, 2007, S. 112): *erstens* die oben beschriebene stadtsociologische Debatte um räumliche Segregation, in der das Risiko einer sozialen Spaltung innerhalb der Städte ausgemacht wurde (und wird). Ausgelöst durch die Ölkrise in den 1970er Jahren verschärfe sich soziale Ungleichheit gesamtgesellschaftlich, die sich zunehmend sozialräumlich abbildet(e) (Häußermann & Siebel, 1987; Kronauer, 2020, S. 291; Kronauer & Siebel, 2013). Politisch wurde darin das Risiko gesehen, dass Segregation gesellschaftliche Exklusionsprozesse verstärken und damit eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das demokratische Gemeinwesen darstellen könne. Prägender Einflussfaktor auf das Programm ist *zweitens* eine sozialstaatliche Transformation des Wohlfahrtsstaates hin zu einem neoliberal ausgerichteten „aktivierenden Sozialstaat“ (Kessl, 2019). Mit dieser Programmatik werden sozialpolitisch nicht mehr in erster Linie staatliche Versicherungs- und Vorsorgeleistungen anvisiert, sondern lokale Maßnahmen, die durch Aktivierung an die Eigenverantwortung der Bewohner*innen zur Lösung ihrer Probleme appellieren. Dies erfolgt insbesondere in *sozial benachteiligten* Stadtteilen:

Aktivierung durch Verantwortungszuweisung heißt es seither vor allem dort, wo die Menschen nicht mehr ‚zusammen kegeln gehen‘: in bestimmten von sozialen Problemlagen besonders betroffenen Wohnarealen. Hier gilt es, das soziale Kapital der Bewohnerinnen und Bewohner zu aktivieren, um eine neue lokale Gemeinschaftlichkeit zu (er)wecken. (Kessl & Krasmann, 2019, S. 286)

Die Programmatik sozialer Stadtentwicklung ist damit Ausdruck eines auf Aktivierung ausgerichteten Sozialstaates, in der für die Lösung der darin verorteten *sozialen Probleme* die Adressat*innen selbst zur Verantwortung gezogen werden. Diese ist mitunter anschlussfähig an die in der Kontexteffektforschung aufscheinende Pauschalzuschreibung *devianten* Verhaltens von Bewohner*innen, die im Kontext von *Armut* und *Ethnizität* adressiert werden.

Die Programmatik schließt dementsprechend inhaltlich an Annahmen der zuvor dargelegten stadtsociologischen Segregationsforschung an und erhält durch ihre Erkenntnisse wissenschaftliche Legitimation. Die Problematisierung *sozialer* und *ethnischer* Segregation über die Darstellung entsprechender statistischer Kennziffern prägt dementsprechend auch die politische Praxis sozialer Stadtentwicklung. Der Intervention liegt ebenso die Annahme zugrunde, in segregierten Stadtteilen mit einem hohen Anteil an *armen* und *ethnisierter*

Bevölkerungsgruppen seien vermehrt *soziale Probleme* zu verorten. Dies zeigt ein Blick in das Baugesetzbuch, in dem soziale Stadtentwicklung rechtlich verankert ist:

Städtebauliche Maßnahmen der Sozialen Stadt sind Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung von *durch soziale Missstände benachteiligten Ortsteilen* [...]. Soziale Missstände liegen insbesondere vor, wenn ein Gebiet auf Grund der Zusammensetzung und wirtschaftlichen Situation der darin lebenden und arbeitenden Menschen erheblich benachteiligt ist. (§ 171 e Abs. 2 Satz 2 BauGB, Herv. d. Verf.)

Das zentrale Instrument zur Identifikation und Darstellung *sozialer Missstände* ist in diesem Zusammenhang das ISEK, im Rahmen dessen eine Gebietsanalyse obligatorischer Bestandteil der Bewerbung eines Stadtteils für eine Förderung durch das Programm ist (BMI, 2018, vgl. Kapitel 2.2.1). In diesem wird anteilig die Zusammensetzung der *benachteiligten* Bevölkerung entlang statistischer Indikatoren in einem begrenzten Raum¹⁹ abgebildet und in ein Verhältnis zur Gesamtstadt gesetzt. Diese Gebietsanalyse nimmt insofern eine zentrale Stellung im Förderkontext sozialer Stadtentwicklung ein, als dass sie Grundlage für die Herleitung des *Handlungsbedarfes* im Stadtteil und für die Entwicklung von Maßnahmen zur *Problembearbeitung* im Kontext sozialer Stadtentwicklung ist.

Zentral für die hier zugrunde gelegte Argumentation ist dabei, dass die Verfasser*innen eines ISEKs keine Begründung vornehmen müssen, auf welcher normativen Grundlage bestimmte soziale Gruppen zur Definition *sozialen Handlungsbedarfs* in Stadtteilen angeführt werden – wodurch eine unhinterfragte Setzung sozialer Problemkategorien, wie sie anhand der einschlägigen Studien der Stadtsoziologie dargestellt wurde, begünstigt werden kann (Baum & Otto, 2023).

Allgemein erfährt neben der Abbildung von *Armutssindikatoren* insbesondere auch die Darstellung *ethnischer Segregation* „eine breite Verankerung im aktuellen *common sense* bis in die politische genauso wie die wissenschaftliche Debatte“ (Bukow, 2015, S. 277, Herv. i.O.). Schnittmengen gibt es in dieser Hinsicht mit integrationspolitischen Fragestellungen. Davon zeugt auch ein 2022 durch das BMWSB veröffentlichter Leitfaden mit dem Titel „Migration, Integration und Teilhabe in integrierten Konzepten der Stadtentwicklung“, mit dem das Ziel verfolgt wird, in der Bearbeitung von Segregation *integrationspolitische* Fragestellungen stärker zu berücksichtigen:

19 Diese topologischen Grenzziehungen basieren auf einem absoluten Raumverständnis, in dem Raum als Container betrachtet wird (Franke, 2014, S. 162). Im Gegensatz dazu steht eine relationale Betrachtung, in dem Raum als Produkt menschlichen Handelns und als Konstrukt von Bedeutungen betrachtet wird (Löw et al., 2008). Fabian Kessl und Christian Reutlinger entwickeln daran anschließend ein relationales Raumverständnis, das insbesondere soziale Machtverhältnisse im Kontext von Sozialraumarbeit einbezieht (2022).

Bei der heterogenen Gruppe migrantischer Wohnbevölkerung gibt es häufig große Schnittmengen zu sozioökonomisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen mit besonderen Unterstützungsbedarfen. Die Darstellung räumlicher Unterschiede in der Verteilung dieser Gruppen dient als Grundlage, um Quartiere und Nachbarschaften zu benennen, in denen sich Menschen mit höheren Unterstützungsbedarfen stärker konzentrieren. Über diese sozialraumorientierten Ansätze hinaus ist es förderlich, Präventionsarbeit zu leisten und Toleranz und demokratische Werte zu fördern. (BMWSB, 2022, S. 7)

An diesem Zitat zeigt sich nicht nur die Verknüpfung *sozialer* und *ethnischer* Merkmalszuschreibungen, es erfolgt auch eine Kulturalisierung, indem zugleich pauschal ein Förderbedarf hinsichtlich *Toleranz* und *demokratischer Werte* zugeschrieben wird.

Sowohl die stadtsoziologische Kontexteffektforschung als auch soziale Stadtentwicklungspolitik gründen dementsprechend auf der gemeinsamen Prämisse, *soziale Probleme* seien konzentriert in *benachteiligten* Stadtteilen zu verorten und durch quartiersbezogene Maßnahmen zu bearbeiten. Die Problemdefinition erfolgt dabei entlang sozialer Zuschreibungen, ohne eine Reflexion der Position, aus der heraus gesprochen wird.

3.2 Programmimmanente Umgangsweisen mit der Unterrepräsentation marginalisierter Bevölkerungsgruppen im Verfügungsfonds

Die zentrale programmatische Forderung nach der Aktivierung *sozial benachteiligter* Gruppen an der sozialen Stadtentwicklung, die mit dem Verfügungsfonds Gestalt findet, schließt insofern an die in Kapitel 3.1. dargelegten Prämissen der Segregations- und Kontexteffektforschung an, indem davon ausgegangen wird, *soziale Probleme* in den Stadtteilen seien den dort lebenden Bewohner*innen (mit-)zuzuschreiben und damit durch Aktivierung zu bearbeiten. Durch ihre Beteiligung sollen die Bewohner*innen einen Beitrag leisten, die ihnen ursächlich (teil-)zugeschriebenen *sozialen Probleme* zu bearbeiten. Dies wird in der ersten offiziellen Evaluation des Programms Soziale Stadt²⁰ auf den Punkt gebracht: „Die Bewohner sollen sich für die Probleme im Gebiet selbst verantwortlich fühlen, Entscheidungen treffen und an der Veränderung mitwirken“ (IfS, 2004, S. 130). Gemäß dieser Argumentation wird mit dem Verfügungsfonds insbesondere dann eine hohe Wirkung erzielt, wenn ausdrücklich *sozial benachteiligte*

20 An dieser war u.a. Hartmut Häußermann maßgeblich beteiligt. Daran zeigt sich exemplarisch die Ambivalenz von *kritischer* Stadtforschung und praxisorientierter Stadtplanungssoziologie (vgl. Kapitel 3.1.2).

Bevölkerungsgruppen für die Partizipation am Verfügungsfonds aktiviert werden respektive die Gruppen, auf denen die Intervention durch die soziale Stadtentwicklung basiert.

Die Aktivierungsanrufung *sozial benachteiligter* Gruppen zeigt sich dabei als eine zentrale handlungspraktische Herausforderung. Seit Beginn des Programms vor rund 25 Jahren belegen Evaluationen, dass insbesondere die als *sozial benachteiligt* konstruierten Gruppen in Beteiligungsformaten der sozialen Stadtentwicklung unterrepräsentiert sind. Ebenso lange wiederholt sich die Forderung, *sozial benachteiligte* Bevölkerungsgruppen durch besondere Bemühungen stärker zu aktivieren:

Die Ansprüche an Aktivierung und Beteiligung reichen in der Sozialen Stadt weit über die üblichen Standards anderer Städtebauförderungsprogramme hinaus. Zwei Gründe sind hierfür maßgeblich: Auf der einen Seite verfügen die Bewohnergruppen in Soziale-Stadt-Gebieten aufgrund ihrer sozioökonomischen Lage selten über die notwendigen Ressourcen für ehrenamtliches Engagement. Auf der anderen Seite sollen gerade diese Personengruppen im Sinne einer Empowerment-Strategie befähigt werden, ihren Stadtteil aktiv mitzugestalten. (BBSR, 2017, S. 273)

In Evaluationen werden *sozial benachteiligte* Bevölkerungsgruppen regelmäßig zu *schwer erreichbaren* Bevölkerungsgruppen erklärt (IfS 2004, S. 19; BBSR 2017, S. 11; DIFU 2006, S. 20). In einer Evaluation des Deutschen Instituts für Urbanistik aus dem Jahr 2006 wird resümiert:

Die hohen Erwartungen an das Handlungsfeld ‚Aktivierung und Beteiligung‘ werden hinsichtlich der Einbeziehung der Bevölkerung in weiten Teilen erfüllt. Eine Herausforderung bleibt nach Einschätzung der Befragten weiterhin die Ansprache und Beteiligung nur schwer erreichbarer Bevölkerungsgruppen (Aussiedlerinnen und Aussiedler, Arbeitslose, Angehörige fremder Ethnien, Alleinerziehende). (Deutsches Institut für Urbanistik [DIFU], 2006, S. 20)

Auch elf Jahre später wird weiterhin gefordert:

Angesichts des sehr hohen Anspruchs an die Teilhabe sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen besteht im Programm Soziale Stadt weiterer Innovationsbedarf zur Entwicklung niedrigschwellige [sic!] Beteiligungsformate, und zwar nicht nur für Migranten, sondern auch für marginalisierte deutsche Bewohnergruppen. (BBSR, 2017, S. 11)

Die Auszüge zeigen zum einen, dass sich an der Unterrepräsentanz *sozial benachteiligter* Bevölkerungsgruppen in Beteiligungsformaten im Zeitverlauf wenig geändert hat. Zum anderen demonstrieren sie die Hervorbringung sog. *schwer*

erreichbarer Bevölkerungsgruppen, die mit den zentralen Kategorien der dargestellten Segregationsdebatte *Armut* und *Ethnizität* definiert werden. In den Evaluationen werden im Hinblick auf die Bearbeitung des Problems *schwer erreichbarer* Bevölkerungsgruppen zwei Umgangsweisen deutlich:

Die *erste* Umgangsweise konzentriert sich auf die Forderung, verstärkt Bemühungen zu unternehmen, den Zugang zu Beteiligungsformaten möglichst niederschwellig zu gestalten (BBSR, 2017, S. 11; DIFU, 2006, S. 27; IfS, 2004, S. 126). Der Verfügungsfonds gilt in diesem Zuge als „besonderes Instrument zur Aktivierung und Beteiligung“ (DIFU, 2006, S. 18), dem das Potenzial zugeschrieben wird, auch *schwer erreichbare* Gruppen zu aktivieren (BMVBS, 2012, S. 15; Fritsche, 2014, S. 130). Niederschwelligkeit soll darin über eine „unbürokratische und zeitnahe Umsetzung kleinteiliger Maßnahmen in den Fördergebieten“ (IfS, 2004, S. 130) gewährleistet werden. Die Verantwortung für die Gestaltung eines niederschwelligen Zugangs zu Partizipation wird dabei den ausführenden Akteur*innen in den Fördergebieten, wie dem Quartiersmanagement oder weiteren lokalen politisch-administrativen Vertreter*innen, zugetragen. So werden die Kommunen in einer Arbeitshilfe angewiesen, die Struktur des Verfügungsfonds in einer kommunalen Richtlinie möglichst *einfach* zu konzipieren:

Grundsätzlich sollten [...] die [...] Antragsverfahren so einfach wie möglich, leicht verständlich und im Sinne der Idee des Verfügungsfonds pragmatisch aufgebaut sein. Antragstellende aus der Öffentlichkeit, die zumeist wenig Erfahrungswissen zu Formalien der Städtebauförderung haben, sollten nicht abgeschreckt werden. Auch die Arbeit des Gremiums sollte nicht unnötig durch einen zu hohen Detaillierungsgrad eingeschränkt werden. Die Richtlinie sollte insbesondere helfen, den im Kern unbürokratischen Gedanken des Verfügungsfonds weiterzutragen. (BBSR, 2020 b, S. 4)

Die zugrunde liegende Argumentation, an *schwer erreichbare* Bevölkerungsgruppen sei durch besondere Bemühungen heranzukommen, weist die Verantwortung für den Erfolg des Instruments damit zum einen an die ausführenden lokalen Fachkräfte, die niederschwellige Formate entwickeln sollen, zum anderen auch an die Adressat*innen selbst, die sich durch Niederschwelligkeit doch noch erreichen lassen sollten.

Ein Funktionieren des Instruments wird dann jedoch vor allem dort verortet, wo es bereits engagierte Akteur*innen gibt: „Der Erfolg [wird] dort größer sein, wo sich an bestehende Strukturen anknüpfen lässt und wo die Bereitschaft zum persönlichen Engagement bei Teilen der Bewohnerschaft bereits vorhanden ist“ (IfS, 2004, S. 130). Die *zweite* Umgangsweise mit dem Problem *schwer erreichbarer* Bevölkerungsgruppen zeigt sich folglich darin, dass das Instrument auch dann als erfolgreich gilt, wenn „beteiligungsbereite Bewohner“ (IfS, 2004, S. 130) partizipieren:

Der Verfügungsfonds bildet in den Gebieten ein flexibles Budget, das unbürokratisch und kontrollierbar für die kurzfristige Umsetzung kleinteiliger Maßnahmen bereit steht. Es eignet sich sehr, ehrenamtliches Engagement zu unterstützen, indem es beispielsweise jenen, die bereit sind, Arbeitszeit für Maßnahmen im Quartier zu investieren, zusätzliche Materialkosten erspart. (IfS, 2004, S. 130)

Damit wird das Instrument weniger mit dem Ziel der *Aktivierung* von bürgerschaftlichem Engagement in Zusammenhang gebracht als vielmehr mit der finanziellen Unterstützung für bestehendes ehrenamtliches Engagement. Dass sich diese Deutung im Zeitverlauf nicht verändert hat, zeigt ein 2021 veröffentlichter Flyer zum damals frisch aufgelegten Programm Sozialer Zusammenhalt, indem formuliert wird: „Die Städte und Gemeinden können zur stärkeren Mitwirkung der Bewohnerschaft und von *Aktiven* im Quartier einen Verfügungsfonds einrichten“ (BMI, 2021, S. 15, Herv. d. Verf.).²¹

Die beiden dargelegten Strategien – einerseits der Appell an eine möglichst niederschwellige Durchführung des Verfügungsfonds, um *schwer erreichbare* Gruppen anzusprechen bei gleichzeitiger Hervorhebung *beteiligungsbereiter* Bevölkerungsgruppen – sichern dem Instrument des Verfügungsfonds letztendlich den Erfolg, der in Evaluationen kontinuierlich hervorgehoben wird (BBSR, 2017). Denn auch dann, wenn *schwer erreichbare* Bevölkerungsgruppen trotz niederschwelliger Methodik nicht partizipieren, kann auf *beteiligungsbereite* Bevölkerungsgruppen zurückgegriffen werden, die dazu beitragen, dass zugrunde liegende Ziel der Bürgerbeteiligung in der sozialen Stadtentwicklung zu erreichen.²²

Die programmatische Differenzierung zwischen *beteiligungsbereiten* und *schwer erreichbaren* Gruppen impliziert dabei zunächst die pauschale Zuschreibung, *sozial benachteiligte* Bevölkerungsteile seien weniger *beteiligungsbereit*. Folgt man dem letzten veröffentlichten Deutschen Freiwilligensurvey wird mit den in den Programmevaluationen benannten „*beteiligungsbereiten* Bevölkerungsgruppen“ (IfS, 2004) auf ein *Mittelschichtsmilieu ohne Migrationshintergrund* rekurriert. Die entlang von *sozialen* und *ethnischen* Indikatoren identifizierten *benachteiligten* Bevölkerungsgruppen sind dagegen statistisch unterrepräsentiert (Simonson et al., 2021, S. 4–5). Der Forschungsstand zeigt jedoch, dass es nicht eine mangelnde *Bereitschaft* ist, die dazu führt, dass sich marginalisierte Bevölkerungsgruppen anteilig weniger in (formalen) Engagementsettings abbilden.

21 Es fällt auf, dass diese explizite Nennung von „Aktiven“ zwar in einem Flyer des Programms und in Evaluationen auftaucht, nicht aber in den durch Bund und Länder offiziell verabschiedeten Programmstrategien (BMI 2018; BMVSB 2023).

22 Fabian Kessl spricht in diesem Zusammenhang von „creaming“ (2019, S. 134): In sozialen Maßnahmen werden solche Fälle abgeschöpft, die vergleichsweise leicht zu aktivieren sind. Das Programm kann dementsprechend auch dann als erfolgreich gelten, wenn nur ein Bruchteil der programmatisch adressierten Personen tatsächlich aktiviert wird, wodurch soziale Ungleichheitsverhältnisse letztendlich verschärft werden.

Vielmehr sind die Zugangschancen zu bürgerschaftlichem Engagement für diese Gruppen eingeschränkt. Weniger finanzielle und zeitliche Ressourcen können genauso eine Rolle spielen wie habituelle Aspekte, die eine Mitsprache erschweren (BMFSFJ, 2024).²³

Noch ein weiterer Aspekt ist hier im Anschluss relevant. Evaluationen sind auf eine Bewertung der Maßnahme gerichtet und basieren auf einem positivistischen Wirkungsverständnis, d. h. diese richten sich nach den politisch-administrativen Zielvorstellungen und untersuchen, ob diese mit den durchgeführten Maßnahmen erreicht werden konnten (Dollinger, 2018, S. 253; Wohlfahrt, 2020, S. 33). Wenn der Erfolg des Verfügungsfonds also am programmatischen Ziel gemessen wird, nach quantitativen Maßstäben möglichst *viel* Beteiligung zu erreichen, erscheinen die evaluativ abgeleiteten Lösungsansätze – *erstens* mehr Niederschwelligkeit zu gewährleisten und *zweitens* von vornherein auf *leicht* zu aktivierende Akteur*innen zurückzugreifen – als schlüssig. Das programmatisch-evaluative Vorgehen ermöglicht jedoch keine kritische Perspektive darauf, inwieweit „das Verfahren selbst und das Setting der Teilhabestrukturen auch dazu beitragen, dass die faktische Beteiligung der ausgeschlossenen Gruppen erschwert wird“ (Eckardt & Werner, 2020, S. 172). Hier zeigt der Ansatz der Folgenforschung Potenzial, über die programmatisch-inhärente Perspektive hinauszugehen und zu erforschen, wie auch nicht intendierte Folgen sichtbar gemacht werden können (Dollinger et al., 2017).

3.3 Zusammenführung und Anwendung

Der in dieser Arbeit zu entwickelnde Ansatz relational-machtflexiver Folgenforschung setzt an der Kritik an, dass die soziale Problematisierung in der fachlichen, wie praxisorientierten Debatte um Segregation in *benachteiligten* Stadtteilen häufig machtunkritisch erfolgt und damit rassistische und klassistische Stereotype und Privilegierungen der Mehrheitsgesellschaft reproduzieren kann. Die (deduktive) Setzung von Problemkategorien wird dabei weder in den genannten einschlägigen Studien der Segregations- bzw. Kontexteffektforschung reflexiv begründet, noch gibt es in der Praxis sozialer Stadtentwicklung ein *Instrument*, welches die Fachkräfte in der Entwicklung des ISEKs sensibilisiert, die Definition lokal verorteter *sozialer Probleme* reflexiv vorzunehmen.

Über die Setzung *sozialer Probleme* entlang von *Armut* und *Ethnizität* ohne eine Reflexion der sozialen Position, aus der heraus die Problemdefinition erfolgt,

23 Im Vierten Engagementbericht der Bundesregierung mit dem Thema „Zugangschancen zum freiwilligen Engagement“ identifiziert die Kommission 13 *Schwellen*, die den Zugang zum Engagement bzw. die Beteiligung im Vollzug des Engagements erschweren können (BMFSFJ, 2024, S. 41–44).

werden *soziale Probleme* zu vermeintlich objektiv gegebenen sozialen Tatbeständen: „Once we define social problems as harmful conditions, we can look around until we spot a harmful condition and then identify it as a social problem“ (Best, 2013, S. 4). Dieser objektivistischen Betrachtung *sozialer Probleme* wird im Rahmen der Arbeit eine sozialkonstruktivistische Perspektive entgegengestellt, die die lokale *Problemkonstruktion* innerhalb sozialer Stadtentwicklung und daran beteiligte, deutungsmächtige Akteur*innen in den Blick nimmt. Dafür werden Konzepte der sozialkonstruktivistischen Problemsoziologie herangezogen (Best, 2013; Groenemeyer, 2012). Aus dieser machtreflexiven und sozialkonstruktivistischen Perspektivierung *sozialer Probleme* leitet sich auch die akteurstheoretische Grundlegung ab, welche die hier durchgeführte, an den Adressat*innen ausgerichtete Folgenforschung prägt: während die dargestellten Arbeiten in Kapitel 3.1 und 3.2 in sich ohne sinnzuweisende und reflexive Adressat*innen auskommen (Dollinger, 2018, S. 257), wird diesem Sachverhalt in der vorliegenden Arbeit die Annahme entgegengestellt, dass Adressat*innen als (Ko-)Produzent*innen von Folgen sozialer Hilfen bedeutend sind und deshalb in die methodologische Konzeption einbezogen werden müssen (vgl. Kapitel 1). Für das Anliegen einer machtreflexiven Folgenforschung wird ein Adressat*innenbegriff zugrunde gelegt, der ihre relationale Positionierung im sozialen Machtgefüge der sozialen Hilfe hervorhebt.²⁴ Damit wird es möglich, die „macht- und herrschaftsförmigen Interdependenzen“ (Kessl & Klein, 2010, S. 79) zu analysieren, in die Adressat*innen partizipativer Stadtentwicklung eingebunden sind. Dies wird über die wissenssoziologische Diskurs- und Subjektivierungsforschung operationalisiert, die, wie noch zu klären sein wird, ein geeignetes akteurstheoretisches Modell zur relationalen Konzeption von Adressat*innen bietet (Keller, 2012 b). In methodischer Hinsicht zeigt sich die Ethnografie als geeignete Methode, um die Partizipationsprozessen zugrunde liegenden sozialen Machtstrukturen in den Fokus zu rücken, die „prägen, was als was als legitimate Partizipation anerkannt wird und wer oder was ausgegrenzt wird“ (Munsch & Müller, 2021, S. 33). Wenn Partizipationsprozesse unter der Bedingung sozialer Problematisierung bei gleichzeitigem Ausschluss dieser sozialer Gruppen stattfinden, ist es zudem angezeigt, die Perspektive derjenigen einzufangen, die *nicht* partizipieren, aber problemorientiert adressiert werden. Dies erfolgt in dieser Studie über die Methode problemzentrierter Interviews (Witzel & Reiter, 2022).

24 Diese Konzeption ist nicht nur abzugrenzen von der Evaluations- und Wirkungsforschung, sondern auch von anderen adressat*innenorientierten Ansätzen wie der sozialpädagogischen Nutzerforschung (Oelerich & Schaarschuch, 2013) oder dem Ansatz performativer Folgenforschung (Dollinger, 2018). Einen ebenfalls machttheoretischen und multiperspektivischen Zugang zu Folgenforschung entwickelt Jennifer Buchna (2024) im Kontext von schulisch (mit-)initiierten (teil-)stationären Hilfen zur Erziehung.

In den nächsten beiden Kapiteln erfolgt eine eingehende Entwicklung der hier skizzierten Methodologie, die Grundlage der empirischen Untersuchung dieser Arbeit ist. Dabei wird zunächst auf die theoretischen Annahmen der sozialkonstruktivistischen Problemsoziologie sowie der wissenssoziologischen Diskurs- und Subjektivierungsforschung eingegangen (Kapitel 4), bevor die konkreten Methoden und Verfahren vorgestellt werden, die im Rahmen der Forschung zur Anwendung kommen (Kapitel 5).

4 Theoretische Konzepte

Die vorliegende Arbeit untersucht Problematisierungsprozesse und daran beteiligte Akteur*innen im Partizipationsinstrument des Verfügungsfonds in der sozialen Stadtentwicklung. Sie geht dabei von dem im vorherigen Kapitel dargelegten Befund aus, dass die räumliche Konzentration sog. *sozial benachteiligter* Bevölkerungsgruppen einerseits zur Legitimation von Interventionen in den Fördergebieten herangezogen wird, und diesen die Verantwortung für die *sozialen Probleme* (teilweise) zugeschrieben werden, während diese Gruppen andererseits in institutionellen Partizipationsformaten im Vergleich zu Mittelschichtsangehörigen unterrepräsentiert sind.

Zur theoretisch-methodologischen Umsetzung dieses Anliegens wird zunächst die sozialkonstruktivistische Problemsoziologie hinzugezogen, um den Blick von einer objektivistischen und machtunkritischen Betrachtungsweise *sozialer Probleme* in *benachteiligten* Stadtteilen auf den Konstruktionsprozess von *sozialen Problemen* zu lenken (2012). Zur akteurstheoretischen Grundlegung greift die vorliegende Arbeit dann auf den Subjektbegriff der wissenschaftssoziologischen Diskurs- und Subjektivierungsforschung zurück (Bosančić, 2019; Keller, 2011b). Damit wird auf verschiedene Teilbereiche der Soziologie Bezug genommen: Während Groenemeyer in der Problemsoziologie verortet ist, sind Keller und Bosančić in der wissenschaftssoziologisch fundierten Diskurs- und Subjektivierungsforschung beheimatet. Beide Forschungszugänge teilen jedoch zentrale theoretische Annahmen, die im Weiteren ausgeführt werden. Im Anschluss an Reiner Keller und Angelika Poferl wird von „weitreichenden Überlappungen zwischen zentralen wissenschaftssoziologischen Positionen und Forschungsinteressen sowie den im engeren und weiteren Sinne ‚konstruktivistischen‘ Positionen innerhalb der Soziologie sozialer Probleme“ (2020, S. 141) und insbesondere von „Parallelen [...] zwischen der wissenschaftssoziologischen Diskursforschung im Anschluss an Keller und dem Programm zur Analyse von Problem- bzw. Problematisierungsdiskursen von Groenemeyer“ (2020, S. 146) ausgegangen. Im Rahmen der wissenschaftssoziologischen Diskursforschung erfolgt die Analyse *sozialer Probleme* bisher vor allem auf der Ebene gesellschaftlicher Wissenspolitiken und daran beteiligter Akteur*innen (Brink et al., 2023). Die vorliegende Arbeit verknüpft die problemsoziologische Perspektive darüber hinaus mit Annahmen der wissenschaftssoziologischen Subjektivierungsforschung (Bosančić, 2019). Damit wird es möglich, einerseits Anrufungen im Kontext von Problemdiskursen zu rekonstruieren, die im lokalen Setting des Verfügungsfonds an die Adressat*innen vermittelt werden, und andererseits mittels Selbst-Positionierungen die Perspektive der Adressat*innen im Hinblick auf die Anrufungen zu untersuchen.

Gemeinsamkeiten der Forschungsansätze ergeben sich aus der geteilten Grundannahme sozialer Konstruertheit von Wirklichkeit sowie der Bedeutung unterschiedlicher Verteilung von Deutungs- und Definitionsmacht in der Konstitution von (Problem-)Wissen. Sowohl Groenemeyer als auch Keller beziehen sich in ihrer eigenen Theorieentwicklung kritisch auf mikrosoziologische Ansätze. Diese weisen begrenzte Möglichkeiten auf, „an umfassendere Diagnosen gesellschaftlicher Entwicklung zurückgebunden [zu] werden und so auch bei der Frage nach den Bedingungen und Prozessen der Problematisierung die notwendige Verbindung zur allgemeineren soziologischen Theorieentwicklung [herzustellen]“ (Groenemeyer, 2012, S. 72) bzw. gesellschaftliche Prozesse zu analysieren, die über die „basalen Wissensbestände aus der Perspektive einzelner Gesellschaftsmitglieder hinausgehen“ (Keller, 2011 a, S. 132). Beide Ansätze eint damit das Ziel, mikrosoziologische Theorieansätze in gesellschaftlich-institutionelle Prozesse der Produktion von (Problem-)Wissen einzubetten. Dabei bezieht sich Groenemeyer in erster Linie auf ethnometodologisch-interaktionistische Ansätze der amerikanischen Problemsoziologie (u. a. Best, 2013),²⁵ während Keller ausgehend vom wissenssoziologischen Ansatz nach Berger und Luckmann (1980 [1966]) argumentiert und mit zentralen Konzepten Michel Foucaults (u. a. 1974) verknüpft. Beide entwickeln aus ihren jeweiligen Disziplinen heraus eine Forschungsperspektive, die es ermöglichen soll, gesellschaftliche und institutionelle Prozesse der Problematisierung und darin liegende Machtverteilungen methodologisch mit zu erfassen (Groenemeyer, 2007, S. 9; Keller, 2011 a, 132–133). Die empirische Subjektivierungsanalyse teilt die Annahmen der wissenssoziologischen Diskursanalyse und bietet auf dieser Grundlage ein theoretisch-methodologisches Konzept, um das Verhältnis zwischen diskursiven Anrufungen und Selbst-Positionierungen von Adressat*innen zu untersuchen (Bosančić, 2019). Im Anschluss an Goffmans *Soziologie der Interaktionsordnung* (u. a. 1973, 1975, 2003) entwickelt Saša Bosančić eine Heuristik zur Rekonstruktion von Subjektivierungsweisen, indem er über den Modus von *Selbst-Erzählungen* zwischenmenschliches Handeln auf der Ebene von face-to-face-Situationen mit diskursiven Anrufungen in Beziehung setzt (Bosančić, 2014, S. 165–166).

Mit Bezug auf die Problemsoziologie nach Groenemeyer (2012) wird das dieser Arbeit zugrunde liegende Verständnis von sozialer Hilfe operationalisiert. Dies ermöglicht einen machtreflexiven Blick auf soziale Hilfen, der die soziale Praxis des Verfügungsfonds in einen Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Prozess sozialer Problematisierung bringt. Da Groenemeyer in der genauen

25 Aufgrund seines Anliegens, gesellschaftstheoretische Perspektiven in die Analyse sozialer Probleme einzubeziehen, stützt sich die Darstellung der Problemsoziologie in erster Linie auf Axel Groenemeyer (u. a. 2012). Da er sich in der Entwicklung seines Forschungsprogramms auf die amerikanische Problemsoziologie, insbesondere auf Joel Best (2013) bezieht, werden diese Arbeiten im Folgenden auch einbezogen.

method(olog)ischen Ausarbeitung offen bleibt,²⁶ wird auf Kellers Forschungsprogramm der wissenssoziologischen Diskursanalyse (Keller, 2011b) sowie auf die daraus entwickelte empirische Subjektivierungsanalyse nach Bosančić (2019) zurückgegriffen. Keller (2012b, S. 72–73) konzipiert in Anlehnung an Foucault eine Heuristik, die hier Anwendung findet, um Konzepte der sozialkonstruktivistischen Problemsoziologie auch akteurstheoretisch zu erweitern.

Damit ist die vorgenommene empirische Analyse machtreflexiv angelegt, indem die Rolle sozialer Machtverhältnisse und die relationale Positionierung der Adressat*innen in die Analyse von Partizipation im Kontext sozialer Stadtentwicklung methodologisch einbezogen wird. Im Folgenden werden für diese Arbeit zentrale Grundannahmen der sozialkonstruktivistisch ausgerichteten Problemsoziologie sowie der wissenssoziologischen Diskurs- und Subjektivierungsforschung herausgearbeitet und dargestellt, wie diese miteinander verknüpft werden.

4.1 Das Organisationsverständnis der sozialkonstruktivistischen Problemsoziologie

Soziale Probleme sind als jeweils spezifische Problemkategorien sozial konstruiert, und diese Konstruktionen sind in vielen Fällen folgenreich, indem mit ihnen Politiken, Interventionen und Kontrollen funktionieren und legitimiert werden. Sie müssen sich zudem an einer kulturellen Wirklichkeit bewähren, denn nicht alle Perspektiven, die auf ein Phänomen gerichtet werden können, sind gleichwertig und vor allem nicht gleich folgenreich.

(Groenemeyer, 2012, S. 17–18)

4.1.1 Zur sozialkonstruktivistischen Soziologie sozialer Probleme

Die Zielsetzung sozialkonstruktivistischer Ansätze in der Soziologie sozialer Probleme besteht darin, eine theoretische Perspektive zu entwickeln, die über die konventionelle sprachliche Verwendung und eine objektivistische Analyse von Einzelphänomenen hinausgeht, indem gemeinsame Erklärungen für unterschiedliche Erscheinungen gesucht werden, die als *soziales Problem* konstituiert sind (z. B. Arbeitslosigkeit, Suizid oder Rassismus) (Best, 2013; Groenemeyer, 2012, S. 27). Der Verweis auf „Soziale Probleme“ bezeichnet [...] kein konkretes Phänomen, sondern bezieht sich auf eine analytische Klasse oder Kategorie unterschiedlicher Phänomene, die zum Gegenstand der Analyse gemacht werden soll“ (Groenemeyer, 2012, S. 18). Im Bestreben einer einheitlichen Definition des

²⁶ So verwendet dieser den Diskursbegriff zwar häufig, bleibt im Hinblick auf eine Begriffsbestimmung aber unspezifisch (Keller & Poferl, 2020, S. 147).

Konzepts ‚soziales Problem‘ haben sich seit den 1970er Jahren konstruktivistische Ansätze zur Analyse *sozialer Probleme* herausgebildet.²⁷ Während ein objektivistischer Ansatz der Untersuchung einzelner *sozialer Probleme* ihren problematischen Charakter als gegeben ansehen, zielt die Analyse im konstruktivistischen Sinne auf das „Problematischwerden“ (Groenemeyer, 2012, S. 27) sozialer Phänomene. Durch diese Herangehensweise werden die verschiedenen Phänomene, die als *soziale Probleme* betrachtet werden, definitorisch miteinander verknüpft und die Soziologie sozialer Probleme zu einer „*Wissenssoziologie* der Analyse von Strategien und Diskursen der Problematisierung gesellschaftlicher Phänomene in der Öffentlichkeit und Politik“ (Groenemeyer, S. 26–27, Herv. i. O.). Theoretische Wegbereiter für die Entwicklung einer sozialkonstruktivistisch orientierten Problemsoziologie waren sowohl Arbeiten zur Ethnomethodologie (Garfinkel, 1967) als auch die Wissenssoziologie (Berger & Luckmann, 1980 [1966]).

Malcom Spector und John Kitsuse (1977) sind prominente Vertreter erster sozialkonstruktivistisch ausgerichteter Analysen *sozialer Probleme*. In ihren ethnomethodologisch fundierten Arbeiten stehen Fragestellungen der Herstellung von Bedeutung in Interaktionskontexten im Vordergrund der Untersuchung *sozialer Probleme*. Spector und Kitsuse gelten dabei als einflussreiche Vertreter eines *radikalen Konstruktivismus*, der eine Debatte über objektivistische und konstruktivistische Grundannahmen in der Analyse *sozialer Probleme* auslöste. Radikal konstruktivistischen Ansätzen wurde die Kritik des „ontological gerrymandering“ (Woolgar & Pawluch, 1985) entgegengebracht, die darauf rekurriert, dass sie entgegen ihres eigenen theoretischen Selbstverständnisses auf objektivistischen Grundannahmen basierten.²⁸ Ohne die Debatte an dieser Stelle im Detail nachzuzeichnen, ist der kurze Verweis für die Entwicklung des theoretischen Grundgerüsts dieser Arbeit insofern relevant, als dass sich aus dieser Kritik wiederum Positionen entwickelten, die dafür plädierten, die Analyse *sozialer Probleme* nicht mehr radikal sozialkonstruktivistisch zu fassen, sondern in ihren jeweiligen Kontexten zu analysieren. Joel Best schlägt dementsprechend einen „contextual constructionism“ (1993, S. 119) vor, indem sozialkonstruktivistische Grundannahmen beibehalten, die Analyse sozialer Problematisierung aber in ihren sozial-kulturellen Kontext eingebunden wird. Während Best sich dabei weiterhin an interaktionistischen Forschungsperspektiven orientiert, plädiert Axel Groenemeyer, ausgehend von Bests Annahmen, für eine stärkere Einbettung sozialer Problematisierung in gesellschaftliche und politische Prozesse, die über die soziologische Mikroebene hinausgehen (2003, S. 11). Hier setzt die in dieser Arbeit entwickelte Perspektive an.

27 Diese entwickelte sich in Abgrenzung zu strukturfunktionalistischen Gesellschaftstheorien der 1960er Jahre (Groenemeyer, 2012, S. 72).

28 Für eine ausführliche Darstellung der Debatte siehe Best (1993, 1995); Woolgar und Pawluch (1985).

4.1.2 Drei Definitionsmerkmale sozialer Probleme

Es wurden verschiedene Definitionen *sozialer Probleme* aus sozialkonstruktivistischer Perspektive verfasst, die zwar unterschiedliche Schwerpunkte setzen, drei Elemente aber gemeinsam haben: (1) die normative Rahmung eines Phänomens als soziale Abweichung, (2) die Anwesenheit deutungsmächtiger Akteur*innen, die eine bestimmte Problemdefinition in einem Prozess sozialer Problematisierung gegen Konkurrenz durchsetzen und (3) die prinzipiell gegebene Möglichkeit zur Veränderung des sozialen Problems durch spezifische Maßnahmen (Groenemeyer, 2012, S. 27–36).

1. Diagnose sozialer Abweichung vom Normalzustand

Erstens liegt dem Begriff des *sozialen Problems* die Annahme eines gesellschaftlichen Schadens bzw. Störung zugrunde. Damit wird auf Werte und Normen Bezug genommen, an denen problematische Zustände gemessen werden können. Meist implizit gehen damit Vorstellungen über einen *ungestörten, normalen* oder *potenziell besseren* Zustand der Gesellschaft einher. Hier zeigt sich der konstruktivistische Charakter *sozialer Probleme*: Was ein soziales Phänomen zu einem Problem macht, ist nicht objektiv gesetzt, sondern Auslegungssache und subjektiv geprägt. Dabei ist die Bewertung dessen, was genau einen *besseren Zustand* ausmacht und *wer* diesen definiert, immer eine Frage von Macht und Herrschaft. So ist ebenso die Frage zentral: „*besser, für wen?*“ (Groenemeyer, 2012, S. 29).

*2. Konkurrenz und Durchsetzungsmacht kollektiver Akteur*innen*

Daran schließt das zweite Definitionsmerkmal an: In der Regel finden sich in öffentlichen Diskursen unterschiedliche, miteinander konkurrierende Deutungen und Bewertungen eines sozialen Problems. Damit eine spezifische Problemdeutung soziale Relevanz erlangt, muss das Problem durch ein (deutungs-)mächtiges Kollektiv artikuliert und durchgesetzt werden. Dabei kommt es nicht unbedingt auf die Anzahl von Personen an, die sich an einem Problematisierungsprozess beteiligen, sondern in erster Linie auf die Definitions- und Deutungsmacht der beteiligten Akteur*innen. Problematisierung ist demzufolge ein Prozess, in dem „(Deutungs-) Macht, Herrschaft und kulturelle Hegemonie eine zentrale Rolle spielen“ (Groenemeyer, 2012, S. 31). Setzen sich spezifische Deutungen eines sozialen Problems gesellschaftlich bzw. politisch durch, werden Institutionen und Organisationen eingerichtet, um das Problem zu bearbeiten, wie z. B. der Bereich der Justiz, der Polizei oder, wie in der vorliegenden Arbeit untersucht, soziale Programme und Maßnahmen.

3. Vorstellungen der Veränderbarkeit sozialer Probleme

Drittes Definitionsmerkmal eines sozialen Problems ist die Annahme, dass gesellschaftlich die Möglichkeit zur Veränderung eines sozialen Problems gesehen wird. Dies ist nicht bei jedem Phänomen der Fall, das als unerwünscht angesehen wird oder Leid verursacht, z. B. wenn es als Naturgegebenheit betrachtet wird.

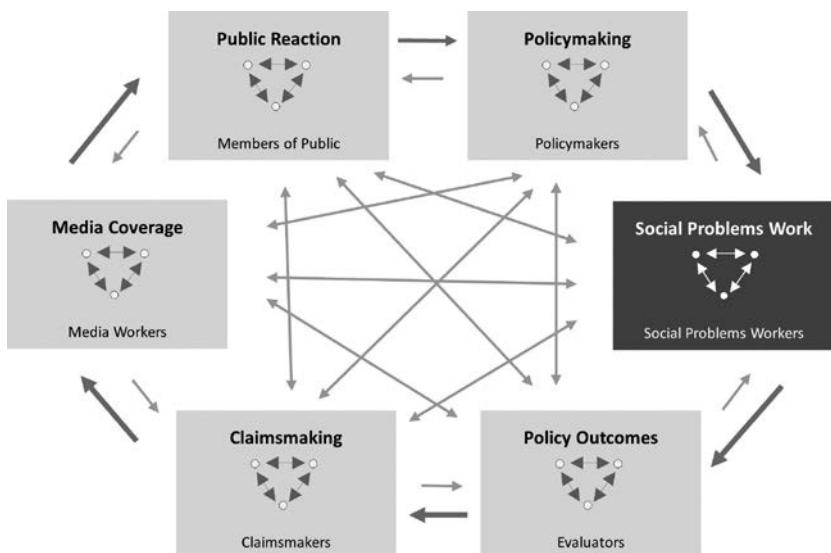
Erst wenn die Überzeugung verbreitet ist, dass spezifische Zustände durch soziales Handeln verändert werden können, kann auch von einem sozialen Problem gesprochen werden, welches durch Institutionen, Organisationen, Programme und Maßnahmen bearbeitbar ist (Groenemeyer, 2012, 33–34).

4.1.3 Organisationale Problemarbeit im Kontext der *Karriere sozialer Probleme*

Mit der Definition *sozialer Probleme* aus sozialkonstruktivistischer Perspektive wird bereits angedeutet, dass die gesellschaftliche Hervorbringung *sozialer Probleme* in einen Prozess eingebettet ist, in dem Akteur*innen eine zentrale Rolle bei der Definition und Durchsetzung eines sozialen Phänomens als *soziales Problem* zukommt. Bis ein Problem also durch politische Programme und soziale Maßnahmen bearbeitet wird, muss es bereits eine *Karriere* hinter sich haben, im Zuge dessen sich eine spezifische Problemdefinition erfolgreich gegenüber konkurrierenden Deutungen durchgesetzt hat. Zur Beschreibung des Prozesses sozialer Problematisierung sind verschiedene Modelle entwickelt worden (Best, 2013; Schetsche, 2014; Spector & Kitsuse, 1977).

Entlang des Karriermodells von Best (2013), auf das Groenemeyer in seiner Argumentation zurückgreift, wird im Folgenden dargestellt, wie die Analyse der konkreten Problemarbeit im Verfügungsfonds konzeptuell gefasst wird (vgl. Abbildung 3).

Abb. 3 Prozess sozialer Problematisierung (Eigene Darstellung in Anlehnung an Best, 2013, S. 322)



Zunächst führen Akteur*innen (*Claimsmaker*) Problemkategorien in die Öffentlichkeit ein (*Claimsmaking*). Diese werden auf spezifische Weise medial rezipiert (*Media Coverage*) und finden Eingang in die öffentliche Debatte (*Public Reactions*). Im Prozess des *Policymaking* wird ein *soziales Problem* dann in Gesetzen, Organisationen und/oder politischen Programmen institutionell manifestiert. *Social Problems Work*²⁹ rekurriert dann auf die konkrete *Problembearbeitung* innerhalb von Organisationen, an denen sowohl Fachkräfte als auch Adressat*innen als *Social Problems Workers* beteiligt sind. Diese Arbeit bringt wiederum spezifische Ergebnisse – Wirkungen bzw. Folgen – hervor (*Policy Outcomes*). Die mit Pfeilen verbundenen Kreise in jeder der einzelnen Phasen symbolisieren die Rolle der jeweils spezifischen Akteur*innen der Problematisierung, die im jeweiligen Problematisierungskontext relevant werden und die ebenso für jede der Phasen benannt werden. Die hervorgehobenen schwarzen Pfeile stellen den idealtypischen Prozessverlauf der Problematisierung sozialer Phänomene dar, während die grauen Pfeile aber die Komplexität des Prozesses hervorheben. So gibt es potenziell immer die Möglichkeit der Bezugnahme und Interaktion zwischen den einzelnen Problematisierungskontexten (Best, 2013, S. 323). Die Phase des *Social Problems Work* wird für das Anliegen der vorliegenden Arbeit in Abbildung 3 hervorgehoben, da hier die konkrete Problemarbeit stattfindet und für die Analyse von Folgen sozialer Hilfen im Mittelpunkt steht.

Die Konstruktion *sozialer Probleme* wird dabei je nach Phase unterschiedlich geframt: „Jede Problematisierung nimmt in einem anderen Kontext selbst wiederum andere Züge an, muss uminterpretiert und den Bedingungen und der Logik des Kontextes angepasst werden, um in diesem Kontext Sinn zu machen“ (Groenemeyer, 2012, S. 82). Damit Phänomene sich zu *sozialen Problemen* entwickeln, müssen diese durch Akteur*innen (*Claimsmaker*) als öffentlich relevante Themen in die Sphäre der öffentlichen Diskussion und politischen Entscheidungsfindung eingebracht werden (Groenemeyer, 2012, S. 59). Für die Phase des *Claimsmaking* richtet sich die Analyse deshalb vor allem auf die Untersuchung von Aktivitäten, Strategien und Prozessen, über die Akteur*innen es schaffen, gesellschaftliche Bedingungen oder Verhaltensweisen öffentlich als problematisch zu konstruieren und bestimmte Vorstellungen des Problems als solche durchzusetzen (Groenemeyer, 2012, S. 62). Durch die mediale Rezeption des als sozial problematisch konstruierten Sachverhalts wird dann eine größere Öffentlichkeit erreicht. Die Analyse der Rezeption *sozialer Probleme* durch (Massen-)Medien richtet sich dann auf die jeweils spezifische Art und Weise der medialen Darstellung von Themen. Medien sind nicht nur Vermittler von Themen, die durch *Claimsmaker* erzeugt werden, sondern folgen – je nach eigener institutioneller Logik – auch eigenen Kriterien und Schwerpunktsetzungen (Groenemeyer, 2012, S. 88). Den Problematierungsprozess sozialer Phänomene in der öffentlichen Sphäre (*Public Reactions*) fasst

29 Hier schließt Best an das Konzept von Holstein und Miller (2003) an.

Groenemeyer als „gesellschaftliche Formierung von Diskursen“ (Groenemeyer, 2012, S. 82) ebenso mit einer ganz spezifischen Eigenlogik:

Problematische Sachverhalte sind nur über eine jeweils spezifische Kategorisierung Gegenstand von Diskursen, also z. B. als Krankheitsproblem, als Kriminalitätsproblem, als Gerechtigkeitsproblem, als Erziehungsproblem. Im Prinzip könnte mit Bezug auf die gleichen Phänomene auch anders gesprochen werden und sie damit auch anders behandelt werden. (Groenemeyer, 2012, S. 82)³⁰

Setzen sich bestimmte soziale Problemkategorien durch, können diese im Rahmen des *Policymaking* in Form von Rechtsetzungen, Programmen und Ressourcenverteilungen dann einen anerkannten, offiziellen Status erlangen. Durch die politische Entscheidung, ein *soziales Problem* in spezifischer Art und Weise institutionell zu bearbeiten, werden bestimmte Formen der Kategorisierung mit Deutungsmacht ausgestattet und gewinnen dadurch einen „hegemonialen Anspruch von Legitimität und Richtigkeit des Problemdiskurses“ (Groenemeyer, 2012, S. 89). Politische Programme schaffen einen „spezifischen quasi offiziellen kulturellen Rahmen“ (Groenemeyer, 2012, S. 92) für die Kategorisierung eines sozialen Problems, mit dem sich andere konkurrierende Problemdeutungen auseinandersetzen müssen. Groenemeyer bezieht sich hier auf Adalbert Evers' und Helga Nowotnys Beschreibung von Institutionen als „geronnene Problemdiskurse, [weil sie] Lösungen anbieten für Fragen, die in ihrer ursprünglichen Form nicht mehr gestellt werden müssen“ (Evers & Nowotny, 1987, S. 25; zit. n. Groenemeyer, 2012, S. 92). Organisationen sind damit das Ergebnis erfolgreicher öffentlicher und politischer Problematisierung. Sie setzen bestimmte gesellschaftlich und politisch akzeptierte Definitionen von *sozialen Problemen* voraus, die auf spezifische Weise geframt werden, z. B. durch die Zuteilung institutioneller Zuständigkeiten entlang politischer Felder. Im Prozess des *Policymaking* werden darüber „institutionelle Problemschemata“ (Groenemeyer, 2012, S. 97) zur Verfügung gestellt, die den offiziellen Organisationzweck und einen allgemeinen Rahmen für die durchzuführenden Maßnahmen vorgeben.

Social Problems Work rekurriert dann auf die Ebene der konkreten *Problembearbeitung*.³¹ Hier finden die *face-to-face interactions* statt, in der die Fachkräfte auf die

30 Dabei kann sich das, was sich als Definition und Deutungsmuster eines sozialen Problems zu einem bestimmten Zeitpunkt gesellschaftlich durchgesetzt hat, im Laufe der Zeit transformieren, indem sich Normalitätserwartungen und „gesellschaftliche Sensibilitäten“ (Groenemeyer, 2012, S. 82) für bestimmte Phänomene verändern. In diesem Zuge entstehen neue Anlässe für Problematisierungen oder bisherige Problematisierungswiesen verlieren gesellschaftlich an Bedeutung bzw. werden entproblematisiert.

31 Groenemeyer (2010) fasst diese Ebene im Unterschied zu Best als doing social problems. Damit zielt er auf die stärkere Hervorhebung der Einbettung organisationaler Praxis in gesellschaftliche Prozesse der Problematisierung ab.

Adressat*innen – „the people who in some way embody a socially constructed problem“ (Best, 2013, S. 223) – treffen. Die Interaktionen zwischen Fachkräften und Adressat*innen erfolgen dementsprechend nicht in einem institutionell unabhängigen Kontext, sondern werden durch Gesetze, Vorschriften und politische Programme gerahmt, die als „selbstverständliches Wissen routiniert angewendet werden und die Grundlage für Aushandlungsprozesse mit Betroffenen darstellen“ (Groenemeyer, 2012, S. 96). Damit ist die konkrete Problemarbeit in eine spezifische „Geschichte der Problematisierung“ (Groenemeyer, 2012, S. 83) eingebunden, die durch Deutungs- und Definitionsmacht über die Frage geprägt ist, was als *Abweichung* vom *Normalzustand* Geltung erfährt und auf welche Weise diese zu bearbeiten ist.

Demzufolge sind die Adressat*innen nicht *a priori* als solche zu fassen. Vielmehr unterliegen Individuen im Kontakt mit der Organisation einem Transformationsprozess, im Laufe dessen sie zu Klient*innen, Patient*innen oder Angeklagten werden. Organisationale Problemarbeit ist dann der „Versuch der Veränderung von Menschen [hin zu einem sozial erwünschten Zustand], sei es [bezüglich] ihres Status, ihrer Ressourcen oder ihrer Kompetenzen, Motivationen oder Orientierungen“ (Groenemeyer, 2012, S. 103).

Dabei etablieren Organisationen der Problemarbeit spezifische Diagnosepraktiken, um die Individualität der Klient*innen in „professionell und instituionell handhabbare Kategorien der Fallbearbeitung zu überführen“ (Groenemeyer, 2012, S. 96). Diese können stark formalisiert, z. B. in medizinischen Diagnosemanualen oder Sozialgesetzbüchern, oder verhältnismäßig informeller angelegt sein, wie Risikochecklisten, die zur Kategorisierung von Kindeswohlgefährdung angewendet werden. Die Verwendung der Diagnoseinstrumente in der Praxis der *Problembearbeitung* verschafft der Kategorisierung von Adressat*innen einen objektiven Charakter und Legitimität, da sie als wissenschaftlich fundiert gelten bzw. mit politischer Macht ausgestattet werden (Groenemeyer, 2012, S. 98). Problemarbeit ist dementsprechend darauf ausgerichtet, durch die Arbeit an den Adressat*innen Konsequenzen zu generieren:

Problemarbeit ist folgenreich, insbesondere auch für Betroffene. Organisationen der Problemarbeit verändern in Verbindung mit der Kategorisierung den Status von Personen [...]. Die Kategorisierung als Klient oder Klientin stellt dabei eine bedeutsame Ressource für die Identitätsbildung dar, entweder als Stigmatisierung oder als sicherheitsstiftende Möglichkeit, der eigenen Situation oder dem eigenen Verhalten einen Sinn zu geben. (Groenemeyer, 2012, S. 103)

4.1.4 Zusammenfassung

Mit der sozialkonstruktivistischen Problemsoziologie wird argumentiert, dass die soziale Praxis des Verfügungsfonds in einen machtvollen, gesellschaftlichen

Prozess sozialer Problematisierung eingebunden ist. Während Best in seinen Analysen weitestgehend auf mikrosoziologischer Ebene bleibt, hebt Groenemeyer das Potenzial der Problemsoziologie als „gesellschaftspolitisches Projekt“ (Groenemeyer, 2003, S. 208) hervor, indem er dafür plädiert, die Untersuchung *sozialer Probleme* über eine interaktionistische Perspektive hinausgehend zu betrachten. Für die hier durchgeführte Forschung bedeutet dieses Verständnis von sozialer Hilfe, dass die beobachtete soziale Praxis des Verfügungsfonds theoretisch als „lokale Artikulation gesellschaftlicher Problemdiskurse“ (Groenemeyer, 2010, S. 42) konzipiert wird. Die folgenden Annahmen erweisen sich dabei zentral für die vorliegende Forschungsarbeit:

1. *Soziale Probleme* sind sozial konstruiert. Ihre Institutionalisierung im Rahmen sozialer Hilfen ist das Ergebnis eines erfolgreichen Prozesses sozialer Problematisierung, in der sich deutungsmächtige Akteur*innen gesellschaftlich mit ihrer Problemdefinition gegenüber anderen, konkurrierenden Deutungen durchsetzen.
2. Die konkrete Arbeit an *sozialen Problemen* in Organisationen muss sich an *institutionellen Problemschemata* ausrichten, die sich u.a. in der Gesetzgebung, politischen Zuständigkeiten, Programmatiken und Zielvorstellungen widerspiegeln. Diesen Problemschemata liegt also eine spezifische Definition des Problems zugrunde, die mit Vorstellungen von (schädigender) sozialer Abweichung sowie damit verbundenen erwünschten Normen verknüpft sind.
3. Individuen werden erst durch spezifische, in den *institutionellen Problemschemata* verankerten Kategorisierungen zu Adressat*innen sozialer Hilfen. Dazu werden mehr oder weniger formalisierte institutionalisierte Diagnosewerkzeuge entwickelt, um Individuen als Adressat*innen sozialer Hilfen zu identifizieren.
4. Soziale Hilfen (respektive *Social Problems Work*) setzen in der *Problembearbeitung* auf Ebene der face-to-face-Interaktionen an den Adressat*innen selbst an. Damit sind soziale Hilfen darauf ausgelegt, durch die Arbeit an Personen Folgen zu generieren.

4.2 Akteur*innenverständnis der wissenssoziologischen Diskurs- und Subjektivierungsforschung

Diskurstypologische Regeln der Selektion von Sprechern und Inhalten sind immer auch Regeln der Exklusion. Nicht jede(r) erfüllt die Kriterien und verfügt über die Ressourcen oder Kapitalien, die für die Teilnahme an einem spezifischen Diskurs vorausgesetzt sind. Und auch die spezifische Definition der Wirklichkeit, die ein Diskurs vorgibt, schließt andere Varianten aus. Insoweit verweist der Diskursbegriff unmittelbar auf den Begriff der Macht.
(Keller, 2011 b, S. 208)

4.2.1 Zur Verknüpfung von Wissenssoziologie und Diskurstheorie

Die wissenssoziologische Diskursanalyse ist ein sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm und wurde maßgeblich durch Reiner Keller, zunächst in seiner Dissertation mit dem Titel „Müll – Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen“ (Keller, 1998), entwickelt und in seiner Habilitation theoretisch ausgearbeitet (Keller, 2011b). Keller verankert die wissenssoziologische Diskursanalyse im interpretativen Paradigma der Soziologie³² und bezieht sich dabei zunächst auf die Wissenssoziologie nach Berger und Luckmann (Berger & Luckmann, 1980 [1966], S. 126).³³ Er betont die Stärke des Ansatzes in der „dialektischen Betrachtung von produziertem, objektiviertem, weltkonstituierendem Wissen und gesellschaftlicher Handlungspraxis“ (Keller, 2011 a, S. 132), verortet aber Grenzen der Theorie, wenn es um die Erklärung kollektiver Wissensproduktion, gesellschaftlicher Grundlagen der Wissensverteilung und nicht zuletzt um soziale Machverhältnisse in der Wissensproduktion geht (Keller, 2011 a, S. 133). Keller nimmt diese Kritik zum Anlass einer diskurstheoretischen Erweiterung der Wissenssoziologie nach Berger und Luckmann:

Insofern diese [die Wissenssoziologie nach Berger/Luckmann] sich [...] vorwiegend mit der Analyse von (subjektiven) Allerwelts-Wissensvorräten und Weltkonstitution (basale Typisierungsprozesse, kleine Lebenswelten u. a. m.) beschäftigt und dabei die Bedeutung institutionell-organisatorischer Wissensproduktion vernachlässigt, ist es [...] notwendig, sie durch eine ‚Foucaultsche Wende‘ hin zum Begriff des Diskurses zu führen. (Keller, 2011 a, S. 126)

32 Mit diesem Begriff fasst Keller Ansätze zusammen, „in denen die Fähigkeiten und Notwendigkeiten des Menschen, sich Welt deutend und handelnd zu erschließen, zum Ausgangspunkt der Analyse – meist in Gestalt qualitativer Sozialforschung – gemacht werden“ (2012 a, S. 180).

33 Bezugnehmend auf den Symbolischen Interaktionismus nach George Herbert Mead sowie auf phänomenologische Ansätze in der Tradition von Alfred Schütz argumentieren Berger und Luckmann, dass Gesellschaft sich gleichzeitig durch eine objektive und eine subjektive Wirklichkeit konstituiert. Dabei wird gesellschaftliches Wissen durch das handelnde Subjekt in Interaktionen sozial konstruiert. Gleichzeitig wird die subjektiv sozial konstruierte Wirklichkeit durch einen übersubjektiven, gesellschaftlichen Wissensvorrat begrenzt. Dieser umfasst Regeln, Normen und Moralvorstellungen, an denen sich die Subjekte in ihrem Handeln ausrichten (müssen). In Gesellschaften bilden sich soziale Institutionen (z. B. Familie, Peergroups, Bildungseinrichtungen, Medien) heraus, wodurch Handlungsmuster, Handlungserwartungen und soziale Rollen habitualisiert werden und dadurch Legitimierung erfahren. Durch symbolische Formen wie Sprache oder Rituale wird gesellschaftliches Wissen wiederum externalisiert und zu gesellschaftlich geteiltem Wissen (Keller, 2011 a, S. 130–131).

Keller bezieht sich dabei auf ein Verständnis von Diskursen als geregelte Praktiken der Deutungsproduktion und Wirklichkeitskonstitution, die Foucault in „Die Ordnung des Diskurses“ (1974) ausführt. Somit sieht Keller durch einen Bezug auf Foucault die Möglichkeit, die Ebene gesellschaftlicher Wissenskonstruktion in den Blick zu nehmen, die in der Wissenssoziologie nach Berger und Luckmann eben nicht expliziert wird.³⁴ Auch umgekehrt sieht Keller mit der Wissenssoziologie eine fruchtbare Ergänzung zu Foucault: In dessen Diskursansatz deutet er einen „verdinglichenden Bias [der] die Emergenz, Autonomie und Eigenwilligkeiten der Wissensordnungen oder -strukturen überbetont und damit für soziologische Fragestellungen tendenziell unbrauchbar“ (Keller, 2011 a, S. 136) macht. Durch die Verknüpfung der Wissenssoziologie mit zentralen Konzepten Foucaults entwickelt Keller mit der wissenssoziologischen Diskursanalyse einen Forschungsansatz zur Untersuchung der „diskursiven Konstruktion von Wirklichkeit“ (Keller, 2011 b, S. 180), indem die Wissenssoziologie über den Diskursbegriff für machtanalytische Fragestellungen geöffnet wird:

Die Analyse von Wissens-/ Macht-Komplexen führt unmittelbar hinein in (wissens-) soziologische Fragestellungen, erweitert diese aber dahingehend, dass Machtverhältnisse [...] als in das Wissen eingebaut begriffen werden. Es geht dabei nicht im erkenntnistheoretischen Sinne um den Wahrheitsstatus des Wissens, sondern um Wissen als Effekt und Form von Macht – *Macht* im Sinne einer sich auf unterschiedliche Ressourcen stützende Macht der Definition, die andere Wirklichkeit ausschließt. (Keller, 2011 a, S. 137–138, Herv. i. O.)

Die Grundannahme der wissenssoziologischen Diskursforschung, einer durch Macht strukturierten und sozial konstruierten Gestalt gesellschaftlichen Wissens als *Diskurse*, ist zentral für die hier vorliegende Arbeit. Wichtige (weitere) Konzepte im Hinblick auf das Forschungsanliegen werden im Folgenden spezifiziert.³⁵

-
- 34 Foucaults Diskursbegriff eignet sich für dieses Anliegen gegenüber anderen Diskurskonzeptionen, so Keller, insbesondere aufgrund seines Bezugs zu Institutionen und Formen der Bedeutungskonstruktion, die sich „vor allem auf wissenschaftliche Disziplinen oder spezialisierte gesellschaftliche Felder der Problembehandlung (wie etwa das Recht)“ (Keller, 2011 a, S. 141) richten. Damit grenzt sich sein Verständnis von der (sozio-)linguistischen discourse analysis aus dem angelsächsischen Sprachgebrauch ab, die sich auf soziale Strukturierungen konkreter Gesprächssituationen richtet (Keller, 1997).
- 35 Viele der folgenden theoretischen Ausführungen beziehen sich auf Konzepte von Berger und Luckmann sowie Foucault. Da die wissenssoziologische Diskursanalyse jedoch eine neue Forschungsperspektive begründet, die Wissenssoziologie und Diskurstheorie entsprechend interpretiert und zusammenführt, wird in der folgenden Darstellung nicht mehr auf die theoretischen Ursprünge verwiesen.

4.2.2 Diskurs als umkämpfte soziale Praxis

Im Anschluss an die vorangegangenen Erläuterungen untersucht die wissenssoziologische Diskursanalyse Diskurse als „rekonstruierbare, produktive Aussagepraxen, die in einem konfliktreichen Geflecht von sozialen Akteuren, institutionell-dispositiven Ordnungen und Wissensformierungen Wirklichkeitsordnungen konstituieren sowie Machteffekte hervorrufen“ (Keller, 2013 a, S. 203). Keller betont dabei den umkämpften und wirklichkeitskonstituierenden Charakter von Diskursen:

[Die wissenssoziologische Diskursanalyse] rekonstruiert Prozesse der sozialen Konstruktion, Zirkulation und Vermittlung von Deutungs- und Handlungsweisen auf der Ebene von institutionellen Feldern, Organisationen, sozialen Kollektiven und Akteuren. Im Anschluss daran untersucht sie die gesellschaftlichen Wirkungen dieser Prozesse. Eine solche Perspektive unterstellt die Normalität der symbolischen Kämpfe, des Wettstreits der Diskurse. Dabei handelt es sich nicht um ein bloßes Wetteifern der Ideen, im Gegenteil: Betont werden sollen die wirklichkeitskonstituierenden Effekte symbolischer Ordnungen und die Beschaffenheit von Diskursen als einer *konkreten und materialen, also wirklichen gesellschaftlichen Praxis*. (Keller, 2011 b, S. 192, Herv. i.O.)

Diskurse sind dabei an einen spezifischen sozio-historischen Kontext geknüpft und können im Rahmen gesellschaftlicher Institutionalisierung temporär Stabilisierung finden und, so zeigt das vorangegangene Zitat, *Machtwirkungen* entfalten. Sie materialisieren sich in gesellschaftlichen Handlungsfeldern – wie eben sozialen Hilfen – die Keller im Anschluss an Foucault mit dem Dispositivkonzept theoretisch aufgreift. Ein Dispositiv beschreibt demnach die „Infrastruktur der Diskursintervention in weltliche Handlungsfelder“ (Keller, 2019, S. 60). Es ist das „Ensemble der Mittel, Mechanismen und Maßnahmen, die zur Bearbeitung eines bestimmten Handlungsproblems eingerichtet werden (Institutionen bzw. Organisationen, die die Diskurse erzeugen, Gesetze, Regelwerke, Klassifikationen, Bauten, Erziehungsprogramme usw.)“ (Keller, 2011 a, S. 148).

Grundlegend für Kellers Diskursverständnis ist die Hervorhebung der Rolle sozialer Akteur*innen, „des menschlichen Faktors“ (2012 b) in der Diskurskonstitution. Keller argumentiert hier mit dem Modell der „Dualität von Struktur“ (Giddens, 1995) und beschreibt: „Das tatsächliche Geschehen ist keine direkte Folge der zugrunde liegenden Strukturen bzw. ‚Regeln und Ressourcen‘, sondern Ergebnis des aktiv-interpretierenden Umgangs sozialer Akteure mit diesen Orientierungsmustern“ (Keller, 2011 b, S. 189). Damit werden Diskurse durch Aussagepraxen interpretierender, sozialer Akteur*innen hergestellt, aktualisiert und transformiert:

Gewiss werden die Äußerungen [eines Diskurses] in einem materiellen Sinne durch einzelne Sprecher produziert. Letztere agieren jedoch nicht als einzigartige Subjekte,

sondern sind [...] Rollenträger, welche die sozio-historisch geformten und institutio-nell stabilisierten Regeln der Diskursproduktion in einem doppelten Sinne aktualisie-ren: Sie setzen sie ein, realisieren sie also in ihrem Tun und bringen sie gleichzeitig auf den ‚neuesten Stand‘. (Keller, 2011 b, S. 186)

Die Möglichkeit, an der Produktion eines Diskurses teilzunehmen, d.h. eine *Sprecher*innenposition* einzunehmen, ist abhängig von spezifischen diskurskonstitutiven Regeln der Selektion von Sprecher*innen (Keller, 2011 b, S. 208). Jeder Diskurs bietet „Orte des legitimen Sprechens“ (Keller, 2011 b, S. 223). Die Strukturierung und Hierarchisierung von Sprecher*innenpositionen sind je nach Dis-kursfeld unterschiedlich: Während bestimmte „Spezialdiskurse“ (Keller, 2011 a, S. 99) (z. B. Wissenschaft, Religion oder Recht) über die Zeit eine starke institu-tionelle Strukturierung und Hierarchisierung von Sprecherpositionen entwickelt haben (u.a. durch erworbene Bildungstitel und Qualifikationen), ist die Sprecher*innenlandschaft in öffentlichen Diskursen heterogener strukturiert – je-doch ist auch hier die Möglichkeit des Mitsprechens abhängig von sozio-histori-schen Bedingungen sowie materiellen, kulturellen und symbolischen Ressourcen der Akteur*innen. Wird das Ziel verfolgt, nicht die Konstitution von Diskursen allein, sondern ihre Wirkung in gesellschaftlichen Handlungsfeldern anzuschauen, führt Keller die Akteur*innenposition des *Personals der Diskursproduktion* ein. Dieses ist „in mehr oder weniger weit ausgreifende institutionelle Infrastruk-turen eingebunden und berät, informiert, kontrolliert“ (2012 b, S. 99). Es ist in-sofern von Sprecher*innenpositionen abzugrenzen, als dass sie Diskurse nicht in erster Linie in Form diskursiver Aussagepraxis gestaltet, sondern Bestandteil der institutionellen Infrastruktur – des Dispositivs – ist, mittels dessen Diskurse sich in der sozialen Praxis niederschlagen (Keller, 2012 b, S. 99).³⁶

Soziale Akteur*innen werden in der theoretischen Konzeption der wissens-soziologischen Diskursanalyse nicht nur als aktive Produzent*innen, sondern ebenso als Rezipient*innen von Diskursen gefasst (Keller, 2011 b, S. 11). Neben *Sprecher*innenpositionen* differenziert Keller deshalb zwischen *Subjektpositionen* sowie *tatsächlichen Subjektivierungsweisen*. *Subjektpositionen* (auch Subjektvor-gaben) umfassen spezifische Subjektvorstellungen, Identitätsschablonen und Rollenbilder, die Diskurse prägen (2011 b, S. 235). Sie verweisen darauf, wie Individuen innerhalb von Gesellschaft positioniert und adressiert werden. Subjektpositionen sind normativ geprägt und können bspw. entlang von Gegensätzen zwischen einem „positiv besetzten ‚Wir‘ und den ‚gegnerischen Anderen‘ [...] als gewünschtes, abgelehntes, gelobtes oder denunziertes Subjekt erzeugt werden“ (Keller, 2012 b, S. 100). Sie können auch normative Positionierungsvorgaben für

36 Keller nennt exemplarisch das Beispiel von Umweltmentor*innen als Teil eines Umwelt-diskurses, denen die Aufgabe zukommt, zur Mülltrennungspraxis zu coachen und diese zu überwachen.

Subjekte konstituieren, z. B. als Problemverursacher*in oder Held*in. Exemplarisch nennt Keller die Subjektposition des „umweltbewussten Bürgers“ (Keller, 2011 b, S. 235) im Umweltdiskurs.

Während Subjektpositionen auf die Erzeugung von Subjektvorstellungen innerhalb von Diskursen verweisen und damit erstmal unabhängig von *tatsächlichen* Subjekten zu fassen sind, geht Keller davon aus, dass sich die in Subjektpositionen konstituierten Adressat*innen zu diesen Vorgaben selbst-reflexiv verhalten und positionieren können:

Das, was als mögliche beschimpfte, erwünschte, geforderte, zu verhindernde Subjektposition auf der Oberfläche der Diskurse konturiert [...], entspricht selten dem, was die so Adressierten aus dieser Adressierung machen. [...] [Es] ist davon auszugehen, dass die diskursiv Angesprochenen darauf nach Maßgabe eigener Auslegungen, Erfahrungen, Relevanzen und Freiheitsgrade des Handelns (re)agieren. Das kann sich im gesamten Spektrum möglicher Reaktionsformen entfalten: als bemühte Einnahme der gewünschten Subjektposition, als ihre Subversion, als Fehlinterpretation, als Adoption in Teilen, als Umdeutung, als Ignorieren, als hochreflexive Auseinandersetzung oder naiver Vollzug usw. (Keller, 2012 b, S. 102)

Die hier beschriebene Akteur*innenposition bezeichnet Keller als *tatsächliche Subjektivierungsweise*. Sie rekurreert nicht unmittelbar auf die Diskursproduktion, sondern untersucht, inwiefern die in Diskursen prozessierenden Anrufungen auf die adressierten Subjekte *wirken* (Bosančić, 2019, S. 50). Alle Akteur*innenpositionen können empirisch in den Blick genommen werden und ergeben nach Keller zusammen die „Subjektkartographie des Diskursfeldes“ (Keller, 2012 b, S. 100).

Um die in der wissenssoziologischen Diskursanalyse bereits angelegten subjektivierungstheoretischen Überlegungen weiter auszuarbeiten, hat Saša Bosančić die Position der tatsächlichen Subjektivierungsweise im Anschluss an Keller mit dem Konzept der Selbst-Positionierung ausgearbeitet (u. a. 2014, 2019, 2022). Diese nimmt eine zentrale Stellung für die methodologische Anlage der hier anvisierten adressat*innenorientierten Folgenforschung ein und wird in Kapitel 4.2.3 erläutert.

4.2.3 Methodologische Einbindung der Adressat*innenperspektive über die empirische Subjektivierungsanalyse

Die zentrale Annahme der empirischen Subjektivierungsanalyse lautet, dass von diskursiven Subjektvorgaben *Machtwirkungen* ausgehen können, indem sie tatsächliche Subjektivierungsweisen in Form von Selbst-Positionierungen anleiten (Bosančić, 2013, S. 187). Bosančić schließt in der Grundlegung seines

Programms der empirischen Subjektivierungsanalyse an identitätstheoretische Annahmen George Herbert Meads (u.a. 1973) und Erving Goffmans (u.a. 1973, 1975) an. Nach Mead greift er die grundlegende Idee des Symbolischen Interaktionismus auf, dass Identität in sozialen Interaktionen und durch Kommunikation mit anderen entsteht. Identität wird dabei nicht als etwas (nur) subjektiv bzw. autonom hergestelltes oder als ein zeitlich stabiler Wesenskern einer Person verstanden, sondern als etwas, das sich im Austausch mit der sozialen Umwelt entwickelt und stetig verändert (Mead, 1973). Mit Bezug zu Goffman greift Bosančić die Frage auf, „auf welche Weise Identitäten in und durch Interaktionen ent- und bestehen“ (Bosančić, 2014, S. 137).³⁷ Menschen entwickeln in der Interaktion durch ihre Anwesenheit ein gemeinsames Bewusstsein und Verständnis für die Gegebenheiten und die Regeln der jeweiligen Situation, in der sie sich begegnen (Goffman, 2003). Sie orientieren sich, so die Prämisse, an den sozialen und kulturellen (Norm-)Erwartungen, um Selbst-Achtung zu bewahren, sich vor Übergriffen auf die soziale Identität zu schützen und Kontinuität in ihrer Selbstdarstellung zu erzeugen (Goffman, 1973, zit. n. Bosančić, 2013, S. 194). Hier zeigt sich das Subjektivierungsverständnis: Denn auf welche Weise soziale Identität hergestellt wird, ist stark von der sozialen Situation und darin prozessierenden Rollenerwartungen der beteiligten Akteur*innen abhängig. Die Analyse sozialer Identität im Rahmen der empirischen Subjektivierungsanalyse bleibt dabei nicht auf mikrosoziologischer Ebene sozialer Interaktion. Über die methodologische Verbindung mit der wissenssoziologischen Diskursforschung wird sie an gesellschaftliche Prozesse und soziale Machtverhältnisse, an die „diskursiven Erzeugungskontexte“ (Keller, 2012 b, S. 103) von Normanrufungen geknüpft. Für das zentrale Anliegen der wissenssoziologischen Subjektivierungsforschung, also den „Prozess der Auseinandersetzung mit den ‚Anrufungen‘ durch Subjektpositionen“ (Bosančić, 2016, S. 108) zu analysieren, formuliert Bosančić ein „minimal anthropologisches Subjekt- und Akteursverständnis“ (Bosančić, 2019, S. 46). Damit betont er, dass die in Form von Subjektpositionen adressierten Personen in Anlehnung an die akteurstheoretischen Annahmen der wissenssoziologischen Diskursanalyse als grundsätzlich selbst-reflexive Subjekte zu konzipieren sind, sodass die zentrale Frage subjektiver Handlungsspielräume in Bezug auf gesellschaftliche Anrufungen empirisch zu beantworten ist:

Menschliches Sein ist [...] nie außerhalb von symbolischen Ordnungen situiert, zugleich aber nicht durch diese determiniert; vielmehr kann der Mensch je nach sozialstruktureller Situierung, nach Maßgabe eigener (biographischer) Relevanzen, den

37 Dazu ausführlich Kapitel 5.4 in Bosančić (2014).

jeweiligen sozio-historischen Bedingungen und feldspezifischen Machtverhältnissen mehr oder weniger frei agieren. (Bosančić, 2019, S. 46)³⁸

An die dargelegten Überlegungen anschließend ist Subjektivierung dementsprechend als Zusammenhang von Adressierung und Aneignung zu fassen: „Der Begriff der Subjektivierung, wie wir ihn verstehen, beschreibt immer die Normen des Subjektseins einerseits und den Prozess der Subjektwerdung andererseits, sowie die Dynamik, die sich aus dem Verhältnis beider ergibt“ (Bosančić et al., 2019, S. 148). Eine so gefasste Identität kann (theoretisch wie empirisch) vor allem kommunikativ im Modus der Selbst-Erzählungen sichtbar gemacht werden:

Die Selbstarbeit [...] erfolgt dabei größtenteils in Kommunikationsprozessen, da es vor allem Gespräche und die damit verbundenen *Selbst-Erzählungen* sind, die relativ problemlos Kohärenz- und Kontinuitätsgefühle bei sich selbst und den Interaktionspartnern entstehen lassen. (Bosančić, 2014, S. 159, Herv. i. O.)

Um das Verhältnis von diskursiver Adressierung und *erzählten* Selbst-Positionierungen zu bestimmen, formulieren Bosančić et al. (2019) für die wissenssoziologisch orientierte Subjektivierungsforschung das methodologische Grundprinzip der „doppelten Empirie“ (Bosančić et al., 2019, S. 143), nach dem mindestens zwei Datensorten in der Analyse zu berücksichtigen sind: *Erstens* werden Diskursgegenstände und darin prozessierende Subjektpositionen rekonstruiert und *zweitens* die Analyse tatsächlicher Subjektivierungsweisen hinsichtlich der Selbstthematisierungen, Praktiken und Deutungen der adressierten Subjekte in Bezug auf die Subjektpositionen anvisiert. Erhebung und Analyse der Daten für eine Subjektivierungsanalyse sind dabei nicht als aufeinanderfolgende Phasen, sondern als iterativ-zyklischer Prozess angelegt, in dem untersucht wird, welche Diskurse, dispositive Arrangements und darin situierte Subjektpositionen in welchen Feldern für wen relevant werden können (Bosančić et al., 2019, S. 146–147). Damit werden einerseits die „Wissensformen und ihre materiellen, institutionellen und ökonomischen Bedingungen“ (Bosančić et al., 2019, S. 146) und andererseits die Umgangsweisen, Positionierungen und Verhältnisse der Adressat*innen mit bzw. zu den Anrufungen rekonstruiert: „Subjektivierung selbst umfasst also eine doppelte Bewegung. Diese kann erst verstanden werden, wenn die verschiedenen Ebenen der Subjekt- und Gesellschaftsanalyse, [...] miteinander verknüpft werden“ (Bosančić et al., 2022, S. 10).

38 Die Frage nach der Situierung der Subjekte in Diskursen wird in der Subjektivierungsforschung kontrovers debattiert. Verschiedene Positionen zeigen sich dabei in einer als poststrukturalistisch ausgewiesenen Forschungstradition, die sich vor allem in der Erziehungswissenschaft verortet (u. a. Ott et al., 2012; Wrana, 2012; Wrana & Langer, 2007) und in der wissenssoziologisch-interpretativen Tradition (u. a. Bosančić, 2022).

Im Zentrum einer so angelegten Analyse steht demnach die „Suche nach den Zusammenhängen zwischen gesellschaftlich-diskursiven Identitätszuschreibungen und den Selbst-Positionierungen der dadurch angesprochenen empirischen Subjekte“ (Bosančić, 2014, S. 164), oder kurz: „die Suche nach den Bedingungen und Folgen des Subjekt-Seins“ (Bosančić et al., 2022, S. 2). Das doppelte empirische Vorgehen dient zugleich als „Vorsichtsregulativ“ (Bosančić et al., 2019, S. 147), um nicht vorschnell von Positionen im Diskurs auf Effekte auf der Ebene von Individuen zu schließen:

Erst wenn die Untersuchung zeigt, dass im Diskurs angebotene Subjektpositionen aufgegriffen und in Praktiken (nach-)vollzogen werden, also diskursiv angeleitete Selbsttechniken sich in der Handlungsorientierung von Individuen niederschlagen, kann von einer subjektivierenden Wirkung von Diskursen die Rede sein. (Bosančić et al., 2019, S. 147)

Normative Selbstvorgaben in Gestalt von Subjektpositionen müssen dementsprechend nicht zwangsläufig durch ihre Adressat*innen angeeignet werden oder identische Aneignungsweisen bei verschiedenen Individuen zur Folge haben. Vielmehr braucht es „Vermittlungsinstanzen“ (Bosančić et al., 2019, S. 146), in denen Subjekte mit diskursiven Anrufungen in Berührung kommen. Diese können dispositive Arrangements, Institutionen und Organisationen darstellen (Bosančić, 2022, S. 67). Diese Vermittlungsinstanzen müssen als Teil der empirischen Analyse von Subjektivierungsweisen mit rekonstruiert und plausibilisiert werden.

Subjektvorgaben und menschliche Aneignungsweisen sind zudem nie deckungsgleich und die Aneignung von Subjektpositionen erfolgt nicht ‚vollständig‘ (Bosančić, 2019, S. 46): Mit Bezug auf Berger und Luckmann argumentiert Bosančić, dass „[immer] mehr objektive Wirklichkeit ‚erreichbar‘ [ist], als tatsächlich von irgendeinem individuellen Bewusstsein internalisiert wird. [...] Kein Einzelter internalisiert die Totalität dessen, was in seiner Gesellschaft als Wirklichkeit objektiviert ist“ (Berger & Luckmann, 1980 [1966]), zit. n. Bosančić, 2019, S. 47). Subjektivierungsweisen sind durch Pluralität gekennzeichnet und abhängig vom Aneignungskontext diskursiver Anrufungen (Bosančić, 2019, S. 47).

Die in Erzählungen vorgenommenen Selbst-Positionierungen hinsichtlich diskursiver Anrufungen werden dabei als „unabhängig vom Wahrheitsgehalt der jeweiligen Geschichten und Anekdoten in Diskurse verstrickt“ (Bosančić, 2013, S. 195, Herv. i.O.) betrachtet. Sie sind auf Muster zu untersuchen, „die Auskunft darüber geben, welche identitären Positionierungsweisen einem Selbst im Rahmen der gegebenen [...] Wissensordnung möglich erscheinen und wie diese mit den diskursiven Vorgaben und Angeboten der Subjektpositionen in Zusammenhang stehen“ (Bosančić, 2013, S. 194).

4.2.4 Zusammenfassung

Mit dem Rückgriff auf zentrale Konzepte der wissenssoziologischen Diskurs- und Subjektivierungsforschung werden die akteurstheoretischen Grundlegungen dieser Forschungsarbeit formuliert. Dies erfolgt mit Bezug auf das Diskursverständnis nach Keller (2011b), das den sozialen Konstruktionscharakter durch soziale Akteur*innen ebenso hervorhebt wie die Rolle sozialer Machtverhältnisse in der Konstitution von Diskursen. Zugleich kann über den Dispositivbegriff die *Machtwirkung* von Diskursen in gesellschaftliche Handlungsfelder wie soziale Hilfen (Keller, 2019) als auch das Verhältnis von Adressierungen in Form von Subjektpositionen und den Selbst-Positionierungen der Adressat*innen begründet werden (Bosančić, 2019). Zusammenfassend sind für die theoretische Entwicklung folgende Aspekte relevant:

1. Diskurse werden in sozialen Aussagepraxen durch soziale Akteur*innen konstituiert. Sie stellen Sprecher*innenpositionen bereit, die Individuen nach Maßgabe ihrer sozialen Positionierung im Diskursfeld einnehmen können oder nicht.
2. Diskurse können eine spezifische materielle Infrastruktur ausbilden, mittels derer sie in gesellschaftliche Handlungsfelder eingreifen und *Machtwirkungen* zeitigen. Dies erfolgt über die Institutionalisierung durch Gesetze, Programmatiken, wissenschaftliche Studien oder auch die Zuweisung von Aufgaben an Fachkräfte.
3. Über die empirische Subjektivierungsanalyse werden *Machtwirkungen* nicht nur aus dem Verhältnis von Diskursen und gesellschaftlichen Handlungsfeldern, sondern ebenso aus der Verhältnisbestimmung von Adressierungen in Form von Subjektpositionen und Selbst-Positionierungen der Adressat*innen angenommen. Soziale Identität wird dabei als dynamischer und veränderbarer Prozess verstanden, der in sozialen Interaktionen entsteht, in dem sich Personen an situativen Rollenmodellen und sozialen Normen ausrichten, um Selbstachtung zu wahren und Kontinuität herzustellen.
4. Mit dieser Konzeption werden Adressat*innen als relational eingewoben in die *Subjektkarographie des Diskursfeldes* gefasst. Methodologisch erfolgt die Verhältnisbestimmung über die *Maxime der doppelten Empirie*. Darin wird der Erzeugungskontext diskursiver Anrufungen und die Selbst-Positionierungen empirisch voneinander getrennt erhoben und analytisch in Bezug zueinander gesetzt.
5. Adressat*innen sozialer Hilfen sind selbst-reflexive Subjekte, die auf diskursive Anrufungen Bezug nehmen und sich auf vielfältige Weise dazu positionieren können. Den Handlungsspielraum für Selbst-Positionierungen erlangen sie dabei vor dem Hintergrund der jeweiligen sozio-historischen

Bedingungen, eigener Biografien und feldspezifischer Machtverhältnisse, die empirisch herausgearbeitet werden müssen.

4.3 Grundlegende Begriffe einer relational-machtflexiven Folgenforschung

Nach der vorangegangenen Vorstellung der theoretischen Zugänge wird nun abschließend dargelegt, wie die Forschungsprogramme der sozialkonstruktivistischen Problemsoziologie und der wissenssoziologischen Diskurs- und Subjektivierungsforschung für die vorliegende Arbeit verknüpft und für die Erforschung von Folgen konstruktiv genutzt werden können. Dies erfolgt entlang grundlegender theoretischer Begriffe, die sich aus dem Forschungskontext der adressat*innenorientierten Folgenforschung ergeben (Dollinger et al., 2017).

4.3.1 Zum Verständnis sozialer Hilfen als *lokale Artikulation gesellschaftlicher Problemdiskurse*

Ausgangspunkt für das zugrunde liegende Verständnis von sozialer Hilfe ist die aus der Problemsoziologie abgeleitete Annahme, dass die Institutionalisierung von Organisationen, Programmen und Maßnahmen ein Produkt erfolgreich durchgesetzter sozialer Problematisierung ist. Soziale Hilfen bearbeiten *soziale Probleme*, die dadurch gekennzeichnet sind, dass deutungsmächtige Akteur*innen ein soziales Phänomen als soziale Abweichung rahmen und durchsetzen, dass diese institutionalisiert werden und als Organisationen der Problemarbeit Gestalt finden. Die Praxis der Problemarbeit in Organisationen auf Ebene des *Social Problems Work* hat sich an den *institutionellen Problemschemata* (Gesetze, Programme, Maßnahmen etc.) auszurichten. Mit dieser sozialkonstruktivistischen Perspektivierung *sozialer Probleme* wird der Fokus von der in der sozialen Stadtentwicklung vorherrschenden Logik, *soziale Probleme* in sog. *benachteiligten* Gebieten objektivistisch zu betrachten (vgl. Kapitel 3), auf den Konstruktionsprozess lokal verorteter *sozialer Probleme* verlagert. Diese machttheoretische Grundlegung lässt dann empirisch offen, *wem* die soziale Hilfe im Sinne einer erhofften Linderung des sozialen Problems *hilft* bzw. *helfen soll* (vgl. Kapitel 4.1). Die in ihren Ursprüngen interaktionistisch angelegte Ebene des *Social Problems Work* wird um Konzepte der wissenssoziologischen Diskursanalyse erweitert, indem davon ausgegangen wird, dass sich Diskurse über dispositive Arrangements in gesellschaftlichen Handlungsfeldern – wie sozialen Hilfen – niederschlagen und dadurch *Machteffekte* erzeugen können. Organisationen der Problemarbeit werden damit auch zur *Vermittlungsinstanz* sozial erwünschter Subjektnormen:

Vermittelt durch institutionalisierte soziale Hilfen treffen durch deutungsmächtige Akteur*innen erzeugte Subjektvorgaben auf die Adressat*innen sozialer Hilfen. Der Dispositivbegriff und die Ebene des *Social Problems Work* ergänzen sich insofern, als dass beide Konzepte soziale Praxis als eingebunden in soziale Verhältnisse betrachten. Während der Dispositivbegriff sich von der gesellschaftlichen Ebene ausgehend auf die Praxis bezieht, wird von der Ebene des *Social Problems Work* von der Interaktion aus konzipiert. In der Schnittmenge beider Konzepte verortet sich das zugrunde gelegte Verständnis sozialer Hilfe in dieser Arbeit. Die organisationale Problemarbeit in sozialen Hilfen wird an gesellschaftliche Prozesse der Problematisierung und damit verknüpfte Machtverhältnisse rückgebunden, die sich wiederum mit den verschiedenen Phasen der Karriere sozialer Probleme nach Best (2013) differenzieren lassen. Soziale Hilfe wird für diese Forschungsarbeit damit als *lokale Artikulation gesellschaftlicher Problemdiskurse* gefasst. Diskurse sind im wissenssoziologischen Sinne als Produkt sozialer Aussagepraxen zu verstehen, die durch Sprecher*innen konstituiert werden und Subjektpositionen sowie ein Personal der Diskursproduktion erzeugen. Die darin adressierten Subjekte können sich wiederum selbst-reflexiv auf die Adressierungen beziehen.

4.3.2 Adressat*innen sozialer Hilfen als relational eingebundene und selbst-reflexive Subjekte

In der sozialkonstruktivistischen Problemsoziologie wird die Rolle deutungsmächtiger Akteur*innen hervorgehoben, jedoch interaktionistisch begründet. Um soziale Macht- und Ungleichheitsrelationen akteurstheoretisch zu konzeptualisieren, wird auf die von Keller (2011b) entwickelte Akteur*innenheuristik der wissenssoziologischen Diskursanalyse zurückgegriffen, die durch Bosančić (2019) subjektivierungstheoretisch spezifiziert wurde. Mit den Positionen der Sprecher*innen, der Subjektpositionen, tatsächlicher Subjektivierungsweisen sowie des Personals der Diskursproduktion ergibt sich zusammen die *Subjektkartographie* des dispositiven Arrangements der sozialen Hilfe. Damit werden Adressat*innen als eingewoben ins soziale Machtfeld der Hilfe betrachtet und so methodologisch relational konzeptualisiert. Zugleich wird es möglich, einerseits die Eingebundenheit von Akteur*innen in soziale Machtverhältnisse hervorzuheben, ohne diesen aber von vornherein Reflexivität und Handlungsmächtigkeit abzusprechen (vgl. Kapitel 4.2.3). Die akteurstheoretische Differenzierung zwischen den diskursiv konstruierten Subjektpositionen und den damit adressierten *tatsächlichen* Subjekten ermöglicht es, sowohl die Konstruktions- und Adressierungspraxis im Problemdiskurs der sozialen Hilfe zu rekonstruieren als auch zu untersuchen, inwiefern sich Individuen mit den

Anrufungen auseinandersetzen (müssen). Entsprechend der *Maxime der doppelten Empirie* gründet die Arbeit auf einem iterativ-zyklischen Forschungsprozess, in dem einerseits prozessierende Problemanrufungen in der sozialen Praxis des Verfügungsfonds rekonstruiert und entlang problemzentrierter Interviews damit zusammenhängende Selbst-Positionierungen der Adressat*innen rekons-truiert werden.

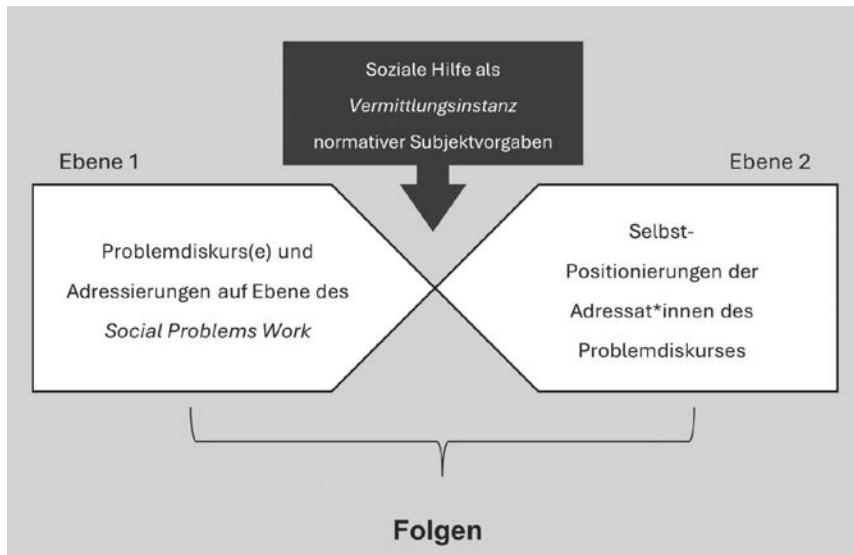
4.3.3 Relationale Folgenkonzeption

Sowohl für die sozialkonstruktivistische Problemsoziologie als auch für die wissenssoziologische Diskurs- und Subjektivierungsforschung nutzen Groenemeyer (2012), Keller (2011 a) und Bosančić (2019) selbst wiederholt den Folgenbe-griiff bzw. synonym verwendete Termini (z. B. *Machtwirkungen*). Gemeinsam ist dabei allen Forschungsprogrammen, dass Folgen im Zusammenhang mit sozia- len Hilfen auf zwei Ebenen betrachtet werden können:

1. Über die Institutionalisierung finden soziale Problemdiskurse konkrete Ge-stalt in sozialen Hilfen und materialisieren sich damit als gesellschaftliches Handlungsfeld. Dies ist ein Produkt machtvoller Aushandlung *sozialer Pro-bleme*, indem die Problemdefinition sich mit der Institutionalisierung sozial stabilisiert und einen Handlungsrahmen für die *Problembearbeitung* in Or-ganisationen liefert. Folgen sind hier auf Ebene der Praxis sozialer Hilfe zu betrachten, indem Problemdiskurse, darin konstruierte Subjektvorgaben und an der Definition beteiligte Akteur*innen rekonstruiert werden (Groenemey-er, 2012, S. 17–18; Keller, 2013 a, S. 218).
2. Im Rahmen der konkreten organisationalen Problemarbeit in sozialen Hil-fen werden die darin prozessierenden normativen Subjektvorgaben an die Subjekte vermittelt, die in Orientierung an *institutionellen Problemschemata* und über formalisierte bzw. routinierte Diagnosepraktiken zu Adressat*in-nen werden. Sofern sich in den Selbst-Positionierungen zeigt, dass sich die Adressat*innen auf die Subjektvorgaben beziehen, kann dementsprechend von Folgen auf Ebene der Subjekte selbst gesprochen werden (Bosančić et al., 2022, S. 2; Groenemeyer, 2012, S. 103).

Für die vorliegende Arbeit leitet sich aus den vorangegangenen Ausführungen ein relationaler Folgenbegriff ab, der sich aus dem Verhältnis der Adressierungen im Problemdiskurs der sozialen Hilfe und den Selbst-Positionierungen der Ad-ressat*innen ergibt. Über die methodologische Maxime der doppelten Empirie können diese sichtbar gemacht werden. Abbildung 4 verdeutlicht das hier ent-wickelte Modell zur Konzeptualisierung von Folgen sozialer Hilfen.

Abb. 4 Relationale Konzeptualisierung von Folgen (Eigene Darstellung)



4.4 Forschungsdesiderat und abgeleitete Forschungsfragen

Unter Hinzuziehung der Erkenntnisse aus Kapitel drei ergibt sich folgendes Forschungsdesiderat: Der Modus der Problematisierung im Kontext sozialer Stadtentwicklung wird aktuell durch die stadtsoziologische Segregations- und Kontexteffektforschung geprägt. Der Forschungszweig arbeitet mit deduktiven und nicht hinterfragten Vorannahmen und vorab in die Forschung eingeführten Differenzkategorien in Bezug auf *Armut* und/oder *Ethnizität*. Im Ergebnis wird die räumliche Konzentration marginalisierter Bevölkerungsgruppen als problematisch identifiziert und mit *deviantem Verhalten* verbunden. Die Setzung erfolgt dabei ohne eine Reflexion der sozialen Position, aus der heraus das *soziale Problem* definiert wird und begünstigt dadurch die Reproduktion klassistischer bzw. rassistischer Stereotype. Die Ursache *sozialer Probleme* liegt gemäß dieser Herangehensweise damit auch in dem Verhalten von Bewohner*innen in segregierten Gebieten. Im Kontext politisch institutionalisierter sozialer Stadtentwicklung werden ebendiese lokal verorteten *sozialen Probleme* durch quartiersbezogene Maßnahmen zu bearbeiten sucht. Zentrales Instrument zur Diagnose sozialräumlicher Abweichung ist dabei die im ISEK zu entwickelnde Gebietsanalyse, in der entlang statistischer Indikatoren, „soziale Missstände“ (§ 171 e, Abs. 2, BauGB) in den Fördergebieten dargestellt werden – meist ebenfalls entlang *sozialer* und *ethnischer* Indikatoren.

Folgt man jedoch den Ausführungen im vorgegangenen Kapitel, so lassen sich *soziale Probleme* nicht als objektiv messbare Phänomene darstellen, sondern erscheinen selbst als sozial konstruiert. Räumlich verortete *soziale Probleme* in *benachteiligten* Stadtteilen können aus sozialkonstruktivistischer Perspektive als Zuschreibungen sozialer Normabweichungen gelesen werden. Eine Analyse dieses Konstruktionsprozesses, an dem – so wird mit der wissensoziologischen Diskurs- und Subjektivierungsforschung argumentiert – verschiedene Akteur*innen mit unterschiedlich verteilten (Macht-)Ressourcen beteiligt sind, kann damit auch programmatich nicht intendierte Folgen des Verfügungsfonds in den Blick nehmen, indem soziale Ungleichheits- und Machtverhältnisse methodologisch einbezogen werden. Während die Adressat*innen im objektivistischen Problemverständnis allein als Träger*innen statistischer Merkmale auftauchen, ermöglicht die subjektivierungstheoretisch formulierte Maxime der *doppelten Empirie* sowohl die Analyse der Problemkonstruktionen und darin vermittelten Subjektvorgaben im organisationalen Setting des Verfügungsfonds als auch der Selbst-Positionierungen selbst-reflexiver Adressat*innen.

Das Erkenntnisinteresse richtet sich hier dementsprechend auf die Erforschung nicht intendierter Folgen des Verfügungsfonds, die der ungleichen Verteilung sozialer Deutungsmacht bei der Definition *sozialer Probleme* Rechnung tragen. Hieraus ergeben sich die folgenden Forschungsfragen:

1. Welche sozialen Problemkategorien prozessieren in der sozialen Praxis des Verfügungsfonds auf lokaler Ebene (*Problemdiskurse*)?
2. Welche (Problem-)Subjekte werden wie adressiert (*Subjektpositionen*)?
3. Welche Akteur*innen sind daran beteiligt (*Sprecher*innen*)?
4. Wie positionieren sich die Adressat*innen zu den Anrufungen selbst (*Selbst-Positionierungen*)?
5. Wie lassen sich die diskursiven Anrufungen und die Selbst-Positionierungen der Adressat*innen ins Verhältnis setzen?

Im nächsten Kapitel wird der empirische Zugang zur Untersuchung der Forschungsfragen dargelegt (Kapitel 5).

5 Empirischer Zugang

Nachfolgend wird die methodische Anlage der vorliegenden Arbeit vorgestellt. Zunächst erfolgt in Kapitel 5.1 eine methodologische Einordnung der Erhebungs- und Auswertungsmethoden dieser Arbeit. Im Anschluss wird das konkrete Vorgehen entlang der doppelten empirischen Vorgehensweise in zwei Teile gegliedert dargestellt: Kapitel 5.2. erläutert die teilnehmende Beobachtung der sozialen Praxis des Verfügungsfonds im Untersuchungsgebiet Wostenberg-Nolden,³⁹ gefolgt von der Durchführung problemzentrierter Interviews mit *bulgarischen* und *rumänischen* Bewohner*innen aus dem untersuchten Stadtteil in Kapitel 5.3. Kapitel 5.4. reflektiert sodann die Arbeit hinsichtlich forschungsethischer Aspekte. Das Kapitel schließt mit einer Erläuterung zur Darstellungsweise der Ergebnisse in Kapitel 5.5.

5.1 Methodologische Begründung der Erhebungs- und Auswertungsmethoden

In diesem Kapitel wird begründet, warum die Ethnografie für die Erhebung der Problemdiskurse im Prozess des Verfügungsfonds (Kapitel 5.1.1), problemzentrierte Interviews zur Erfassung von Selbst-Positionierungen der Adressat*innen (Kapitel 5.1.2) sowie die Grounded Theory als Auswertungsmethode (Kapitel 5.1.3) geeignet sind, um die Forschungsfragen dieser Arbeit zu beantworten.

5.1.1 Ethnografie zur Rekonstruktion sozialer Problemdiskurse im Verfügungsfonds

Zur Erforschung von Folgen des Verfügungsfonds wird die Ebene der konkreten Problemarbeit, der Kontext des *Social Problems Work* betrachtet (vgl. Kapitel 4). Eine ethnografische Vorgehensweise zeigt sich als besonders geeignet, um zu untersuchen, wie soziale Problematisierungsprozesse und Machtverhältnisse das Setting rahmen, in dem Partizipation im Kontext des Verfügungsfonds stattfindet (Munsch & Müller, 2021).⁴⁰ Die Ethnografie ist jedoch nicht nur gegenstandsbezogen, sondern auch im Anschluss an die dargelegte Theorie

39 Die Stadt (Wostenberg) sowie der Stadtteil (Nolden) werden pseudonymisiert. Eine Vorstellung relevanter Rahmendaten des Untersuchungsgebietes erfolgt in Kapitel 5.2.1.

40 So betont Günter Albrecht, die teilnehmende Beobachtung stelle in der Problemsoziologie im Kontext der Erforschung abweichenden Verhaltens bzw. stigmatisierter Lebenslagen „gemessen an einem ‚humanistischen‘ Verständnis [der Problemsoziologie] und am

für das Anliegen dieser Forschungsarbeit geeignet, da sie „gelebte und öffentlich praktizierte Sozialität“ [betrachtet und] zwischen den Mikrophänomenen der Interaktionsanalyse und den Makrophänomenen der Sozialstrukturanalyse komplexer Gesellschaften angesiedelt (Breidenstein et al., 2020, S. 36) ist. Für die in Kapitel vier vorgenommene theoretische Verknüpfung der sozialkonstruktivistischen Problemsoziologie mit den Forschungsprogrammen der wissenschaftssoziologischen Diskurs- und Subjektivierungsforschung ist die Ethnografie dementsprechend die Methode der Wahl: die in ihren Ursprüngen interaktionistisch angelegte Analyse von face-to-face Interaktionen auf Ebene der organisationalen Bearbeitung *sozialer Probleme* wird um die Ebene sozialer Praktiken im Sinne der Ethnografie erweitert. Dadurch kann der Verfügungsfonds als konkretes gesellschaftliches Handlungsfeld analysiert und davon ausgehend Problematisierungsweisen und beteiligte Akteur*innen rekonstruiert werden (Keller, 2013 a, 2019).⁴¹ Für dieses Anliegen schlägt auch Keller den Rückgriff auf ethnografische Vorgehensweisen explizit vor (Keller, 2019). Die Ethnografie ist durch (1) ihre offene und zirkuläre Vorgehensweise, (2) die methodisch angelegte Integration verschiedener Datentypen sowie (3) ihr inhärentes machtreflexives Potenzial besonders gut geeignet. Auf diese drei Punkte wird im Folgenden begründend eingegangen:

1. Offene, zirkuläre Vorgehensweise

Die Ethnografie ist durch eine offene Herangehensweise im Forschungsprozess geprägt, im Laufe dessen sich das zu analysierende Phänomen nach und nach konturiert. So ist eine „anfängliche Nicht-Festgelegtheit und Offenheit“ (Breidenstein et al., 2020, S. 53) charakteristisch für die Entwicklung einer Fragestellung in der Ethnografie. Diese Offenheit wird auch für die Forschungsprogramme der Diskurs- und Subjektivierungsforschung sowie der sozialkonstruktivistischen Problemsoziologie gefordert, auf die sich diese Arbeit bezieht. Demnach wird in der Diskursforschung „die Identifikation der Daten für eine Diskursanalyse [...] [als] ein eher offener Suchprozess in verschiedene Richtungen [beschrieben], der sich immer nur vorläufig an Themen, Referenzphänomenen, Schlüsselbegriffen usw. orientieren kann“ (Keller, 2011b, S. 265). Ein subjektivierungstheoretisch informierter Analyseprozess im Sinne der doppelten Empirie verläuft ebenso in einem iterativ-zyklischen Prozess. Dieser ist von einem Wechsel aus theoretischer Arbeit und empirischer Analyse geprägt, im

,naturalistischen‘ Methodenideal die *Methode der Wahl* für die Erforschung vieler Aspekte von sozialen Problemen [dar]“ (Albrecht, 2012, S. 1471, Herv., i.O.).

41 Im Forschungsumfeld der wissenschaftssoziologischen Diskursanalyse werden verschiedene Ansätze der Verknüpfung von Diskursforschung und Ethnografie entwickelt und diskutiert (Elliker et al., 2017; Wundrak, 2010). Auch andere diskurstheoretische Zugänge verknüpfen in methodologischer Hinsicht Ethnografie und Diskursforschung miteinander (Langer, 2008; Macgilchrist & van Hout, 2011; Ott, 2011).

Verläufe dessen analytische Themen herausgearbeitet und zugespitzt und am Ende dargestellt werden (Bosančić et al., 2019, S. 39). Zuletzt betont auch Günter Albrecht für ethnografisch informierte Analysen *sozialer Probleme* eine notwendig offene Haltung zum Feld:

Der Feldforscher macht in der Regel [während der Feldforschung] die Erfahrung, dass es kaum möglich ist, vorweg plausibel und stringent, den exakten Gegenstand seines Interesses abzugrenzen, – und damit auch seine Aufmerksamkeit systematisch zu strukturieren oder den Kreis der Personen, mit denen er Interaktionen anbahnen und auf dem Laufenden halten muss, einzugrenzen. (Albrecht, 2012, S. 1472)

Eine offene Haltung zum Forschungsfeld ist für die vorliegende Arbeit somit notwendig, um der konstruktivistischen und machtreflexiven Sicht auf die soziale Problemkonstruktion und daran beteiligter Akteur*innen im Verfügungsfonds Rechnung zu tragen: Es ist nicht vorab festgelegt, welche Probleme mit dem Verfügungsfonds auf welche Weise bearbeitet werden. Hingegen wird empirisch herausgearbeitet, welche/r Problemdiskurs/e und Akteur*innen im Prozess der teilnehmenden Beobachtung des Verfügungsfonds im untersuchten Gebiet relevant werden. Dadurch können, wie in Kapitel drei dargelegt, auch nicht intendierte Folgen abseits der programmatischen Zielsetzung sichtbar gemacht werden.

2. *Ethnografie als integrierter Forschungsansatz*

Die Ethnografie ist durch die Grundidee gekennzeichnet, „Menschen in ihren situativen und institutionellen Kontexten beim Vollzug ihrer Praktiken zu beobachten“ (Breidenstein et al., 2020, S. 9). Im Zentrum steht dafür die über einen bestimmten Zeitraum andauernde teilnehmende Beobachtung des Feldes durch die forschende Person. Sie stellt die grundlegende Form der Erhebung dar, im Rahmen dessen dann auch andere Datentypen erhoben werden: „Auf Basis einer Begleitung von Praktiken und Personen an einem Ort über längere Zeit werden Vertrauensbeziehungen aufgebaut, informelle Gespräche geführt, Dokumente aller Art erhoben, Fotos geschossen, Gespräche der Teilnehmer aufgezeichnet“ (Breidenstein et al., 2020, S. 38).

Die Ethnografie zeichnet sich durch einen „feldspezifischen Opportunismus“ (Breidenstein et al., 2020, S. 39) aus, bei dem sich die Datenerhebung an den Gegebenheiten des Feldes ausrichtet. Die Triangulation unterschiedlicher Datentypen verfolgt dabei nicht das Ziel, die beobachteten Praktiken „ultimativ zu entschlüsseln“ (Breidenstein et al., 2020, S. 39), das interessierende Phänomen in seiner ganzen Gestalt zu verstehen und die Komplexität dadurch zu reduzieren. Im Gegenteil: Durch die Kombination von Datentypen wird die Vielschichtigkeit beobachteter Phänomene im Forschungsfeld sichtbar gemacht, indem die Daten so arrangiert werden, dass sie sich kommentieren und ergänzen (Breidenstein et al., 2020, S. 39). Darüber hinaus werden die unterschiedlichen Datentypen jeweils in

ihren spezifischen Entstehungskontexten und im Hinblick auf ihre unterschiedlichen Funktionen betrachtet: In der teilnehmenden Beobachtung erfolgt durch die/den anwesende/n Forscher*in die Dokumentation sozialer Praktiken in ausgewählten Situationen in Form von Feldnotizen und Beobachtungsprotokollen. Dabei können alle Sinneswahrnehmungen einbezogen werden, die sich durch die Teilnahme erschließen (Breidenstein et al., 2020, S. 83). Die Durchführung von Interviews und die Arbeit an Transkripten setzt den Fokus dagegen vor allem auf sprachliche Äußerungshandlungen, die die Gesprächspartner*innen in der Interviewsituation vornehmen und die in Transkripten der Analyse verfügbar gemacht werden. Im Vergleich zur teilnehmenden Beobachtung können Interviews stärker auf spezifische Themen fokussieren, die im Rahmen der Feldforschung Relevanz erlangen (Breidenstein et al., 2020, S. 94). In Interviews wird die Forschungssituation besonders sichtbar und der/die Forscher*in rückt als Interviewer*in ins Zentrum der Interaktion. Zwar spielt die Anwesenheit der forschenden Person auch in Situationen der teilnehmenden Beobachter*in eine Rolle und ist in der Analyse zu berücksichtigen. In der Auswertung von Interviews gilt jedoch besonders zu beachten, dass es sich um rationalisierte Darstellungen für eine/n spezifische/n Adressat*in – der/die Ethnograf*in – handelt (Breidenstein et al., 2020, S. 94). Zudem erfolgt die Erhebung von Dokumenten im ethnografischen Forschungsprozess dort, wo diese situativ relevant werden. In der Ethnografie werden Dokumente insofern nicht einfach als (objektivierbare) Berichte über ein Phänomen, sondern in ihrer situativen Einbettung betrachtet. Eine Analyse von Programmdokumenten lässt zum Beispiel nicht auf die tatsächlichen sozialen Verhältnisse in einem Stadtteil schließen, sondern weist zuvorderst auf die Vorstellungen und intendierten Praktiken der Verfasser*innen hin (Kessl, 2007, S. 126). Inwiefern die Programme dennoch Eingang in die soziale Praxis finden, zeigt sich im Forschungsprozess, indem Dokumente in ihrer sozialen Einbettung untersucht werden. Die Einschätzung, ob ein Dokument im Zusammenhang des zu erforschenden Phänomens steht und Eingang in die Analyse findet, macht häufig eine Kenntnis der lokalen Ordnung erforderlich, die sich erst im Forschungsverlauf nach und nach einstellt (Breidenstein et al., 2020, S. 108).

Durch den integrierten Forschungsansatz, der der Ethnografie zugrunde liegt, wird es in der vorliegenden Forschungsarbeit möglich, der lokalen Dynamik der Problemkonstruktion und -aushandlung innerhalb der Praxis des Verfügungsfonds Rechnung zu tragen. Zum einen können soziale Praktiken und daran beteiligte Akteur*innen im beobachteten Fallbeispiel erhoben werden, die sich in unterschiedlichen Situationen (z. B. Entscheidungsgremium, Antragstellung, Projekte) relevant zeigen. Auch ist es möglich, der relationalen Positionierung beteiligter Akteur*innen im institutionellen Machtgefüge Rechnung zu tragen: Entsprechend der theoretischen Grundlegung in Kapitel vier wird davon ausgegangen, dass Problemdiskurse infolge der Institutionalisierung materiale sowie organisational gerahmte Gestalt annehmen, zu deren Analyse neben

Beobachtungen auch andere Materialien einzufassen sind, wie z. B. Programm-dokumente und Richtlinien, Flyer und Werbebroschüren oder Interviews mit als relevant erachteten Akteur*innen. Zur Umsetzung einer diskursorientierten Ethnografie werden die erhobenen Daten danach untersucht „welche partikularen Selektionen [ein bestimmter Datentyp] im Zusammenhang mit der diskursiven Auseinandersetzung und in der Verflechtung unterschiedlicher Gattungen vornimmt – wie sie also in seinen inhaltlichen, kategorialen, organisationalen Merkmalen in einem Diskurszusammenhang stehen und intervenieren, und mit welchen Folgen“ (Keller, 2019, S. 55). Auch in dieser Hinsicht ist die Ethnografie die Methode der Wahl.

3. Ethnografie als reflexive Methode

Das Anliegen einer Analyse von Partizipationsprozessen im Verfügungsfonds, die soziale Ungleichheit und Macht einbezieht, erfordert zudem eine Erhebungsmethode, die es ermöglicht, die Dynamik sozialer Machtverhältnisse in den Blick zu nehmen. Dafür ist die Ethnografie besonders geeignet. Durch die teilnehmende Beobachtung der sozialen Praxis können Aspekte aufgezeigt werden, die über die Verbalisierungen in Interviewkontexten hinausgehen (Hirschauer, 2001, S. 445). Dadurch wird es möglich, nicht nur das Gesagte empirisch zugänglich zu machen, das durch Rationalisierungen der Gesprächsteilnehmer*innen geprägt ist, sondern auch „die stummen Botschaften, das Unausgesprochene, Ungewusste oder Unbewusste“ (Huf & Friebertshäuser, 2012, S. 9). Zudem können Ethnografien Einblicke in die Strukturierung von Sprecher*innenpositionen geben, die einigen „‘mündigen’ Sprechern offen stehen, anderen nicht“ (Hirschauer, 2001, S. 438). Für die Untersuchung von Partizipationsprozessen im Kontext von Stadtentwicklung, in der marginalisierte Bevölkerungsgruppen tendenziell unterrepräsentiert sind, ist dieser Aspekt besonders relevant.

Auch die Positionierung der forschenden Person spielt in der Ethnografie eine Rolle und kann erkenntnistheoretisch einbezogen werden. Denn die forschende Person ist nicht „neutrales Forschungsinstrument“ (Breidenstein et al., 2020, S. 72), sondern mit einer Reihe von Eigenschaften in die Praxis eingebunden. Die Forscherin erfährt soziale Zuschreibungen durch die Feldteilnehmer*innen, indem diese als vertrauenswürdig angesehen, durch den ersten Forschungskontakt mit bestimmten Leuten in Verbindung gebracht oder aufgrund des Alters oder des Geschlechts mit bestimmten Erwartungen belegt wird (Breidenstein et al., 2020, S. 74). Zum anderen macht der/die Forscherin selbst subjektive Erfahrungen und ist mitunter emotional eingebunden (Munsch, 2015). Die Reflexion der eigenen sozialen und emotionalen Eingebundenheit im Feld, die Selbst- und Fremdpositionierungen der forschenden Person, stellt deshalb ein Merkmal der Ethnografie dar und ist für eine machtorientierte Analyse der Folgen sozialer Hilfe besonders geeignet.

5.1.2 Problemzentrierte Interviews zur Analyse von Selbst-Positionierungen

Neben der teilnehmenden Beobachtung der Praxis des Verfügungsfonds im Untersuchungsgebiet Wostenberg-Nolden, deren Analyse auf die Rekonstruktion zugrundeliegender Problemkonstruktionen (Problemdiskurse) und daran beteiligter Akteur*innen (Sprecher*innen und Adressat*innen) zielt, ist es ein weiteres Anliegen der Forschungsarbeit, Selbst-Positionierungen der Adressat*innen hinsichtlich der diskursiven Anrufungen im Verfügungsfonds herauszuarbeiten. Diese sollen dann in ein Verhältnis zu den Ergebnissen der ethnografischen Analyse gesetzt werden.

Im Laufe des Erhebungs- und Analyseprozesses der ethnografischen Daten zum Verfügungsfonds im Stadtteil Nolden kristallisierte sich heraus, dass *Südost-europäische Zuwanderer* im lokalen Problemdiskurs als zentral zu bearbeitendes Problem konstruiert und in diesem Zuge rumänische und bulgarische Bewohner*innen problemorientiert adressiert werden. Für die Erhebung der Daten zur Rekonstruktion von Selbst-Positionierungen adressierter Subjekte im lokalen Problemdiskurs wird die Methode des problemzentrierten Interviews gewählt (Witzel, 2000; Witzel und Reiter, 2022). Diese erweist sich für das analytisch anspruchsvolle Anliegen, das Verhältnis der Selbst-Positionierungen von Adressat*innen hinsichtlich der diskursiven Anrufungen zu rekonstruieren, als besonders geeignet. Bei der Methode problemzentrierter Interviews handelt es sich um ein „qualitatives, diskursiv-dialogisches Interviewverfahren zur Sammlung und Rekonstruktion von Wissen über gesellschaftlich und individuell relevante Probleme in der Perspektive der Interviewten mittels erzählungs- und verständnisgenerierender Kommunikationsstrategien“ (Witzel & Reiter, 2022, S. 203). Aufgrund der methodologisch angelegten Zentrierung auf ein gesellschaftliches Problemthema bei gleichzeitiger Möglichkeit eigener Relevanzsetzungen durch die interviewten Personen, wird die Methode dem Anspruch gerecht, Adressat*innen als grundsätzlich selbst-reflexive Subjekte zu konzipieren, die aber als gleichzeitig eingebettet in diskursive Ordnungen verstanden werden (Bosančić, 2019; Witzel, 2000). Das Erzählprinzip ist dabei ähnlich wie in der Methode des narrativen Interviews nach Fritz Schütze (1984), wobei sich die Kommunikation immer wieder auf das Forschungsproblem richtet (Kruse, 2015). In Bezug auf narrative Interviews im Verständnis von Schütze verweist Bosančić (2014) auf die methodologische Unvereinbarkeit grundlegender subjektivierungstheoretischen Annahmen: „Diese liegt vor allem darin begründet, dass Schütze einen äußerst voraussetzungsvollen Begriff der Erzählung einführt, der mit dem an Goffman orientierten Begriff der Selbst-Erzählung nicht kompatibel ist“ (Bosančić, 2014, S. 283). Während narrative Interviews zudem durch eine strikte Trennung zwischen Erzähl- und Nachfrageteil charakterisiert sind und damit eine „äußerst

künstliche Gesprächssituation“ (Bosančić, 2014, S. 283) hergestellt werde, habe die Methode problemzentrierter Interviews das Potenzial, der Subjekthaftigkeit der Erzählenden stärker Rechnung zu tragen, indem durch ein Wechselspiel zwischen Befragten und Interviewwenden auf die Situationsdynamik in den Interviews reagiert werden könne.

Die Methode des problemzentrierten Interviews zeichnet sich durch drei Grundpositionen aus (Witzel, 2000): *Erstens* durch eine Problemzentrierung durch den Fokus auf eine gesellschaftlich relevante Problemstellung, *zweitens* durch eine Gegenstandsorientierung im Interview durch die Einbringung eines Leitfadens zur Orientierung sowie *drittens* durch Prozessorientierung. Dabei sind die Interviews selbst als Prozess zu verstehen, in dem auch im Verlauf der Interviews flexibel auf die Situation eingegangen werden darf. Die Prozessorientierung richtet sich zudem auf den gesamten Forschungsprozess, in der die Interviews in einem iterativ-zyklischen Prozess analysiert und theoretische Konzepte im Verlauf modifiziert werden können. Zentrale Instrumente problemzentrierter Interviews stellen ein Gesprächsleitfaden mit vorformulierten Fragen, Gesprächsaufzeichnungen, im Anschluss verfasste Postskripte sowie einem Kurzfragebogen dar. Die Narrationen der Interviewten in Richtung des Problemgegenstands werden zudem durch Rückfragen, dem Spiegeln von Erzähltem oder durch Konfrontation mit Irritationen und Widersprüchen angeregt. Der Leitfaden dient als Gedächtnisstütze, sollte jedoch nicht komplett strukturiert sein und Raum für eigene Narrationen der Befragten lassen. Ein Kurzfragebogen dient zudem zur Erhebung relevanter Kontextdaten. Eine Ergänzung erfährt die Problemzentrierung in der vorliegenden Arbeit in Anlehnung an die Methode der Foto-Elizitation zudem durch die Einführung visueller Gesprächsimpulse (Dobrusskin et al., 2021).

5.1.3 Grounded Theory als Analyse- und Auswertungsrahmen

Im Anschluss an die methodologische Konzeption der Arbeit ist es notwendig, eine Auswertungsmethode zu wählen, die dem offenen und zirkulär angelegten Analyseprozess Rechnung trägt. In diesem Zuge ist die Grounded Theory die Method(ologi)e der Wahl: Zum einen weisen Ethnografie und Grounded Theory viele Parallelen auf, die sich auch daraus ergeben, dass die Grounded Theory aus einem ethnografisch geprägten Forschungsmilieu stammt und in diesem entwickelt wurde (Glaser & Strauss, 1974 [1965]; Strübing, 2021, S. 95). Auch verweisen die grundlegenden Ausführungen zur Ethnografie auf zentrale Analysekonzepte der Grounded Theory (Breidenstein et al., 2020, S. 17). Zudem schlägt Keller für die Praxis der wissenssoziologischen Diskursanalyse dezidiert vor, auf die Analyseinstrumente der Grounded Theory zurückzugreifen (Keller, 2013 b, S. 17). Sie ist zum anderen geeignet, das Verhältnis diskursiver Anrufungen und

Selbst-Positionierungen in einem iterativ-zyklischen Prozess zu untersuchen (Bosančić et al., 2019, S. 146–147).

Die Grounded Theory geht ursprünglich auf gemeinsame Arbeiten von Barney G. Glaser und Anselm L. Strauss (1998 [1967]) zurück und zielt darauf, Theorien aus empirischen Daten selbst zu entwickeln, anstatt von vorherigen Annahmen oder bestehenden theoretischen Rahmenbedingungen auszugehen. Dabei kommen verschiedene Erhebungsmethoden der qualitativ-interpretativen Sozialforschung infrage, wie z. B. Interviews, Beobachtungen oder Dokumente. Anschließend erfolgt eine systematische Analyse des Materials, indem unter Rückgriff auf verschiedene method(olog)ische Werkzeuge Konzepte und Kategorien identifiziert werden. Im Gegensatz zu anderen Ansätzen der quantitativen und qualitativen Sozialforschung, bei denen der Forschungsprozess von vorgedefinierten Hypothesen geleitet wird, beginnt die Grounded Theory ohne festgelegte Theorie und entwickelt diese in einem iterativ-zyklischen Prozess entlang empirischer Daten.⁴² Die Betonung des induktiven Vorgehens in der Grounded Theory wirft dennoch die Frage nach dem Umgang mit theoretischem Vorwissen in Forschungsprojekten auf. Hier führen Glaser und Strauss das Konzept der „theoretischen Sensibilität“ (1998 [1967], S. 46–47) ein. Damit werden theoretische Annahmen nicht, wie in deduktiv-nomologisch ausgerichteten Forschungskonzeptionen, vorab definiert, sondern im Sinne Herbert Blumers als „sensibilisierende Konzepte“ (1954) verstanden, mit dem Ziel, in einem tentativen Prozess die Wahrnehmung für soziale Phänomene zu schärfen (Strübing, 2021, S. 31). Dies bedeutet, dass die Integration theoretischen (Vor-)Wissens in der Grounded Theory nicht gänzlich eliminiert, aber ein weitaus pragmatischeres und unabgeschlosseneres Theorieverständnis als in deduktiven Forschungsarbeiten, vertreten wird:

Der Unterschied zu nomologisch-deduktiven Verfahren liegt [...] nicht in dem unterstellten Verzicht auf die Berücksichtigung vorgängiger Theorien, sondern vielmehr in einem veränderten Umgang mit jenem notwendig immer schon vorhandenen Vorwissen sowie generell in einem Theorieverständnis, das die prinzipielle Unabgeschlossenheit von Theorien stärker betont als strukturelle Verfestigungen. (Strübing, 2021, S. 63)

42 Dabei ist die Grounded Theory nicht als ein einheitliches Forschungsprogramm zu betrachten. Schon bald nach den ersten gemeinsamen Veröffentlichungen entwickelten Glaser und Strauss die Grounded Theory jeweils unterschiedlich weiter. Während Glaser eine empiristische Variante des Verfahrens ausarbeitete, das eher deduktiv und objektivistisch ausgerichtet ist (1978), entwickelte Strauss zusammen mit Juliet Corbin eine stärker pragmatistische Form der Grounded Theory (1990). Weitere zentrale Entwicklungen der Grounded Theory stellen die sozialkonstruktivistische Grounded Theory nach Kathy Charmaz (2006) sowie die Situationsanalyse nach Adele E. Clarke (2005) dar.

Theoretisches (Vor-)Wissen und daraus abgeleitete Hypothesen werden damit nicht vorab festgelegt, sondern strategisch eingesetzt, um sich dem Untersuchungsgegenstand anzunähern. Dafür kann es eine sinnvolle Strategie sein, eine Analysephase einzulegen, in der die Literatur über Theorie und Untersuchungsgegenstand bewusst ausgeblendet wird, um sich nicht durch eine „*ex ante*“ Orientierung an einer bestimmten theoretischen Perspektive so weit festzulegen, dass die Gewinnung neuer Einsichten aus dem empirischen Material dadurch eingeschränkt wird“ (Strübing, 2021, S. 63, Herv. i. O.).

Durch das induktive Vorgehen und den strategischen Umgang mit theoretischem (Vor-)Wissen ist die Grounded Theory für das hier durchgeführte Forschungsprojekt besonders geeignet, um dem Untersuchungsgegenstand offen zu begegnen und den forschenden Blick nicht mit vorab gesetzten Kategorien einzuzengen. Auch wird damit dem Umstand Rechnung getragen, dass es bisher wenig wissenschaftliche Erkenntnisse über die Dynamik sozialer Machtverhältnisse in Partizipationsprozessen des Verfügungsfonds bzw. sozialer Stadtentwicklung gibt, sodass hier eine Theoriegenerierung aus empirischen Daten, wie es die Grounded Theory anstrebt, angebracht ist. Damit stellt die Grounded Theory nicht nur Werkzeuge zur Materialanalyse bereit, sondern begründet auch methodologisch die offene und theoriegenerierende Forschungshaltung, die grundlegend für die Anlage dieser Arbeit ist.

Das analytische Vorgehen der Grounded Theory eignet sich zudem besonders für ein machtreflexives Forschungsanliegen, wie es dieser Arbeit zugrunde liegt. Insbesondere Kathy Charmaz (2011) betont das Potenzial der Grounded Theory als reflexive Forschungspraxis, in der die Forscher*innen ihre eigenen Positionen und Einflüsse im Forschungsprozess, die Auswirkungen von Machtstrukturen auf die Forschungssituation und in der Interpretation von Daten sowie die Einbettung in die sozialen, kulturellen und historischen Kontexte der untersuchten Phänomene in der Interpretation reflektieren und einbeziehen. Charmaz betont dabei vor allem die soziale Konstruiertheit von Wissen und geht davon aus, dass diese unter bestimmten strukturellen Bedingungen stattfindet (2011, S. 184).

Die Auswertung des Datenmaterials orientiert sich in der vorliegenden Arbeit an den zentralen Analyseinstrumenten der Grounded Theory nach Strauss (1991 [1987]): die Modi des offenen, axialen und selektiven Kodierens, theoretical sampling sowie durch das Verfassen von Memos.

Modi des Kodierens

Die Grounded Theory zeichnet sich durch ein kontinuierliches Vergleichen von Daten aus. Vergleiche sind die Grundlage für den Prozess des Kodierens, indem in Auseinandersetzung mit dem empirischen Material Konzepte entwickelt werden (Strübing, 2021, S. 15). Dabei wird zwischen dem offenen, axialen und

selektiven Kodieren unterschieden, wobei die Schritte nicht klar voneinander abzugrenzen oder als aufeinander folgend zu verstehen sind (Strübing, 2021, S. 17). Der Modus des offenen Kodierens ist davon geprägt, einen Zugang zum Material zu finden, das Material *aufzubrechen* und erste Phänomene und Eigenschaften im Material zu markieren (Strauss & Corbin, 2010 [1990], S. 45). Dies erfolgt sequenzanalytisch, also Wort für Wort und entlang von Satzabschnitten. Diese umfangreiche Arbeit kann im Laufe der Analyse schneller durchgeführt werden, sobald ein Kode eine relative Sättigung erfährt.

In dieser Phase werden verschiedene Fragen an das Material gestellt: „Was wird hier thematisiert? Welche Situationsdefinition, welches Handlungsproblem zeigt der Sprecher durch seine Art der Präsentation des Themas an? Was hätte hier auch stehen können?“ (Strübing, 2018, S. 132). Das axiale Kodieren bezweckt, Zusammenhänge zwischen Kategorien herauszuarbeiten, die sich auf bestimmte Phänomene richten: „Es werden qualifizierte Beziehungen zwischen Konzepten am Material erarbeitet und im Wege kontinuierlichen Vergleichens geprüft“ (Strübing, 2021, S. 17). Ziel des axialen Kodierens ist das Herausarbeiten von Kernkategorien. Das selektive Kodieren konzentriert sich dann auf die Integration des Datenmaterials entlang der Kernkategorien. Ein großer Teil des Materials wird re-kodiert, um die Beziehungen des Materials zu den Konzepten zu klären und eine „theoretische Schließung“ (Strübing, 2021, S. 17) herbeizuführen. Am Ende dieses Prozesses steht dann das Herausarbeiten einer Kernkategorie, die gleichzeitig das Ergebnis der Analyse darstellt.

Theoretical Sampling und theoretische Sättigung

„Theoretical sampling“ (Glaser & Strauss, 1998 [1967]) beschreibt in der Grounded Theory den Modus der Auswahl von Fällen und Daten im Forschungsprozess. Aus dem iterativ-zyklischen und verlaufsoffenen Vorgehen der Grounded Theory ergibt sich, dass Fälle und Daten nicht vorab festzulegen sind, sondern sukzessive während des Projektverlaufs ausgewählt werden (Strübing, 2018, S. 130). Theoretisches Sampling zielt auf die Passung von Theoriegenese und Materialauswahl (Strübing, 2018, S. 210). Zu Beginn werden zunächst ein oder wenige erste Fälle anhand theoretischer und praktischer Vorkenntnisse ausgewählt, wobei die Auswahlkriterien im Verlauf des Projektes zunehmend spezifischer und eindeutiger werden (Strübing, 2021, S. 31). Der Sampling-Prozess endet, wenn eine „theoretische Sättigung“ (Glaser & Strauss, 1998 [1967], S. 69) erreicht ist, zusätzliches Material und weitere Auswertungen also keine neuen Merkmale der Kategorie mehr offenbaren und auch keine wesentliche Verbesserung des Wissens über diese Kategorie mehr bewirken (Strübing, 2021, S. 209). Dabei geht es in der Zusammenstellung des Datenkorpus nicht in erster Linie um die Quantität von Daten, sondern vielmehr um die Systematik der Datenauswahl im Hinblick auf die sich entwickelnde Forschungsfrage (Strübing, 2018, S. 210).

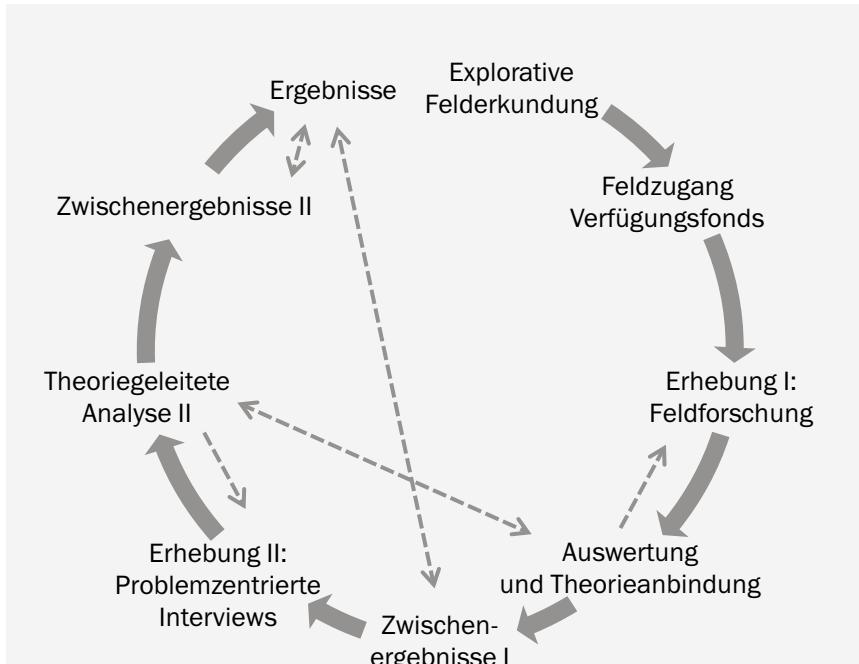
Memos

Das Verfassen von Memos ist, wie in der Ethnografie, auch in der Analysearbeit der Grounded Theory ein zentrales Werkzeug. Während in der Ethnografie das Memo-Schreiben jedoch zur Produktion von Daten im Feld genutzt wird, wird in der Grounded Theory das Verfassen „theoretischer Memos“ (Strübing, 2021, S. 35) anvisiert, um den Prozess der Datenanalyse im Verlauf des Kodierens zu unterstützen. In der Forschungspraxis zeigt sich, dass diese Unterscheidung nicht trennscharf ist. Sie verdeutlicht aber, dass Memos eine zentrale Rolle im gesamten Forschungsprozess spielen um vorläufige Ergebnisse zu sichern, sich von Nebengedanken zu entlasten und schon zu einem frühen Zeitpunkt mit der Textproduktion zu beginnen, um die schriftliche Ausarbeitung der Forschungsarbeit zu erleichtern (Strübing, 2021, S. 36).

5.1.4 Zusammenfassung

In diesem Kapitel wurde die Methodenauswahl, die Ethnografie sowie problemzentrierte Interviews zur Erhebung beider zugrunde gelegten Analyseebenen, begründet sowie die Grounded Theory als Orientierungsrahmen für den Auswertungs- und Analyseprozess eingeführt. Mit dem Forschungsstil der Grounded Theory wird eine iterativ-zyklische, offene und induktiv angelegte Vorgehensweise fokussiert. Analysegegenstände werden nicht vorab gesetzt und der Verfügungs fonds in seinem Konstruktionsprozess im Kontext *sozialer Probleme* und daran beteiligter Akteur*innen betrachtet. Die in Kapitel vier aufgezeigten theoretischen Konzepte sind dabei als sensibilisierende Konzepte zu verstehen, die „Suchhypthesen“ [anbieten und] die Sampling, Auswertung und Theoriearbeit anleiten“ (Bosančić et al., 2019, S. 146). Diese sind demzufolge nicht als *ex ante* festgelegter Theorierahmen aufzufassen, sondern das Produkt eines Forschungsprozesses, der mit einer explorativen Forschungsphase begann und der sich im Verlauf konkretisierte. Der sich daran anschließende iterativ-zyklische ausgerichtete Forschungsprozess wird in Abbildung 5 dargestellt.

Abb. 5 Iterativ-zyklischer Forschungsprozess



5.2 Methodisches Vorgehen I – Ethnografie

Nachdem im vorangegangenen Kapitel die Auswahl der Erhebungs- und Auswertungsmethoden begründet wurde, erfolgt nun die Darstellung des methodischen Vorgehens der teilnehmenden Beobachtung des Verfüzungsfonds. Zunächst wird das Untersuchungsgebiet Wostenberg-Nolden entlang relevanter Rahmendaten vorgestellt (Kapitel 5.2.1). Dem schließt sich eine Begründung für die Auswahl des Fallbeispiels an (Kapitel 5.2.2), gefolgt von einer Beschreibung des Feldzugangs im untersuchten Stadtteil (Kapitel 5.2.3). Im Anschluss wird das Datenkorpus für die Analyse der teilnehmenden Beobachtung des Verfüzungsfonds vorgestellt (Kapitel 5.2.4).

5.2.1 Das Untersuchungsgebiet Wostenberg-Nolden

Wostenberg ist eine deutsche Großstadt (Einwohner*innenzahl > 100.000) mit hauptsächlich industriell geprägter Wirtschaft. Hinsichtlich der Stadtentwicklung wird in einem Modell des BBSR für die Stadt Wostenberg aktuell „keine eindeutige Entwicklungsrichtung“ (BBSR, o.J.) in Bezug auf ein Wachstum oder

eine Schrumpfung der Stadt festgemacht. Die Stadt beschreibt in einer Selbstdarstellung, dass es über mehrere Jahre eine Abwanderungsentwicklung von Bewohner*innen gegeben habe, der in letzter Zeit eine gestiegene Zuwanderung aus dem Ausland entgegenwirke. Bezuglich des Wohnungsmarktes wird dargelegt, dass die Stadt im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten eine hohe Leerstandsquote im Wohnbestand aufweise und der Mietspiegel vergleichsweise niedriger ausfalle.

Nolden, ein Stadtteil von Wostenberg, ist ein sog. „innenstadtnah gelegenes Gebiet“ (§ 171 e Abs. 2 Satz 3 BauGB),⁴³ das zum Zeitpunkt der Studie seit mehreren Jahren durch das Programm Soziale Stadt gefördert wird.⁴⁴ Das Fördergebiet ist nach § 171 e BauGB als Soziale-Stadt-Gebiet abgegrenzt, dessen Begrenzung nicht analog zur amtlich festgelegten Stadtteilgrenze verläuft, sondern ein im südlichen Teil Noldens gelegenes abgegrenztes Areal umfasst. In Nolden wurden zum Zeitpunkt der Feldforschung bereits mehrere Maßnahmen im Rahmen der Sozialen Stadt gefördert. Auch sog. flankierende soziale Programme wie „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ) existieren im Fördergebiet. Drei öffentliche Plätze – der Birkenplatz, der Lindenplatz sowie der Brunnenplatz – wurden mit Mitteln aus dem Programm bereits saniert.

5.2.2 Fallauswahl

Die erste Phase des Feldzugangs erfolgte über Gespräche mit verschiedenen Akteur*innen unterschiedlicher administrativer Ebenen der sozialen Stadtentwicklung sowie entlang zweier explorativer Interviews mit Bewohner*innen eines Soziale-Stadt-Gebiets. Im Zuge dessen wurde der konkrete Untersuchungsgegenstand im Feld der sozialen Stadtentwicklung zugeschnitten und konkretisiert.

Daran schloss sich die Auswahl des Verfügungsfonds als Untersuchungsgegenstand und die Kontaktaufnahme mit Akteur*innen in verschiedenen Fördergebieten an, in denen der Verfügungsfonds als Instrument eingesetzt wird. Die Anfragen beschränkten sich auf ein Bundesland und erfolgten im ersten Quartal des Erhebungsjahres, um den Verfügungsfonds über das gesamte Programmjahr – von der Antragstellung über die Bewilligung bis zur Projektumsetzung – zu begleiten.

43 Im Gesetzestext zur Sozialen Stadt wird zwischen „verdichteten Wohn- und Mischgebieten“ und „innerstädtisch oder innenstadtnah gelegenen Gebiete“ unterschieden (§ 171 e Abs. 2 Satz 3 BauGB). Mit erstem sind zumeist in den 1960er bis 1980er Jahren gebaute Großwohnsiedlungen am Stadtrand gemeint und mit zweitem „gründerzeitliche Altabaugebiete mit altindustrialisierter Prägung und einem vielfältigen Nebeneinander kleinteiliger Siedlungsstrukturen“ (Häußermann & Walther, 2018, S. 2199).

44 Neuerungen durch das restrukturierte Programm Sozialer Zusammenhalt waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht wirksam.

Es wurde eine E-Mailanfrage an insgesamt 11 Quartiersmanagement-Büros in Fördergebieten der Sozialen Stadt gesendet, die zu diesem Zeitpunkt einen Verfügungsfonds betreuten. Aus der Kontaktanfrage ergaben sich anschließend sechs Gespräche mit lokalen Fachkräften. Diese wurden als leitfadengestützte Interviews durchgeführt und dienten der Sondierung eines möglichen Feldzugangs für die teilnehmende Beobachtung des Verfügungsfonds. Die Leitfragen orientierten sich entlang der Themen (1) Vorstellung der Funktion und Aufgaben des Quartiersmanagements, (2) Beschreibung des Förderbedarfs im Programmgebiet, (3) Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie (4) zum Verfügungsfonds vor Ort (vgl. Anhang I). Vier der Gespräche wurden aufgezeichnet und anschließend transkribiert, zwei Gespräche anschließend in einem Gedächtnisprotokoll dokumentiert. Die Gesprächspartner*innen zeigten im Verlauf der Gespräche alle eine grundsätzliche Bereitschaft, der Forscherin einen Zugang zur sozialen Praxis des Verfügungsfonds in ihrem Stadtteil zu gewähren. Der Feldzugang über die Quartiersmanager*innen der jeweiligen Fördergebiete erwies sich somit insgesamt als erfolgreich. Drei Aspekte für die Auswahl des Untersuchungsgebiets Wostenberg-Nolden waren maßgeblich:

1. *Offenheit der Gatekeeper*in gegenüber der Projektkonzeption:* Zwar zeigten die Gesprächspartner*innen alle eine grundsätzliche Bereitschaft, der Forscherin einen Feldzugang zu gewähren, allerdings wurde dieser von einigen Interviewpartner*innen an Bedingungen geknüpft, die sich als Praktiken des Zuweisens eigener Themen sowie des *Eingemeindens* der Forschung fassen lassen (Breidenstein et al., 2020, S. 61). So erwarteten einige Gesprächspartner*innen, dass eine wissenschaftlich angeleitete Projektevaluation (teilweise zu einem durch sie definiertem Thema) durchgeführt und an dessen Ende ein für ihre Praxis konkret anwendbares Produkt stehen würde. Die Interviewpartner aus dem Noldener Quartiersmanagement zeigten sich demgegenüber offen für das explorative Vorgehen des Projektes und knüpften die Erhebung nicht an inhaltliche Bedingungen.
2. *Einfluss der Corona-Pandemie auf die Durchführung des Instruments:* Zum Zeitpunkt der Kontaktaufnahme befanden sich die potenziellen Erhebungsgebiete noch in einem Corona-Lockdown, allerdings mit der Perspektive einer kontinuierlichen Maßnahmenlockerung. Der Umgang der Gesprächspartner*innen mit der Situation in Bezug auf die Durchführung des Verfügungsfonds erwies sich dabei als sehr unterschiedlich. Einige Quartiersmanager*innen sahen davon ab, im aktuellen Programmjahr Projekte in Präsenz zu planen und visierten Vorhaben nur unter der Bedingung sozialer Distanz an. So berichtete eine Interviewpartnerin, dass das Gremium des Verfügungsfonds überwiegend über E-Mailverteiler kommuniziere und über Projektanträge im Umlaufverfahren entschieden würde. Beratungsgespräche zu Projektanträgen fänden in spontanen Telefongesprächen statt, sodass eine

teilnehmende Beobachtung hier kaum umsetzbar wäre. Auch die geförderten Projekte selbst wurden inhaltlich oft nicht derart ausgestaltet, dass eine teilnehmende Beobachtung möglich sein würde, z. B. über die Finanzierung von Bildungsmaterial für Schulen. Es wurde zwar angeboten, den Prozess im Rahmen nachträglicher Interviews über Erzählungen beteiligter Akteur*innen zu rekonstruieren, doch erschien diese Option eher als *Notlösung*. In Nolden wurden die Projekte und Gremiensitzungen dagegen – sofern die Corona-Situation es möglich machen würde – als Treffen in Präsenz oder mindestens als digitale Treffen geplant. Die Entscheidung fiel auch aus diesem Aspekt heraus auf diesen Ort.

3. *Anwesenheit beteiligungsbereiter Akteur*innen und Zuschreibungen des Funktionierens:* In den Gesprächen mit den Quartiersmanager*innen aus den Fördergebieten wurden zwei Phänomene hinsichtlich des (Nicht-)Funktionierens des Verfügungsfonds relevant gemacht, die an die in Kapitel 3.2 dargestellten programmevaluativen Befunde anschließen. Der Verfügungsfonds wurde durch die Gesprächspartner*innen dann als *erfolgreich* eingeordnet, wenn die Anwesenheit von Engagierten im Stadtteil diagnostiziert wurde. Umgekehrt erfolgte die Bezeichnung des Instruments als *nicht erfolgreich*, wenn die Gesprächspartner*innen nur wenig oder keine engagierten Akteur*innen im Stadtteil verorteten. Die Aktivierung von Engagement zuvor noch nicht engagierter Akteur*innen wurde in diesen Fällen als kaum zu lösende Herausforderung dargestellt. In einem Gespräch erzählte ein Quartiersmanager über den Verfügungsfonds, er müsse selbst Projektideen für den Verfügungsfonds entwickeln und dann in einem mühsamen Prozess Akteur*innen finden, die bereit seien, das Projekt durchzuführen, weil es keine Engagierten im Stadtteil gäbe. Weiter beschrieb er, dass er im Stadtteil einmal ein durch eine lokale Wohnungsgenossenschaft (ohne Beteiligung des Quartiersmanagements) organisiertes Nachbarschaftsfest besuchte in der Erwartung „ein leckeres Stück selbst gebackenen Käsekuchen zu bekommen“ und dann „nur aufgetaute TK-Torten“ zum Verkauf voraufgefunden. Das, so beschrieb er, sei ein Sinnbild dafür gewesen, dass das Interesse für Engagement im Stadtteil nicht so groß sei. In Nolden wurde die Beteiligung von Engagierten im Verfügungsfonds hingegen besonders hervorgehoben, wie in der Auswertung noch aufgezeigt wird.

In der Zusammenschau dieser drei Aspekte fiel die Entscheidung, die Erhebung im Wostenberger Stadtteil Nolden durchzuführen.

5.2.3 Feldzugang

Der Zugang zum Feld ist nicht nur Voraussetzung für das Gelingen ethnografischer Forschung, sondern wie dieser erfolgt, welche Bedingungen ggf. an die

forschende Person gestellt werden, wie das Feld auf diese reagiert – all das stellt erkenntnisgenerierende Analysemomente dar. Die Frage des Feldzugangs steht dabei nicht nur zu Beginn der Feldforschung im Zentrum, sondern spielt im gesamten Forschungsprozess eine Rolle (Breidenstein et al., 2020, S. 71). Im Folgenden wird deshalb der Prozess des Feldzugangs in Nolden vorgestellt.

Auf Mailanfrage meldete sich ein Mitarbeiter des Quartiersmanagements in Nolden (Marian Kessler⁴⁵) telefonisch zurück, bekundete Interesse an dem Projekt und sagte der Teilnahme an einem Interview zu. Er blieb im gesamten Erhebungsprozess der erste Ansprechpartner im Quartiersmanagement. Im Anschluss an das eingangs durchgeführte Leitfadeninterview, an dem auch ein Kollege von Marian Kessler teilnahm, zeigten sich beide Gesprächspartner offen dafür, dass die Forscherin den Verfügungsfonds in Nolden über die folgenden Monate begleitet. Bevor das Projekt starten konnte, waren mehrere Abstimmungen erforderlich, darunter die Einholung einer Genehmigung auf kommunaler Ebene sowie die Vorstellung des Projekts in einer Teamsitzung des Quartiersmanagements. Die Kommunikation erfolgte dabei zunächst per Mail oder telefonisch. Zwischen dem ersten Kontakt und dem ersten Besuch in Nolden vergingen – nicht zuletzt auch aufgrund von coronabedingten Reiseeinschränkungen – insgesamt drei Monate. So hatte die Forscherin bereits einiges über den Stadtteil, den Verfügungsfonds und die beteiligten Akteur*innen erfahren, bevor sie den Stadtteil und die Akteur*innen persönlich kennenernte.

Die Feldteilnehmer*innen begegneten dem Projekt über den gesamten Erhebungszeitraum mit Offenheit und Hilfsbereitschaft. Vor allem Marian Kessler informierte kontinuierlich über anstehende Termine zum Verfügungsfonds; dazu zählten auch unregelmäßige Treffen in seinem Büro zwecks Austauschs über den Verfügungsfonds und das Projekt. Er vermittelte Kontakte zu anderen Akteur*innen des Verfügungsfonds und unterstützte die Akquise für Interviewpartner*innen zur Durchführung der problemzentrierten Interviews. Auch zu anderen Mitarbeiter*innen des Quartiersmanagements bestand während der Erhebungsphase Kontakt. Sie unterstützten, indem sie Räume zur Verfügung stellten oder aufkommende Fragen beantworteten. Zur Durchführung der Interviews mit *rumänischen* und *bulgarischen* Bewohner*innen (vgl. Kapitel 8 und 9) wurde der Forscherin ein Schlüssel für einen Raum des Quartiersmanagement ausgehändigt, sodass sie diesen selbstständig nutzen konnte.

5.2.4 Theoretisches Sampling und Auswertungsprozess

Die im Zuge der Ethnografie erhobenen Daten basieren auf einer insgesamt 10-monatigen Feldforschungsphase, die im Jahr 2021 durchgeführt wurde. Der

45 Das hier zugewiesene Geschlecht ist wie alle personenbezogenen Daten pseudonymisiert.

Zeitraum der Erhebung orientierte sich an der einjährigen Programmlaufzeit des Verfügungsfonds im untersuchten Stadtteil, sodass die Datenerhebung zum Ende des Jahres abgeschlossen werden konnte. Zu Beginn der Feldforschung wurde zunächst explorativ den folgenden Fragen nachgegangen:

1. Wer stellt Anträge im Verfügungsfonds?
2. Welche Projekte werden beantragt?
3. Welche Akteur*innen sind als Mitglied im Entscheidungsgremium vertreten?
4. Wie finden innerhalb der Gremiensitzungen die Diskussion und Abstimmung der Anträge statt?
5. Wie füllt das Quartiersmanagement seine Rolle im Verfügungsfonds aus?

Nach Beginn des Feldeinstiegs im Rahmen des Interviews mit zwei Mitarbeitern des Quartiersmanagements orientierte sich der weitere Erhebungsprozess am zeitlichen Ablauf und den Gegebenheiten des Verfügungsfonds in Nolden: Zu Beginn wurden der Forscherin Projektanträge aus der aktuellen Förderperiode zur Verfügung gestellt. Auf dieser Grundlage folgten zunächst explorative Leitfadeninterviews mit den Antragsteller*innen (vgl. Anhang II). Im Anschluss an die Feldaufenthalte wurde das erhobene Material jeweils aufbereitet: Feldnotizen wurden zu Beobachtungsprotokollen verarbeitet, aufgezeichnetes Gesprächsmaterial transkribiert⁴⁶ und Dokumente sortiert. Die Transkription von Aufzeichnungen, die Archivierung und Kodierung des Materials sowie die Speicherung von Memos erfolgten softwareunterstützt mit MaxQDA.

Im Verlauf des Erhebungs- und Analyseprozesses, indem das Material entlang des Vorgehens der Grounded Theory zunächst offen kodiert wurde, entwickelte sich die Erkenntnis, dass nicht nur die am Verfügungsfonds partizipierenden Akteur*innen analytisch relevant sind, auf die zunächst der Blick gerichtet war. Vielmehr zeigte sich in der Praxis die Konstruktion eines zentralen Problemdiskurses, der in den Daten als *Südosteuropäische Zuwanderer* hervorgebracht wird und sich auf eine Gruppe bezieht, die im Setting des Verfügungsfonds *nicht* auf Ebene der Partizipation sichtbar wird. Im weiteren Forschungsprozess richtete sich die Analyse deshalb zunehmend auf diese Problemkonstruktion und damit verknüpfte soziale Machtkonstellationen im lokalen Verfügungsfonds. Auf Basis dieser Erkenntnisse wurden die Fragestellungen dann entsprechend der in Kapitel 4.4. hergeleiteten Fragen angepasst.

In einem selektiven und axialen Prozess erfolgte dementsprechend eine Re-kodierung des Datenmaterials, indem gemeinsame Muster und Beziehungen aus den Daten herausgearbeitet wurden. Auch die Datenerhebung richtete sich an

46 Dabei wurde sich an der erweiterten inhaltlich-semantischen Transkription nach Dresing und Pehl (2024) orientiert (vgl. Anhang VIII).

den spezifizierten Fragen aus, die schließlich zu der Entscheidung führten, die Selbst-Positionierungen von Adressat*innen des Problemdiskurses *Südosteuropäischer Zuwanderer* im Rahmen problemzentrierter Interviews zu integrieren (vgl. Kapitel 5.3).

Die Analyse erfolgte durch die Forscherin selbst, unterstützt durch regelmäßige Materialbesprechungen in Interpretationsgruppen sowie Forschungswerkstätten. Das zusammengestellte Datenkorpus wurde nach der Maßgabe theoretischer Sättigung mit dem Ziel erstellt, unterschiedliche Perspektiven auf den Problematisierungsprozess *Südosteuropäischer Zuwanderer* sowie daran beteiligter Akteur*innen im Verfügungsfonds aufzuzeigen (Strübing, 2018, S. 208). Dies vor allem hinsichtlich der unterschiedlichen institutionellen Handlungsebenen des Instruments und beteiligter Akteur*innen (vgl. Kapitel 2).

5.2.5 Datenkorpus

In das Korpus werden die folgenden Daten integriert, die in Tabelle 1 entlang ihrer inhaltlichen Gliederung in der Auswertung aufgeführt sind. Die in die Analyse zu integrierenden Daten werden im Anschluss in Form kurzer Falldarstellungen vorgestellt.

Tab. 1 Ethnografisches Datenkorpus (Analyse I)

Kapitel	Gliederungspunkt	Datenquelle
6.1	Eingangsgespräch Quartiersmanagement	Leitfadengestütztes Interview mit zwei Mitarbeitern des Quartiersmanagements (Transkript)
6.2	Integriertes städtebau- liches Entwicklungskonzept (ISEK) Nolden	Dokument
6.3	Partizipationsebenen im Verfügungsfonds: Antragstellung und Ent- scheidungsgremium	<ul style="list-style-type: none"> • Projektanträge (Dokumente) <ul style="list-style-type: none"> - „Kreativer Spieletreff“ - „Stadtteilfest“ • Kommunale Richtlinie zur Regelung der Vergabe und Verwendung der Mittel des Verfügungsfonds (Dokument) • „Sitzung des Entscheidungsgremiums“ (Beobachtungsprotokoll)
6.4	Lokale Adressierungspraxis im Kontext des Verfügungsfonds	<ul style="list-style-type: none"> • Leitfadengestütztes Interview (Transkript) • „Erster Besuch in Nolden“ (Beobachtungsprotokoll) • „Zwei Tage in Nolden“ (Beobachtungsprotokoll) • Informationsflyer „Mülltrennung“ (Dokument)
6.5	Projektpraxis „Inter- kulturelles Freizeitangebot für Kinder“	<ul style="list-style-type: none"> • Projektantrag (Dokument) • Leitfadengestütztes Interview mit Antragstellerin (Transkript) • Beobachtungsprotokolle und Memos aus der Projektpraxis

5.2.5.1 Eingangsgespräch mit dem Quartiersmanagement

Das zu Beginn der Feldforschung geführte, 90-minütige Gespräch mit zwei Mitarbeitern des Quartiersmanagements, Marian Kessler und Thomas Müller, erfolgte als leitfadengestütztes Interview über ein digitales Meetingtool (vgl. Anhang I), wurde aufgezeichnet und anschließend durch die Forscherin transkribiert. Das Quartiersmanagement in Nolden setzte sich aus Fachkräften der Sozialen Arbeit und der Stadtplanung zusammen, die Aufgabenteilung erfolgte entsprechend des Fachbezugs: Städtebauliche Maßnahmen lagen dementsprechend im Zuständigkeitsbereich der Stadtplaner*innen. Die Maßnahmen im sozialen Bereich, einschließlich des Verfügungsfonds, wurden von den Sozialarbeiter*innen betreut. Während der Feldforschung war Marian Kessler, selbst Sozialarbeiter, der zentrale Ansprechpartner und Gatekeeper für den Verfügungsfonds. Der zweite Interviewteilnehmer, Thomas Müller, war im Quartiersmanagement für den Bereich Stadtplanung verantwortlich.

5.2.5.2 Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) Nolden

Als Urheberin des ISEK⁴⁷ Nolden wird die Kommune selbst aufgeführt. Der inhaltliche Aufbau entspricht weitestgehend den institutionellen Empfehlungen, wie sie in der 2016 veröffentlichten „Arbeitshilfe für Kommunen“ (BMUB, 2016) zur Erstellung eines integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes aufgeführt werden. Beginnend mit einer einleitenden sozialstatistischen Darstellung der Bevölkerungsstruktur im Fördergebiet werden anschließend Ziele, Maßnahmen und Finanzierungspläne für die beantragte Förderphase formuliert. Die Darstellung ist in verschiedene inhaltliche Handlungsfelder gegliedert („Wohnen“, „Wirtschaft“, „Freiraum“, „Integration“, „Image“). Das Layout des Dokuments ist schlüssig.

5.2.5.3 Projektanträge

Auf der Homepage des Quartiersmanagements steht das Antragsformular für die Verfügungsfonds-Projekte als Download zur Verfügung. Inhaltlich ist es in die folgenden Punkte untergliedert, die durch die Antragsteller*innen ausgefüllt werden müssen:

1. Projekttitle
2. Zusammenfassung des Antrags
3. Geplante Projektlaufzeit
4. Anlass des Projektes

⁴⁷ Da der Stadtteil im Rahmen des Projekts pseudonymisiert wurde, wird hier sowie bei allen Dokumenten auf Quellenangaben verzichtet (vgl. Kapitel 5.4).

5. Bezug zu den Zielen der sozialen Stadtentwicklung
6. Projektablauf
7. Adressat*innenkreis
8. Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit
9. Erfahrungen und Kenntnisse der Antragsteller*innen im Bereich des Projektes
10. Finanzplanung
(Verfügungsfonds-Antrag Nolden, pseudonymisiert)

Für die Ergebnisdarstellung werden drei Anträge ausgewählt, entlang derer der Konstruktionsprozess des Problemdiskurses *Südosteuropäische Zuwanderung* herausgearbeitet wird. Die Analyse der Anträge erfolgt dabei nicht isoliert, sondern wird jeweils in das Setting des Verfügungsfonds integriert: Zwei Anträge („Kreativer Spieletreff“ und „Stadtteilfest“) werden mit Bezug auf die Diskussions- und Entscheidungspraxis in einer Sitzung des Entscheidungsgremiums analysiert. Beide Anträge gehen auf einen freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe aus dem Stadtteil zurück. Ein weiterer Projektantrag „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“ wird im Zusammenhang mit der Projektpraxis analysiert (vgl. Kapitel 5.2.5.7).

5.2.5.4 Kommunale Richtlinie zum Verfügungsfonds Nolden

Die durch den Stadtrat verabschiedete „Kommunale Richtlinie zur Regelung der Vergabe und Verwendung der Mittel des Verfügungsfonds Nolden“ ist ebenso wie das ISEK über die kommunale Homepage zum Programm Soziale Stadt abrufbar. Sie wurde durch den Stadtrat verabschiedet. Die Richtlinie wird in der Analyse in Bezug auf die Zusammensetzung des Entscheidungsgremiums ausgewertet, die im Dokument formal geregelt ist.

5.2.5.5 Sitzung des Entscheidungsgremiums

In die Analyse fließt das Beobachtungsprotokoll einer Sitzung des Entscheidungsgremiums ein. In dieser wurden die Projektanträge „Kreativer Spieletreff“ und „Stadtteilfest“ diskutiert. Sie war zunächst in Präsenz geplant und durch Einschränkungen der Corona-Pandemie kurzfristig in den digitalen Raum verlegt. Die Teilnehmer*innen wurden zuvor per Mail über das Projekt sowie über die Teilnahme der Forscherin informiert; diese stellte sich zu Beginn den Teilnehmer*innen der Sitzung vor. Die Sitzung wurde in einem Beobachtungsprotokoll durch die Forscherin für die Analyse aufbereitet.

5.2.5.6 Lokale Adressierungspraxis im Kontext des Verfügungsfonds

Grundlage der Analyse sind hier das leitfadengestützte Interview mit dem Quartiersmanagement (vgl. Kapitel 5.2.5.1) sowie zwei Beobachtungsprotokolle. Das

erste Protokoll „Erster Besuch in Nolden“ dokumentiert die ersten Eindrücke der Forscherin beim Besuch des Quartiersmanagement in Nolden. Das zweite Protokoll wurde etwa zur Hälfte der zehnmonatigen Feldforschungsphase verfasst und dokumentiert Gesprächssituationen mit Mitarbeiter*innen des Quartiersmanagements. In beiden Beobachtungsprotokollen sind auch ein Werbeflyer zum Verfügungsfonds sowie ein Informationsflyer zum Thema Mülltrennung zu finden, die so ebenfalls in die Analyse eingehen.

5.2.5.7 Projektpraxis „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“

Über einen Zeitraum von drei Monaten wurde insgesamt sieben Mal das durch den Verfügungsfonds geförderte Projekt „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“ teilnehmend beobachtet. Das Projekt wurde durch einen Verein aus dem Stadtteil umgesetzt, der verschiedene Projekte auf ehrenamtlicher Basis im Stadtteil organisiert. Es handelt sich um ein offenes Angebot für Kinder auf dem Birkenplatz, einem zentralen öffentlichen Platz im Fördergebiet der Sozialen Stadt in Nolden. Das Projekt fand einmal in der Woche an einem festen Tag statt. Die Beobachtungsprotokolle wurden im Anschluss an die teilnehmende Beobachtung verfasst. Der Zugang zur Projektpraxis erfolgte über den durch das Quartiersmanagement vermittelten Kontakt zur Projektleiterin Andrea Arendt, die die Forscherin nach einem Interview zur Teilnahme am Projekt einlud. In die Analyse der Projektpraxis fließen punktuell Ausschnitte des vorgenannten Interviews, welches mit der Antragstellerin Andrea Arendt zu Beginn des Feldzugangs in Nolden geführt wurde.⁴⁸ Am Projekt beteiligen sich neben Andrea Arendt verschiedene ehrenamtlich tätige Mitglieder des Vereins, die in den Protokollen Sophia, Marcel und Claudia genannt werden. Die Analyse des Verfügungsfonds-Projektes „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“ umfasst auch den dazugehörigen Projektantrag. Dieser wurde im Umlaufverfahren durch das Entscheidungsgremium genehmigt, da zum Zeitpunkt der Einreichung aufgrund von Corona-Maßnahmen keine Sitzung stattfand.

5.3 Methodisches Vorgehen II – Problemzentrierte Interviews

Das Vorhaben der Durchführung problemzentrierter Interviews wurde im Prozess der ethnografischen Datenauswertung des Verfügungsfonds in Nolden entwickelt. Im Folgenden wird das methodische Vorgehen der Analyse von Selbst-Positionierungen der Adressat*innen erläutert. Zunächst erfolgt dazu eine Beschreibung des Feldzugangs sowie der Prozess des theoretischen Samplings

⁴⁸ Die Interviews werden aufgrund der inhaltlichen Fokusverschiebung im Auswertungsprozess nicht systematisch in die Darstellung der Ergebnisse integriert.

(Kapitel 5.3.1). Anschließend werden mit Blick auf die Organisation, den Leitfaden und den Kurzfragebogen die Gesprächsimpulse sowie die Unterstützung durch Dolmetscher*innen bei der Gestaltung und Durchführung der Interviews vorgestellt und reflektiert (Kapitel 5.3.2). Abschließend wird der Auswertungsprozess beschrieben (Kapitel 5.3.3) sowie das Datenkorpus entlang kurzer Falldarstellungen der befragten Personen vorgestellt (Kapitel 5.3.4).

5.3.1 Feldzugang und theoretisches Sampling

Die Fallauswahl zur Durchführung der problemzentrierten Interviews knüpft an die Erkenntnisse der teilnehmenden Beobachtung des Verfügungsfonds an, dass bulgarische und rumänische Bewohner*innen des Stadtteils kollektiv als *Südosteuropäische Zuwanderer* zusammengefasst und problemorientiert adressiert werden. Im Akquiseprozess wurden dementsprechend *bulgarische* und *rumänische* Bewohner*innen des Stadtteils Nolden als Zielgruppe ausgemacht.⁴⁹ Die Erhebung erfolgte im Jahr 2021 im letzten Drittel des Feldaufenthaltes der Forscherin in Nolden.

Zur Ansprache potenzieller Gesprächspartner*innen wurde ein Flyer erstellt, der über das Forschungsprojekt, den Interviewkontext und die Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme mit der Interviewerin informierte (vgl. Anhang V). Der Flyer stand dreisprachig auf Deutsch, Rumänisch und Bulgarisch zur Verfügung. Um eine möglichst heterogene Zusammensetzung der Interviewpersonen sicherzustellen und insbesondere nicht ausschließlich auf die Auswahl durch Gatekeeper*innen zurückgreifen zu müssen, wurden verschiedene Wege der Akquise gewählt. Dies zunächst über eine direkte Ansprache durch die Interviewerin und mittels des Flyers im öffentlichen Raum. Aus der persönlichen Ansprache im Stadtteil entstand das Interview mit Florean F.⁵⁰ Um einen größeren Personenkreis im Stadtteil zu erreichen, wurden zusätzlich Flyer in zugänglichen Briefkästen verteilt. Darauf erfolgte jedoch keine Rückmeldung. Ein weiteres Interview ergab sich mit Javor L., einem Bulgaren, den die Interviewerin über seine

49 Wennleich die Zuschreibungen im Kontext des Problemdiskurses Südosteuropäische Zuwanderung von rassistischen Deutungsmustern gegen Rom*nja geprägt sind (vgl. Kapitel 7), wurde im Zuge der Fallauswahl darauf verzichtet, diese dezidiert zu adressieren, da die auf Rassismus basierende Adressierung als Südosteuropäischer Zuwanderer unabhängig von der selbstzugeschriebenen Gruppenzugehörigkeit als Rom*nja auf Fremdzuschreibungen von Personen basiert, die aus Rumänien und Bulgarien nach Deutschland migriert sind. Die Ansprache von Personen als Bulgarisch oder Rumänisch ist selbst als Konstruktion zu verstehen, die hier vorgenommen wurde, um für die Interviews möglichst Personen zu akquirieren, die im Verfügungsfonds als Südosteuropäische Zuwanderer adressiert werden.

50 Die Interviewpartner*innen werden im Anschluss an dieses Kapitel vorgestellt (vgl. Kapitel 5.3.2).

regelmäßige Teilnahme am Verfügungsfonds-Projekt „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“ kennenernte. Über die Kontaktaufnahme zu einem lokalen Rom*nja-Verein wurde das Interview mit Milos K. möglich, der aktives Mitglied des Vereins ist.

Zudem vermittelte Marian Kessler, zentraler Gatekeeper aus dem Quartiersmanagement, Kontakte zu sozialen Trägern aus dem Stadtteil, die über Beratungsangebote für Neuzugezogene im Stadtteil mit den relevanten Bewohner*innenengruppen in Kontakt standen. Über die Fachkräfte konnten insgesamt sechs weitere Interviewpartner*innen gewonnen werden.

Zwei daraus entstandene Interviews, beide mit rumänischen Frauen, wurden nachträglich aus dem Datenkorpus entfernt. Hier stellte sich während des Interviews heraus, dass die Interviewpartner*innen nicht in Nolden, sondern in einem anderen Stadtteil in Wostenberg lebten. Dieses Missverständnis ergab sich aus einer Fehlinformation der Gatekeeperin, die davon ausgegangen war, dass die befragten Personen in Nolden wohnhaft seien. Der Ausschluss der beiden Interviews wird mit der methodologischen Rahmung der Arbeit begründet: Gegenstand der Analyse sind Selbst-Positionierungen zum Problemdiskurs im Kontext sozialer Stadtentwicklung in Nolden. Die Arbeit basiert damit auf einem engen Lokalbezug zum Stadtteil. Um trotzdem nicht in ein absolutistisches Raumverständnis zu verfallen, indem angenommen wird, dass Selbst-Positionierungen im Kontext des lokalen Problemdiskurses in Nolden ausschließlich mit dem Merkmal des *Wohnens* rekonstruiert werden können,⁵¹ wurden beide Interviews trotzdem einer explorativen Analyse mittels offener Kodierung unterzogen. Da die befragten Personen in ihren Erzählungen jedoch keinerlei Bezüge zum Stadtteil herstellten, erfolgte schließlich keine Einbeziehung der Interviews in die Analyse.

Über die Akquise durch soziale Träger ergaben sich letztendlich vier weitere Interviews, die in das Datenkorpus aufgenommen wurden (Mariana D., Petko R., Hristo M. und Gabriella S.). Somit fließen insgesamt sieben problemzentrierte Interviews in die Analyse ein (vgl. Anhang IV): davon stammen drei Interviewpartner*innen aus Rumänien, eine Frau (Gabriella S.) und zwei Männer (Florenan F. und Milos K.). Diese drei Interviews erfolgten auf Deutsch ohne Einbezug von Dolmetscher*innen. Vier Interviewpartner*innen migrierten aus Bulgarien nach Deutschland, davon drei Männer (Petko R., Hristo M., Javor L.) und eine Frau (Mariana D.). Drei dieser Interviews wurden durch eine/n Dolmetscher*in unterstützt und anschließend übersetzt (Petko R., Hristo M. und Mariana D.) (vgl. Kapitel 5.3.3.4).⁵²

51 Und nicht etwa auch nach dem Merkmal des Aufenthaltes im Rahmen von Freizeit, Erwerbsarbeit oder sonstigen Stadtteilbezügen durch die befragten Personen.

52 Für einen Überblick über das Datenkorpus vgl. Anhang VII.

5.3.2 Vorstellung der Interviewpartner*innen

Die Vorstellung der Interviewpartner*innen erfolgt mittels der Angaben der im Kurzfragebogen abgefragten Informationen (Geschlecht, Wohndauer im Stadtteil, berufliche Situation). Auch werden relevante Kontexte in der Interviewdurchführung benannt. Es wird dargelegt, wenn die Personen im Interview auf ihre Bildungsbiografie, ihre berufliche Situation sowie auf Gründe ihrer Migration nach Deutschland eingehen. Die Falldarstellungen dienen dazu, einen Eindruck von den befragten Personen zu bekommen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass es sich auch hier ebenfalls um Selbst-Darstellungen im Kontext der Interviews handelt, die mitunter als Positionierungen zur sozialen Anrufung als *Südosteuropäische Zuwanderer* gefasst werden können. Obwohl sie über ihre Platzierung im Methodenkapitel der Analyse vorangestellt werden, sollten diese nicht essentialisierend betrachtet werden.

5.3.2.1 Florean F.

Florean F. ist männlich, um die vierzig Jahre alt, kommt ursprünglich aus Rumänien und wohnt seit zwei Jahren in Nolden. Er gibt im Kurzfragebogen an, als Teamleiter in der Produktionslogistik zu arbeiten. Florean F. hat drei Kinder. Im Interview betont er, mit seiner Familie aus Rumänien nach Deutschland gekommen zu sein, um seinen Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen.

Das Interview mit Florean F. findet auf einer Parkbank auf einem öffentlichen Platz statt. Dem Interview vorangegangen war eine Kontaktaufnahme über direkte Ansprache der Interviewerin und ein daran anschließendes Telefonat zur Besprechung des Interviews sowie zur Terminabsprache. Am Tag des Interviews liegt der Termin dann doch unpassend, da Familienangehörige spontan zu Besuch gekommen sind und ein gemeinsames Essen geplant ist. Auf Rückfrage möchte Florean das Interview dennoch durchführen. Kurzfristig kommt zur Unterstützung im Interview sein Sohn Adrian dazu, den Florean F. vor Beginn des Interviews anruft – die Interviewerin ist etwas überrascht, als Adrian hinzukommt, da sie das vorherige auf Rumänisch geführte Telefonat nicht verstand und Florean F. ihr gegenüber nichts angedeutet hatte. Während des Interviews stehen Florean und Adrian F. aufgrund des geplanten Familienessen unter Zeitdruck, was sich in wiederholten Rückfragen zur voraussichtlichen Dauer des Interviews zeigt. Das Interview dauert insgesamt 23 Minuten. Florean F. bietet daraufhin an, dass das Interview an einem anderen Tag fortgesetzt werden könne. Dieser Termin kommt jedoch nicht mehr zustande.

5.3.2.2 Milos K.

Milos ist Mitte dreißig, aus Rumänien nach Deutschland gekommen und wohnt mit seiner Familie (zwei Kinder und Frau) zum Zeitpunkt der Datenerhebung

seit zehn Jahren in Nolden. Als Kind lebte er schon einmal mit seiner Familie in Deutschland, damals in einer Unterkunft für Geflüchtete – Rumänien war zu diesem Zeitpunkt noch kein Mitglied der Europäischen Union und somit gab es noch keine Freizügigkeit für rumänische Staatsangehörige. Milos K. ist zum Zeitpunkt des Interviews im öffentlichen Dienst angestellt. In Rumänien, sowie in den ersten Jahren, in denen er in Deutschland lebte, war er mit einem Handwerksbetrieb selbstständig. Bessere berufliche Möglichkeiten gibt er als seine Begründung für die Migration an.

Milos K. ist Mitglied eines Rom*nja-Vereins aus dem Stadtteil, über den auch der Kontakt zwischen Milos K. und der Interviewerin entsteht. Seine Ausführungen müssen deshalb im Kontext seines Engagements im Verein betrachtet werden, über das er eine Stellvertreter- bzw. Sprecherposition für die soziale(n) Gruppe(n) von Rom*nja im Stadtteil einnimmt. Dem Interview vorangegangen war ein Treffen der Interviewerin und Milos K. in einem Café, in dem Milos K. sich eingehend über das Forschungsprojekt informierte. Dies insbesondere im Hinblick auf die Frage, inwiefern die Forschungskonzeption rassistische Stereotype gegen Rom*nja reproduziere oder nicht. Er berichtet über schlechte Erfahrungen, die er im Zuge der Vereinsarbeit mit Presseberichten – vor allem im Kontext der Corona-Pandemie – gemacht habe, in denen seine Aussagen anschließend „falsch“ dargestellt worden seien. Er würde seitdem nur noch Interviews geben, wenn er im Vorfeld das Gefühl habe, dass Gesagtes im Anschluss nicht in einem falschen Kontext dargestellt würde. Am Ende des Treffens sagt er eine Teilnahme am Interview zu, welches vier Wochen später stattfindet.

Das Interview findet auf Deutsch statt und wird in einem Café in Nolden durchgeführt (Dauer: rund 60 Minuten). Milos K. tritt selbstbewusst auf und macht mit seinem Auftreten auf die Interviewerin den Eindruck, dass er die Regeln der Interaktion zwischen Interviewerin und ihm definieren möchte.

5.3.2.3 Mariana D.

Mariana D. (Bulgarin) ist zwischen 30 und 40 Jahre alt und wohnt mit ihrer Familie – zwei Kindern sowie ihrem Ehemann – seit neun Jahren in Nolden. Aktuell ist sie in keinem Arbeitsverhältnis, was sie mit den Corona-Einschränkungen begründet. Sie betont, dass sie in Rumänien eine 13-jährige Schulausbildung und eine Ausbildung im Schuhmacherhandwerk absolviert hat. In dieser Branche haben Mariana D. und ihr Mann laut eigener Aussage in Bulgarien erfolgreich gearbeitet. Der Verdienst war insgesamt aber zu niedrig, um für den Unterhalt der Familie zu sorgen, weshalb sie entschieden, nach Deutschland zu migrieren. Neben besseren Arbeitsbedingungen macht Mariana D. die Hoffnung auf bessere Bildungsmöglichkeiten für die Kinder im Interview als Grund für ihre Migration nach Deutschland relevant. Das Interview findet in den Räumen des Quartiersmanagements statt und hat eine Länge von 97 Minuten. Das Interview wird

durch eine Dolmetscherin, Emila, sprachlich unterstützt (vgl. Kapitel 5.3.3.4). Mariana D. spricht und versteht selbst auch etwas Deutsch, sodass sie im Interview zum Teil die Fragen der Interviewerin versteht und auf Deutsch darauf antwortet. Mariana D. ist seit längerem eine Klientin von Emila, d.h. die beiden kennen sich vor dem Interview.

5.3.2.4 Petko R.

Petko R. ist Bulgare, um die 30 Jahre alt und lebt zum Zeitpunkt des Interviews seit vier Monaten in Nolden. Er hat einige Zeit zuvor drei Jahre in einem anderen Stadtteil in Wostenberg gelebt und war zwischenzeitlich wieder in Bulgarien. Petko R. erzählt, dass er nach Deutschland migriert ist, um seinen Kindern mehr Möglichkeiten zu bieten. Laut seiner Angabe im Fragebogen arbeitet er in der Getränkelogistik.

Das Interview hat eine Länge von 30 Minuten und wird mit einem Dolmetscher (Vanja) durchgeführt. Petko R. und Vanja kennen sich vorher nicht. Das Interview findet in einem Raum des Quartiersmanagements statt. Aufgrund von Coronamaßnahmen tragen alle Beteiligten eine Atemschutzmaske. Petko R. hat während des Interviews einen Kapuzenpullover an, dessen Kapuze er während des Interviews nicht abnimmt. Während dies zum einen auf die kühle Raumtemperatur zurückgeführt werden kann, die sich durch das aufgrund von Corona-Maßnahmen geöffnete Fenster bezieht, unterstreicht dies auch den Eindruck einer distanzierten Haltung des Befragten zur Interviewerin. Petko R. hält seine Arme während des Interviews größtenteils verschränkt. Das Interview ist zudem durch eine starke Interaktion zwischen ihm und dem Dolmetscher sowie gleichzeitig durch wenig direkte Kommunikation zwischen dem Befragtem und der Interviewerin geprägt. Petko R. sitzt dem Dolmetscher zugewandt und schaut beim Sprechen hauptsächlich ihn an.

5.3.2.5 Gabriella S.

Gabriella S., Anfang Dreißig, kommt aus Rumänien und lebt seit acht Jahren in Nolden. Sie beschreibt, dass sie mit ihrer Familie (Ehemann und zwei Kindern) aufgrund des im Vergleich zu Rumänien besseren Gesundheitssystems nach Deutschland gekommen sei. Sie gibt an, als Hausfrau tätig zu sein. Das Interview findet in den Räumen des Quartiersmanagements statt, wird auf Deutsch durchgeführt und dauert insgesamt 70 Minuten. Gabriella S. lässt während des Interviews ihre Winterjacke an, was ebenfalls auf eine kühle Raumtemperatur zurückgeführt werden kann, die sich durch das geöffnete Fenster aufgrund von Coronamaßnahmen ergibt. Sie strahlt auf die Forscherin in ihrem Auftreten eine gewisse Ruhe und Zugewandtheit aus. Ihre Erzählungen sind von einer starken Emotionalität geprägt.

5.3.2.6 Javor L.

Javor L., ursprünglich aus Bulgarien, ist Ende Zwanzig und lebt seit vier Jahren in Nolden. Er lebt allein in seiner Wohnung, sein Bruder und seine Schwägerin leben ebenfalls in Nolden. Die Interviewerin hat Javor L. im Zuge der teilnehmenden Beobachtung des Verfügungsfonds-Projektes kennengelernt und in diesem Kontext für eine Teilnahme am Interview angefragt. Javor L. ist über eine Maßnahme der Arbeitsagentur in das durch den Verfügungsfonds geförderte Projekt „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“ vermittelt worden und nimmt regelmäßig daran teil. Das Interview findet bei ihm zu Hause statt. Das Interview dauert rund 57 Minuten. Es wird auf Wunsch Javor L. s auf Deutsch durchgeführt, wobei während des Interviews vielfach Verständnisschwierigkeiten zwischen Javor L. und der Interviewerin auftreten. Darüber hinaus zeichnet sich die Interviewdynamik aufgrund der bestehenden Bekanntschaft durch eine, vergleichsweise, hohe Vertrautheit zwischen Interviewerin und Gesprächspartner aus.

5.3.2.7 Hristo M.

Hristo M. ist um die 40 Jahre alt, aus Bulgarien nach Deutschland migriert und lebt seit 2½ Jahren zusammen mit seinen beiden Kindern in Nolden. Er gibt an, zum Zeitpunkt des Interviews arbeitslos zu sein. Im Interview erzählt er, dass er aufgrund der Hoffnung besserer Möglichkeiten in Bezug auf Erwerbsarbeit nach Deutschland gekommen ist.

Das Interview dauert 64 Minuten und wird mit einem Dolmetscher (Vanja) durchgeführt. Beide kennen sich durch einen gemeinsamen Terminbesuch bei einer Behörde, zu dem Vanja Hristo M. zuvor begleitet hat. Wie auch Petko R. adressiert Hristo M. im Interview ebenfalls in erster Linie über Blickkontakt und körperlicher Haltung den Dolmetscher.

5.3.3 Interviewgestaltung und -durchführung

Um den Erhebungs- und Analyseprozess transparent zu gestalten, werden in diesem Kapitel relevante Aspekte im Hinblick auf die Interviewführung erläutert. Dafür wird in Kapitel 5.3.3.1 zunächst der organisatorische Rahmen der Interviews dargelegt, anschließend werden in Kapitel 5.3.3.2 die Instrumente des Leitfadens sowie des Kurzfragebogens aufgezeigt. In Kapitel 5.3.3.3 findet sich dann die Vorstellung der eingebrachten visuellen Gesprächsimpulse mittels der Methode der Foto-Elizitation, gefolgt von einer methodischen Einordnung und praktischen Erläuterung der Durchführung mehrsprachiger Interviews, die einen Teil des Datenkorpus darstellen (Kapitel 5.3.3.4).

5.3.3.1 Organisatorischer Rahmen

Die unterschiedliche Form der Kontaktaufnahme zu den Befragten – über den persönlichen Kontakt der Interviewerin oder vermittelt über Gatekeeper*innen – führte zu teils verschiedenen organisatorischen Rahmenbedingungen der Interviews. Während Absprachen zur Interviewdurchführung wie Zeitraum und Ort sowie die Frage, in welcher Sprache die Interviews durchgeführt werden sollen, in den selbst initiierten Interviews (mit Florean F., Javor L. und Milos K.) bilateral zwischen Interviewerin und interviewten Personen getroffen wurden, erfolgten diese in den anderen Interviews (Mariana D., Petko R., Gabriella S., Hristo M.), auch aufgrund sprachlicher Hürden, über die Gatekeeper*innen.

Die selbst initiierten Interviews fanden an verschiedenen Orten statt: auf einer Parkbank eines zentral gelegenen öffentlichen Platzes (Birkenplatz, Florean F.), in einem Café (Milos K.) sowie bei einer befragten Person zu Hause (Javor L.). Die anderen Interviews wurden in Absprache mit den Gatekeeper*innen in einem Raum des Quartiersmanagements durchgeführt (Gabriella S., Hristo M., Petko R., Mariana D.). Zum Zweck der Interviews erhielt die Interviewerin einen Schlüssel zu den entsprechenden Räumlichkeiten, sodass sie die Durchführung der Interviews trotz des hohen Vermittlungsgrades durch soziale Träger in dieser Hinsicht eigenständig durchführen konnte.

Den Interviewpartner*innen und Dolmetscher*innen wurde der thematische Fokus der Interviews als das *Leben der Befragten im Stadtteil* beschrieben. Eine vorherige Bezugnahme auf inhaltliche Aspekte des Problemdiskurses um *Südosteuropäische Zuwanderung* erfolgte bewusst nicht, um in den Interviews eigene Erzählungen der Befragten auch abseits der Problemzuschreibungen zu ermöglichen.⁵³ Zur Vorbereitung der Interviews wurden in Anlehnung an die Methode problemzentrierter Interviews ein Leitfaden, ein Kurzfragebogen, sowie visuelle Gesprächsimpulse ausgewählt und vorbereitet. Eine Agentur übersetzte alle relevanten Dokumente im Vorfeld ins Rumänische und Bulgarische, sodass sie den Interviewpartner*innen in drei Sprachen zur Verfügung standen. Im Anschluss des Interviews wurde den Gesprächspartner*innen ein Incentive in Höhe von 20 Euro übergeben.

An die Interviewdurchführung schloss sich jeweils die Erstellung der Postskripte an, in denen in Gestalt eines Beobachtungsprotokolls relevante Aspekte der Interviewsituation (z. B. Vor- und Nachgespräche, Dynamiken während des Interviews, Einbezug visueller Impulse) für die spätere Analyse festgehalten wurden. Die Transkription der Tonaufnahmen der Interviews erfolgte in Anlehnung an die inhaltlich-semantische Transkription nach Dresing und Pehl (2024). Für

⁵³ Für eine forschungsethische Reflexion dieses Aspekts siehe Kapitel 5.4.

die Verschriftlichung der mehrsprachig durchgeführten Interviews wurde ein Übersetzungs- und Transkriptionsbüro beauftragt (vgl. Kapitel 5.3.3.4).

5.3.3.2 Leitfaden und Kurzfragebogen

Im Vorfeld der Interviews wurden die Interviewpartner*innen gebeten, einen kurzen Fragebogen auszufüllen, der (1) die Wohndauer im Stadtteil, (2) das Alter und (3) die aktuelle berufliche Situation der Personen abfragte (vgl. Anhang VI).

In einem ersten Interviewteil wurde Wert daraufgelegt, möglichst offen formulierte Fragen bezüglich des Lebens der Befragten im Stadtteil zu stellen, ohne einen direkten Bezug zum Problemdiskurs um *Südosteuropäische Zuwanderung* sichtbar zu machen. Dafür dienten die folgenden Fragen zur Orientierung, um Narrationen über das Leben der Befragten im Stadtteil anzuregen (vgl. Anhang III):

1. „Erzählen Sie mir doch mal, seit wann Sie in Nolden wohnen.“
2. *Wenn Person nicht im Stadtteil geboren ist:* „Wie sind Sie nach Nolden gekommen?“
3. „Wie würden Sie Nolden beschreiben?“
4. „Was gefällt Ihnen?“
5. „Was gefällt Ihnen nicht?“
6. „Bitte denken Sie mal an Ihre bisherige Zeit in Nolden zurück: Erzählen Sie mir doch mal über Erlebnisse/Erfahrungen im Stadtteil, an die Sie sich besonders erinnern.“
7. „Wie würden Sie Nolden abschließend in einem Satz beschreiben?“
8. „Möchten Sie zum Abschluss noch etwas ergänzen?“

Es wurden zudem zuvor durch die Forscherin selektierte visuelle Gesprächsimpulse in die Interviews eingebracht, auf die im nächsten Kapitel eingegangen wird.

5.3.3.3 Visuelle Gesprächsimpulse

Der Einsatz visueller Materialien erfolgt in Anlehnung an die Methode der Foto-Elizitation (Dobrusskin et al., 2021). Hierbei werden durch die Forschenden ausgewählte Bilder eingesetzt, um Erzählungen und tiefergehende Reflektionen bei den Befragten anzuregen, die bei rein sprachlichen Impulsen latent bleiben (können) (Dobrusskin et al., 2021, S. 212). Durch die Einbringung der Impulse soll im Sinne der Methode problemzentrierter Interviews die Fokussierung auf die interessierenden Phänomene in den Interviews unterstützt werden. Für das Anliegen, Selbst-Positionierungen im Hinblick auf lokale Diskursanrufungen

im Stadtteil zu rekonstruieren, ist sie deshalb besonders geeignet. Im Auswahlprozess der Impulse gilt es sicherzustellen, dass ein passender Bezug von Impuls und Forschungsthema hergestellt wird. Dementsprechend wurden sie im Rahmen der Studie danach ausgewählt, ob sich der in der Analyse herausgearbeitete lokale Problemdiskurs um *Südosteuropäische Zuwanderung* sowie daran beteiligte Akteur*innen abbildet (vgl. Kapitel 6 und 7). Ein direkter inhaltlicher Bezug zum Verfügungsfonds war nicht notwendigerweise Voraussetzung, da die im Verfügungsfonds prozessierende Problemkonstruktion als eingelagert in einen erweiterten Stadtteildiskurs und damit über die soziale Praxis des Partizipationsinstruments hinausgehend betrachtet wird. Die Einbringung der Impulse durch die Interviewerin erfolgte in den Interviews in der Regel im Anschluss an die offenen Fragen über den Stadtteil, je nach Interviewdynamik aber auch vorher als Reaktion auf Erzählungen der Befragten, mit der folgenden Anweisung: „Erzählen Sie mir bitte, was Sie dazu denken. Alles ist wichtig und interessant. Es gibt keine falschen Antworten.“ Abhängig vom situativen Kontext stellte die Forscherin die Impulse nacheinander oder gleichzeitig zur Verfügung. Da der Ablauf der Foto-Elizitation nicht standardisiert und an die Interviewdynamik angepasst durchgeführt wurde, hatte die Impulsgebung im Vergleich der Interviews unterschiedlichen Einfluss und wurde in unterschiedlicher Intensität und Umfang einbezogen.

Ausgewählt waren lokale Zeitungsberichte, Fotos aus einem Verfügungsfonds-Projekt sowie eine im Rahmen eines vorherigen Verfügungsfonds-Projektes erstellte Broschüre mit dem Titel „Code of Conduct“ (vgl. Anhang VII). Alle Materialien sind für die Öffentlichkeit zugänglich und wurden im Laufe der Feldforschung miterhoben. Die folgenden Daten dienten zur Impulsetzung:

*Zeitungsa*rtikel

Während der teilnehmenden Beobachtung des Verfügungsfonds in Nolden wurden begleitend Zeitungsartikel mit Bezug zum lokalen Problemdiskurs *Südosteuropäische Zuwanderung* gesammelt. Diese stammen aus einer lokalen Tageszeitung. Ausgewählt sind fünf Artikel, die unterschiedliche Aspekte des Problemdiskurses abbilden (vgl. Kapitel 6 und 7): Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien, Wohnverhalten und *Problemimmobilien*, Verhalten im öffentlichen Raum und soziale Ordnung, alteingesessene Bewohner*innen als Sprecher*innen sowie das Verfügungsfonds-Projekt „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“ am Birkenplatz (vgl. Tabelle 2). Eine Aufbereitung der Zeitungsartikel für die Interviews erfolgte, indem die Schlagzeile, das Titelbild sowie der dazugehörige Bilduntertitel und eine kurze Zusammenfassung zu Beginn der Artikel (Eingangspassage) extrahiert und auf Deutsch, Bulgarisch und Rumänisch bereitgestellt wurde. Tabelle zwei verdeutlicht die Inhalte der Zeitungsimpulse.

Tab. 2 Zeitungsartikel-Impulse (pseudonymisiert)

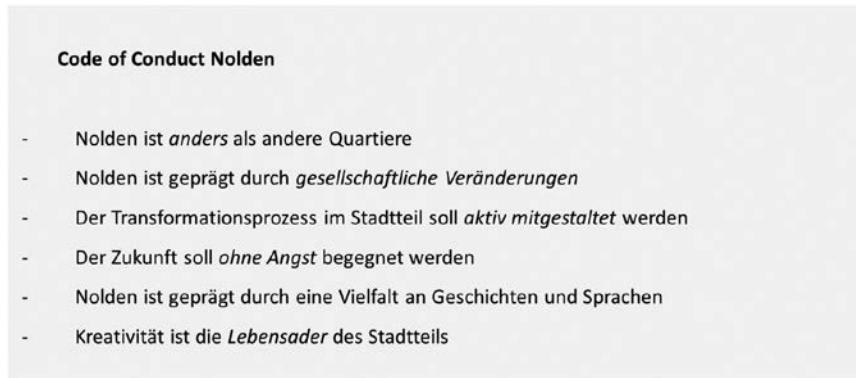
Nr.	Schlagzeile	Titelbild (Bildbeschreibung)	Bilduntertitel	Eingangspassage
1 a	„Zuwanderung – große Angst um die Zukunft des Stadtteils“	Eine Aufnahme Noldens aus der Vogelperspektive.	„Ein schönes Quartier mit vielen Problemen: Nolden hat mit einem verstärkten Zuzug aus Südosteuropa zu kämpfen.“	„Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien und der Eindruck, dass Nolden damit allein gelassen wird.“
1 b	„Wostenberg: Stadt plant, die Kontrolle von Wohnungen wieder zu intensivieren“	Hausfassade mit Sperrmüll. Davor steht ein Mitarbeiter des städtischen Ordnungsamtes, vom dem nur die Uniform mit der Aufschrift „Ordnungsamt“ sichtbar ist.	„Bei vielen Problemimmobilien wird nicht nur der Unrat vor der Tür kontrolliert. Task-Forces gehen auch in die Wohnungen und kontrollieren dort die Lebenssituation der Bewohner*innen, die Rechtmäßigkeit der Wohnsituation sowie von Hilfeleistungen.“	„Nach den Corona-Lockdowns werden die Wohnungskontrollen in Problemimmobilien wieder verstärkt.“
1 c	„Schwerpunkt-kontrollen in Nolden – unzählige Ordnungswidrigkeiten“	Drei Mitarbeiter des Ordnungsamtes sind von hinten in ihrer Uniform auf einem zentralen öffentlichen Platz in Nolden zu sehen.	„Mitarbeiter des Ordnungsamtes kontrollieren auf dem Birkenplatz.“	„Schwerpunktkontrollen im öffentlichen Raum. Im Rahmen einer Null-Toleranz-Strategie. Verschiedene Behörden haben sich beteiligt.“
1 d	„Sozialer Brennpunkt Birkenplatz: Jetzt reden wir“	Vier weiße Männer stehen in der Mitte eines öffentlichen Platzes in Nolden (Birkenplatz).	„Die Situation am Birkenplatz und in der unmittelbaren Umgebung ist aufgeladen: Die Alt-Noldener [Namen der abgebildeten Personen] akzeptieren die Situation nicht mehr.“	„Anwohner sind wütend. Sie wollen den Lärm bis in die Nacht, Müll und die Trinker- und Drogenszene auf dem Birkenplatz nicht mehr akzeptieren.“
1 e	„Nolden: Einsatz mit Hingabe“	Ehrenamtliche Mitarbeiter*innen des Projektes sitzen vor dem Container auf dem Birkenplatz, an dem das Projekt stattfindet.	„Diese Personen engagieren sich in Nolden und besonders am Birkenplatz mit Hingabe.“	„Was der Verein mit dem Freizeitangebot auf dem Birkenplatz alles in Gang bringt.“

Code of Conduct

Das Dokument des sog. Code of Conduct ist einige Jahre vor der Erhebung aus einem Projekt des Verfügungsfonds in Nolden hervorgegangen. Es handelt sich um eine mehrseitige Broschüre, in der die Verfasser*innen ihre Vorstellungen hinsichtlich des sozialen Miteinanders im Stadtteil beschreiben. Über die

Urheber*innen ist nur bekannt, dass sie im Rahmen einer Stadtteilkonferenz zusammenfanden. Der Text des Code of Conduct ist in acht Sprachen verfasst, darunter auch Rumänisch und Bulgarisch. Im Anschluss an die Veröffentlichung gab es für Bewohner*innen des Stadtteils die Möglichkeit, das Dokument digital zu unterzeichnen. Abbildung 6 gibt die pseudonymisierten Inhalte des Dokuments wider.

Abb. 6 Code of Conduct Nolden (Eigene pseudonymisierte Darstellung)



Fotos aus dem Verfügungsfonds-Projekt „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“

Zudem wurden acht Fotos aus dem Verfügungsfonds-Projekt „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“ auf dem Birkenplatz für visuelle Impulse ausgewählt. Die Fotos hat der Verein selbst auf seinem Account eines sozialen Mediums veröffentlicht und anonymisiert, indem die Gesichter der abgebildeten Personen schwarz überdeckt wurden. Für die Gestaltung der Impulse wurden acht Fotos ausgewählt, die sowohl das Eingangsritual des Müllsammelns sowie die Spielaktionen abbilden (vgl. Kapitel 6.5). Zu sehen sind auf den Fotos in erster Linie teilnehmende Kinder des Projektes sowie – jedoch weitaus weniger präsent in der Zusammenschau der Fotos – die ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen des Vereins. Dargestellt sind meist mehrere Kinder, die aus einiger Entfernung fotografiert wurden.

5.3.3.4 Mehrsprachige Interviews

Die Interviewpartner*innen konnten – mit Ausnahme des Interviews mit Florean F. – im Vorfeld entscheiden, ob sie das Interview auf Deutsch, Rumänisch oder Bulgarisch durchführen möchten. Da die Interviewerin selbst kein Rumänisch oder Bulgarisch spricht, wurde dazu jeweils ein/e Dolmetscher*in zur

Unterstützung hinzugezogen. Insgesamt wurden drei von sieben Interviews aus dem Datenkorpus mehrsprachig durchgeführt, alle davon auf Deutsch-Bulgisch.⁵⁴

Im ersten Interview mit Florean F., welches zugleich auch eine explorative Funktion hatte, wurde die Option der Einbeziehung von Dolmetscher*innen noch nicht berücksichtigt. Die Absprachen zwischen der Interviewerin und Florean F. erfolgten zuvor auf Deutsch. Vor Beginn des Interviews zeigte sich, dass der Interviewpartner hinsichtlich der Sprache unsicher war und daher seinen Sohn Adrian (rund 15 Jahre alt) kurzfristig anfragte, das Interview durch Übersetzungen zu unterstützen. Aus dieser Erfahrung heraus wurde die Interviewdurchführung um die Möglichkeit, Dolmetscher*innen für die Sprachvermittlung einzubeziehen, ergänzt. Die dolmetschenden Personen konnten über die sozialen Träger akquiriert werden, die auch bei der Vermittlung von Interviewpartner*innen unterstützten.

Der Einbezug von Dolmetscher*innen in mehrsprachigen Interviews bringt bestimmte Implikationen mit, die im Prozess der Vorbereitung, in der Durchführung sowie in der Analyse gedolmetschter Interviews beachtet werden müssen. Von besonderer Bedeutung ist hierbei, dass die Dynamik der Interviewsituation durch die Anwesenheit einer dritten Person wesentlich beeinflusst wird, denn:

[Die Dolmetscher*in] realisiert im Übersetzen des Gesprochenen einen eigenen Sprechakt, bringt verbale, para- und nonverbale Eigentümlichkeiten ein, handelt vor einem individuellen Erfahrungs- und Wissenshintergrund sowie eigenen Emotionen und ist Teil des Beziehungs- und Machtgefüges der Drei-Parteien-Interaktion. (Kliche et al., 2018, S. 209)

In der Auswahl der Dolmetscher*innen spielen nicht nur die sprachlichen Kenntnisse, sondern auch fachliche sowie persönliche Aspekte eine Rolle. Dies z. B. sowohl im Hinblick auf Kenntnisse zu wissenschaftlichen Methoden sowie dem Forschungsprojekt als auch im Hinblick auf Kenntnisse in Bezug auf die Lebenswelt der Befragten sowie der Frage, inwiefern die/der Dolmetscher*in über geteiltes Erfahrungswissen verfügt (Lauterbach, 2014). Im Kontext der Forschung mit marginalisierten Bevölkerungsgruppen ist auch zu fragen, inwiefern die Dolmetscher*innen Erfahrungen und Betroffenheiten im Kontext sozialer Marginalisierung mit den Interviewpartner*innen teilen.

Bei den in dieser Arbeit eingesetzten Dolmetscher*innen handelt es sich um Sozialarbeiter*innen, die für einen sozialen Träger in Wostenberg tätig sind. Sie kennen die Befragten zum Teil aus ihrem Beratungskontext. Die Entscheidung, lokal betraute Dolmetscher*innen einzusetzen, erfolgte in erster Linie aus dem

54 Zwei Interviews wurden mit Dolmetscherin auf Deutsch-Rumänisch durchgeführt, die aus zuvor genannten Gründen nicht in das Datenkorpus integriert wurden (Kapitel 5.3.1).

Grund, dass diese mit dem Forschungskontext des Projektes – der Lebenssituation *bulgarischer* und *rumänischer* Bewohner*innen in Nolden – vertraut sind. Auch (zeit-)ökonomische Aspekte spielten eine Rolle, da auf die Personen niederschwellig zurückgegriffen werden und sie die Übersetzungen im Rahmen ihrer Erwerbstätigkeit durchführen konnten, wodurch eine finanzielle Vergütung gewährleistet werden konnte.

Folgt man der Forschungsliteratur, kann eine vorherige Bekanntschaft zwischen Dolmetscher*in und Befragten den Vorteil bieten, dass durch die Anwesenheit einer bekannten Person ein vertrauter Gesprächskontext geschaffen wird. Gleichzeitig besteht das Risiko, dass Hierarchieunterschiede oder Abhängigkeiten zwischen Dolmetscher*in und interviewter Person die Dynamik des Interviews negativ beeinflussen, z. B. indem die Befragten in ihren Aussagen zurückhaltender sind (Lauterbach, 2014). Diese Aspekte gilt es in der Analyse zu berücksichtigen. Damit die Dolmetscher*innen mit den Forschungsfragen und dem Ablauf der Interviews vertraut waren, wurden sie in einem bilateralen Gespräch in das Forschungsprojekt, den Ablauf der geplanten Interviews und zum Datenschutz eingeführt.

In der Triade von Interviewerin, Dolmetscher*in und Interviewpartner*in wird zur Durchführung erfolgreicher Interviewdurchführung die Prämissen einer weitestgehend bedeutungsgleichen Übertragung einer Aussage in die Fremdsprache – und umgekehrt – formuliert (Lauterbach, 2014). Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass eine objektiv festzumachende bedeutungsgleiche Übertragung wohl nicht möglich ist, da die Dolmetscher*innen, wie alle Interviewteilnehmer*innen, selbst mit einer spezifischen Subjektivität in die Dynamik eintreten, egal ob sie ihre eigene Rolle selbst als inhaltlich distanziert oder eingebunden gestalten. Dies insbesondere auch aus dem Grund, als dass die im Zuge der Arbeit eingesetzten Dolmetscher*innen zwar muttersprachliche Kenntnisse, jedoch keine grundlegende Ausbildung haben, sowie selbst als diskursiv verstrickt im Problemdiskurs *Südosteuropäische Zuwanderer* zu betrachten sind, da sie hier lokal intervenieren. Dolmetscher*innen bewegen sich dabei im Spannungsfeld, die ethische Verantwortung zu übernehmen, die Stimme der Betroffenen zu vermitteln und gleichzeitig darauf zu achten, sich nicht der Stimme des anderen zu bemächtigen und ihn dadurch zu entmündigen (Kliche et al., 2018, S. 213).

Um etwaige Diskrepanzen und Abweichungen zwischen Originalaussagen und Übersetzungen sichtbar zu machen und damit auch Einblicke in die Interviewdynamik zu erlangen, die in der Situation selbst verborgen bleiben, wurde mit der Verschriftlichung der mehrsprachigen Interviews ein Übersetzungsbüro beauftragt. Dieses übersetzte und transkribierte alle bulgarischen bzw. rumänischen Aussagen der Interviewpartner*innen als auch der dolmetschenden Person ins Deutsche. Somit werden vollständige Aussagen der interviewten Personen sowie der Dolmetscher*innen und darin sichtbar werdende Interaktionsdynamiken analytisch zugänglich.

Konkret wurden die Interviews durch Emila und durch Vanja gedolmetscht: Emila, um die 50 Jahre alt, ist selbst vor einigen Jahren aus Bulgarien nach Deutschland gekommen. Im Kontext ihrer sozialarbeiterischen Tätigkeit berät sie insbesondere *bulgarische* und *rumänische* Familien im Stadtteil zu den Themen Wohnen, Erwerbsarbeit und Bildung. Sie begleitet ihre Klient*innen auch als Übersetzerin zu Behördengängen, sodass sie in diesem Rahmen praktische Erfahrungen in der Übersetzungsarbeit hat. Marian Kessler, Gatekeeper aus dem Quartiersmanagement, stellt den Kontakt zwischen der Interviewerin und Emila her. Emila vermittelt auch die Kontakte zu den Interviewpartner*innen Mariana D., Hristo M., Petko R. und Gabriella S.

Vanja, um die 20 Jahre alt, ebenfalls gebürtiger Bulgar, ist vor einigen Jahren nach Deutschland migriert. Er macht zum Zeitpunkt des Interviews ein Praktikum bei dem gleichen sozialen Träger, bei dem Emila arbeitet. Sie ist auch diejenige, die Interviewerin und Vanja gegenseitig bekannt macht. Sie erzählt, dass sie Vanja selbst zu dem Praktikumsplatz verholfen habe und ihn damit in seiner beruflichen Entwicklung unterstützen möchte. Auch Vanja hat im Rahmen seiner Tätigkeit bereits Klient*innen bei Behördengängen mit Übersetzungen unterstützt. Folgende Aspekte zeigten sich in der praktischen Durchführung relevant, die in der Analyse berücksichtigt werden:

1. *Interaktionen zwischen Dolmetscher*in und Interviewpartner*in*, die der Interviewerin in der Interviewsituation selbst verborgen blieben und die über die Übersetzungen erst im Anschluss sichtbar wurden.
2. *Eigenständiges Einbringen von Themen durch die dolmetschende Person*: Die Interviewerin rückte dadurch in ihrer Rolle als Fragenstellerin in den Hintergrund. In der Interviewsituation selbst blieb diese Dynamik oftmals implizit, da die Kommunikation in einer Sprache erfolgte, die der Interviewerin nicht bekannt war. Vor allem Emila brachte sich im Interview mit Mariana D. selbst mit eigenen Deutungen ein. Ein Grund dafür können geteiltes Erfahrungswissen und Betroffenheit mit den Interviewpartner*innen sein: So erzählte Emila der Interviewerin in einem Gespräch, dass sie bei der Begleitung von Klient*innen zu Ämtern von den Behördenmitarbeiter*innen oftmals selbst abfällig angesprochen werde, da diese nicht sofort erkennen würden, dass sie nicht in der Funktion einer Angehörigen, sondern als Sozialarbeiterin mitkomme. Sobald sie merkten, dass Sie als Fachkraft begleite, ändere sich das Verhalten und die Personen würden „höflicher“.
3. *Sprachwechsel*: Die Interviewpartner*innen verfügten teilweise über Deutschkenntnisse, sodass sie zum Teil auch auf Deutsch und ohne Übersetzung der Dolmetscher*in auf Fragen der Interviewerin antworteten. Die Kommunikation der gedolmetschten Interviews erfolgte dementsprechend nicht

ausschließlich in der Dreieckskonstellation Interviewerin-Dolmetscher*in-Interviewpartner*in oder umgekehrt.

4. *Geschlechterverhältnisse*: Wie Geschlecht auch eine Rolle in einer Zweier-Interaktion spielt, wurde dies auch in den Dreier-Konstellationen sichtbar, insbesondere wenn die weibliche Interviewerin männliche Personen (Petko R. und Hristo M.) interviewte und mit Vanja zudem ein männlicher Dolmetscher am Interview teilnahm. So war insbesondere Petko R. in der Interviewsituation hauptsächlich zum Dolmetscher Vanja gewandt, was nicht nur als sprachlich-kulturelle Verbundenheit gedeutet werden kann, sondern ebenso auf den gleichgeschlechtlichen Bezug zurückzuführen ist. Dies zeigte sich abgeschwächt auch im Interview mit Hristo M. Auf der anderen Seite fällt auf, dass sich diese Dynamik im Interview mit Mariana D. nicht in gleichem Maße einstellte, was wiederum darauf zurückzuführen ist, dass alle am Gespräch Beteiligten weiblich waren.

5.3.4 Auswertungsprozess

Die Auswertung der problemzentrierten Interviews richtete sich auf die Selbst-Positionierungen der befragten Personen hinsichtlich der diskursiven Anrufungen des Problemdiskurses *Südosteuropäische Zuwanderung*, die im lokalen Kontext des Verfügungsfonds herausgearbeitet wurden. Die Datenauswertung erfolgte in Orientierung an die Kodierschritte der Grounded Theory. Zunächst wurde jedes Interview einzeln als Ganzes gesichtet und erste Konzepte entwickelt, die verdeutlichten, wie sich die Befragten in Bezug zu diskursiven Anrufungen im Stadtteil setzen. Im Verlauf wurden dann die verschiedenen Fälle in Bezug zueinander gesetzt und Beziehungen rekonstruiert. Im Verlauf des Auswertungsprozesses erfolgte zudem eine zunehmende Fokussierung auf die diskursiven Bezugnahmen. Da die Rekonstruktion von Selbst-Positionierungen in methodologischer und analytischer Hinsicht durchaus anspruchsvoll ist, orientierte sich die Analyse an den folgenden Kriterien, die nach Bosančić (Bosančić, 2014) auf Selbst-Positionierungen hindeuten. Dies, wenn der/die Interviewte:

- als maßgebendes Subjekt in der von ihm/ihr erzählten Geschichte/Anekdote auftaucht,
- Verknüpfungen herstellt: dies können schwache und mosaikhafte Kontinuitätsnarrationen im ‚Und-dann-und-dann‘-Stil sein, ebenso kann es sich auch um das starke Herstellen von kausalen und kohärenten Kontinuitäten handeln,

- über Zeiterfahrungen berichtet: Vergleiche von ‚früher‘ und ‚heute‘ werden vorgenommen,
- [...] über vergangene Zeiten bzw. über die Zukunftsaussichten berichtet,
- sich in ein positives Licht rückt, indem entweder eine ‚Erfolgsstory‘ oder eine ‚traurige Geschichte‘ erzählt und dies evtl. in den Zusammenhang mit persönlichen Eigenschaften gestellt wird,
- über Vorstellungen von Normalität spricht und sich mit als ‚normal‘ wahrgenommenen Subjektpositionen identifiziert,
- sich von Subjektpositionen distanziert bzw. generell selbstdistanzierende Bemerkungen macht,
- Rechtfertigungen und Erklärungen vorträgt, die an gesellschaftliche Motivvokabularen anknüpfen.

(Bosančić, 2014, S. 303)

Die zentralen Kategorien der Analyse, die auch die Gliederung der Ergebnisdarstellung anleiten, wurden im Prozess des axialen und selektiven Kodierens herausgearbeitet. Wie auch im ersten empirischen Analyseteil, erfolgte die Analyse durch die Forscherin selbst sowie durch eine gemeinsame Besprechung des Materials in Interpretationsgruppen und Forschungswerkstätten. Die Themen wurden auf Basis des iterativ-zyklischen Auswertungsprozesses in Anlehnung an das zugrunde gelegte „minimal anthropologische Subjekt- und Akteursverständnis“ (Bosančić, 2019, S. 46) der empirischen Subjektivierungsanalyse aus dem Material herausgearbeitet. Die Darstellung der Ergebnisse setzt – im Vergleich zur fallorientierten Darstellung in der ethnografischen Analyse – gewissermaßen an einem fortgeschrittenen Zeitpunkt der Analyse an. Die themenzentrierte Darstellung wurde einer fallorientierten Analyse vorgezogen, um an die Erkenntnisse der ersten Auswertung aufbauen zu können. Auch eignen sich problemzentrierte Interviews aufgrund ihrer methodologisch zugrunde gelegten Themenzentrierung nur bedingt für Fallanalysen. Die so abgeleiteten Kategorien repräsentieren zentrale Muster, die sich innerhalb als auch im Vergleich der Fälle wiederholt zeigten und im Folgenden kurz vorgestellt werden:

1. *Der Weg nach Nolden als Kontext der Subjektivierung im Stadtteil:* In diese Kategorie werden Selbst-Positionierungen gefasst, in denen die Befragten den Prozess des Kommens in den Stadtteil relevant machen. Diese werden analytisch als Selbst-Positionierung zur Problemanrufung der gruppeneigenen Abschottung und Zuschreibung einer (Mit-)Verantwortung des Wohnens in sog. *Problemimmobilien* gefasst.
2. „*Anpassung*“ als Selbst-Positionierung: Hier werden Erzählungen der Befragten analytisch eingefasst, in denen die Befragten, die dem Problemdiskurs grundeliegenden Normvorstellungen nicht infrage stellen, sondern sich auf unterschiedliche Weise (strategisch) an diese anpassen.

3. „Zurückweisung der Norm“ als Selbst-Positionierung: Neben der Anpassung an Normen und Zuschreibungen distanzieren sich die Befragten von den diskursiven Zuschreibungen im Kontext des Problemdiskurses um *Südosteuropäische Zuwanderung*. Diese werden ebenso als zentraler Kode herausgearbeitet.

5.4 Forschungsethische Reflexionen

Die Reflexion forschungsethischer Fragestellungen ist als immanenter Bestandteil der empirischen Praxis der Sozialforschung in allen Phasen des Forschungsprozesses relevant (Unger, 2014, S. 16). Dies insbesondere dann, wenn gesellschaftliche Gruppen in den Blick genommen werden, die, wie Rom*nja, von sozialer und politischer Marginalisierung betroffen sind (Weiß, 2023). Im Projekt fand in allen Phasen des Forschungsprozesses eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit forschungsethischen Fragestellungen statt. So wurde zu Beginn der Feldforschung das Vorhaben durch den Ethikrat der Universität Siegen mit einem positiven Votum bestätigt. Die Stabsstelle Datenschutz der Universität Siegen fungierte zudem kontinuierlich als Anlaufstelle bei konkreten datenschutzrechtlichen Fragestellungen.

Das Prinzip der Nichtschädigung sowie die informierte Einwilligung der Forschungsteilnehmer*innen sind in diesem Zusammenhang zentrale Aspekte, an denen die Forschungspraxis ausgerichtet werden muss (Miethe & Gahleitner, 2010).⁵⁵ Insbesondere im Forschungskontext mit Rom*nja und Sinti*zze ist zudem eine Reflexion darüber von hoher Bedeutung, welches Wissen durch wen produziert wird. Denn die historische Verfolgung und gesellschaftliche Ausgrenzung der (fremdkonstruierten) Gruppe ist durch ein historisch enges Verhältnis aus (Er-)Forschung und Vernichtung geprägt (Randjelović et al., 2022, S. 13). Jane Weiß hebt deshalb für Forschungsvorhaben mit Beteiligung von Sinti*zze und Rom*nja neben der informierten Einwilligung und der Nichtschädigung vor allem die Relevanz eines (rassismus-)kritischen und historisch informierten Vorgehens hervor, um mit den lange tradierten homogenisierenden und rassistischen Wissensbeständen zu brechen (Weiß, 2023, S. 114). Die konkrete Anwendung forschungsethischer Parameter werden im Folgenden hinsichtlich der Aspekte der Nichtschädigung, der Fragen der informierten Einwilligung der Forschungsteilnehmer*innen sowie der Frage der Wissensreproduktion über Rom*nja, nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit der sozialen Positionierung der Forscherin im Feld, dargestellt:

55 Diese Aspekte werden u.a. auch im Ethik-Kodex der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) und des Berufsverbandes für Deutsche Soziologinnen und Soziologen aufgeführt (vgl. § 2 Ethikkodex der DGS und BDS, i. d. F. v. 10. Juni 2017).

5.4.1 Prinzip der Nichtschädigung

Zum Schutz der Persönlichkeitsrechte von Forschungsteilnehmer*innen ist die Anonymisierung personenbezogener Daten ein zentrales Mittel im Kontext forschungsethischer Maßnahmen. Im Projekt wurde die Frage der Anonymisierung der Forschungsteilnehmer*innen in zweifacher Hinsicht relevant: Der *erste* Aspekt bezieht sich auf die teilnehmende Beobachtung der sozialen Praxis des Verfügungsfonds, denn bei diesem Untersuchungsgegenstand handelt es sich um eine öffentliche Institution. Die Soziale Stadt/Sozialer Zusammenhalt ist ein staatlich gefördertes Programm, das auf lokaler Ebene über ein Quartiersmanagement umgesetzt wird. Lokale organisationale Akteur*innen sind dabei auf vielfältige Weise öffentlich sichtbar: Soziale Medien werden für die Bekanntmachung des Verfügungsfonds genutzt, geförderte Projekte des Verfügungsfonds werden im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vorgestellt, lokal produzierte Dokumente wie ISEKs, Sitzungsprotokolle des Entscheidungsgremiums oder Projektanträge stehen zum Download bereit. Auf der Homepage des lokalen Programms finden sich die Quartiersmanager*innen und teilweise auch andere beteiligte Akteur*innen namentlich wieder. Nicht zuletzt steht die soziale Stadtentwicklung stetig unter dem Druck öffentlicher Legitimation und Evaluation, sodass auch ein öffentliches oder institutionelles Interesse an den Ergebnissen dieser Arbeit anzunehmen ist. Der *zweite* Aspekt bezieht sich auf den Einbezug von Angehörigen marginalisierter Bevölkerungsgruppen, mit dem eine besondere Verantwortung des individuellen Schutzes der Interviewpartner*innen einhergeht, um emotionale Belastungen oder schädigende berufliche und politische Folgen zu vermeiden. Daneben gilt es, die wissenschaftliche Verantwortung auch dahingehend zu definieren, dass die weiter gefassten sozialen Gruppen, denen die Teilnehmer*innen angehörig sind, etwa durch Rufschädigung keine negative Folgen davontragen (Weiß, 2023, S. 113). Daraus ergeben sich drei zentrale Vorgehensweisen in Bezug auf das Forschungsprojekt:

1. *Erstens* wurde zur Gewährleistung der Anonymität aller am Forschungsprozess beteiligten Personen nebst sonstigen personenbezogenen Kategorien insbesondere auch der Ort nach außen unkenntlich gemacht, in dem die Forschung stattfindet. Alle Daten, die einen Rückschluss auf einzelne Personen, Organisationen oder den Ort zulassen, wurden dabei pseudonymisiert. Die Nutzung personenbezogener Daten beschränkte sich von Beginn an auf einen kleinen Nutzer*innenkreis (darunter die Forscherin, die Betreuerinnen der Dissertation sowie ein kleiner Kreis von Kolleg*innen im Kontext des Graduiertenkollegs), der den Teilnehmer*innen im Rahmen der Datenschutzerklärungen transparent gemacht wurde. In der Veröffentlichung werden orts- oder personenbezogene Merkmale ebenfalls pseudonymisiert dargestellt, sodass der Sinn- und Informationsgehalt und damit das Analysepotenzial der Daten zwar

möglichst erhalten bleibt, ohne dass aber ein Rückschluss auf die Forschungsteilnehmer*innen möglich wird (Meyermann & Porzelt, 2014, S. 7).

2. Der zweite Aspekt ergibt sich aus der Gestalt des Datenkorpus: So sind lokale Richtlinien, Projektanträge, Verlaufsprotokolle von Sitzungen des Entscheidungsgremiums oder das ISEK öffentlich zugänglich. Neben der pseudonymisierten Darstellung personenbezogener Daten stellt sich hier die zusätzliche Frage der angemessenen Darstellung im Rahmen der Auswertung. Denn während Beobachtungsprotokolle und Interviewtranskripte nur einem eingeschränkten Nutzer*innenkreis zugänglich sind und direkte Zitate deshalb in anonymisierter Form weitestgehend wörtlich publiziert werden können, ist die Darstellung von Zitaten in öffentlich zugänglichen Dokumenten nach außen herausfordernder. Hier ist es notwendig, nicht nur einzelne Wörter oder Begriffe (wie z. B. Ortsnamen) zu anonymisieren, sondern auch die Wort- und Satzstruktur dergestalt zu verändern, dass der Möglichkeit eines Rückschlusses bestmöglich entgegengewirkt wird. So wird in der Formulierung der Ergebnisse immer abgewogen, Originalzitate aus öffentlich zugänglichen Dokumenten zu verändern und Informationen ggfs. auch selektiv dazustellen, den analytischen Gehalt aber weitestmöglich beizubehalten. Aufgrund der durch die teilnehmende Beobachtung resultierenden Eingebundenheit der Forscherin ins Feld ergaben sich zudem wiederholt Situationen, in denen sichergestellt werden musste, dass diese im Zusammenhang mit dem Verfügungsfonds in Nolden nicht öffentlich in Erscheinung tritt, was einer Anonymisierung entgegengestanden hätte, wäre sie z. B. auf Fotos abgebildet worden.
3. In der Konzeptualisierung der problemzentrierten Interviews ist *drittens* kritisch zu reflektieren, inwiefern durch das Einbringen visueller Gesprächsimpulse, die homogenisierende und rassistische Zuschreibungen zum Inhalt haben, ein Risiko emotionaler Belastung für die Befragten entsteht und dies damit dem Prinzip der Nichtschädigung entgegensteht. Diese Überlegung wurde im Forschungsprozess sorgfältig abgewogen. Alle verwendeten Impulse sind für die Öffentlichkeit zugänglich und darüber hinaus sogar mit der Intention verfasst worden, eine breite (Stadtteil-)Öffentlichkeit zu erreichen. Die Befragten sind also kontinuierlich mit dem Risiko diskriminierender Zuschreibungen konfrontiert. Aus diesem Grund wurde die Entscheidung getroffen, die Materialien in den Interviews zugunsten einer tiefgehenden und reflexiv angelegten Analyse einzusetzen (vgl. Kapitel 5.3.3.3).

5.4.2 Informierte Einwilligung

Auch hinsichtlich des zentralen forschungsethischen Aspekts der informierten Einwilligung sind im Kontext der Forschungsarbeit zwei Aspekte zentral, die sich

erstens auf die ethnografische Vorgehensweise und zweitens auf den Einbezug marginalisierter Bevölkerungsgruppen beziehen. Während in der Datenerhebung mittels Interviews vergleichsweise leicht sichergestellt werden kann, dass die Forschungsteilnehmer*innen vorab eine informierte Einwilligung geben können, ist diese Frage in ethnografischen Studien von besonderer Bedeutung, da in Beobachtungssituationen oft nicht alle Beteiligten ihre Zustimmung geben können oder würden (Miethe, 2013, S. 17). In der Feldforschungspraxis ergriff die Forscherin dementsprechend folgende Maßnahmen: Im Vorfeld von Gesprächen und Interviews wurde über das Projekt informiert und daraufhin eine schriftliche und/oder mündliche Einwilligung zur Teilnahme am Interview erfragt. Vor den Sitzungen des Entscheidungsgremiums wurden die Teilnehmer*innen in einer E-Mail über das Projekt und die Sitzungsteilnahme der Forscherin informiert. Sie stellte sich zudem zu Beginn der Sitzung persönlich vor. In der teilnehmenden Beobachtung des Verfügungsfonds-Projektes „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“ erfolgte die Information der Teilnehmer*innen des Projektes mit einem Aushang mit einem Foto der Forscherin sowie einer Projektvorstellung sowie der Information, der Erhebung jederzeit widersprechen zu können. Der Aushang war an die Zielgruppe von Kindern und Jugendlichen sprachlich angepasst, die den Teilnehmer*innenkreis des Projektes bildeten, und wurde an verschiedenen Stellen auf dem öffentlichen Platz aufgehängt, auf dem das Projekt durchgeführt wurde.

Besondere Anstrengungen zur Gewährleistung einer angemessenen Information sind laut dem Ethik-Kodex der DGS und BDS (§ 2 Abs. 4) erforderlich, wenn die in die Untersuchung einbezogenen Personen über eine geringe Bildung verfügen, einen niedrigen Sozialstatus haben oder zu Minderheiten sowie gesellschaftlich marginalisierten Gruppen gehören (Ethik-Kodex der DGS und BDS, § 2 Abs. 4). Im Kontext der Erhebung problemzentrierter Interviews mit *bulgarischen* und *rumänischen* Bewohner*innen, die zum Teil über wenig Deutschkenntnisse verfügen und bei denen zudem von einer „starken Wissensdiskrepanz zwischen Wissenschaftler*innen und Beforschten [...] [hinsichtlich von] Kenntnissen über Vorgehen und Logiken von Forschungen, dem Wissen über die innerwissenschaftlichen Strukturen und Arbeitsweisen und deren Folgen für die Betroffenen“ (Weiß, 2023, S. 111) ausgegangen werden muss, ist es forschungsethisch angezeigt, besondere Anstrengungen zur Gewährleistung einer informierten Einwilligung zu unternehmen. Aus diesem Grund wurden alle relevanten Dokumente wie ein Informationsflyer zum Forschungsprojekt (vgl. Anhang V), Informationen zum Datenschutz, die Einwilligungserklärung, der Kurzfragebogen (vgl. Anhang VI) sowie die visuellen Gesprächsimpulse auf Rumänisch und Bulgarisch übersetzt und bei Bedarf Dolmetscher*innen für die Interviews hinzugezogen. Vor Beginn der Interviews wurden die Befragten (ggfs. vermittelt durch die Dolmetscher*innen) über den Ablauf der Interviews, zum Datenschutz sowie über die Freiwilligkeit der Teilnahme und die Möglichkeit,

diese zu jedem Zeitpunkt widerrufen zu können, informiert. Ein besonderes Augenmerk auf die Betonung der Freiwilligkeit der Interviewteilnahme wurde besonders auf die Interviews gelegt, die über soziale Träger vermittelt wurden. Da es hier im Vorfeld der Interviews keine persönliche Kontaktaufnahme zwischen Interviewerin und Interviewpartner*in gab, sollte dadurch dem Problem entgegengewirkt werden, dass sich die Interviewpartner*innen aufgrund eines Abhängigkeitsgefühls zu den Fachkräften des sozialen Trägers unfreiwillig zur Teilnahme am Interviews verpflichtet sahen (Weiß, 2023, S. 111). Bei Hinzuziehung eines/einer Dolmetscher*in am Interview wurde diese/r in einem bilateralen Gespräch zuvor über den Ablauf der Interviews, zum Datenschutz sowie zur Verschwiegenheitsverpflichtung bezüglich der Inhalte der Interviews nach außen informiert. Letztere wurde schriftlich festgehalten.

5.4.3 (Rassismus-)kritische Herangehensweisen als forschungsethische Anforderung

Forschungsethisch ist die Frage zentral, inwiefern es legitim ist, ein Forschungsprojekt durchzuführen, das marginalisierte Bevölkerungsgruppen, insbesondere Rom*nja und Sinti*zze, zum Forschungsinhalt macht und welches Wissen damit produziert wird (Weiß, 2023). Über die dezidiert machtkritische und relational angelegte Methodologie dieser Arbeit, in der die soziale Positionierung aller am lokalen Diskurs beteiligten Akteur*innen sowie die soziale Eingebundenheit der Forscherin betrachtet wird, möchte die Arbeit dazu beizutragen, sich „explizit von bestimmten, z.B. pathologisierenden Diskursen abzugrenzen bzw. genau diese zu problematisieren“ (Miethe, 2003, S. 230) und vorhandene Wissensbestände dadurch einer kritischen Reflexion zu unterziehen (Weiß, 2023, S. 114).

In einem Forschungsfeld, das durch soziale Machtasymmetrien geprägt ist, ist dabei eine Reflektion über die Position der Verfasserin unabdingbar (Jonuz & Weiß, 2020; Randjelović et al., 2022). Die Autorin der Studie ist als junge weiße, akademisch ausgebildete Frau selbst Angehörige der Dominanzgesellschaft. Ihre Positionierung im Forschungsfeld soll im Folgenden kritisch reflektiert werden.

In der Erläuterung des Feldzugangs in Kapitel 5.2.3 wurde bereits angedeutet, dass die Anwesenheit der Forscherin im institutionellen Setting des Verfügungsfonds in Nolden im gesamten Prozess insgesamt wohlwollend und unterstützend aufgenommen wurde. Ihr wurde regelmäßig ein Vertrauensvorschuss gewährt, z.B. indem ihr zur Durchführung von Interviews Schlüssel für Räumlichkeiten des Quartiersmanagements ausgehändigt wurden. Durch die Fachkräfte erfolgte oftmals eine Addressierung als Mitwisserin und Insiderin für Themen sozialer Stadtentwicklung. Auch im Umgang mit weiteren Akteur*innen im Kontext des Verfügungsfonds wurde die Forscherin als Mitglied eines implizierten *Wir* adressiert, indem ihr immer wieder niederschwellig Möglichkeiten eröffnet wurden, an

der sozialen Praxis teilzunehmen. Exemplarisch für die Adressierung als *Gleichgesinnte* steht ein Wohnungsangebot, dass der Forscherin im Laufe der Feldforschung durch eine ehrenamtlichen Mitarbeiterin aus dem Verfügungsfonds-Projekt „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“ gemacht wurde. Diese fragte an, ob sie ein WG-Zimmer in einem Altbau, zentral in Nolden gelegen, beziehen wolle, da sie ja „sowieso oft für ihre Forschung im Stadtteil sei“. Das freie Zimmer sei groß und sehr gut geschnitten, die Wohnung verfüge zudem über eine „tolle Dachterrasse“. Die Forscherin lehnte das Angebot dankend ab.

Angehörige der marginalisierten Bevölkerungsgruppe, Adressat*innen des Problemdiskurses *Südosteuropäische Zuwanderung*, betrachteten die Forscherin im Forschungsprozess dagegen als Mitglied der Dominanzgesellschaft, z. B. indem sie diese oftmals in einen Zusammenhang mit Ordnungs- und Kontrollinstanzen oder anderen städtischen Behörden brachten. Dies z. B. durch Teilnehmer*innen des Verfügungsfonds-Projekt „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“: insbesondere im Zuge der ersten teilnehmenden Beobachtung der Forscherin fragten diese häufig: „Bist du von der Polizei?“ oder „Bist du vom Ordnungsamt?“. Auch an einer kurz dargestellten Episode von der Suche nach Gesprächspartner*innen für die problemzentrierten Interviews im Stadtteil wird die Anrufung als Angehörige der Dominanzgesellschaft deutlich:

Während ich drei Frauen, die zusammen auf einer Parkbank auf dem Birkenplatz sitzen, mein Forschungsanliegen erläutern möchte, fragen sie mich zunächst, ob ich „von der Stadt“ sei und ihnen neue Wohnungen vermitteln könne. Sie zeigen auf ein Wohnhaus hinter ihnen und erzählen, dass sie in diesem wohnen. Ich kenne das Haus aus Gesprächen mit dem Quartiersmanagement, die das Haus als sog. Problemimmobilie bezeichnen. Die Frauen erzählen, ihre Wohnungen seien ungeeignet, da sie zu klein und in einem schlechten Zustand seien. Zudem läge eine der Wohnungen im vierten Stock und da es keinen Aufzug gebe, wäre es aufgrund des Alters zunehmend schwer, die Treppen zu besteigen.

(Beobachtungsprotokoll „Interviewansprache“)

Während diese Frauen als Bewohner*innen des Stadtteils also (bislang vergeblich) auf der Suche nach geeignetem Wohnraum sind, eröffnet sich für die Forscherin *ganz nebenbei* die Möglichkeit, eine komfortable Wohnung in Nolden zu beziehen. Auch die in den Interviewsituationen vorgenommenen Selbst-Erzählungen werden so vorgenommen, weil die Interviewerin den Befragten in ihrer sozialen Positionierung gegenübersteht. Wenn die Interviewpartner*innen sich also als besonders angepasst hervorbringen oder von rassistischen Diskriminierungserfahrungen erzählen, nehmen sie dieses in der Erwartung vor, dass die Interviewerin die mehrheitsgesellschaftlichen Normerwartungen nicht nur kennt, sondern auch in der Position ist, diese an sie zu richten, bzw. dass diese nicht von Rassismus betroffen ist, sodass ihr darüber berichtet wird.

Diese sich an diesen Beispielen abzeichnende strukturell verankerte soziale Machtasymmetrie im Forschungsfeld kann in der unmittelbaren Forschungssituation nicht aufgehoben werden. Auch die individuelle Lebenslage der Befragten, die durch ihre Teilnahme an den Interviews auch ein Bedürfnis nach Mitsprache und Unterstützung äußern, wird sich dadurch nicht unmittelbar verändern. Insofern war es forschungsethisch geboten, diesbezüglich in den Interview- bzw. ethnografischen Beobachtungssituationen keine falschen Erwartungen zu wecken. Die Arbeit wird jedoch mit dem Anliegen verfasst, einen Beitrag zur Fachdebatte im Feld sozialer Stadtentwicklung und Partizipation zu leisten, indem für die Folgen sozialer Marginalisierung und Diskriminierung aus der Perspektive betroffener Gruppen sensibilisiert wird.

5.5 Erläuterungen zum Vorgehen der Ergebnisdarstellung und Diskussion

In zirkulär angelegten Forschungsdesigns stellt sich die Frage, inwiefern in der Ergebnisdarstellung der Zirkularität des Forschungsprozesses Rechnung getragen wird. Dabei gibt es die Möglichkeit, die Präsentation linearisiert vorzunehmen oder an der spiralförmigen Gestalt des Erkenntnisprozesses auszurichten (Kruse, 2015, S. 628). Um der Komplexität des Forschungsprojektes Rechnung zu tragen, die sich nicht allein im zirkulären Forschungsprozess, sondern ebenso in der doppelten empirischen Vorgehensweise (Ethnografie des Verfügungsfonds und problemzentrierte Interviews mit Adressat*innen) widerspiegelt, erfolgt die Darstellung der Ergebnisse und der Diskussion folgendermaßen:

1. *Teilnehmende Beobachtung der Praxis des Verfügungsfonds:* Die Ergebnisdarstellung erfolgt entlang der Daten aus dem Korpus, die in Kapitel 5.2.5 vorgestellt wurden. Die Ergebnisse werden demnach entsprechend in fünf Teilkapitel gegliedert und aufbereitet. Jedes dieser Unterkapitel ist somit als Darstellung von Teilergebnissen zu verstehen. Der Übersichtlichkeit halber schließt jedes dieser Teilkapitel mit einem kurzen Zwischenfazit (Kapitel 6). Ein abschließendes Gesamtfazit fasst die jeweiligen Teilergebnisse dann zusammen (Kapitel 7). In einer folgenden Diskussion werden diese an die theoretischen Grundannahmen rückgebunden, interpretiert und in den wissenschaftlichen Diskurs eingegordnet.
2. *Problemzentrierte Interviews mit bulgarischen und rumänischen Bewohner*innen:* Die Ergebnisdarstellung erfolgt themenzentriert entlang der induktiv aus dem Material herausgearbeiteten Kategorien (vgl. Kapitel 5.3.4). Dies mit dem Ziel einer klaren Leser*innenführung, um Zusammenhänge von diskursiven Zuschreibungen der ersten Analyse und Selbst-Positionierungen der zweiten Analyse herauszustellen. Ansonsten verläuft die Darstellung der

Ergebnisse analog zum ersten Analyseteil: Jedes der drei Teilkapitel schließt mit einem kurzen Zwischenfazit, in dem die zentralen Ergebnisse zusammengefasst werden.

Die Darstellung der Passagen aus den mehrsprachigen Interviews in Kapitel acht erfolgt zugunsten einer besseren Lesbarkeit in deutscher Sprache. Die auf Bulgarisch und Rumänisch verfassten Originalaussagen der Befragten werden dementsprechend nicht aufgenommen, die übersetzten Passagen allerdings kursiv angezeigt, um übersetzte Passagen kenntlich zu machen (vgl. Anhang IX).

Diese Ergebnisse werden anschließend in einem Gesamtfazit zusammengebracht (Kapitel 8). In einem Diskussionskapitel werden diese dann interpretiert und an den Theorierahmen der Arbeit rückgebunden (Kapitel 9).

Die Ergebnisse beider Analysen werden anschließend zusammengeführt und in einer abschließenden Diskussion reflektiert (Kapitel 10).

6 Problematisierungsprozesse in der lokalen Praxis des Verfügungsfonds

Nachdem in den vorangegangenen Kapiteln das Forschungsdesiderat, der theoretische Rahmen und das empirische Vorgehen dieser Arbeit erläutert wurden, erfolgt nun die Auswertung und Ergebnisdarstellung der teilnehmenden Beobachtung des Verfügungsfonds Nolden. Zu Beginn steht die Analyse eines Interviews mit dem Quartiersmanagement, das gleichzeitig den Beginn der Feldforschung in Nolden markiert (Kapitel 6.1). Daran schließt sich eine Dokumentenanalyse des Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (ISEK) in Nolden an (Kapitel 6.2). In Kapitel 6.3 werden die Partizipationsebenen des Verfügungsfonds in den Blick genommen, indem neben den Projektanträgen und der Zusammensetzung des Gremiums entsprechend der kommunalen Richtlinie auch der Diskussions- und Entscheidungsprozess über die Anträge im Entscheidungsgremium analysiert wird. Es folgt die Analyse der Werbung und Bekanntmachung des Verfügungsfonds im Stadtteil (Kapitel 6.4). Abschließend wird anhand von Beobachtungsprotokollen ein durch den Verfügungsfonds gefördertes Projekt „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“ auf einem zentralen öffentlichen Platz in Nolden ausgewertet (Kapitel 6.5).

6.1 Das Eingangsgespräch mit dem Quartiersmanagement – Konstruktionen eines zweigeteilten Stadtteils und Verknüpfungen mit sozialer Stadtentwicklung

Die Analyse beginnt mit der Auswertung des Interviews mit dem Quartiersmanagement, das zu Beginn der Feldforschung geführt wurde. Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt, bis auf wenige Ausnahmen, chronologisch, indem zunächst *Engagierte* als aktive und deutungsmächtige Akteur*innen der sozialen Stadtentwicklung in Nolden eingeführt werden (Kapitel 6.1.1), über das Narrativ der Segregation ein Wendepunkt eingeleitet (Kapitel 6.1.2) und anschließend eine als *Südosteuropäische Zuwanderer* bezeichnete Problemgruppe im Stadtteil konstruiert wird (Kapitel 6.1.3). Erwähnung findet im Interview zudem die Subjektposition des *Lehrerehepaars* als Gegensubjekt zu dieser Problemgruppe, was in Kapitel 6.1.4 im Zentrum der Analyse steht. Abschließend erfolgt eine Zusammenfassung der Teilergebnisse (Kapitel 6.1.5).

6.1.1 Die Hervorbringung von *Engagierten* und das *charmante Gründerzeitquartier*

Das Interview beginnt mit einem Gesprächsteil, in dem die Gesprächspartner sich und ihre Aufgaben sowie die Organisationsstruktur des Quartiersmanagements vorstellen (vgl. Kapitel 5.2.5.1). Die Interviewerin leitet anschließend einen Gesprächsteil über das Programm Soziale Stadt ein, indem sie fragt, warum Nolden als Fördergebiet in das Programm aufgenommen wurde. Die Gesprächspartner Marian Kessler und Thomas Müller antworten daraufhin zunächst, dass sich das Gebiet besonders durch ein hohes Engagement von Akteur*innen aus dem Stadtteil auszeichnet und beziehen dieses auf den Antragsprozess der sozialen Stadtentwicklung:

Thomas Müller: Das Thema Soziale Stadt war in Nolden halt immer wieder auf der Tagesordnung (.) und es gab dann (laut ausatmend) auch ein Integriertes Handlungskonzept, das erstellt wurde, was aber zunächst nicht erfolgreich war. Also der Ablauf ist ja so, dass eine Kommune ein Handlungskonzept macht und reicht das dann ein und beantragt halt beim Ministerium, um in das Gesamtprogramm aufgenommen zu werden. Das ist wohl nicht (.) gelungen am Anfang und dann gabs hier in der Tat eine (.) Aktion von verschiedenen Organisationen aus Nolden. Die haben sich dann dafür verwendet, dass Nolden halt aufgenommen wird und das hat anscheinend auch Eindruck hinterlassen, und so ist Nolden dann irgendwann halt auch reingekommen in das Programm. (.) Und bis dann das Quartiersmanagement ausgeschrieben war/ dann sind wir halt erst zwei Jahre später angefangen. Und die hatten aber dann schon eine Zeit lang Vorlauf, wo auch schon ein Entscheidungsgremium existierte, wo auch schon erste Projekte aus dem Verfügungsfonds draus finanziert werden konnten, ohne dass das Programm insgesamt schon (.) zum Zuge gekommen ist. Also da gab es eine (..) ja (.) starke Bewegung. (Interview Quartiersmanagement, Pos. 133–153)

Die gestellte Frage erzeugt beim Interviewpartner eine Erzählung über den Antragsprozess zum Programm Soziale Stadt. Er erläutert, dass sich Organisationen aus dem Stadtteil selbst für die Aufnahme in das Förderprogramm einsetzen. Dies hebt er besonders hervor und schreibt den finalen Erfolg des Förderantrags für das Programms Soziale Stadt den Organisationen aus dem Stadtteil zu. Der Verfügungsfonds wird dann als Instrument eingeführt, das begonnen wurde, bevor das Quartiersmanagement im Stadtteil seine Arbeit startete. Damit bekraftigt Thomas Müller die Motivation der Akteur*innen aus dem Stadtteil, das Förderprogramm für sich zu nutzen, obwohl die eigentlich für den Verfügungsfonds organisatorisch-administrative Instanz – das Quartiersmanagement – noch nicht eingerichtet war. Der Gesprächspartner beschreibt die *engagierten* Akteur*innen daran anknüpfend als „starke Bewegung“, verknüpft diese mit der Historie des Stadtteils und verbindet sie symbolisch mit physischen Merkmalen des Raums:

Thomas Müller: Das hängt aber auch mit Nolden als Stadtteil zusammen, weil es dort eine recht (.) rege und aktive Bevölkerung gibt. (.) [Marian Kessler: Ja (zustimmend)] Das ist so ein Stadtteil, der auch ne Tradition hat (.) so ein bisschen renitent zu sein oder sagen wir mal so (.) besonders zu sein. (.) Also wenn in Wostenberg etwas so ein bisschen urban oder so ein bisschen wie Prenzlauer Berg oder was alles so gesagt wird/ es ist ein Gründerzeitquartier wo viel/ NICHT viel kaputt gegangen ist, es hat also noch einen richtigen Charme auch. Und (.) da hat sich auch eine Szene ein Stück weit etabliert, die auch (.) ja eher links ist, eher grün ist und so ein bisschen (.) alternativ. (Interview Quartiersmanagement, Pos. 153–163)

Das Engagement der „rege[n] und aktive[n] Bevölkerung“, das letztendlich auch zum Erfolg des Förderantrags im Programm Soziale Stadt geführt hat, wird hier durch die Verknüpfung mit der Tradition des Stadtteils als etwas dem Stadtteil Angehöriges und Stabiles konstruiert, das bereits über einen längeren Zeitraum existiert und bis in die Gegenwart Bestand hat. Mit den anschließend zugeschriebenen sozialen Attributen, „renitent“ und „besonders“ zu sein, hebt Thomas Müller die Fähigkeit bzw. den Willen der Bevölkerung hervor, die eigenen Interessen zu artikulieren und auch gegen Widerstand durchzusetzen. Nolden wird dann als „ein bisschen urban“ hervorgehoben und mit dem Berliner Ortsteil Prenzlauer Berg verglichen. Die daran angeschlossene physische Attribuierung, es handele sich um ein „Gründerzeitquartier“ mit „Charme“, enthält eine normative Wertung, die den Stadtteil als attraktiv positioniert. Unmittelbar erfolgt schließlich wieder der Bezug auf die *engagierte* Bevölkerung, die dann als „links“, „grün“ und „alternativ“ beschrieben wird und das Bild der hier konstruierten traditionell *engagierten* Bevölkerung im „charmanten Gründerzeitquartier“ komplementiert. Durch den Vergleich mit dem Berliner Ortsteil Prenzlauer Berg verknüpft Thomas Müller den (für die Interviewerin noch unbekannten) Stadtteil „Nolden“ mit weiteren Bedeutungsinhalten. Er adressiert die Interviewerin dabei als Person, von der erwartet wird, dass sie dieses Wissen implizit teilt.

Auf eine später im Interview artikulierte Nachfrage der Interviewerin hin wird die *engagierte* Bevölkerung entlang ihres Alters differenziert:

Interviewerin: Sie haben am Anfang gesagt, dass es viele Engagierte im Stadtteil gibt. Welche Bevölkerungsgruppen sind DAS so?

Marian Kessler: Ähm hm/

Thomas Müller: Das (..) sind die (.) Altgewordenen aus den siebziger Jahren. Die damals schon aktiv waren und die heute jetzt schon in Ehren ergraut sind und (.) [Marian Kessler: Ja (zustimmend)] im WESENTLICHEN. Es sind aber auch junge Leute nachgewachsen [...] also da ist schon auch Nachwuchspotential da.

(Interview Quartiersmanagement, Pos. 373–388)

Dabei wird wieder an die bereits zu Anfang hervorgehobene Tradition des Engagements angeknüpft und gleichzeitig entlang des Merkmals *Alter* eine Pfadabhängigkeit bis in die Gegenwart konstruiert: Die Tradition gehe zurück auf Personen, die bereits vor einigen Jahrzehnten aktiv waren und es bis in die Gegenwart noch sind. Mit der Formulierung „in Ehren ergraut zu sein“ drückt sich zudem soziales Ansehen der „Altgewordenen“ aus. Das Engagement von „jungen Leuten“ wird durch das Verb „nachgewachsen“ in eine Linie mit der Tradition des Engagements der „Altgewordenen“ gesetzt und damit sinnbildlich mit dem *traditionell engagierten* Stadtteil verbunden.

Neben der Differenzierung nach Alter erfolgt zudem eine Verknüpfung mit den Bereichen Kunst und Kultur:

Marian Kessler: Das sind auch sehr viele Künstler, es gibt ganz viele Wände/ Häuserwände die TOTAL schön bemalt sind, das ist wirklich einzigartig für Wostenberg und genau. [Interviewerin: Ahja] Ja Künstler/ wir haben eine starke Kulturszene, die „Kulturecke“ [Name eines Kulturzentrums] ist das/ auch total schöne Angebote machen die, sowohl Veranstaltungen, (.) Wissenschaftler kommen manchmal und geben Vorträge oder abends wird ein Kino irgendwie gezeigt oder halt (.) Künstler spielen Musik. Es ist ne sehr schöne künstlerische Ecke und das (.) das hat was, das gibt es in Wostenberg woanders NICHT, das ist wirklich nur in Nolden, genau. (Interview Quartiersmanagement, Pos. 432–443)

Die Beschreibung der *Engagierten* als Künstler*innen und Kulturschaffende fügt sich in die vorherige Attribuierung („links“, „grün“, „alternativ“) sowie in das Konstrukt eines urban geprägten Quartiers ein. Wie Thomas Müller die Gruppe von *Engagierten* zu Beginn als „starke Bewegung“ beschreibt, so greift Marian Kessler in der Betonung der Rolle von Kunst und Kultur ebenfalls auf das Adjektiv „stark“ zurück. In Verbindung mit der positiven Bewertung des lokalen Kulturbetriebs („total schöne Angebote machen die“) hebt er diesen als prägendes Merkmal des Stadtteils hervor.

6.1.2 Der Wendepunkt

Nach einer sehr positiv konnotierten Narration, die den Stadtteil als historisch gewachsen mit einer traditionell engagierten Bevölkerung beschreibt, erfolgt dann eine erzählerische Wendung über den Stadtteil, die sich im folgenden Abschnitt zeigt:

Thomas Müller: Von daher ist da ‘n Potenzial, was man ein bisschen auch als Image verbreiten könnte oder nutzen könnte, tun wir auch. (..) Nichtsdestotrotz eh (.) gibts

ne Menge Probleme, (Stimme geht runter, seufzend) also es gibt eine große Schichtung in/ in Nolden. (Interview Quartiersmanagement, Pos. 177–191)

Zunächst wird die Erzählung über das *charmante* Gründerzeitquartier mit einer *engagierten* Bevölkerung positiv als „Potenzial“ geframt, das für die Außendarstellung des Stadtteils genutzt werden könne. Hier bezieht sich Thomas Müller auf die Imagekonstruktion des Stadtteils – die Entwicklung eines positiven Stadtteilimages ist ein zentraler Bestandteil des Programms Soziale Stadt. Damit wird das Subjekt der *Engagierten* selbst zum Instrument der Stadtteilentwicklung. Mit dem angefügten „tun wir auch“ hebt der Interviewpartner zudem hervor, dass er und seine Kolleg*innen ihrer Aufgabe nachkommen, ein positives Stadtteilimage herzustellen.

Das Adverb „nichtsdestotrotz“ leitet dann die Wendung in der Erzählung über den Stadtteil ein: Inhaltlich wird direkt an die vorangegangene Erzählung angeknüpft, jedoch eine gegensätzliche Aussage – „es gibt eine Menge Probleme“ – zum Vorhergesagten angefügt. Diese Umkehr begleitet Thomas Müller stimmlich mit einem Seufzen und einem Senken der Stimme. Durch die Betonung einer „Menge“ Probleme drückt der Interviewpartner aus seiner Sicht das Ausmaß und die Relevanz für den Stadtteil aus. Die Probleme werden zunächst anhand der Verortung einer „großen Schichtung“ im Stadtteil ein- und folgendermaßen weiter ausgeführt:

Thomas Müller: Angefangen von den (.) schwierigen Gebieten im Süden, in der Bebauung, die dort entsprechend/ Arbeitersiedlung halt einmal waren und je weiter man Richtung Norden kommt, landen wir am Schluss dann bei (.) Häusern von/ von richtig reichen Menschen. Das ist so (.) sehr (.) geschichtet, sagen wir mal so, von der/ von der räumlichen Struktur, was sich halt (..) ja also die Raum/ die räumliche Struktur (.) bildet im Prinzip auch die Sozialstruktur (.) ein Stück ab. (Interview Quartiersmanagement, Pos. 177–191)

Dieser Verweis zielt auf die sozialräumliche Segregation, die innerhalb des Stadtteils Nolden diagnostiziert wird. Dabei werden – wie bereits in der vorherigen Narration über den *engagierten* Stadtteil – durch die Darstellung sowohl baustruktureller als auch sozialer Gegensätze zwischen der südlichen und der nördlichen Hälfte des Stadtteils soziale und physische Merkmale miteinander verwoben. Marian Kessler bestätigt die Aussage seines Kollegen und führt weiter aus:

Marian Kessler: Genau. Im Süden ist eine sehr viel befahrene Straße, das ist natürlich auch ein bisschen mehr/ also es ist auch LÄRM und wie mein Kollege auch schon sagte, sind dort die Häuser auch leider nicht mehr in so einem schönen Zustand, dementsprechend auch viel Leerstand, früher auch gewesen und (.) dort ist die

Bewohnerschaft heute auch ein bisschen anders als im Norden, wo es ruhiger ist, mehr Grün ist und wie er schon sagte, umso weiter nördlich man geht, umso schöner wird es auch in Nolden. (Interview Quartiersmanagement, Pos. 192–199)

Die Erzählung über den Stadtteil ist hier geprägt von einer Aufzählung unterschiedlicher Eigenschaften, die sich dort manifestieren und graduell sozialräumlich abbilden. Neben infrastrukturellen (viel Verkehr, hohe Lautstärke vs. viel Grün und Ruhe), baulichen („Arbeitersiedlung“ und „Leerstand“ vs. „Häuser richtig reicher Menschen“) und geografischen (Süden vs. Norden) Differenzierungen werden die Bewohner*innen schließlich als „ein bisschen anders als im Norden“ beschrieben. Diese Passage markiert zunächst das Ende des Wendepunktes in der Erzählung über den Stadtteil: von der anfänglich positiv konnotierten Darstellung eines urbanen und charmanten Gründerzeitquartiers, das mit der Subjektposition der *Engagierten* verknüpft ist, erfolgt mit der Thematisierung sozialer Segregation ein Brückenschlag hin zu einer Problemerzählung über den Stadtteil, die im Folgenden weiter ausgeführt wird.

6.1.3 Der benachteiligte Stadtteil und die Problemgruppenkonstruktion *Südosteuropäische Zuwanderer*

Das im vorherigen Absatz eingeführte Anderssein der Bewohner*innen im Süden im Vergleich zum Norden wird durch die Interviewpartner dann mit der Hervorbringung einer Problemgruppe konkretisiert, die als *Südosteuropäische Zuwanderer* bezeichnet wird:

Thomas Müller: Es ist halt nur so, dass es schon (.) auffällt, also wir haben eben auch ein Problem mit südosteuropäischen Zuwanderern, die halt dann hauptsächlich sich im südlichen Teil Noldens (.) ballen oder (.) ja (.) was sagt man dazu? [**Marian Kessler:** Hm (zustimmend)] Ja (.) also in Größenordnungen auftreten, (.) was halt die Problemlage insgesamt verschärft, ja? Das ist in den letzten Jahren gekommen, und das ist schon etwas, was wir am Anfang nicht so/ da wars hauptsächlich die türkischen Migranten, die (.) aufgefallen sind oder im Bewusstsein waren, sagen wir es mal so, und heute hat man die Südosteuropäer, wo dann teilweise eben auch die türkischen Bewohner mittlerweile ähm (.) [**Marian Kessler:** Weitergezogen sind] (Interview Quartiersmanagement, Pos. 207–216)

Die anfängliche Formulierung, das Problem sei „auffällig“, erzeugt das Bild eines Phänomens, das nicht zu übersehen ist. Die anschließende Formulierung „wir haben auch ein Problem mit“ suggeriert, dass es sich um ein nach objektiven Kriterien konstituiertes und unstrittiges Problem im Stadtteil handelt. Die Formulierung „ballen“ unterstreicht die Problematisierung, indem das Bild eines

Kollektivs erzeugt wird, dass sich auf engem Raum zusammendrängt. Thomas Müller holt sich – vielleicht aufgrund eigener Unsicherheit, ob die Formulierungen den sozialen Konventionen entsprechen – eine Rückversicherung bei seinem Gesprächspartner ein („oder was sagt man dazu?“), woraufhin Marian Kessler zustimmend reagiert. Die Problematisierung erfolgt dabei entlang von Quantität, indem Thomas Müller die „Größenordnung“ der Gruppe als Ursache dafür anbringt, dass sich die „Problemlage insgesamt verschärft“. Der Gesprächspartner erläutert nicht, welche Personen(gruppen) als *Südosteuropäische Zuwanderer* adressiert werden. Vielmehr scheint er davon auszugehen, dass es sich bei dem Gesagten um ein von allen Beteiligten geteiltes Wissen handelt.

Thomas Müller beschreibt das Problem als Phänomen, das sich im Zeitverlauf ergeben habe, indem er eine weitere Problemgruppe – die der „türkischen Migranten“ – konstruiert und einführt. Er nimmt eine Hierarchisierung der Problemgruppen vor, indem diese in ihrem Problemgrad zueinander ins Verhältnis gesetzt werden. Dadurch misst er den mit dem Subjekt *Südosteuropäische Zuwanderer* verknüpften Problemen zusätzliches Gewicht bei, da suggeriert wird ‚Nicht mal die ursprüngliche Problemgruppe möchte mehr hier leben‘.

Die mit *Südosteuropäischer Zuwanderung* verbundenen Probleme werden zunächst über die (als hoch definierte) numerische Anwesenheit hinaus nicht weiter erläutert. Eine inhaltliche Ausführung erfolgt im weiteren Verlauf des Interviews dann auf Nachfrage der Interviewerin mit der Bitte, das zuvor angesprochene „Problem“ zu explizieren:

Interviewerin: Und wie äußern sich die Probleme?

Marian Kessler: A/ ach die/ (.) bei den (.) südosteuropäischen Zuwanderern, das sind so Familien, die sehr sehr viele Kinder haben (..) also nicht alle/ möchte ich jetzt nicht verallgemeinern, aber viele haben da kinderreiche Familien und die halten sich natürlich wie (langgezogen) aus dem Land schon gewohnt sehr viel draußen auf der Straße auf. Es ist/ teilweise wird nicht auf die Sauberkeit wirklich geachtet. Ähm, man muss aber auch dazu sagen, dass es auch da im südlichen Teil gibt es auch eine/ naja wir wollen es nicht Drogenszene nennen, aber das ist ja auch so doch ein Phänomen und es gibt auch eine/ Alkoholiker- (.) erscheinen da auch und das natürlich diese Mischung aus diesen drei Bevölkerungsgruppen (.) JA wertet dieses Image des südlichen Teils sehr ab.

(Interview Quartiersmanagement, Pos. 220–237)

Marian Kessler beschreibt *Südosteuropäische Zuwanderer* zunächst als „Familien mit sehr sehr vielen Kindern“. Die hier vorgenommene Zuschreibung wird durch die Wiederholung „sehr sehr“ rhetorisch verstärkt. Die folgende Einschränkung in der Aussage („Möchte ich jetzt nicht verallgemeinern“), möglicherweise um sich vor kritischen Einwänden hinsichtlich einer verallgemeinernden Aussage abzusichern, relativiert Kessler durch das unmittelbar angefügte „aber viele“ jedoch

selbst wieder. Die sich dann wiederholende Positionierung *Südosteuropäischer Zuwanderer* als „kinderreiche Familien“ wird verknüpft mit der Zuschreibung, die Gruppe halte sich vornehmlich „draußen auf der Straße auf“, ergänzt um die als dafür ursächlich angesehenen kulturalisierten Merkmale der Gruppe: „natürlich [...] wie aus dem Land schon gewohnt“. Mit der daran anschließenden Aussage, es werde „nicht auf die Sauberkeit geachtet“, nimmt Marian Kessler dann eine weitere negative Attribuierung der Gruppe vor, die auf die Missachtung der Ordnung im öffentlichen Raum zielt. Im Anschluss führt Marian Kessler zwei weitere Problemgruppen ein, die „Drogenszene“ und die „Alkoholiker“, die zusammen mit der Gruppe der *Südosteuropäischen Zuwanderer* das Image des südlichen Teils Noldens „sehr abwerten“.⁵⁶ Im Gegensatz zu den *Engagierten* – für die Konstruktion eines positiven Images als hilfreich positioniert – wird das Subjekt *Südosteuropäische Zuwanderer* in diesem Zusammenhang negativ dargestellt. Marian Kessler führt die Problemdeutung noch weiter aus:

Marian Kessler: Und (...) ja, und gibt es halt manchmal Konflikte (...) wie gesagt Lärm, (...) zu viele Kinder, die nicht beschäftigt sind, oder nicht so, wie es halt in Deutschland, dass man sich WÜNSCHT (...), nicht angebunden sind an irgendwelche Projekte. Dann sind die oft in/ mehrere Kinder unterwegs, das erscheint als/ (...) man hat Angst davor, sag ich mal so, weil man das nicht kennt und (...) da dran arbeiten wir auch zurzeit, das ein bisschen aufzuwerten, Projekte zu initiieren, Leute anzusprechen, das ein bisschen zu mildern, diese negativen Aspekte. Also das ist ja da hauptsächlich/ genau. Und da sind viele Familien beieinander, wohnen da in vielen Häusern (...) und die sind auch deswegen so ineinander gebunden, dass die auch schwer sind, mit- mit in die Gesellschaft zu integrieren, ja weil die sich einfach untereinander wohlfühlen. (langgezogen) (...) Häufig wird die deutsche Sprache nicht beherrscht (...) und es ist auch deswegen nicht einfach, in Kontakt zu treten, ja. (Interview Quartiersmanagement, Pos. 237–251)

Zu den Konfliktgegenständen in der Nutzung des öffentlichen Raums zählt Kessler weiter „Lärm“, der hier allerdings nicht mit infrastrukturellen Merkmalen des Stadtteils (z. B. viel Verkehr), sondern mit den problematisierten Bevölkerungsgruppen in Zusammenhang gebracht wird. Der Wahrnehmung von „Lärm“ liegt dabei eine starke Subjektivität zugrunde.

Weiter wird die Anwesenheit zu vieler Kinder im öffentlichen Raum im Zusammenhang mit *Südosteuropäischen Zuwanderern* hervorgehoben und die Handlungen als „nicht beschäftigt sein“ abgewertet. Mit der Anmerkung, dass die Kinder

56 Die Problematisierung der mit Suchtmerkmalen definierten Gruppen im Stadtteil findet sich vereinzelt im Material, spielt aber interessanterweise im Kontext des Verfügungsfonds keine Rolle. Sie wird im Rahmen der Analyse deshalb nur aufgegriffen, wenn Sie in Bezug auf den Problemdiskurs Südosteuropäische Zuwanderung auftaucht.

nicht so beschäftigt seien wie „man sich das in Deutschland wünscht“ wird eine kulturalisierende Differenz zwischen „Südosteuropa“ und „Deutschland“ vorgenommen, wobei „Deutschland“ als Maßstab zur Bewertung des Verhaltens der Kinder dient. Die Anbindung an „irgendwelche Projekte“ fungiert dann als wünschenswerte Beschäftigung für die Kinder. Dabei wird nicht erläutert, in welcher Art von Projekten, mit welcher inhaltlichen Ausrichtung oder mit welchen Zielen die Kinder „beschäftigt“ werden (sollen). Die Beschreibung von „Angst“, die durch das Zusammenkommen von „mehrere[n] Kinder[n]“ im öffentlichen Raum ausgelöst werde, wird dann auf das fremde Verhalten („man kennt das nicht“) der Kinder zurückgeführt. Marian Kessler knüpft das damit hervorgebrachte Problem an das Aufgabenprofil seiner beruflichen Praxis, *soziale Probleme* durch Projekte im Stadtteil zu bearbeiten. Dabei wird nicht aus der Perspektive der als störend positionierten Kinder argumentiert, sondern aus einem nicht näher definierten „man“, das mit einer *Norm in Deutschland* gleichgesetzt ist. So wird mit der Projektinitiierung die soziale Normierung der Kinder durch eine sozial erwünschte Beschäftigung in den Vordergrund gestellt und weniger das Anliegen, pädagogisch qualitative Angebote im Sinne der Kinder zu ermöglichen.

Im letzten Teil der Interviewpassage wird das Wohnverhalten des Subjekts *Südosteuropäische Zuwanderer* problematisiert. „Viele Familien“ wohnten beieinander „in vielen Häusern“, was an das zuvor von Thomas Müller zuvor eingebrachte Verb „ballen“ angeknüpft. Die „vielen Familien“ seien „ineinander gebunden“ und dadurch „schwer zu integrieren“. Die als problematisch beschriebene Wohnsituation des Subjekts *Südosteuropäische Zuwanderer* wird einseitig auf Eigenschaften der Gruppe bezogen („weil die sich einfach untereinander wohlfühlen“). Dass die deutsche Sprache nicht beherrscht werde, erschwere es zudem, mit den Familien „in Kontakt zu treten“. Dabei wird die Gruppe als nach außen abgeschottet dargestellt, diese Abschottung wiederum auf die Eigenschaften der Gruppe selbst bezogen.

6.1.4 Die *Mittelschicht* als Gegensubjekt und Adressatin der Aufwertung

Neben *Engagierten* und *Südosteuropäischen Zuwanderern* wird im Interview noch ein weiteres Subjekt hervorgebracht:

Thomas Müller: Und was wir uns für das südliche Nolden insbesondere erhoffen, natürlich auch für das nördliche (.) ist so ein Lehrerehepaar oder die halt jetzt nicht unbedingt hinter/ im Riesen- (.) wie heißen diese Hecken noch? (.) Buchsbaumhecken leben möchten [**Marian Kessler:** Buchsbaum- ja (lachend)] [...] Also die halt im Grünen leben wollen. Das ist ja jedem auch überlassen, die einen möchten halt lieber im Grünen mit einem großen Garten und keine Ahnung (.) und die anderen

sagen ‚ich möcht gerne im Leben wohnen und auch meine Kinder find ich gut, wenn die draußen spielen können und treffen tausend andere Kinder‘. (Interview Quartiersmanagement, Pos. 402–416)

Die Subjektposition des *Lehrerehepaars* steht stellvertretend für die Bevölkerungsgruppen, die als zukünftige Bewohner*innen idealisiert und angeworben werden. Während *Südosteuropäische Zuwanderer* nur im Plural benannt werden, ist dieses Subjekt im Singular („so ein Lehrerehepaar“) benannt. Urbanes Leben wird hier mit dem Merkmal „vieler Kinder, die draußen spielen können und tausend andere Kinder treffen“ beschrieben und als attraktiv hervorgehoben. Das *Lehrerehepaar* habe die Wahl „im Grünen“ oder „im Leben zu wohnen“. Eine hohe Quantität von Kindern („tausend andere Kinder“), fungiert dabei – anders als im Zusammenhang mit der Konstruktion *Südosteuropäischer Zuwanderer* – als potenziell positives Merkmal urbanen Lebens. Mit Rückgriff auf das Konzept sozialer Mischung wird anschließend die Verdrängung *Südosteuropäischer Zuwanderer* zugunsten des *Lehrerehepaars* begründet:

Thomas Müller: Wir haben gerade, was den südlichen Teil Noldens angeht, jetzt eine Akteurskonferenz gerade auch nochmal gemacht, um zu gucken, mit welchen/ mit welcher Strategie man jetzt so einer Problemlage halt begegnen kann und wie kann man die (.) Akteure von der Wohnungswirtschaft angefangen bis zur Sozialen halt in eine (.) gemeinsame Denke bringen, wo man auch ein gemeinsames Ziel vor Augen hat, da unten eine gemischte Bevölkerung mal zu haben, also eine gute Mischung, sagen wir mal so. Und diese Dominanz einzelner Bevölkerungsschichten eben auch zurückzudrängen. Das bedeutet natürlich, dass ich einen Teil der Leute auch gucken muss, zu verlagern. (Interview Quartiersmanagement, Pos. 297–305)

Hier wird das Format einer „Akteurskonferenz“ benannt, die durch das Quartiersmanagement organisiert wurde. Damit kommt Thomas Müller einer zentralen Aufgabe des Quartiersmanagements nach, Akteur*innen im Stadtteil zu vernetzen und im Sinne eines programmatisch postulierten integrierten Ansatzes unterschiedliche Akteursgruppen zusammenzubringen („von der Wohnungswirtschaft angefangen bis zur Sozialen“), die zur Zielumsetzung der sozialen Stadtentwicklung im problematisierten Süden des Stadtteils für relevant erachtet werden. Als Ziel definiert Thomas Müller eine „gemischte Bevölkerung“, die er als „gute Mischung“ normativ rahmt. Dafür sei es notwendig, „die Dominanz einzelner Bevölkerungsschichten zurückzudrängen“ und diese zu „verlagern“. Im Anschluss verknüpft Thomas Müller wohnungspolitische Ziele dann mit Maßnahmen der sozialen Stadtentwicklung im öffentlichen Raum:

Thomas Müller: Ich muss gucken, dass ich in leerstehende Wohnungen mittelständische Familien reinkriege, um diese Mischung am Schluss auch herzustellen, weil das

ansonsten immer schwierig sein wird. [...] Aber dafür hat die Stadt ZU viel Geld investiert, bereits in den Bereich. Wir haben den Birkenplatz neu gemacht und um diese Investitionen auch in Wert zu setzen, auch dauerhaft in Wert zu setzen, halte ich zumindest für erforderlich, dass man da auch, was die soziale Mischung angeht, zu einer Veränderung kommt. (Interview Quartiersmanagement, Pos. 305–318)

Mit der Verwendung des Personalpronomens „ich“ positioniert er sich als handelnden Akteur im Stadtentwicklungsprozess, der sich zugleich mit seinem Handlungsauftrag, die Bevölkerungsstruktur zu verändern und eine soziale „Mischung“ im südlichen Nolden herzustellen, identifiziert. Die zuvor eingeführte metaphorische Beschreibung des *Lehrerehepaars* wird synonym als „mittelständische Familie“ bezeichnet. Damit die Investitionen in den öffentlichen Raum „in Wert gesetzt“ werden können, sei es aus seiner Sicht erforderlich, die soziale Struktur im Stadtteil zu verändern, womit die implizite Betrachtung einhergeht, dass *Südosteuropäische Zuwanderer* hinderlich für den „Wert“ der Investitionen sind.

6.1.5 Zwischenfazit

Im Interview mit zwei Quartiersmanager*innen wird Nolden als ein zweigeteilter Stadtteil dargestellt, der mit verschiedenen Subjektpositionen verknüpft ist. Räumliche und soziale Eigenschaften erscheinen verwoben: der attraktive Norden, eingeführt als „charmantes Gründerzeitquartier“ und verknüpft mit einem Subjekt der *Engagierten*, und der unattraktive Süden als ehemalige „Arbeitersiedlung“, assoziiert mit einer konstruierten Problemgruppe *Südosteuropäische Zuwanderer*.

Im Interview wird in Bezug auf die Initiierung des Programms Soziale Stadt in Nolden dabei zunächst die positiv konnotierte Erzählung hervorgebracht. Diese Darstellung betont das langjährige Engagement der Bewohner*innen, das durch das Bild des charmanten Gründerzeitquartiers symbolisiert und eng mit der Tradition des Stadtteils verbunden sei. Damit weisen die Interviewpartner den *Engagierten* eine zeitlich und strukturell stabile Position im Stadtteil zu. Diese werden als einflussreicher Akteur in der Umsetzung des Programms, artikulationsstark und durchsetzungsfähig sowie als Instrument für die Aufwertung des Stadtteilimages präsentiert. Die genannten Eigenschaften („links“, „grün“, „alternativ“) verweisen auf die zugeschriebene Zugehörigkeit der *Engagierten* zu einem urbanen Mittelschichtsmilieu. Diese Assoziation kommt auch durch den Vergleich Noldens mit dem Berliner Ortsteil Prenzlauer Berg zum Ausdruck.

Im Gegensatz dazu steht die Subjektposition *Südosteuropäische Zuwanderer*, konstruiert mit negativen sozialen Zuschreibungen und räumlich verortet im unattraktiven Teil Noldens. Mit dem Hinweis auf eine als hoch definierte Anzahl *Südosteuropäischer Zuwanderer* im Stadtteil wird die Gruppe im südlichen Teil

Noldens als zentrales Problem eingeführt und durch die Zuschreibung negativer Merkmale („Lärm“, „Schmutz“) näher beschrieben sowie als eine sich nach außen abschottende Gruppe skizziert. Ausgehend von einer impliziten Sprecher*innenposition („man“) erfolgt eine Problematisierung der Kinder im öffentlichen Raum durch kulturalisierte Zuschreibungen. Geplante Maßnahmen zielen auf deren soziale Normierung ab. *Südosteuropäische Zuwanderer* werden im Verhältnis zu anderen sozialen Problemgruppen („türkische Migranten“, „Drogenszene“ „Alkoholiker“) als ein prioritätär zu bearbeitendes *soziales Problem* in der Stadtteilentwicklung dargestellt.

Als Zukunftsentwurf für den Stadtteil Nolden wird mit der Metapher des *Lehrerehepaars* ein Subjekt der Mittelschicht im Interview eingeführt, das der Position der *Südosteuropäischen Zuwanderer* entgegensteht. Um der konstruierten Dominanz der Problemgruppe *Südosteuropäische Zuwanderer* zu begegnen und mit dem Argument, eine soziale Mischung schaffen zu wollen, symbolisiert das *Lehrerehepaar* den Adressat*innenkreis der Aufwertungsmaßnahmen. Diese Argumentationsweise führt explizit die Verdrängung des Problemsubjekts *Südosteuropäische Zuwanderer* aus dem Stadtteil ein und legitimiert diese gleichzeitig. Die interviewten Quartiersmanager*innen bringen sich als aktiv handelnde Akteur*innen hervor, die ihr Repertoire an Möglichkeiten (Verbesserung des Stadtteilimages, Initiierung von Projekten, Vernetzung von Akteur*innen auf einer Konferenz oder die Bearbeitung von Wohnungsleerstand) nutzen, um die Ziele der sozialen Stadtentwicklung in Nolden zu erreichen.

6.2 Die Problemgruppenkonstruktion *Südosteuropäischer Zuwanderer* im integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept (ISEK)

Anschließend an die Erkenntnisse des vorangegangenen Kapitels erfolgt nun eine Dokumentenanalyse des ISEK Nolden. Zunächst wird dabei aufgezeigt, wie *Südosteuropäische Zuwanderer* entlang statistischer Indikatoren als zentral zu bearbeitendes *soziales Problem* hervorgebracht (Kapitel 6.2.1) und in den Maßnahmen sozialer Stadtentwicklung problemorientiert adressiert werden (Kapitel 6.2.2). Abschließend erfolgt eine Analyse der Positionierung von *Engagierten* im ISEK (Kapitel 6.2.3) und eine resümierende Darstellung wichtiger Teilergebnisse (Kapitel 6.2.4).

6.2.1 Problemdefinition entlang statistischer Indikatoren

In einem einleitenden Kapitel des ISEKs wird zunächst der Anlass für die Beantragung der Fördermittel durch die Soziale Stadt erläutert:

In den letzten Jahren sind im Stadtteil durch Entwicklungen in der Bevölkerungsstruktur Herausforderungen entstanden, die im Rahmen der sozialen Stadtentwicklung beachtet werden müssen. (ISEK Nolden)

In der Begründung verweisen die Verfasser*innen dementsprechend auf eine *neue* Entwicklung in der lokalen Demografie. Anschließend folgt eine Tabelle, die statistische Kennzahlen zur Bevölkerungsstruktur des Stadtteils im Vergleich zur Gesamtstadt darstellt. Die in der Tabelle aufgeführten Indikatoren dienen gemäß der Interventionsgrundlage des Programms zur Darstellung eines erhöhten Anteils von *Armut* („Transferleistungsbezieher“) und *Ethnizität* („Personen mit nicht deutschem Pass oder doppelter Staatsangehörigkeit“) im betrachteten Stadtteil im Vergleich zur Gesamtstadt. In der Tabelle wird die zunächst eingeführte Kategorie „nicht deutscher Pass oder doppelte Staatsangehörigkeit“ entlang des Merkmals *Staatsangehörigkeit* weiter aufgeschlüsselt (vgl. Tabelle 3).

Tab. 3 Bevölkerungsstruktur im ISEK (Eigene pseudonymisierte Darstellung)⁵⁷

Indikator (in Prozent)	Stadtteil „Nolden“	Gesamtstadt „Wostenberg“
Gesamtbewohnerzahl		
Personen mit nicht deutschem Pass oder doppelter Staatsangehörigkeit		
Türken		
Syrier		
Griechen		
Rumänen		
Bulgaren		
Personen < 18 Jahren		
Transferleistungsbezieher (SGB II)		
Transferleistungsbezieher (SGB II) < 18 Jahren		

In einem anschließenden Textabschnitt werden dann unter diesen zunächst verschiedentlich aufgeführten Nationalitäten die Gruppen der „Rumänen“ und „Bulgaren“ besonders hervorgehoben:

57 Die Werte werden aus Gründen der Anonymisierung nicht aufgeführt. Wie es für die Klassifizierung eines sozial benachteiligten Stadtteils im Programm Soziale Stadt üblich ist, fallen die aufgeführten Indikatoren (mit Ausnahme der Gesamtbewohnerzahl) in Nolden im gesamtstädtischen Vergleich entsprechend höher aus.

Fast sechzig Prozent der Bevölkerung in Nolden hat mittlerweile einen Migrationshintergrund, in der Gesamtstadt sind es nur vierzig Prozent. Der Anteil von Personen mit rumänischer und bulgarischer Staatsangehörigkeit ist dabei in den letzten Jahren am stärksten angestiegen. Diese Personen stellen damit gegenwärtig die größte nicht-deutsche Bevölkerungsgruppe im Stadtteil. (ISEK Nolden)

Dieser Abschnitt problematisiert über die Kategorie „Migrationshintergrund“ zunächst „nicht-deutsche“ Bevölkerungsgruppen im Stadtteil. Migration wird dementsprechend als übergeordnete soziale *Herausforderung* eingeführt. Es erfolgt dann eine weitere Differenzierung, indem Bewohner*innen bulgarischer und rumänischer Staatsangehörigkeit entlang von Quantität hervorgehoben werden. „Bulgaren“ und „Rumänen“ bilden dabei zusammen eine singuläre Gruppe, indem formuliert wird, diese stelle „gegenwärtig die größte nicht-deutsche Bevölkerungsgruppe im Stadtteil“. Die Darstellung von Zahlen über Zu- und Wegzüge im Stadtteil soll im Anschluss ein zu viel an Zuzügen der Gruppe, die fortan als „Zuwanderung aus Südosteuropa“ deklariert wird, in den Stadtteil markieren:

Es ist ein Überhang an Zuzügen in den Stadtteil zu verzeichnen. Dieser lässt sich vermutlich auf Zuwanderung aus Südosteuropa zurückführen. Durch die vielen sanierungsbedürftigen Wohngebäude wird zunehmend eine einkommensschwache Bevölkerung angezogen. (ISEK Nolden)

Die Feststellung eines „Überhangs“ beruht hier auf einer Vermutung, wobei die Wortwahl zugleich vermittelt, dass damit eine Last verbunden wird. *Zuwanderung aus Südosteuropa* erfährt dabei eine Verknüpfung mit dem sozioökonomischen Indikator „wenig Einkommen“. Hier könnte ein Bezug zu den in Tabelle 3 aufgeführten Indikatoren zur Darstellung von Armut hergestellt werden, die im weiteren Verlauf des Dokumentes darüber hinaus aber nicht mehr gesondert, also von *Südosteuropäischer Zuwanderung* entkoppelt, benannt werden. Indem formuliert wird, die Bevölkerung werde von sanierungsbedürftigen Wohngebäuden „angezogen“, wird ein naturalisierender Kausalzusammenhang zwischen baulichem Zustand und sozialer Zusammensetzung des Quartiers konstruiert und die soziale Einbettung von Wohnverhältnissen ausgeblendet. In Kombination mit dem konstatierten negativ bewerteten hohen Zuzug in den Stadtteil und der zugeschriebenen Armut findet eine weitere Abwertung der konstruierten Gruppe statt.

Im weiteren Verlauf des ISEKs wird dann die anfangs entlang statistischer Indikatoren zentral eingeführte Problemgruppenkonstruktion entlang der inhaltlichen Handlungsfeldern der sozialen Stadtentwicklung weiter konkretisiert und mit spezifischen Maßnahmen zur Bearbeitung der damit verbundenen Probleme verknüpft. Diese werden im Folgenden dargestellt.

6.2.2 Problematisierung Südosteuropäischer Zuwanderer und Maßnahmen der Problembearbeitung

Im Dokument werden anschließend entlang verschiedener Handlungsbereiche die Ausgangslage, der Interventionsbedarf und die daraus entwickelten Maßnahmen vorgestellt, deren Umsetzung sich auf die Fördermittel der sozialen Stadtentwicklung stützt. Dabei wird das Problembewerkt *Südosteuropäische Zuwanderer* insbesondere in den Handlungsfeldern „Wohnen“ sowie „Integration“ mit negativen Eigenschaften belegt und zum Gegenstand der *Problembearbeitung* durch Maßnahmen der Sozialen Stadt gemacht.

6.2.2.1 Die Verknüpfung Südosteuropäischer Zuwanderer mit Problemimmobilien im Stadtteil und abgeleitete Maßnahmen

Das Handlungsfeld „Wohnen“ führt eine hohe Anzahl so genannter „Problemimmobilien“ als zentral zu bearbeitendes Problem im südlichen Teil Noldens an,⁵⁸ deren Entstehungsprozess dabei in einen ursächlichen Zusammenhang mit der konstruierten Problemgruppe *Südosteuropäische Zuwanderer* gebracht wird. So erfolgt zunächst eine Bezugnahme auf die sozialstatistische Darstellung im einleitenden Kapitel, indem die Handlungsbedarfe im Bereich „Wohnen“ mit den „einleitend dargestellten Herausforderungen in der Bevölkerungsstruktur“ (ISEK Nolden) verknüpft werden. Die Feststellung „Südosteuropäische Zuwanderer [tragen] durch eine Überbelegung der Wohnungen zur Entstehung von Problemimmobilien bei“ (ISEK Nolden) weist dem Subjekt sodann eine (Mit-)Verantwortung an der Entstehung der *Problemimmobilien* in Nolden zu. Als bereits eingeführtes kommunales Instrument zur *Problembearbeitung* wird in diesem Zusammenhang auf die Einrichtung einer eigens dafür zusammengesetzten *Task-Force* rekurriert, die mittels Kontrollen Missstände aufdecken und Maßnahmen, u. a. zur Räumung der Immobilien, ergreifen soll.

Neben *Problemimmobilien*, die durch das Problembewerkt *Südosteuropäische Zuwanderer* bewohnt werden, wird auch eine hohe Leerstandsquote von Wohnhäusern im südlichen Teil Noldens bemängelt und in diesem Zusammenhang dann der Zuzug neuer Bewohner*innen in den Stadtteil als Ziel der Förderung durch das Programm Soziale Stadt definiert. Dies soll durch den Rückbau von *Problemimmobilien* bei gleichzeitigem Neubau von Wohnhäusern realisiert werden. Dabei sollen durch diese Aufwertungsmaßnahmen „auch andere Bevölkerungsgruppen erreicht werden, [die damit] zur Stabilisierung und Aufwertung

58 Gemäß einem vom BBSR veröffentlichten Leitfaden zum „Umgang mit Problemimmobilien – Herausforderungen und Lösungen im Quartierskontext“ werden solche definiert als „eine nicht angemessen genutzte und/oder bauliche Misstände (Verwahrlosung) aufweisende Liegenschaft, die negative Ausstrahlungseffekte auf ihr Umfeld verursachen kann. (BBSR, 2020a, S. 21)

des südlichen Teils von Nolden beitragen“ (ISEK Nolden). Dies impliziert im Umkehrschluss die hier vorgenommene Verbindung *Südosteuropäischer Zuwanderer* mit Instabilität und Abwertung des Stadtteils.

Optionen zum Erhalt sowie zur Schaffung geförderten und preiswerten Wohnraums müssten „im Kontext des Gesamtkonzeptes der sozialen Stadtentwicklung in Nolden“ (ISEK Nolden) entwickelt werden, „damit die städtebaulichen Investitionen im Rahmen des Förderprogramms nicht wirkungslos bleiben“ (ISEK Nolden). Die Verbesserung der Wohnbedingungen durch Sanierung oder Neubau für *Südosteuropäische Zuwanderer* ist im Dokument nicht anvisiert.

6.2.2.2 Die Zuschreibung abweichenden Verhaltens und abgeleitete Maßnahmen

Die Zuschreibung abweichenden Verhaltens geschieht, indem das Subjekt *Südosteuropäische Zuwanderer* mit Lärm und fehlender Sauberkeit verbunden wird und insbesondere Kinder der konstruierten Gruppe als Problem dargestellt werden. Dies erfolgt im Kapitel zum Handlungsfeld „Integration“ in Anknüpfung an die einleitende Sozialraumanalyse:

In der Einleitung wurde dargestellt, dass es seit einiger Zeit einen verstärkten Zuzug aus Südosteuropa gibt. An verschiedenen Orten kommt es häufig zu schwierigen Situationen und deutlich sichtbaren Herausforderungen. Um dieser Problematik zu begegnen, wurden in den vergangenen Jahren begleitende soziale Maßnahmen angestossen. (ISEK Nolden)

Die Darstellung bringt sehr deutlich hervor, dass mit dem Subjekt *Südosteuropäische Zuwanderer* Probleme verknüpft werden, wobei die konkrete Problembeschreibung vage bleibt. Es werden dabei jedoch Begriffe genutzt, die die Bedeutung des hervorgebrachten Problems hinsichtlich seines räumlichen („an verschiedenen Orten“) und zeitlichen („häufig“) Ausmaßes sowie der Sichtbarkeit betonen.

Anschließend wird konstatiert, dass Kinder die öffentlichen Flächen nicht ordnungsgemäß nutzten:

„Eine Vielzahl von Kindern ist im öffentlichen Raum, insbesondere auf den zentralen Plätzen im Stadtteil, anzutreffen. Wenig ausgewiesene Spielflächen, enge Wohnverhältnisse und wenig angeleitete Freizeitangebote im Stadtteil tragen zu diesem Verhalten bei. Mehr aufsuchende Projekte im öffentlichen Raum können dazu beitragen, das Verhalten der Kinder in vernünftige Bahnen zu lenken.“ (ISEK Nolden)

Obwohl mit der Nennung von „Kindern“ zunächst abstrakt bleibt, welche Kinder adressiert werden, deutet der Verweis auf „enge Wohnverhältnisse“ an, dass

spezifisch Kinder der konstruierten Gruppe *Südosteuropäische Zuwanderer* gemeint sind. Die Formulierung, das Verhalten der Kinder müsse in vernünftige Bahnen gelenkt werden, impliziert, dass es bei den anvisierten aufsuchenden Projekten um Normierung und soziale Kontrolle geht und weniger um die Schaffung qualitativ hochwertiger Aufenthaltsräume und pädagogischer Angebote für die Gruppe.

Auch konstatiert das ISEK Probleme im Bereich der öffentlichen Ordnung, insbesondere in Bezug auf Stadtteilsauberkeit, die der konstruierten Problemgruppe *Südosteuropäische Zuwanderer* zugeschrieben werden. Dabei wird im Zuge der Problematisierung auf „überzeugende Schilderungen über Probleme bei den Themen Lärmbelästigung, Sauberkeit, Müllentsorgung usw.“ (ISEK Nolden) verwiesen. Die Urheber der hier erwähnten „Schilderungen“ bleiben ungenannt. Indem jedoch ihre Berichte als „überzeugend“ bewertet und im Dokument eingebracht werden, zeigt sich die Stärke ihrer Position und ihre Deutungsmacht: Die Gültigkeit der Problemwahrnehmung wird durch die Aufnahme in das offizielle Dokument – das ISEK – manifestiert. Die „Schilderungen“ dienen dadurch als legitime Begründung für die Maßnahmen- und Zieldefinition der sozialen Stadtentwicklung in Nolden.

Diese Formulierung verdeutlicht die Zuschreibung negativer Eigenschaften bezüglich der *Südosteuropäischen Zuwanderer* besonders präsent. Das „usw.“ am Ende der Aufzählung suggeriert, dass es weitere Problematiken gebe, über die die Leserschaft schon Bescheid wisse und die deshalb nicht weiter aufgezählt werden müssten. Diese Herausforderungen erforderten die Umsetzung „kommunaler Strategien“ (ISEK). Das hier zur Sprache kommende Subjekt problematisiert aus einer konkurrenzlosen Sprecher*innenposition heraus das Kollektiv *Südosteuropäische Zuwanderer* im Stadtteil. Darauf aufbauend werden verschiedene Maßnahmen formuliert, die durch Normierung und letztendlich Verdrängung zur Lösung der Probleme beitragen sollen. Die Perspektive *Südosteuropäischer Zuwanderer* selbst wird dabei nicht abgebildet.

6.2.3 Die Positionierung der *Engagierten* im ISEK

Das Subjekt der *Engagierten* ist, wie auch im Interview mit dem Quartiersmanagement deutlich wurde, im ISEK insbesondere im Hinblick auf die Imagearbeit des Stadtteils Nolden benannt:

Dem Handlungsfeld ‚Image‘ wird eine hohe Relevanz zugesprochen. Nolden soll auch über die Stadt hinaus als attraktiver Stadtteil Bekanntheit erlangen und neue Bewohner und Bewohnerinnen anziehen, die sich damit identifizieren können. Auch wenn es viele Probleme im Stadtteil gibt, soll das große Engagement im Stadtteil insbesondere auch im kreativen Bereich hervorgehoben werden. Auch die attraktive städtebauliche

Struktur soll herausgestellt werden. Dafür sollen sowohl städtebauliche als auch soziale Projekte umgesetzt werden. (ISEK Nolden)

Wie im Interview mit dem Quartiersmanagement wird das *Engagement* im Stadtteil als zentrales Mittel zur Konstruktion eines positiven Stadtteilimages herangezogen. Die Positionierung des *Engagements* in der Außendarstellung soll neue Bewohner*innen in den Stadtteil locken, die sich insbesondere mit dem *kreativen Engagement* und der *attraktiven* Baustruktur des Stadtteils identifizieren sollen. Städtebauliche und soziale Aspekte werden, ebenso wie im Interview mit dem Quartiersmanagement herausgearbeitet, miteinander verwoben. Das ISEK selbst hebt die *Engagierten* auch als bedeutende Akteur*innen hervor, die aktiv am Prozess der Erarbeitung des Dokuments beteiligt waren: „Die engagierten Akteure aus dem Stadtteil haben bei der Erarbeitung von Zielen und Maßnahmen im Bereich Stadtteilimage einen zentralen Beitrag zur Stadtteilentwicklung geleistet“ (ISEK Nolden). Dabei werden die *Engagierten* gerade in dem Bereich als aktiv handelnde Akteur*innen hervorgebracht, in dem sie selbst als Potenzial und Stärke des Stadtteils fungieren. Darüber hinaus erfolgt eine Verknüpfung des *Engagements* auch räumlich mit dem nördlichen Teil Noldens, wobei das Ziel formuliert wird, dieses auch im *unattraktiveren* südlichen Teil zu aktivieren, um damit zur erwünschten Entwicklung des Quartiers beitragen.:.

Bisher werden viele Projekte im nördlichen Teil angeboten. Diese werden dabei meist von den Engagierten aus dem Norden umgesetzt. Im Rahmen der sozialen Stadtentwicklung soll dieses Engagement auch im südlichen Teil Noldens, vor allem am Birkenplatz, intensiviert werden. (ISEK Nolden)

6.2.4 Zwischenfazit

Das in Kapitel 6.1 konstruierte Problemsubjekt *Südosteuro päische Zuwanderer* wird im ISEK im Rahmen einer indikatorbasierten Sozialraumanalyse als zentrale Herausforderung im Stadtteil hervorgebracht, die entlang von Quantität *rumänischer* und *bulgarischer* Bewohner*innen begründet wird. Im weiteren Verlauf erfolgt die Zusammenfassung dieser beiden Gruppen als Problemsubjekt *Südost-europäische Zuwanderer*, wobei sowohl die Auswahl der Indikatoren als auch das Zusammenbringen beider Gruppen nicht näher begründet wird.

Die Problemgruppenkonstruktion wird dann in den Bereichen „Wohnen“ und „Integration“ weiter ausgeführt und in Maßnahmen zur Bearbeitung der damit verknüpften Probleme überführt. Der Bereich „Wohnen“ verknüpft die Gruppe *Südosteuro päische Zuwanderer* mit der Problematisierung von *Problemimmobilien*. Zur Bearbeitung wird der Rückbau dieser Gebäude, der Bau neuer Wohnhäuser und, solange dies noch nicht geschehen, verstärkte Kontrollen durch eine *Task-Force*

anvisiert. Ausgewiesenes Ziel ist die Anwerbung „anderer Bevölkerungsgruppen“ und die Reduzierung der Zahl Südosteuropäischer Zuwanderer im Stadtteil. Im Bereich „Integration“ werden Südosteuropäische Zuwanderer in Bezug auf ihr Verhalten im öffentlichen Raum problematisiert. Hier zielen soziale Projekte zur Bearbeitung auf eine soziale Normierung und Verhaltensänderung der Gruppe. Das Subjekt der *Engagierten* taucht auch hier einerseits als Instrument der positiven Imagekonstruktion auf und wird zugleich als aktive/r Akteur*in an den Maßnahmen eingeführt.

Im ISEK zeigt sich damit zusammenfassend eine ähnliche Argumentationsstruktur wie im Interview mit den Quartiersmanagern. Die Argumentation wird legitimiert durch eine anonym verbleibende, aber deutungsmächtige Sprecher*in als Beschwerdeführer*in.

6.3 Partizipation im Vollzug – Antragstellung und Entscheidungsgremium

In diesem Kapitel stehen mit der Antragstellung und dem Entscheidungsgremium die beiden zentralen Beteiligungsebenen des Verfügungsfonds im Mittelpunkt, wozu zunächst zwei Projektanträge ausgewertet werden (Kapitel 6.3.1). Anschließend wird entlang einer Dokumentenanalyse der kommunalen Richtlinie die formale Zusammensetzung (Kapitel 6.3.2) sowie anhand von Beobachtungsprotokollen eine Sitzung des Entscheidungsgremiums analysiert, wobei zunächst die soziale Dynamik in der Sitzung (Kapitel 6.3.3) und dann die Abstimmung über die beiden zuvor ausgewerteten Projektanträge betrachtet werden (Kapitel 6.3.4). Das Kapitel schließt mit einer Zusammenfassung der zentralen Erkenntnisse (Kapitel 6.3.5).

6.3.1 Die Diskussionsgrundlage

In die folgende Auswertung gehen Projektanträge des freien Trägers der Kinder- und Jugendhilfeorganisation ein, die die Grundlage für die anschließende Analyse der Diskussion im Entscheidungsgremium darstellen. Die Organisation reichte zwei Anträge – „Kreativer Spieletreff“ und „Stadtteilfest“ – ein, die analysiert werden.

6.3.1.1 Antrag „Kreativer Spieletreff“ und Adressierung abweichenden Verhaltens von Kindern

Das Projekt mit dem Titel „Kreativer Spieletreff“ umfasst ein offenes Spielangebot, das wöchentlich auf einem zentralen öffentlichen Platz – dem Lindenplatz – stattfinden soll. Der Lindenplatz liegt im südlichen Teil Noldens im Programmgebiet der Sozialen Stadt und wurde zuvor mit Mitteln des Programms saniert.

In der Kurzdarstellung wird das Projekt zu Beginn des Antrags folgendermaßen definiert:

Das Projekt soll den Kontakt besonders zu jungen Bewohner*innen des Stadtteils intensivieren, die derzeit keine entsprechenden Kinder- und Jugendeinrichtungen nutzen. Wir möchten regelmäßige Aktivitäten im direkten Wohnumfeld anbieten. Zusammen mit anderen Organisationen kann der Platz nach den Lockdowns wieder ein Ort der aufsuchenden Jugendarbeit werden. (Projektantrag „Kreativer Spieletreff“)

Die Ansprache richtet sich an einen Adressat*innenkreis der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der mit der Adressierung „jungen Bewohner*innen“ unspezifisch bleibt. Es wird beschrieben, dass das Projekt „regelmäßig“ und „im direkten Wohnumfeld“ der Adressat*innen umgesetzt werden soll. Im nächsten Antragsfeld „Ausgangspunkt“ beschreibt die Jugendorganisation dann:

„Der Platz ist ein beliebter Treffpunkt von Kindern und Jugendlichen aus der Nachbarschaft, von denen viele aus ärmlichen und beengten Lebens- bzw. Wohnverhältnissen kommen. Damit haben sie nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten zur Gestaltung der Freizeit. Außerdem gibt es zahlreiche Beschwerden über Lärm, Verschmutzung und Schäden durch die spielenden Kinder. Durch die geplanten, regelmäßigen Freizeitangebote soll den jungen Menschen einerseits die Gelegenheit zur Freizeitgestaltung im öffentlichen Raum gegeben und andererseits zu einer Entspannung der Situation beigetragen werden.“ (Projektantrag „Kreativer Spieletreff“)

Das Angebot wird hier über zwei Argumentationsstränge legitimiert: *Erstens* soll ein Angebot für die Adressat*innen geschaffen werden, die aufgrund beengter Wohnverhältnisse als hilfsbedürftig konstruiert werden. *Zweitens* leitet sich der Handlungsbedarf entlang der Problematisierung von „Lärm, Verschmutzung und Schäden“ ab, der bereits „zahlreiche Beschwerden“ hervorrief. Durch die Quantifizierung der Beschwerden wird diesen eine hohe Relevanz und eine zentrale Rolle in der Begründung des Projektantrages zugewiesen. Mittels der Spielangebote soll den Kindern ermöglicht werden, von „ihrem Recht auf Freizeitgestaltung im öffentlichen Raum“ Gebrauch zu machen. Das Spielangebot zielt zudem auf eine „Entspannung der Situation“ ab. Im Antragsfeld „Zielgruppe“ schreiben die Antragsteller*innen folgendes:

Das Angebot richtet sich an alle Kinder und Jugendlichen im Stadtteil und zielt darauf ab, die Qualität ihrer Freizeitgestaltung zu verbessern. Auch neu Hinzugezogene mit sprachlichen Herausforderungen werden durch das Projekt angesprochen, da gemeinsames Spielen und Erleben in der Gruppe im Fokus stehen. (Projektantrag „Kreativer Spieletreff“)

Formal steht das Projekt also allen Kindern offen, aber sowohl der Ort – der Lindenplatz –, der im problematisierten Teil Noldens liegt, die Differenzierung von allen Kindern und „Neuhinzugezogenen mit sprachlichen Herausforderungen“ als auch der Bezug auf die „Beschwerden“ und dem Ziel der „Entspannung“ der Konfliktsituation durch das Projekt verweist darauf, dass das Projekt eigentlich auf die als *Südosteuropäischen Zuwanderer* adressierten Subjekte zielt. Damit wird im Antrag Bezug auf den zentralen Problemdiskurs der sozialen Stadtentwicklung in Nolden genommen.

6.3.1.2 Antrag „Stadtteilfest“ und die Ko-Adressierung von Eltern

Der zweite, ebenfalls durch die Kinder- und Jugendorganisation eingebrachte Antrag trägt den Titel „Stadtteilfest“. Dieses Projekt soll auf dem Brunnenplatz stattfinden, der im Programmgebiet der sozialen Stadtentwicklung in Nolden liegt. Die Kurzbeschreibung lautet wie folgt:

Wir wollen insgesamt vier Stadtteilfeste auf dem Brunnenplatz organisieren. Hier sollen gemeinsames Spielen, Kennenlernen und Austausch aller Menschen im Vordergrund stehen. Ein wesentlicher Schwerpunkt liegt auf der Freizeitgestaltung mit Kindern. Durch den Kontakt zu den Kindern soll ein Draht zu den Eltern neu zugezogener Familien aufgebaut werden. (Projektantrag „Stadtteilfest“)

Benannt ist hier zunächst wieder eine allgemein gehaltene Kategorie von Adressat*innen: „alle Menschen aus dem Stadtteil“. Wie im ersten Projektantrag wird die Freizeitgestaltung der Kinder hervorgehoben. Im zweiten Teil des Textabschnittes spezifiziert sich der Adressat*innenkreis dann auf „neu hinzugezogener Familien“. Über die Kinder hinausgehend kommt mit den „Eltern“ ein weiterer Adressat*innenkreis hinzu, zu denen über die Kinder „ein Draht“ hergestellt werden soll. Damit wird impliziert, dass bisher kein (zufriedenstellender) Kontakt zu den „Eltern neu hinzugezogener Familien besteht“, wobei offenbleibt, warum „ein Draht“ hergestellt werden soll. Zur „Ausgangssituation“ heißt es im Antrag wie folgt:

Der Brunnenplatz ist nach seiner Neugestaltung ein zentraler Treffpunkt für verschiedene Communities und bildet das Zentrum dieses Stadtteils. Er wird von vielen Menschen, insbesondere von Kindern, intensiv genutzt. Ziel ist es, die unterschiedlichen Gruppen sowie die direkten Anwohner*innen durch regelmäßige Stadtteilfeste zusammenzubringen. Dabei sollen sowohl Spielangebote für Kinder als auch Treffpunkte für Erwachsene eingerichtet werden. Zudem soll die Identifikation der ansässigen Bevölkerung mit dem Platz gefördert und ein besseres Kennenlernen ermöglicht sowie möglichen Beschwerden aufgrund von Lärm oder Verschmutzung durch Austausch und direkte Kommunikation vorgebeugt werden. (Projektantrag „Stadtteilfest“)

Die Formulierung legt einen Zusammenhang zwischen der Neugestaltung des Platzes und der Entstehung eines Treffpunktes „verschiedener Communities“ nahe. Eigentlich wäre zu erwarten, dass eine „intensive Nutzung“ eines öffentlichen Platzes, der zudem gerade über Programmmittel saniert wurde, eine intendierte und erwünschte Folge des Programms Soziale Stadt ist, scheint er doch durch die Neugestaltung eine besondere Aufenthaltsqualität zu bieten. Die Differenzierung verschiedener sozialer Gruppen, „Communities“ und „direkte Anwohner*innen“, wird zum Anlass genommen, ein Stadtteilfest zu organisieren. Auf der einen Seite stehen die „Communities“ und darin eingefasst die Kinder, die den Platz „intensiv nutzen“, auf der anderen Seite die „direkten Anwohner*innen“, die sich über „Lärm oder Verschmutzung“ beschweren. Die Formulierung einer „intensiven Nutzung“ bekommt hier dementsprechend eine negative Konnotation. Es wird ein Austausch und die Möglichkeit eines Kennenlernens der Gruppen anvisiert, wobei der Anlass dabei einseitig durch die sich beschwerende Partei definiert wird. Der intendierte Austausch ist dementsprechend durch eine ungleiche Machtverteilung zwischen den Beschwerdeführer*innen und den Adressat*innen der Beschwerden gekennzeichnet.

Die Zielgruppe für das beantragte Projekt wird im Antrag anschließend folgendermaßen beschrieben:

Mit dem Projekt sollen alle Anwohner*innen, sowohl Erwachsene als auch Kinder, erreicht werden. Durch kultursensible Ansprache, durch Sprach- und Kulturmittler*innen, sollen auch gerade neu zugezogene Familien aus Südosteuropa das Angebot annehmen können. (Projektantrag „Stadtteilfest“)

Während zunächst die bereits adressierten Bevölkerungsgruppen „Erwachsene und Kinder“ wiederholt werden, erfolgt dann zum ersten Mal explizit der Verweis auf das Subjekt *Südosteuropäische Zuwanderer*. Diese bedürften einer „kultursensiblen Ansprache“ durch Sprach- und Kulturmittler*innen.

Die antragstellende Organisation betont in beiden Anträgen auch das Ziel, ein „qualitatives Freizeitangebot“ für die Kinder schaffen zu wollen. Dies steht der hier vorgenommenen Deutung auf den ersten Blick entgegen, dass das Projekt zuvorderst auf die Bearbeitung eines Konflikts im öffentlichen Raum zielt, der einseitig durch die Beschwerdeführer*innen eingebracht wird. Doch unabhängig davon, ob sich die Organisation (auch) an den Interessen der Kinder auszurichten versucht: Letztlich wird die dominante Problemerzählung in den Projektanträgen nicht infrage gestellt oder herausgefordert. Über eine Ausrichtung am Problemgegenstand *Südosteuropäische Zuwanderung* – im Kontext sozialer Stadtentwicklung als zentral zu bearbeitendes Problem konstruiert – sichert sich die Organisation die Finanzierung ihres Projektes durch den Verfügungsfonds.

6.3.2 Akteur*innen im Entscheidungsgremium: (K)ein Querschnitt der Gesellschaft?

Nach der durch den Stadtrat verabschiedeten „Kommunalen Richtlinie zur Regelung der Vergabe und Verwendung der Mittel des Verfügungsfonds in Nolden“ setzt sich das Entscheidungsgremium formal aus drei Akteur*innengruppen zusammen: (1) Bewohner*innen, (2) Vertreter*innen aus der Bezirksvertretung sowie (3) sog. fachkundige Akteur*innen, die im ISEK definierten Themenfelder der sozialen Stadtentwicklung in Nolden vertreten (Wohnen, Wirtschaft, Freiraum, Image, Soziales und Integration). Im Folgenden wird gezeigt, dass sich einerseits die Positionierung der *Engagierten* als aktive Akteur*innen in der sozialen Stadtentwicklung auch in der Zusammensetzung des Entscheidungsgremium widerspiegelt, indem ihnen fest institutionalisierte Plätze im lokalen Gremium zugewiesen werden. Andererseits bleibt ein Posten für migrantisch adressierte Organisationen zur Vertretung des Handlungsfeldes „Integration“ unbesetzt.

Die Besetzung der einzelnen Posten im Entscheidungsgremium erfolgt je nach Mitgliedergruppe unterschiedlich. Während Bezirksvertreter*innen qua ihres gewählten Amtes einen Platz bekommen, können sich interessierte Bewohner*innen jedes Jahr auf der Stadtteilkonferenz als Mitglied des Gremiums zur Wahl stellen. Das Quartiersmanagement hat zuvor die Aufgabe, die Möglichkeit der Beteiligung am Entscheidungsgremium öffentlich im Stadtteil bekannt zu machen.⁵⁹ Für die Positionen der fachkundigen Vertreter aus den verschiedenen Handlungsfeldern läuft die Besetzung zum Teil über ein (informelles) Sonderrecht, in dem *engagierte* Akteur*innen einen festen Platz im Gremium zugesprochen bekommen. Dieser Modus der Gremienplatzbesetzung basiert auf der Dauer des Engagements dieser Akteur*innen:

Um die Kontinuität der Arbeit im Entscheidungsgremium sicherzustellen und um in der Stadtteilarbeit seit längerem aktive Akteur*innen im Entscheidungsgremium abzubilden, haben diese Akteur*innen das Recht, aus ihrem Kreis stimmberechtigte Personen für bestimmte Themenbereiche in das Entscheidungsgremium zu schicken.
(Kommunale Richtlinie zur Regelung der Vergabe und Verwendung der Mittel des Verfügungsfonds)

Bestimmten Akteur*innen aus dem Stadtteil wird dementsprechend das Recht eingeräumt, einen dauerhaften Platz im Entscheidungsgremium einzunehmen und damit über die Vergabe der Mittel aus dem Verfügungsfonds zu entscheiden. Den festen Platz bekommen sie zugesprochen, weil sie „seit längerem“ aktiv sind, ohne dass die Bedeutung dessen weiter ausgeführt und begründet wird. Während sich

59 Siehe dazu Kapitel 2.2.

Interessent*innen für andere Posten regelmäßig zur Wahl stellen müssen, können diese Akteur*innen ihren Platz ohne Konkurrenz besetzen. Mit der langfristigen Einbindung ist die Hoffnung einer „Kontinuität“ des Gremiums verbunden, womit die Funktionsfähigkeit des Instruments sichergestellt werden soll. Die einflussreiche Position der angeführten Gruppen wird im Verfügungsfonds in der Richtlinie institutionalisiert und durch den Rat bestätigt. Dadurch erlangen sie Einfluss über die gesamte Länge der Laufzeit des Verfügungsfonds in Nolden.

Es werden jedoch nicht alle Posten fachkundiger Vertreter durch die Festsetzung spezifischer Gruppen besetzt. In den Bereichen, in denen keine als langjährig *engagiert* adressierten Akteur*innen verortet werden, führt die Richtlinie als Platzhalter die Kategorien für den jeweiligen Handlungsbereich auf. Dies erfolgt zum Beispiel in der Kategorie Nachbarschaftsarbeit, für die Posten für Vertreter*innen christlicher Gemeinden im Stadtteil vorgesehen sind. Analog zu den im ISEK definierten Themen sind laut Richtlinie auch Posten für fachkundige Vertreter*innen für das Thema „Integration“ angeführt, wofür ein Platz für migrantisch adressierte Organisationen im Entscheidungsgremium vorgesehen ist. Auch hier sind keine spezifischen Akteur*innen benannt, die ein dauerhaftes Besetzungsrecht auf diesem Posten haben. Aus dem Kreis der migrantisch adressierten Organisationen scheint es demnach keine/n Akteur*in zu geben, die als *engagiert* adressiert und mit dem Kriterium „schon länger aktiv“ assoziiert werden. Ein Überblick über die konkrete personelle Besetzung des Gremiums auf der Homepage des Verfügungsfonds in Nolden zeigt zudem, dass der Posten für migrantisch adressierte Organisationen als einzige Position im Erhebungszeitraum nicht besetzt ist.⁶⁰ Dementsprechend fehlt nicht nur ein/e fachkundige Vertreter*in des ISEK-Themenfelds „Integration“ im Diskussions- und Entscheidungsprozess über die Verfügungsfonds-Anträge. Es fehlt auch eine potenzielle Interessensvertretung derjenigen Bewohner*innengruppen im Stadtteil, die im Zentrum der Problematisierung im Stadtteil stehen und von den Maßnahmen der sozialen Stadtentwicklung betroffen sind.

Die nicht besetzten Plätze für migrantisch adressierte Organisationen werden in der beobachteten sozialen Praxis im Erhebungszeitraum nicht zum Thema gemacht: Weder im Eingangsgespräch mit dem Quartiersmanagement noch in den Sitzungen des Entscheidungsgremiums oder im Kontext der Projekte. Es scheint, im Gegensatz zu den fest institutionalisierten *Engagierten* aus dem Stadtteil, die laut Richtlinie das Funktionieren des Instruments sicherstellen, für den erfolgreichen Vollzug des Instruments nicht als relevant erachtet zu werden, ob die Plätze der migrantisch adressierten Organisationen besetzt sind oder nicht.

Tabelle 4 zeigt abschließend eine Übersicht über die Zuteilung der Posten im Entscheidungsgremium gemäß der analysierten Richtlinie.

60 Die Gründe, warum keine Akteur*innen aus dem Bereich migrantisch adressierter Organisationen im Gremium vertreten sind, werden diesen selbst zugeschrieben (siehe dazu Kapitel 6.4).

Tab. 4 Zusammensetzung des Entscheidungsgremiums entlang Kommunaler Richtlinie (Eigene pseudonymisierte Darstellung)

Mitglieder	Kompetenz	Besetzung durch
Bewohner*innen	stimmberechtigt	Wahl auf Stadtteilkonferenz
Bezirksvertreter*innen	beratend	qua Amt gesetzt
Fachkundige Vertreter*in „Kultur“	stimmberechtigt	Verein „Kunst in Nolden e.V.“
Fachkundige Vertreter*in „Wirtschaft“	stimmberechtigt	Initiative „Noldener Einzelhändler“
Fachkundige Vertreter*in „Nachbarschaftsarbeit“	stimmberechtigt	Christliche Gemeinde
Fachkundige Vertreter*in „Integration“	stimmberechtigt	Migrantenselbstorganisation
...

6.3.3 „Du weißt, ich schätze eure Arbeit sehr“ – Die Vertrautheit der Teilnehmer*innen

*Heute ist eine Sitzung des Entscheidungsgremiums im Stadtteil angesetzt, an der ich zum ersten Mal teilnehme. Einige Tage zuvor erhalte ich die Information, dass die Sitzung aufgrund der aktuell hohen Corona-Inzidenzzahlen nicht wie ursprünglich geplant in einem zentralen Veranstaltungssaal, sondern digital stattfindet. Die Zugangsdaten, die Tagesordnung und die abzustimmenden Verfügungsfonds-Anträge werden vorab per Mail zugeschickt. Die Sitzung findet abends statt. Ich wähle mich von meinem Schreibtisch zu Hause ein und finde mich vor einem Bildschirm mit kleinen rechteckigen Bildern wieder. Die meisten Teilnehmer*innen haben ihre Kamera ein-, wenige ausgeschaltet. Es wählen sich nach und nach noch vereinzelt Teilnehmer*innen ein. Einige Personen erkenne ich auf den kleinen Kacheln wieder – die Mitarbeiter*innen aus dem Quartiersmanagement und der Kommunalverwaltung sowie eine Antragstellerin, Andrea Arendt, mit der ich ein paar Tage zuvor ein Interview geführt habe. Zudem sind mir ein paar Namen aus Recherchen zum Verfügungsfonds in Nolden bekannt. Ich sehe Frauen und Männer. Den Großteil ordne ich in eine Altersspanne zwischen rund fünfzig bis siebzig Jahren ein. Ich sehe auch jüngere Menschen, die ich um die dreißig Jahre alt schätze. Die Teilnehmer*innen lese ich als nicht zugehörig zum Subjekt ‚Südosteuropäische Zuwanderer‘. Einige Personen haben die Organisation, der sie angehören, mit in ihr ‚digitales Namensschild‘ eingefügt. Bei einigen Akteur*innen weiß ich nicht, in welcher Rolle oder Funktion sie an der Sitzung teilnehmen: als Mitglied des Entscheidungsgremiums oder einfach als interessierte*r Beobachter*in? Doch auch wenn ich nicht alle Teilnehmer*innen kenne und zuordnen kann, fällt meiner Wahrnehmung nach niemand besonders aus der Reihe. Insgesamt passt die Beobachtung zu meinem bisherigen Eindruck von den Engagierten im Stadtteil. Bis zum Beginn der Sitzung sind rund 30 Personen anwesend. Diese Zeit, in der sich alle einfinden, das Treffen aber noch nicht offiziell begonnen hat, wird mit informellen Gesprächen einiger*

*Teilnehmer*innen gefüllt. Die Sitzung findet das erste Mal digital statt und es macht den Eindruck, als müssten sich alle noch in diesen neuen Modus des Treffens einfinden. Es wird überlegt, wer noch fehlt. Isabell Schönfeld, Mitarbeiterin der zuständigen Stadtverwaltung, merkt an, dass ihr Kollege Markus Meinert, der die Sitzung leiten soll, Probleme beim Einwählen in den digitalen Raum habe und sich deshalb um ein paar Minuten verspätet. Isabell Schönfeld begrüßt anschließend die Runde und beginnt die Sitzung. Sie siezt die Runde in der Begrüßung. Im Laufe der Sitzung fällt mir auf, dass es unterschiedlich ist, wer sich siezt und wer sich duzt. Die Mitglieder des Gremiums des Stadtteils sowie das Quartiersmanagement sprechen sich untereinander mit ‚Du‘ an, die Verwaltungsmitarbeiter*innen werden meist gesiezt und siezen die anderen Teilnehmer*innen. Der Austausch zwischen den lokalen Akteur*innen macht auf mich den Eindruck, als würden diese sich untereinander kennen. Mir fällt auf, dass sich die Anwesenden in ihren Redebeiträgen wiederholt gegenseitig lobend erwähnen. So wird in der Besprechung eines Antrags durch einen Teilnehmer, der als Vertreter einer Kultureinrichtung im Gremium sitzt, hervorgehoben: „Du weißt, ich schätze eure Arbeit sehr und ich finde das ist ein toller Antrag.“ Aus Gesprächen weiß ich, dass das Verhältnis zwischen einigen Akteur*innen auch durch Konkurrenz geprägt ist, die sich in den Diskussionen heute aber nicht sichtbar abbildet. Es beteiligen sich nicht während der Sitzung nicht alle Personen mit Redebeiträgen; ich schätze, dass ungefähr ein Drittel der Teilnehmer*innen im Verlauf etwas sagen. Aktive Beiträge von Bezirksvertreter*innen, die aus einigen Parteien heute dabei sind, nehme ich nicht wahr. Ich habe insgesamt den Eindruck, dass es sich um ein Treffen handelt, dass durch Routinen und Bekanntschaften untereinander geprägt ist. Zwar ist das digitale Setting neu, aber ich nehme keine Phase des „Sich-Findens“ einer Gruppe wahr, deren Mitglieder sich nicht kennen. Ich habe das Gefühl, einer eingespielten Dynamik beizuhören. Es wird Deutsch gesprochen und ein informeller Umgang miteinander gepflegt. (Beobachtungsprotokoll „Sitzung Entscheidungsgremium“)*

Die Praktiken des Duzens und Siezens zeigen die soziale Distanz zwischen den teilnehmenden Akteur*innen. Während sich im Umgang zwischen der Stadtverwaltung und den Gremienmitgliedern durch das Siezen ein formalisierter Umgang zeigt, der auch auf Hierarchien zwischen dem politisch-administrativen System und den lokalen Akteur*innen hinweisen kann, ist der Umgang zwischen den Stadtteilakteur*innen wesentlich informeller und lässt den Schluss zu, dass sich die Teilnehmer*innen untereinander kennen – über die gemeinsame Teilnahme am Entscheidungsgremium hinaus. Die Teilnehmer*innen wirken auf die teilnehmende Beobachterin hinsichtlich ihrer Milieuzugehörigkeit homogen,⁶¹

61 Die Form der Datenerhebung im Zuge von Beobachtungen bringt es mit sich, dass nicht mit abschließender Sicherheit benannt werden kann, ob einzelne Mitglieder mit der Subjektposition Südosteuropäische Zuwanderer adressiert würden, aus Rumänien oder Bulgarien migriert sind oder sich selbst als Rom*nja positionieren. Zentraler ist hingegen, dass eine solche Gruppenzugehörigkeit in den sozialen Praktiken im Entscheidungsgremium nicht sichtbar bzw. artikuliert wird und die Aushandlung der Projektanträge nicht beeinflusst.

was sich unter anderem in der alleinigen Verwendung deutscher Sprache äußert. Differenzen gibt es allein hinsichtlich des Geschlechts und des Alters der Gemeindenmitglieder. Diese Differenzierung entspricht in etwa der Beschreibung der *Engagierten* im Interview mit dem Quartiersmanagement.

6.3.4 „Was macht ihr bei schlechtem Wetter?“ – Die Diskussion und Abstimmung der Projektanträge im Entscheidungsgremium

Im Folgenden wird der Abstimmungsprozess der Anträge in der Sitzung des Entscheidungsgremiums ausgewertet.

*Nachdem ein Mitarbeiter aus der Stadtverwaltung über den aktuellen Stand der städtebaulichen Projekte im Rahmen der sozialen Stadtentwicklung informiert hat, steht nun die Abstimmung der heutigen Verfügungslands-Anträge auf der Tagesordnung. Der Ablauf der Abstimmung ist bei jedem Antrag gleich. Zuerst stellen die Antragsteller*innen ihr Projekt vor, anschließend können andere Teilnehmer*innen Fragen stellen, dann wird die Abstimmung per digitalem Handzeichen durchgeführt. Die beiden Anträge „Kreativer Spieltreff“ und „Stadtteilfest“ der Jugendorganisation sind zuerst an der Reihe. Eine Sozialarbeiterin der Kinder- und Jugendorganisation, Eva Erdinger, bringt beide Anträge ein. Sie ist für die Organisation zudem gleichzeitig Mitglied des Entscheidungsgremiums und vertritt dort das Themenfeld „Jugendarbeit“. Erläuternd stellt der Moderator zu Beginn fest: „Wer heute einen Antrag stellt und gleichzeitig auch Mitglied im Entscheidungsgremium ist, hat dann kein Stimmrecht beim eigenen Antrag.“ Eva Erdinger stellt den ersten Antrag vor. Sie nutzt für ihren Bericht keine Präsentation oder sonstige Darstellungsformen. Mir fällt auf, dass sie in ihrem Bericht viele Formulierungen aus dem Antrag wiederholt. Es solle ein „Kreativer Spieltreff“ für Kinder auf dem Lindenplatz organisiert werden. Das Ziel des Projektes sei es, so erläutert sie, regelmäßigen Kontakt zu den Kindern aufzubauen, für diese ansprechbar zu sein und einen Zugang zu diesen zu finden. Der Kontakt zu den Kindern sei bereits hergestellt worden, so berichtet sie, durch das Projekt solle der „Draht“ zu den Kindern aber noch weiter aufgebaut werden. Das Projekt sei auch eine Reaktion auf Beschwerden zu Lärm und Müll auf dem Platz, auf dem die Kinder sich regelmäßig aufzuhalten. Sie wollten die Kinder aber ebenfalls in ihrem Recht unterstützen, den öffentlichen Raum für ihre Freizeitgestaltung zu nutzen. Ihr Beitrag dauert rund zwei Minuten. Sie schließt ihn mit den Worten „Ich bin gespannt auf die Nachfragen“. Es herrscht zunächst Stille im digitalen Raum. Kurz darauf meldet sich durch Handzeichen eine Frau. Der Sitzungsleiter Herr Meinert nimmt sie dran. Die Frau fragt: „[...] Was macht ihr bei schlechtem Wetter?“ Die Teilnehmerin stellt ihr Mikrofon wieder auf stumm und Eva Erdinger antwortet, dass sie Räume hätten, auf die sie ausweichen können, schließt aber einschränkend an: „Wir bauen den Kontakt auf und versuchen, die Kinder mitzunehmen, aber ob das funktioniert, weiß man vorher natürlich nicht.“*

*Das Ziel ist, das Programm hauptsächlich draußen stattfinden zu lassen.“ Ich sehe, wie die Fragestellerin nickt. Ansonsten gibt es keine weiteren Fragen aus dem Publikum. Es folgt die Abstimmung des Antrages, die von Herrn Meinert moderiert über Handzeichen der Gremienmitglieder stattfindet. Der Antrag der Jugendorganisation wird einstimmig angenommen. Eva Erdinger bedankt sich und sagt: „Vielen Dank. Kommt gerne auf uns zu, wenn ihr Anmerkungen habt. Wir nehmen das gerne auf.“ Anschließend stellt sie den zweiten Projektantrag vor: Das „Stadtteilfest“, das auf dem Brunnenplatz in Nolden stattfinden soll. Geplant sei, Essen und Trinken anzubieten, Live-Musik zu organisieren und Spielgeräte für Kinder zur Verfügung zu stellen. Ziel des Projektes sei es, als Reaktion auf Beschwerden über Lärm den Austausch in der Nachbarschaft zu fördern. Es solle „etwas Festliches mit Austauschcharakter und Spiel und Freude gerade auch für Kinder und Jugendliche“ organisiert werden. Als Sprachmittler seien Mitglieder der lokalen Rom*nja-Organisation mit dabei. Im Anschluss an ihre Vorstellung, die, wie beim ersten Antrag, rund zwei Minuten dauert, meldet sich ein Teilnehmer und bringt ein: „Ich hätte die Sorge, dass die Kinder abgegeben werden und nicht auch die Eltern angesprochen werden. Es wäre wichtig, dass die Eltern auch angesprochen werden.“ Die Frage beantwortet Frau Erdinger mit den Worten: „Wir möchten auch den Draht zu den Eltern und Erwachsenen haben und sind offen für solche Anmerkungen, vielen Dank.“ Es kommt wieder zur Abstimmung mit Handzeichen. Es gibt zwei Enthaltungen, die anderen Teilnehmer*innen stimmen für den Antrag. Gegenstimmen gibt es keine. Der Antrag ist angenommen. (Beobachtungsprotokoll „Sitzung Entscheidungsgremium“)*

Der Ausschnitt zeigt, dass die Diskussion der Anträge erstens in ihrem Ausmaß gering ausfällt – so schließt an jede Antragsvorstellung nur eine Anmerkung aus dem Publikum an. Zweitens zielen die eingebrachten Bemerkungen auf organisatorische sowie auf inhaltliche Aspekte wie die Frage nach alternativen Plänen bei schlechtem Wetter oder die Artikulation der Sorge, dass die Eltern nicht erreicht würden. Die Teilnehmerin bekräftigt mit ihrer Anmerkung die dahinterliegende Problematisierung. Nicht Informierte könnten sich einerseits die Frage stellen, warum Eltern ihre Kinder zu einem Stadtteilfest einfach „abgeben“ sollten: ein Stadtteilfest klingt erstmal nach einem Angebot für Erwachsene *und* Kinder. Andererseits könnte auch gefragt werden, warum denn gerade Eltern auf einem Stadtteilfest angesprochen werden sollten. Implizit adressiert wird hier das problematisierte Subjekt *Südosteuropäische Zuwanderer*, dem vorgeworfen wird, dass dessen viele Kinder lärmend auf dem Platz spielen und Müll nicht ordnungsgemäß entsorgen und die Eltern sich, entgegen der mehrheitsgesellschaftlichen Konvention, nicht in gewünschter Weise darum kümmern. Aus diesem Grund sollen auch die Erwachsenen adressiert werden, vermittelt über den Kontakt zu Kindern, um den Eltern die dominanzkulturellen Normen zu vermitteln. Niemand aus dem Kreis der Teilnehmer*innen stellt in der Sitzung die zugrunde gelegte Problematisierung und Adressierung

Südosteuropäischer Zuwanderer als Verursacher*innen von Lärm und Müll auf dem Brunnenplatz zur Diskussion.

Die Mitglieder des Entscheidungsgremiums affirmieren durch die positive Abstimmung der Anträge den mit den Projektanträgen adressierten Problemdiskurs *Südosteuropäische Zuwanderung*. In dieser für den Verfügungsfonds zentralen Situation – die Abstimmung über die Anträge – wird die Problemgruppenkonstruktion *Südosteuropäische Zuwanderer* situativ re- bzw. mitproduziert und findet durch die Projekte schließlich auch Gestalt im öffentlichen Raum. Bemerkenswert dabei ist, dass die problematisierte Gruppe im Abstimmungsprozess gar nicht vertreten ist und dies durch die Mitglieder des Entscheidungsgremiums oder die Organisator*innen der Sitzung weder thematisiert, geschweige denn problematisiert wird. Im Ergebnis entscheidet eine, hinsichtlich ihres privilegierten sozialen Status, homogene Gruppe, deren Zusammensetzung und Position im Entscheidungsgremium in der Richtlinie rechtlich abgesichert ist, über eine andere Gruppe, die in der Situation der Entscheidung nicht anwesend ist. Die Akteur*innen, die hier über die Anträge abstimmen, werden zudem selbst nicht durch die Projekte und den durch sie vermittelten Adressierungen tangiert.

6.3.5 Zwischenfazit

Im vorangegangenen Kapitel wurden mit der Analyse der Projektanträge und dem Entscheidungsgremium die zentralen partizipativen Handlungsebenen im Verfügungsfonds fokussiert.

Die Projektanträge chiffrieren die adressierten Subjekte oftmals („Kinder“, „Communities“), wodurch eine explizite Problemgruppenkonstruktion zunächst vermieden wird. Dennoch beziehen sich die Anträge auf den Problemdiskurs *Südosteuropäische Zuwanderer*, indem sowohl die Kinder als auch Erwachsenen der Problemgruppe, ähnlich wie in den vorangegangenen Analysen gezeigt, durch den Verweis auf Lärm, Verschmutzung und Schäden, als devante Subjekte adressiert werden. Auch hier tauchen argumentativ implizite Akteur*innen als Beschwerdeführer*innen auf. Als ein Projektziel wird die Intensivierung des Kontakts zur Gruppe benannt, was diese als *schwer erreichbar* positioniert.

Erstmals ist in diesem Dokument ein Rom*nja-Verein aus dem Stadtteil in der Funktion als Sprach- und Kulturmittler aufgeführt. Damit kommt diesem Verein, im Gegensatz zur antragstellenden Organisation, keine aktive und gleichberechtigte Rolle in der Entwicklung von Projektinhalten zu. Stattdessen wird sie in ihrer Funktion als Sprach- und Kulturmittler zum Stellvertreter für die mit der Gruppe *Südosteuropäischer Zuwanderer* verknüpften Probleme degradiert. Diese Positionierung zeigt sich in ähnlicher Weise im Dokument „*Kommunale Richtlinie zur Regelung der Vergabe und Verwendung der Mittel des Verfügungsfonds*“, das die Posten des Entscheidungsgremiums festlegt. Dort wird die

Rolle migrantisch adressierter Organisationen auf das Themenfeld „Integration“ reduziert. Dadurch, dass dieser Posten als Einziger im Entscheidungsgremium unbesetzt bleibt, zeigt sich die Nicht-Relevanz-Setzung dieser Rolle für die erfolgreiche Praxis des Verfügungsfonds.

Demgegenüber wird verschiedenen lokalen Organisationen in dieser Richtlinie eine dauerhafte und entscheidungsmächtige Position im Entscheidungsgremium des Verfügungsfonds zugesprochen, die sie ohne Konkurrenz zu anderen Stadtteilakteur*innen einnehmen können. Durch die Begründung dieser Positionierung mit der Dauer des Engagements knüpft die Positionierung an das zuvor herausgearbeitete Subjekt der traditionell *Engagierten* an.

Die Analyse des Beobachtungsprotokolls einer Sitzung des Entscheidungsgremiums zeigt eine vertraute Dynamik zwischen den Teilnehmer*innen. Die in der Diskussion der Anträge formulierten Fragen legen nahe, dass das darin adressierte Problem, *Südosteuropäische Zuwanderer*, nicht infrage gestellt wird. Zwar bringt sich nur eine Minderheit der Teilnehmer*innen mit Redebeiträgen in die Diskussion ein, abweichende Meinungen werden aber in der Sitzung des Entscheidungsgremiums nicht sichtbar. Dadurch zeigt sich die Problematierung als Konsens, die sich auch in den Abstimmungsergebnissen widerspiegelt.

6.4 „Kann jeder kommen und sagen ‚ich möchte jetzt mal was machen‘“ – Zur Adressierungspraxis im Kontext von Partizipation

Das nun folgende Kapitel analysiert die Bewerbungspraxis des Verfügungsfonds durch das Quartiersmanagement (Kapitel 6.4.1). Durch einen kontrastiven Vergleich hinsichtlich der Adressierungspraxis zum Thema Mülltrennung im Stadtteil werden die Ergebnisse präzisiert und argumentativ gestützt (Kapitel 6.4.2).

6.4.1 Darstellung als niederschwelliges Instrument

Im Eingangsgespräch mit dem Quartiersmanagement fragt die Interviewerin nach der Art und Weise der Werbung und Bekanntmachung des Verfügungsfonds im Stadtteil. Dabei rekurrieren die Interviewpartner auf das institutionalisierte Deutungsmuster des niedrigschwlligen Zugangs, wie der folgende Ausschnitt zeigt:

Interviewerin: Wie wird der Verfügungsfonds beworben (.) im Stadtteil?

[**Marian Kessler:** Bitte?] Wie wird das beworben im Stadtteil/ die Ausschreibung?

(..) **Marian Kessler:** Ähm (.) wir haben das- [**Thomas Müller:** Das wird nicht ausgeschrieben] Nee, genau. NICHT SO ausgeschrieben, wir haben das (.) zum Beispiel auf

der Homepage, ich habe das auf Instagram, also so eine Art öffentliche Plakate (...) so machen wir das bekannt oder wenn ich zum Beispiel zu diesem Sozialraumtisch oder Runden Tisch Nolden gehe, sage ich immer wieder ‚wir haben wieder Geld da, bitte kommt mit Projekten, wir helfen gerne‘, also es ist/ auf so eine Art funktioniert das. Ja.

Thomas Müller: Das ist über Facebook, über den Newsletter, das sind schon verschiedene Kanäle [Marian Kessler: Genau. Verschiedene Kanäle] über die das bedient wird. Es gibt auch Zeitungsartikel ab und an mal darüber. [Marian Kessler: Auch mal ja.] Genau. Also da gibt es/ das, was man so an Instrumentarium halt hat.

Marian Kessler: Ist unkompliziert, würde ich sagen. Kann jeder kommen und sagen ‚ich möchte jetzt mal was machen‘ und genau/ wir helfen da gerne. (Interview Quartiersmanagement, Pos. 566–579)

Zunächst nehmen die Gesprächspartner Bezug auf die Frage der Interviewerin nach der „Ausschreibung“. Mit dem Einwand, der Verfügungsfonds werde „NICHT SO ausgeschrieben“, bringen die Gesprächspartner in ihrer Erzählung daraufhin eine niederschwellige ausgerichtete Praxis der Bewerbung des Verfügungsfonds im Stadtteil hervor. Zunächst erwähnt Marian Kessler unterschiedliche soziale Medien, in denen er Werbung für den Verfügungsfonds macht (u. a. Homepage, Instagram). Die Bekanntgabe auf Veranstaltungen des Sozialraumtisches und des Runden Tisches erfolgt in sozialen Formaten der Stadtteilarbeit, an denen Akteur*innen teilnehmen, die in der Stadtteilarbeit bereits aktiv und untereinander vernetzt sind. Die Stadtteilöffentlichkeit wird so nicht umfassend erreicht. Die Formulierung Marian Kesslers „wir haben wieder Geld da, bitte kommt mit Projekten, wir helfen da gerne“ suggeriert zudem, dass es beim Verfügungsfonds in erster Linie darum geht, die Gelder zu verteilen, damit sie nicht liegen bleiben. Das Quartiersmanagement tritt auf diese Weise gegenüber den Stadtteilakteur*innen als Bittsteller auf, denn der Erfolg der eigenen Arbeit ist mit davon abhängig, dass die zur Verfügung gestellten Fördergelder auch genutzt werden – und die Funktionsweise des Instruments gewährleistet ist.

Thomas Müller ergänzt die Ausführungen seines Kollegen. Er zählt weitere Formate auf, die eine vermeintlich breitere Öffentlichkeit adressieren – Facebook, Newsletter und Zeitungsartikel – und betont, dass damit die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Marian Kessler bestätigt Müller und hebt den unkomplizierten und für alle offenstehenden Zugang zum Verfügungsfonds hervor. Das Quartiersmanagement weist sich dabei als helfende Instanz aus, die bei Fragen oder Problemen zum Verfügungsfonds unterstützend zur Seite steht.

Mit der Antwort der Gesprächspartner auf die Frage der Interviewerin folgen sie dem programmatischen Auftrag, den das Quartiersmanagement im Zuge des Verfügungsfonds wahrnimmt: der Gewährleistung eines niederschweligen Zugangs zur Beteiligung am Verfügungsfonds, dem sie mit breit gestreuten Maßnahmen der Bekanntgabe in unterschiedlichen Kanälen nachkommen und ihr

Mögliche tun, um viele Menschen zu erreichen. Es scheint, als wollten sie der Interviewerin vermitteln: „Der Zugang zum Verfügungsfonds wirft keine größeren Fragen oder Probleme auf“. Im Anschluss an die zitierte Passage wechselt die Interviewerin das Thema. Die Ausführungen zeigen, dass ein spezifischer interner Kreis von Akteur*innen im Stadtteil durch direkte Ansprache adressiert wird, während sich andere Akteur*innen über Kanäle wie soziale Medien selbst informieren müssen. Zwar sind diese Formate prinzipiell für alle einsehbar, es ist aber fraglich, ob eine breite Öffentlichkeit – und welche sozialen Gruppen – regelmäßig die Homepage oder den Instagram-Kanal des Quartiersmanagements aufruft oder die Lokalzeitung liest.

Die von Marian Kessler benannten „öffentlichen Plakate“ fallen der Interviewerin bei ihrem ersten Besuch in den Räumen des Quartiersmanagements auf. Dies wird im Folgenden an einem Ausschnitt eines Beobachtungsprotokolls dargelegt:

Ein paar Wochen nach dem Interview stoße ich wieder auf das Thema der Bewerbungspraxis, als ich während meines ersten Besuchs ein Plakat über den Verfügungsfonds im Schaufenster des Quartiersmanagements aushängen sehe. Das Plakat sticht durch eine auffällige Farbgestaltung zwar etwas hervor, hängt aber zwischen so vielen anderen Plakaten und Flyern, dass ich es erst wirklich wahrnehme, als ich die Aushänge im Schaufenster bewusst einzeln durchgehe. Im Zentrum des Plakates ist ein Schriftzug zu lesen, bei dem ich sofort an die als ‚renitent‘ beschriebenen Engagierten denken muss. Dort steht: „Nur beschweren oder selbst anpacken? – Du hast die Wahl!“. Darunter stehen Informationen zum Instrument: „Mit der Sozialen Stadt unterstützen wir euer Engagement: Mit dem Verfügungsfonds können Projekte wie Kunstaktionen oder Stadtteilfeste im Stadtteil umgesetzt werden. Mach auch Du mit!“ Der Text auf dem Plakat ist auf Deutsch verfasst. Auf dem Plakat ist ein Barcode zu finden, über den ich zum Internetauftritt des Quartiersmanagements geleitet werde. Zurück am Schreibtisch recherchiere ich: Die Informationen auf der Homepage sind, so wie alle zur Verfügung gestellten Dokumente zum Verfügungsfonds, nur auf Deutsch verfügbar. Im Gegensatz zum Plakat, dass grafisch durchaus ansprechend gestaltet ist, erscheint mir die Homepage sehr schlicht und etwas unübersichtlich. Ich brauche selbst etwas Zeit, bis ich mich orientiere und die Informationen zum Verfügungsfonds zusammengesucht habe. (Beobachtungsprotokoll „Erster Besuch in Nolden“)

Bereits die textliche Gestaltung des Plakats knüpft an die Konstruktion des traditionell *engagierten* Subjekts in Nolden an. Dies zeigt sich zum einen in der Formulierung der Schlagzeile, indem ein Subjekt adressiert wird, dass artikulationsfähig ist, dessen Beschwerden wahrgenommen werden und das nun aktiv werden und „selbst anpacken“ soll. Die aufgeführten Projektvorschläge, „Kunstaktionen oder Stadtteilfeste“, rekurrieren dabei auf spezifische Arten von Projekten, die tendenziell auf die Aufwertung des Stadtteils im Sinne der *Engagierten* zielen. Die

Adressierungspraxis des *engagierten* Subjekts zeigt sich neben der Textgestaltung auch darin, dass die Dokumente ausschließlich in deutscher Sprache verfasst sind. Dies ist ein weiterer Aspekt, der darauf schließen lässt, dass *Südosteuropäische Zuwanderer* damit nicht adressiert werden, denn ihnen wird zugeschrieben, kein Deutsch zu sprechen (vgl. Kapitel 6.1).

6.4.2 Übersetzungspraxis und die Subjektkonstitution im Stadtteil

Zur Kontextualisierung der im vorherigen Abschnitt herausgearbeiteten Adressierungspraxis im Verfügungsfonds wird ein kontrastierender Vergleich angeführt. Dieser verdeutlicht, wie Dokumente im Zusammenhang mit sozialer Stadtentwicklung auf verschiedene Adressat*innen verweisen und mit spezifischen Problemdeutungen versehen sind. Der folgende Ausschnitt entstammt einem Beobachtungsprotokoll, das ein Tür-und-Angel-Gespräch mit Marian Kessler dokumentiert:

Ich bin aktuell für ein paar Tage in Nolden und heute mit Marian Kessler verabredet. Es gibt keinen spezifischen Anlass für das Treffen, wir treffen uns einfach für einen Austausch über den Verfügungsfonds und mein Projekt. Wir sitzen in einem Raum des Quartiersmanagements an einem kleinen Tisch und unterhalten uns. Ich spreche Marian Kessler auf den unbesetzten Platz im Entscheidungsgremium an, der eigentlich für migrantisch adressierte Organisationen vorgesehen ist. Ich hatte am gleichen Tag zuvor mit einer Kollegin von Marian Kessler darüber gesprochen, die erzählte, dass die Plätze mal von einem muslimischen Verein besetzt waren. „Katja Kühn [Kollegin von Marian Kessler] hat mir heute Morgen erzählt, dass der Platz mal besetzt war. Weißt du da etwas drüber?“ Marian Kessler antwortet: „Seitdem ich hier bin, sind die Plätze unbesetzt. Aber jetzt, wo du es sagst, fällt mir gerade ein, dass es hier eine Migrantenselbstorganisation der Roma gibt. Mir fällt gerade ein, dass ich die mal fragen kann, ob die Lust haben, mal beim Entscheidungsgremium dabei zu sein. Die könnten ja auch erstmal nur zuhören.“ Er fügt hinzu: „Es wäre auch schön, wenn die Personen mal selbst Projekte initiieren. Aber der Prozess ist auch kompliziert. Man muss einen Antrag stellen, dann muss man das Geld meistens auslegen und nachher auf den Cent genau die Rechnungen einreichen. Wenn da irgendwas falsch ist, dann gibt es das Geld nicht.“ Ich frage nach dem genannten Verein. Marian Kessler antwortet: „Die bieten Sprachkurse an und haben Sprachmittler und sowas. Ich möchte gerne zusammen mit dem Verein und den städtischen Entsorgungsbetrieben ein gemeinsames Projekt machen. Das soll eine Müllaktion mit vorheriger Aufklärung und dann einer gemeinsamen Müllsammelaktion werden. Und das soll dann einmal im Frühjahr und einmal im Herbst veranstaltet werden. Es gibt auch eine Broschüre, in der in vielen Sprachen übersetzt ist, wie Müll getrennt wird. Liegt hier eine?“ Marian schaut vor sich auf einen Tisch, der voll mit verschiedenen Broschüren liegt. „Ach nein, die liegen glaube ich drüber. Kann ich dir gleich mal geben.“ Ich antworte: „Ja gerne.“ Etwas später schaue ich mir die Broschüre an. Darauf zu sehen ist eine Tabelle, in der aufgeführt wird, welche Abfallsorten in welche

Mülltonnen gehören. Die Darstellung erfolgt in sieben verschiedenen Sprachen, darunter Bulgarisch und Rumänisch. Das Ganze wird jeweils zusätzlich mit Bildern veranschaulicht. (Beobachtungsprotokoll „Zwei Tage in Nolden“)

Der Ausschnitt aus dem Beobachtungsprotokoll verdeutlicht, dass es im Arbeitskontext des Quartiersmanagement durchaus eine spezifische Praxis gibt, in der das konstruierte Problemsubjekt *Südosteuropäische Zuwanderer* adressiert wird: zum Umgang mit Müll im Stadtteil. Hier wird auch der genannte Verein von Rom*nja als Kooperationspartner eingebracht – als Mittler für müllpädagogische Angebote. Auf die Nachfrage der Interviewerin im Gespräch erscheint die Gruppe ad hoc als mögliche Akteurin für die Besetzung der freien Posten im Entscheidungsgremium. Kessler relativiert zugleich aber, indem der Verfügungsfonds als zu kompliziert beschrieben und die migrantisch adressierte Organisation als „nicht fähig“ konstruiert wird, die bürokratischen Praktiken der Antragsstellung und -durchführung vorzunehmen und in finanzielle Vorleistung zu gehen. Dies steht kontrastierend zur im Interview eingebrachten Darstellung, „kann jeder kommen“ (vgl. Kapitel 6.4.1). Der Verweis auf die Broschüre zur Mülltrennung zeigt zudem, wie die Übersetzungspraxis mit der Adressierungsweise verschiedener Subjekte zusammenhängt: Im Rahmen der Problematisierung von Müll, für das ein konstruiertes Subjekt *Südosteuropäischer Zuwanderer* (mit-)verantwortlich gemacht wird, gibt es ein übersetztes Regelblatt zur *richtigen* Mülltrennung. Mit der geplanten Aktion, die Marian Kessler schildert, ist ebenso wie in den Verfügungsfonds-Projekten eine Erziehung und Normierung der Adressat*innen angestrebt und das Subjekt *Südosteuropäische Zuwanderer* adressiert. Die Beobachtung fügt sich in die bislang herausgearbeitete Adressierungspraxis in Nolden ein. Während der Verfügungsfonds das Subjekt der *Engagierten* anspricht, wird das Problemsubjekt *Südosteuropäische Zuwanderer* durch einen übersetzten Flyer zur Mülltrennung und Lehrangeboten zur Mülltrennungspraxis adressiert, für deren Vermittlung eine migrantisch adressierte Rom*nja-Organisation dient.

6.4.3 Zwischenfazit

Die Analyse zeigt, wie die *Engagierten* in der Praxis des Verfügungsfonds zu Adressat*innen dessen Instrumente werden. Wenngleich das Quartiersmanagement betont, einen niedrigschwelligen Zugang zum Verfügungsfonds zu gewährleisten, richtet sich die Ansprache durch eigene Kanäle in sozialen Medien oder auf Formaten wie der Stadtteilkonferenz letztlich an Personen, die bereits Teil der lokalen Beteiligungsstruktur sind. Das Werbeplakat unterstreicht diesen Eindruck, indem die sprachliche und stilistische Gestaltung gezielt das Subjekt der *Engagierten* anspricht. Somit wird die Bewerbung des Verfügungsfonds nicht

genutzt, um breitflächig Bewohner*innen und Gruppen im Stadtteil zu erreichen, sondern verbleibt primär innerhalb der etablierten lokalen Beteiligungsstruktur.

Der Mitarbeiter des Quartiersmanagements zeigt sich zwar offen bezüglich der Partizipation eines lokalen Rom*nja-Verein im Verfügungsfonds, führt diesen aber in erster Linie (wieder eher) als Sprach- und Kulturmittler ein, indem er ihm die Rolle als Kooperationspartner für ein müllpädagogisches Angebot zuweist. Auch hier verdeutlicht sich, dass der Verein keine gleichberechtigte Rolle erhält oder zumindest nicht als *engagiert* in Nolden wahrgenommen wird – trotz der lokalen Aktivitäten des Vereins. Die unterschiedliche Adressierungspraxis der Subjekte *Engagierte* und *Südosteuropäische Zuwanderer* spiegelt sich ferner in der Übersetzungspraxis wider: während ein Flyer zur Mülltrennung in verschiedenen Sprachen verfügbar ist, sind die Informationen zum Verfügungsfonds allein in deutscher Sprache verfasst.

6.5 Zur Problemgruppenkonstruktion in der Praxis eines Verfügungsfonds-Projektes

In diesem Kapitel erfolgt die Analyse der sozialen Praxis eines Verfügungsfonds-Projektes. Zunächst wird dieses über den Projektantrag im Hinblick auf die Einbettung in das lokale Setting der sozialen Stadtentwicklung analysiert (Kapitel 6.5.1), woran die Auswertung der Projektpfaxis entlang der Analyse der Müllsammelpraxis (Kapitel 6.5.2), sozialer Kontroll- und Grenzziehungspraktiken (Kapitel 6.5.3) sowie der Kollektivierung der Teilnehmer*innen in der sozialen Praxis (Kapitel 6.5.4) anknüpft.

6.5.1 Der Projektantrag „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“

Bereits der Titel des Projekts verweist mit dem Bestandteil „Interkulturalität“ auf *Kultur* als zentrale Differenzkategorie. In der „Kurzdarstellung“ des Projektes am Anfang des Antrags wird dieses wie folgt vorgestellt:

Das Projekt ist ein Angebot für Kinder. Im Fokus steht dabei, durch gemeinsame Aktivitäten ein friedliches und interkulturelles Miteinander der Kinder zu fördern. (Antrag „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“)

Die Intention, „ein friedliches und interkulturelles Miteinander zu fördern“, impliziert im Umkehrschluss die Anwesenheit von Konflikten zwischen den Adressat*innen, die hier weiter mit Kindern spezifiziert werden. Ohne nähere Erläuterung dieser Konflikte wird deren Befriedung mit dem Projekt anvisiert. „Interkulturalität“ ist in diesem Abschnitt ein Teil der Problemdimension. Die

Ausgangssituation des Projektes formulieren die Antragsteller*innen anschließend folgendermaßen:

Das Projekt zielt darauf ab, Kinder verschiedener kultureller Hintergründe durch ein offenes Angebot zusammenzubringen. Es reagiert auf die im ISEK geäußerte Kritik, dass im Stadtteil ein Mangel an Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche besteht. Dieser Bedarf wurde zudem auf der vom Quartiersmanagement organisierten Akteurskonferenz von den Fachkräften bestätigt. (Projektantrag „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“)

Im ersten Satz kommt entgegen der Formulierung weniger die Ausgangssituation zur Sprache als eine inhaltliche Wiederholung der Kurzbeschreibung des Projektes. „Interkulturalität“ wird als das Zusammenbringen von „Kindern verschiedener kultureller Hintergründe“ verstanden, der Bedarf an einem solchen Projekt dann von einem Mangel an Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche im Stadtteil abgeleitet. Die Begründung rekurriert dabei auf das ISEK und eine durch das Quartiersmanagement organisierte „Akteurskonferenz“. Wie zur Legitimierung des Handlungsbedarfes erfolgt der Verweis auf „Fachkräfte“, die den Bedarf eines solchen Projektes betont haben. Eine Begründung, warum „Kinder verschiedener kultureller Hintergründe“ zusammengebracht werden sollen, findet sich nicht. Weiter wird die Zielgruppe im Antrag nicht mehr allein mit dem Merkmal „Kultur“, sondern spezifisch mit Migration verknüpft:

Zielgruppe sind alle Kinder des Stadtteils, mit besonderem Fokus auf Kinder mit Flucht- und Migrationshintergrund. (Projektantrag „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“)

In einer Beschreibung des Projektinhaltes zählen die Antragsteller*innen dann unterschiedliche Aktivitäten auf, die im Projekt geplant werden und exemplarisch folgendermaßen aussehen:

- Bepflanzen von Beeten
 - Bauen eines Bücherschranks
 - Bastelaktionen, z. B. mit Naturmaterialien
 - Aufräumaktionen mit Bildungs- und Erlebniselementen
 - Spielen mit verschiedenen Spiel- und Sportgeräten, die aus Mitteln des Verfügungsfonds finanziert werden
 - ...
- (Projektantrag „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“)

Die Aufzählung ist lang und wirkt zunächst wie eine Aneinanderreihung typischer Beschäftigungen mit Kindern. In dieser längeren Aufzählung sind die

„Aufräumaktionen“ besonders hervorzuheben. Anders als bei den anderen Aufzählungen wird hier explizit der Zusatz – mit Bildungs- und Erlebniselementen – angefügt. Durch die geplanten „Aufräumaktionen“ soll also einerseits ein Lernerfolg bei den Kindern erzielt sowie andererseits ein im positiven Sinne aufregend gestaltetes Angebot geschaffen werden. In der Projektpraxis zeigen sich die „Aufräumaktionen“ als regelmäßiges Eingangsritual der Projektpraxis, das anschließend von einer Phase des „Spielens mit verschiedenen Spiel- und Sportgeräten“ abgelöst wird.

6.5.2 Müllsammeln als Eingangsritual

Die Auswertung startet mit einem Ausschnitt aus dem Interview mit der Projektleiterin Andrea Arendt, das vor Beginn der teilnehmenden Beobachtung des Projektes geführt wird. Die Gesprächspartnerin verknüpft den im Antrag als „Aufräumaktionen“ angeführten Programmpunkt (im Interview als Müllsammeln spezifiziert) mit der Konstruktion des Problemsubjekts *Südosteuropäische Zuwanderer*:

Andrea Arendt: Und (.) ich sag mal, es gibt da längst eigentlich so Rituale, die sich KOMPLETT eingebrannt haben und wo die Kinder auch total drauf stehen, zum Beispiel, als erstes Mal, bevor überhaupt gespielt wird, machen wir gemeinsam den Platz sauber. Die kommen angerannt und sagen: ‚Wir wollen Müll sammeln‘, ja? [...] Da haben die einen Riesenspaß dran, die brauchen einfach nur Beschäftigung, ja? Was natürlich der Effekt auch wieder ist, die holen sich dann Wassereis und schmeißen dann trotzdem wieder den Müll auf den Boden, ne? [Interviewerin: Okay] Das ist total verrückt, wenn man sie dann DIREKT anspricht, weil das so fest im Kopf ist, überall hier, das hat jetzt nicht nur mit Roma oder/ wir haben da auch ne bunte Mischung, da sind auch Deutsche bei, polnisch, aber es ist schon/ der Roma (.) oder also Rumänen und Bulgaren, ist schon (.) Hauptanteil inzwischen, ja. (..) (Interview Antragstellerin Andrea Arendt, Pos. 284–305)

Hier wird das Müllsammeln als Ritual eingeführt, auf das die Kinder „total [...] stehen“ – das im Antrag angeführte Erlebniselement für die Kinder scheint nach Ansicht der Projektleiterin erfüllt. Mit der Anmerkung „die brauchen einfach nur Beschäftigung“ schließt Andrea Arendt an das Deutungsmuster an, das in den vorherigen Kapiteln ebenfalls herausgearbeitet wurde: Projekte sollen initiiert werden, um die Kinder im erwünschten Sinne zu beschäftigen. Der im Antrag ebenso anvisierte Bildungserfolg durch das „Müllsammeln“ bleibt ihrer Meinung nach jedoch aus, weil die Kinder den Müll anschließend trotzdem wieder auf den Boden werfen. Die Ursache dafür verortet die Projektleiterin bei den Kindern selbst, indem sie diesen einen nicht erlernten richtigen Umgang mit Müll

zuschreibt, den sie auf eine vermeintlich verfestigte Eigenschaft („so fest im Kopf drin“) der Kinder zurückführt. Dies bezieht sie dann auf „Roma“, die sie synonym mit „Rumänen und Bulgaren“ setzt. Als Differenzgruppen werden dabei auch andere Kinder gesetzt, wobei die Bemerkung, der „Hauptanteil“ sei inzwischen „Roma (.) oder also Rumänen und Bulgaren“ darauf verweist, dass die Zuschreibung von Unbelehrbarkeit aufgrund vermeintlich kultureller Eigenschaften auf das Problemsubjekt Südosteuropäische Zuwanderer zielt. Während der mehrmals stattfindenden teilnehmenden Beobachtung des Projektes wird die Forscherin dann Zeugin der Praxis, die hier anhand einer Protokollsequenz dargestellt wird:

*Ich nehme heute zum zweiten Mal am Projekt teil. Als ich an diesem Tag am Birkenplatz und an dem Freizeitcontainer ankomme, an dem das Projekt stattfindet, ist eine Projektmitarbeiterin, Sophie, als Einzige des Leiter*innenteams schon da. Sophie und ich begrüßen uns. Ich schaue mich auf dem Platz um und sehe drei Kinder jeweils allein mit Müllzangen und Eimern in der Hand über den Platz laufen. Es stehen noch mehrere der Müllzangen, einige leere Eimer und eine große blaue Mülltüte vor dem Container. Die Müllzangen sind ungefähr einen Meter lang, haben oben einen Griff, mit dem unten eine Zangenkonstruktion betätigt werden kann, um den Müll auf dem Boden zu greifen und dann in den Eimer zu schmeißen. Einen Moment später kommen etwa zehn Kinder auf den Container zugelaufen. Sie scheinen das Eingangsritual des Müllsammelns schon zu kennen. Sophie geht zu den ausliegenden Zangen und Eimern und verteilt diese an die Kinder. Es findet keine verbale Kommunikation zwischen der Projektmitarbeiterin und den Kindern statt, keine Begrüßung. Es scheint allen klar zu sein, dass nun Müll gesammelt wird. Die Kinder gehen mit Eimern und Müllzangen los und Sophie setzt sich auf eine Bank vor dem Container. Ich setze mich neben sie. Ich habe sie beim letzten Mal schon kurz kennengelernt, aber noch nicht viel mit ihr gesprochen. Wir unterhalten uns ein bisschen. Sie erzählt, dass sie auch noch bei einem anderen Projekt eines anderen Vereins im Stadtteil mitmacht. Während wir weiter auf der Bank vor dem Container sitzen und uns unterhalten, kommen zwischendurch immer wieder Kinder und bringen ihre gefüllten Eimer zum Ausleeren. Sophie hält dann eine große blaue Mülltüte auf und die Kinder leeren den Eimer darin aus. Die meisten Kinder gehen daraufhin noch ein zweites Mal los. Irgendwann entsteht eine Gesprächspause und Sophie und ich schauen beide auf den Platz. Ich sehe, dass weiter hinten auf dem Platz eine kleine Gruppe von Kindern an einer Ansammlung von Sperrmüll steht und Müll sammelt. Sophie scheint das Gleiche zu beobachten und kommentiert lachend: „Wenn die jetzt da den Sperrmüll wegräumen, hat das den Sinn natürlich verfehlt.“ Zwei Jungs kommen aus der Richtung mit vollen Eimern wieder und leeren diese in den großen Müllsack aus. Einer der Jungs sagt: „Ich will nicht mehr.“ Sophie antwortet: „Dann stell die Sachen mal hierhin“ und deutet auf eine Fläche vor einem Hochbeet. Der Junge stellt den Eimer und die Greifer an die Seite, der zweite Junge folgt ihm. Sophie fragt: „Wollt ihr jetzt etwas spielen?“ Die Kinder rufen: „Jaaa!“. Sophie geht daraufhin in den Container und bringt Hula-Hoop-Reifen, Springseile, Bälle*

*und verschiedene Wurfspiele raus. Bei den insgesamt sieben Teilnahmen am Projekt wird das Eingangsritual des Müllsammelns jedes Mal durchgeführt. Je nachdem, wer von den Projektmitarbeiter*innen zuerst am Container ankommt, schließt diesen auf und gibt Müllzangen mit Eimern und großen blauen Mülltüten an Kinder heraus, die kommen. Wenn noch keine Kinder da sind, wird das Material schon mal vor den Container gestellt. Das füllt meist die ersten 20 bis 30 Minuten des Programms aus. Hin und wieder nehmen sich auch einzelne Mitarbeiter*innen Müllzange und Eimer, gehen über den Platz und sammeln Müll. (Beobachtungsprotokoll Projekt „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“, zweite Teilnahme)*

6.5.3 Soziale Kontrolle und räumliche Grenzziehungen

Die an die Müllsammelpraxis anschließende Spielpraxis ist an allen beobachteten Projekttagen insgesamt von wenig Struktur geprägt. Demgegenüber steht jedoch eine starke soziale Kontrollpraxis. Dies zeigt sich exemplarisch am folgenden Ausschnitt aus dem Beobachtungsprotokoll der dritten Teilnahme am Projekt:

*Nachdem das Müllsammeln beendet ist, holt Andrea das Spielzeug in großen Taschen aus dem Container heraus und legt es davor auf den Boden. Es gibt verschiedene Wurf- und Ballspiele, Seile, Hula-Hoop-Reifen, Stelzen und Pedalos. Die Spielsachen in den Tüten sind nicht sortiert. Rund zehn Kinder versammeln sich um die Tüte. Sie nehmen Spielsachen heraus, legen sie wieder rein, reichen sie sich gegenseitig weiter. Die Kinder verteilen sich auf dem Platz. Irgendwann liegen die Spielsachen um die Tasche verstreut. Ein Junge fragt mich, ob ich ihm helfen könnte, die passenden Bälle für ein Wurfspiel, dass er in der Hand hält, zu suchen. Ich gehe mit ihm zur Spielzeugtute und suche mit ihm danach. Wir finden die passenden Bälle nicht. Der Junge legt das Spiel zurück und nimmt sich einen Hula-Hoop-Reifen. Die anschließende Spielphase hat keinen für mich erkennbaren festen Ablauf. Keiner der Projektmitarbeiter*innen gibt einleitende oder erklärende Worte. Während des Spielens nehmen sich die Kinder die Geräte, mit denen sie spielen möchten, legen andere Geräte wieder zurück. Die Spielgeräte liegen irgendwann über den Platz verteilt. (Beobachtungsprotokoll Projekt „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“, dritte Teilnahme)*

Die Ausgabe der Spielgeräte folgt diesem Muster bei allen Teilnahmen am Projekt: Die Geräte werden herausgelegt oder an anderen Tagen direkt aus dem Materialcontainer herausgegeben, während die Spielphase wenig Struktur aufweist. Dies lässt zwar Raum für eigene Entscheidungen der Kinder – sie können sich auswählen, was sie spielen und mit wem sie spielen möchten –, aber die Situation wirkt gerade dadurch auch chaotisch und unübersichtlich. So liegen einzelne Teile für die Spiele, z. B. in der Situation des Zusammensuchens des Wurfspiels, nicht beieinander, sondern müssen erst zusammengesucht werden und

sind wiederholt unvollständig. Die lockere Spielpraxis steht in einer Gleichzeitigkeit mit räumlicher Kontrolle durch die Projektmitarbeiter*innen, welche sich in Praktiken zeigt, die sicherstellen sollen, dass die Kinder mit den Spielgeräten nicht den Platz verlassen:

*Andrea sagt zu mir: „Wenn wir heute so viele Ehrenamtliche sind, dann können wir auch mal wieder alle Spielsachen rausholen. Aber dann ist es wichtig, dass zwei Personen am hinteren Ende des Platzes stehen und gucken, dass die Kinder mit den Spielsachen nicht weglauen. Wir warten noch bis Claudia kommt und dann können wir starten.“ Als Claudia ein paar Minuten später kommt und wir vollzählig sind, werden Aufgaben für den heutigen Tag verteilt. Ich melde mich für die Aufgabe, die Andrea zuvor erläutert hat: den Platz zu bewachen. Ich möchte einen Eindruck davon bekommen, wie sich das für mich anfühlt. Es meldet sich noch eine weitere Person, die sich an eine andere Ecke des Platzes stellt. An die weitere Aufgabenverteilung zwischen den Ehrenamtlichen erinnere ich mich beim Schreiben des Protokolls nicht mehr, ich habe aber auch den Eindruck, dass es bei der Aufgabenverteilung in erster Linie um die Zuteilung der Aufpass-Aufgabe ging. Ich soll mich an eine Ecke des Platzes stellen und begebe mich zu meinem Posten, rund 100 Meter entfernt vom Container. Ich sehe, wie sich Kinder dort Spielgeräte nehmen und sich auf dem Platz verteilen. Während ich dort stehe und ‚auf passe‘, fühle ich mich unwohl, weil ich einfach in der Gegend stehe, ohne sichtbar irgend etwas zu tun. Ich hole mir einen Hula-Hoop-Reifen, damit ich mich beschäftigen kann. Oder geht es mir eher darum, vor den Kindern beschäftigt auszusehen und meine Rolle als Aufpasserin zu verstecken? Zwischendurch kommen Kinder zu mir, um mir mit den Spielgeräten etwas zu zeigen. Einmal zeigt mir ein Junge, wie er den Hula-Hoop-Reifen um seine Hüfte drehen kann. Er fragt mich, ob ich das mit ihm machen möchte. Ich nicke und mache mich bereit. Er zählt an, damit wir gleichzeitig anfangen, den Reifen um unsere Hüften kreisen zu lassen. Wir machen einen kleinen Wettbewerb daraus. Als wir das zwei- oder dreimal gemacht haben, sehe ich, wie ein Kind mit einem Müllgreifer an mir vorbei zu einem Hauseingang geht. „Mist“, denke ich, „da muss ich jetzt hinterher.“ Ich sage zu dem Jungen: „Warte einen ganz kurzen Moment. Ich bin sofort wieder da.“ Der Junge nickt. Ich laufe zu der Hauseinfahrt, die ca. 50 Meter entfernt ist und sage dem Kind, dass es mit der Müllzange doch bitte wieder zurückkommen soll. Das Kind dreht sich um und geht mit der Müllzange wieder auf den Platz. Als ich anschließend zurück zu dem Jungen mit dem Hula-Hoop-Reifen gehen möchte, sehe ich, wie er gerade wieder zurück zum Container gelaufen ist und sich zusammen mit einem anderen Jungen etwas anderes zum Spielen sucht. Ich ärgere mich darüber, dass ich mit dem Jungen nicht weiter den Hoola-Hoop-Wettbewerb machen konnte, und denke: „Eigentlich sollte das Programm doch auch davon leben, dass man sich kennenlernen. Das funktioniert nicht, wenn ich mit einem Auge immer darauf achte, dass sich kein Kind vom Platz entfernt und die Spielgeräte hierbleiben.“ Irgendwann fängt es an zu regnen. Hektisch fangen die Projektmitarbeiter*innen an, die Spielgeräte einzusammeln und sich im Eingang des Containers unterzustellen. Auch ich stelle mich dazu. Kurz darauf ist dem Platz ist kein*

einziges Kind mehr zu sehen. Wie die letzten Male bin ich überrascht, wie „plötzlich“ alle Kinder weg sind. So wie es kein Begrüßungsritual gibt, so gibt es auch kein Ritual der Verabschiedung. Der Regenschauer dauert knapp zehn Minuten. Anschließend bringen Kinder teilweise noch Spielgeräte zurück. Ein Junge kommt, deutet auf ein Wohnhaus und bittet jemanden von uns, mitzukommen. Claudia sagt: „Da sind bestimmt noch Geräte von uns. Ich gehe mal eben mit und schaue.“ Ein paar Minuten später kommt sie zurück und holt einen kleinen gelben Ball aus der Jackentasche: „Ich glaube, die haben uns verarscht und haben uns einen Ball untergejubelt, der gar nicht von uns ist“, sagt sie lachend. (Beobachtungsprotokoll Projekt „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“, dritte Teilnahme)

Die Kontrollpraxis, die entwickelt wurde, um eine Entwendung von Spielgeräten zu verhindern, ist ein Lösungsansatz, der zuvor beschriebenen Unübersichtlichkeit entgegenzuwirken. Für die Analyse zentral ist jedoch die implizite Zuschreibungspraxis, die der Kontrolle zugrunde liegt: diese findet statt, weil die Kinder unter Generalverdacht stehen, die Spielzeuge wegzunehmen. Dabei spielt es weniger eine Rolle, ob (oder wie häufig) es passiert, dass die Kinder die Spielsachen wirklich entwenden; die Kinder entkommen schlicht dem Verdacht nicht. Auch als ein Kind eine Ehrenamtliche extra ruft, um auf einen Ball aufmerksam zu machen, den ein Kind möglicherweise mitgenommen hat, wird von diesem vielmehr angenommen, diesen den Ehrenamtlichen „untergejubelt“ zu haben, wodurch der Eindruck verstärkt wird, den Kindern könne nicht getraut werden.

Eine Reflexion, dass es möglicherweise an der Konzeption des Projektes liegen könnte, wenn Kinder mit Spielgeräten den Platz verlassen und woanders weiterspielen, erfolgt nicht. Die gesamte Struktur des Projektes ist unverbindlich, es werden keine gemeinsamen Aktionen durchgeführt, keine angeleiteten Spiele gespielt und insgesamt keine Gruppendynamik forciert, die ein Gemeinschaftsgefühl und Vertrauen zwischen den Projektmitarbeiter*innen und den Teilnehmer*innen sowie den Teilnehmer*innen selbst schaffen könnte. Vielmehr verbleiben die Teilnehmer*innen in der Position des Kollektivsubjekts *Südost-europäische Zuwanderer*, denen zugeschrieben wird, „einfach nur Beschäftigung zu brauchen“, um nicht durch störendes Verhalten aufzufallen, und die unter Generalverdacht gestellt werden, Spielgeräte zu entwenden.

6.5.4 Kinder als namenloses Kollektivsubjekt

Im Interview stellt Andrea Arendt auf Nachfrage der Interviewerin den Kreis der Teilnehmer*innen des Projektes folgendermaßen dar:

Interviewerin: Wie ist so die Resonanz auf euer Projekt? Wie viele Teilnehmende gibts da so?

Andrea Arendt: Das ist (.) also gerade da auf dem Birkenplatz, das ist der KNALLER. (Lacht) Also ich sag jetzt mal, wenn wir da schon ankommen, wi/wir können ja gleich mal wirklich da runter gehen. Ich weiß nicht, ob jetzt da was los ist, keine Ahnung, das ist auch immer unterschiedlich, aber das geht relativ schnell und dann kommen ganz viele. Das ist/ ich sag mal, das Minimum vielleicht (.), an ganz ganz schlechten Tagen, vielleicht zehn Kinder, aber wir haben auch schon mit 50, 60 da (.) ja? Also/ Im Durchschnitt würde ich mal sagen, 20, 30, die dann kommen und das ist natürlich auch immer so wechselweise, aber teilweise ist das auch nicht beherrschbar, das ist genau der Punkt, kommt drauf an, wie viele Leute wir sind. (Interview Projektleiterin „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“, Pos. 256–280)

Andrea Arendt stellt die Teilnehmer*innenzahl als Menge dar, die in der Anzahl variiert, wobei eine hohe Quantität als Beleg dafür dient, dass das Projekt erfolgreich ist. Die Gesprächspartnerin verwendet eine begeisterte Ausdrucksweise und bringt damit hervor, dass das Projekt auf dem Birkenplatz beliebt ist und, als Antwort auf die Frage der Interviewerin, große Resonanz erfährt. Die Kinder werden als begeisterte Teilnehmer*innen präsentiert, die schnell und zahlreich erscheinen, sobald das Projekt startet. Die Situation wird dabei aber aufgrund der z. T. hohen Zahl an Kindern als schwer kontrollierbar dargestellt.

In einem Memo, welches im Anschluss an die teilnehmenden Beobachtungen verfasst wird, reflektiert die Forscherin den wiederholten Eindruck, dass die teilnehmenden Kinder im Projekt *wie aus dem Nichts* auftauchen und am Ende des Projektes *plötzlich* wieder verschwunden sind:

*In einer Rückschau auf meine Aufzeichnungen beschreibe ich die Kinder oft als „plötzlich da“ oder „plötzlich weg“. Auch fällt mir auf, dass ich die Kinder in meinen Aufzeichnungen selbst kaum als Personen mit individuellen Merkmalen beschrieben habe. Diese Aspekte sind meines Erachtens charakteristisch für die beobachtete Projektpraxis, in der die Kinder als Kollektiv adressiert werden, die kommen und gehen, ferner unkontrollierbar sind. Oft wirkt es so, als seien die Kinder plötzlich da, manchmal allein, manchmal zusammen mit anderen Kindern. Während des Müllsammelns sind die Interaktionen zwischen den Projektmitarbeiter*innen und den Teilnehmer*innen meist darauf beschränkt, dass erstere regelmäßig die Mülltüten aufhalten, während letztere ihre Mülleimer ausleeren. Auch darüber hinaus spielen die Ehrenamtlichen zwar hin und wieder mit den Kindern, aber auch in diesen Interaktionen nehme ich nicht wahr, dass sich Projektleiter*innen und Teilnehmer*innen kennen oder gegenseitig etwas voneinander wissen (möchten). Meine Beobachtung, dass die Kinder in der sozialen Praxis nicht als Individuen, sondern als Kollektiv adressiert werden, durchzieht alle Projekttage, an denen ich teilnehme. Ich beobachte keine Praktiken des Kennenlernens oder des Kennens und die Kinder werden nicht mit ihrem Namen angesprochen. Hin und wieder beobachte ich zwar, dass einzelne Projektmitarbeiter*innen, vor allem solche, die das erste oder zweite Mal dabei sind, individuell nach den Namen einzelner Kinder fragen. Aber daraus*

*entwickelt sich keine Routine und die wahrgenommene soziale Distanz verkleinert sich nicht. Ich beobachte das auch bei mir: Eigentlich bin ich bemüht, die Kinder während meiner Projektteilnahmen nach ihrem Namen zu fragen und mir diese zu merken. Dies gelingt nur vereinzelt und wenn, entsteht daraus kein wirklich persönliches Verhältnis zu den Kindern. Ich frage mich, warum die Namen der Kinder hier größtenteils keine Rolle spielen, obwohl ich spätestens bei meiner dritten Teilnahme fast alle Kinder von den Projekttagen zuvor wiedererkenne. Auch die Kinder erkennen mich wieder: Bei meiner ersten Teilnahme haben mich viele Kinder gefragt, wer ich bin. Schon beim zweiten Mal fragte mich niemand mehr: „Bist du neu?“ Die Kinder kommen und gehen, und für das Projekt gibt es zwar Richtzeiten, aber manchmal ist es für mich nicht ersichtlich, wann das Programm offiziell beginnt und vor allem, wann es endet. Mal ist es der Regen, der dazu führt, dass alle Spielsachen zügig eingesammelt und das Projekt damit beendet ist, mal ist es eine informelle Absprache zwischen den Ehrenamtlichen, dass die Spielsachen eingesammelt werden. Sobald die Spielsachen eingesammelt sind, leert sich auch der Platz langsam – ohne Verabschiedungen zwischen Projektmitarbeiter*innen und Teilnehmer*innen. (Memo zur Projektpraxis „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“)*

Es zeigt sich, dass die Kinder auch in der Projektpraxis nicht aus dem Status des Kollektivsubjekts Südosteuropäische Zuwanderer herauskommen. Sie werden weiterhin als homogene Gruppe adressiert, als Kollektiv, das auf dem Platz erscheint und irgendwann wieder weg ist. Die entindividualisierende Adressierung der teilnehmenden Kinder wird besonders durch die Nicht-Nennung der Namen der Kinder deutlich. Das Projekt verbleibt unverbindlich, obwohl die gleichen Teilnehmer*innen regelmäßig kommen. Diese Unverbindlichkeit seitens der Projektleiter*innen spiegelt sich auch in der Beobachtung wider, dass die Kinder nicht informiert werden, wenn das Projekt ausfällt:

Heute ist für die Zeit des Projektes stattdessen eine interne Besprechung unter den Ehrenamtlichen geplant. Auf dem Weg zur Besprechung gehe ich über den Platz und werde von Kindern angesprochen, die mich erkennen und darauf warten, dass das Projekt gleich losgeht. Ich erzähle ihnen dann, dass das Projekt heute ausfällt. (Beobachtungsprotokoll Planungstreffen)

Die Kinder warten auf dem Platz in der Erwartung, dass das Projekt wie gewohnt stattfindet, und sprechen die Forscherin – hier wahrgenommen und adressiert als eine der Projektleiter*innen – gezielt an. Demgegenüber steht die Entscheidung der Ehrenamtlichen für diesen Tag eine interne Besprechung anzusetzen. Die Kinder werden im Vorfeld nicht über den Ausfall informiert. Es zeigt sich eine Erwartungshaltung und Verbindlichkeit der teilnehmenden Kinder hinsichtlich des Stattdfindens des Projektes hin, die durch die Ehrenamtlichen nicht in gleicher Weise praktiziert wird.

6.5.5 Zwischenfazit

In diesem Kapitel wurde zunächst der Projektantrag „Interkulturelles Freizeitan-
gebot für Kinder“ behandelt, der die anschließende Auswertung der beobachteten
Projektpraxis im Verfügungsfonds kontextualisiert. Der Projektantrag adressiert,
wie in den beiden analysierten Anträgen zuvor, die im Kontext der Diskussion
im Entscheidungsgremium diskutiert wurden (vgl. Kapitel 6.3.1), den zentralen
Problemgegenstand im Stadtteil: *Südosteuropäische Zuwanderer*. Dies erfolgt,
ebenso analog zu den anderen beiden Anträgen, über die Nutzung von Chiffren
(z. B. „Interkulturalität“, „Kinder mit Flucht- und Migrationshintergrund“). Auch
über den expliziten Verweis auf Kontexte der sozialen Stadtentwicklung („ISEK“,
„Akteurskonferenz“) wird ein Bezug zur Problemgruppenkonstruktion *Südost-
europäische Zuwanderer* deutlich.

Dieser Bezug konkretisiert sich sowohl im Gespräch mit der ehrenamtlichen
Projektleiterin als auch in der beobachteten Praxis. Die teilnehmenden Kinder
werden im Interview mit der Projektleitung der konstruierten Gruppe *Südost-
europäischer Zuwanderer* zugeordnet und als homogene Gruppe beschrieben, die
oft in großer Anzahl auftritt.

In der Projektpraxis finden die Kinder ebenfalls nicht als einzelne Individuen,
sondern als Kollektiv statt. Das Projekt reagiert dabei auf die lokale Zuschreibung
devianten Verhaltens von Kindern im öffentlichen Raum im Kontext des Prob-
lemdiskurses sozialer Stadtentwicklung. Dementsprechend zeigt sich das Projekt
in erster Linie als Instrument sozialer Kontrolle denn als qualitatives, fachlich
informiertes pädagogisches Angebot. Mit der regelmäßigen Praxis des Müllsam-
melns zu Beginn jedes Projekttages nimmt es ebenso auf die Anrufung Bezug,
das Subjekt *Südosteuropäische Zuwanderer* sei verantwortlich für ein Müllprob-
lem im Stadtteil. Die anschließende, ansonsten wenig strukturierte Spielpraxis ist
geprägt von einer räumlichen Grenzziehung, wobei die Kinder weiter als nicht
beherrschbare und zu kontrollierende Gruppe positioniert werden. Insgesamt
(re-)produziert die Projektpraxis die zuvor herausgearbeitete Problematisierung
von Kindern im öffentlichen Raum, indem diese kollektiviert und mit dem Ziel
der Normierung hinsichtlich ihres als deviant beschriebenen Verhaltens adres-
siert werden. Die Projektpraxis ist durch eine starke soziale Distanz zwischen
Ehrenamtlichen und Teilnehmer*innen geprägt, die grundlegend auf der asym-
metrischen Machtverteilung zwischen den *Engagierten* und den als *Südosteu-
päische Zuwanderer* adressierten Kindern beruht.

6.6 Zusammenfassung

Die vorangegangene Auswertung der zehnmonatigen teilnehmenden Be-
obachtung des sozialen Settings des Verfügungsfonds in Norden zeigt, dass

Südosteuropäische Zuwanderung durch deutungsmächtige Akteur*innen als zentral zu bearbeitendes *soziales Problem* konstruiert wird. Die Problemgruppenkonstruktion *Südosteuropäischer Zuwanderer* erfolgt dabei entlang der folgenden Merkmale:

- Verknüpfung mit negativ konnotiertem Raum („ehem. Arbeitersiedlung, viel Verkehr, wenig Grün“) und negativem Stadtteilimage
- Soziale Differenzierung entlang von Herkunft und Kultur
- Kollektivierung und Homogenisierung (Zusammenfassung *bulgarischer* und *rumänischer* Bewohner*innen sowie *Rom*na*; Konstruktion erfolgt im Plural)
- Problematisierung über Quantifizierung
- Ethnifizierte bzw. kulturalisierte Zuschreibungen:
 - Von der Norm abweichendes Verhalten im öffentlichen Raum, insbesondere von Kindern
 - Falsche Erziehung der Kinder (Ko-Adressierung von Eltern)
 - Lärm
 - Müll
 - Deviantes Wohnverhalten
 - Soziale und räumliche Abschottung
 - Fehlende Kompetenzen in Bezug auf den Verfügungsfonds
- Positionierung als prioritär zu bearbeitendes *soziales Problem* im Zuge einer Hierarchisierung von Problemgruppen im Stadtteil

Die als *Südosteuropäische Zuwanderer* adressierten Subjekte werden in der lokalen Praxis des Verfügungsfonds in Nolden nicht als an diesem (potenziell und aktiv) Partizipierende betrachtet, sondern zu Adressat*innen der geförderten Projekte des Verfügungsfonds gemacht. Dieser ist damit ein Instrument der *Problembearbeitung* sozialer Stadtentwicklung, indem die bewilligten Projekte, auf die im ISEK grundlegend definierten lokal verorteten, *sozialen Probleme* reagieren. Entsprechend der konstruierten Problemgruppe *Südosteuropäische Zuwanderer* werden Projekte initiiert und durch das Entscheidungsgremium bewilligt. Die Projekte zielen auf die Normierung der als deviant adressierten Subjekte ab. Es wurde zudem gezeigt, dass im Rahmen sozialer Stadtentwicklung im untersuchten Stadtteil neben der Normierung die Verdrängung des Subjekts aus dem Stadtteil anvisiert wird. Legitimation erfährt diese Zielsetzung mit Bezug auf das Konzept sozialer Mischung, indem neue Bevölkerungsgruppen angeworben und die Anzahl *Südosteuropäischer Zuwanderer* im Stadtteil reduziert werden sollen.

Die mit den Aufwertungsmaßnahmen adressierte und sozial erwünschte Bevölkerungsgruppe ist als ein Subjekt der Mittelschicht zusammenzufassen. Dieses wird folgendermaßen konstruiert:

- Zuschreibung eines hohen sozioökonomischen und soziokulturellen Status:
 - „Mittelständische Familien“ oder „Lehrerehepaar“ als synonyme Beschreibung im Material
 - Wahlmöglichkeiten hinsichtlich des Wohnortes
 - Verkörperung sozialer und finanzieller Stabilität
 - Hoher Bildungsgrad
- Repräsentiert erwünschte soziale Norm

Dieses Subjekt taucht hinsichtlich der ihm zugeschriebenen Eigenschaften als positiv konnotiertes Gegensubjekt zur Negativkonstruktion *Südosteuropäischer Zuwanderer* auf, welches durch Aufwertungsmaßnahmen (Sanierung öffentlicher Plätze, Aufwertung von Wohnraum, Aufwertung des Images von Norden) adressiert und als zukünftiger Bewohner angeworben werden soll. Kinder werden explizit mitgedacht, was anzeigt, dass die darin adressierten Kinder ebenso antagonistisch zu den Kindern *Südosteuropäischer Zuwanderer* zu fassen sind. Das konstruierte Mittelschichtsubjekt steht für die im Rahmen sozialer Stadtentwicklung anvisierte erwünschte Zukunftsvision des Stadtteils. Sowohl *Südosteuropäische Zuwanderer* als auch das *Lehrerehepaar* werden dabei allein als konstruierte Subjekte durch deutungsmächtige Sprecher*innen hervorgebracht und nicht als reale, leibliche Individuen sichtbar.

Mit dem herausgearbeiteten Subjekt der *Engagierten*, den ausführenden Fachkräften des Verfügungsfonds aus dem Quartiersmanagement, sowie mit den anonym verbleibenden Beschwerdeführer*innen treten die an der Problematisierung beteiligten Akteur*innen in Erscheinung. Die *Engagierten* werden dabei mit den folgenden Merkmalen verbunden:

- Verknüpfung mit positiv konnotiertem Raum („charmantes Gründerzeitquartier“, „Prenzlauer Berg“) und positivem Stadtteilimage
- Durchsetzungskraft in Bezug auf die eigenen Interessen im Stadtteil („rentient“)
- Zeitlich und strukturell stabile Positionierung als Sprecher*innen durch Hervorhebung des *Engagements* als „Tradition“ des Stadtteils
- Milieuspezifische Zuordnungen:
 - „links“, „grün“, „alternativ“
 - Kreativität
 - Kulturaffinität
 - Urbaner Lebensstil
- Binnendifferenzierung entlang von Alter, wobei sowohl Junge als auch Ältere eingefasst werden („Altgewordene“ und „Nachgewachsene“)

Sie zeigen sich in der Analyse als deutungsmächtige Akteur*innen im Beteiligungsprozess sozialer Stadtentwicklung, denen eine Relevanz für die Funktionsweise

des Instruments und eine stabile Position zugesprochen wird. Als leibliche Subjekte werden sie im Beteiligungsprozess des Verfügungsfonds sichtbar, indem sie als Mitglied des Entscheidungsgremiums, als Projektantragsteller*in und/oder als Mitarbeiter*in in einem geförderten Verfügungsfonds-Projekt partizipieren. Die Subjektposition der *Engagierten* ist – analog zu den *Südosteuropäischen Zuwanderern* und der *Mittelschicht* – zugleich auch als soziale Konstruktion zu fassen, die symbolisch für ein positives Stadtteilimage steht, und damit selbst zu einem Instrument der sozialen Stadtentwicklung wird. An diesem Prozess sind sie als deutungsmächtige Akteur*innen zum einen selbst aktiv beteiligt, zum anderen werden sie durch das Quartiersmanagement als solche präsentiert und positioniert.

Die Mitarbeiter*innen des Quartiersmanagements bringen sich selbst als aktiv handelnde Akteur*innen der sozialen Stadtentwicklung und des Verfügungsfonds in Norden hervor, die die lokalen Handlungsziele der sozialen Stadtentwicklung entsprechend der ihnen aufgetragenen Aufgaben anvisieren. Sie stützen dabei die deutungsmächtige Position der *Engagierten* und tragen sowohl die Problemgruppenkonstruktion *Südosteuropäische Zuwanderer* sowie das Ideal des Mittelschichtssubjekts.

Als deutungsmächtige Akteur*innen tauchen zudem wiederholt Beschwerdeführer*innen auf, die sich negativ über *Südosteuropäische Zuwanderer* äußern. Ihre Position findet sich in zentralen Problematisierungskontexten des Verfügungsfonds (z. B. ISEK, Projektanträge). In diesen verweisen die Verfasser*innen unhinterfragt auf die Beschwerdeführer*innen und übernehmen deren Deutung ohne Konkurrenz. Sie verbleiben in einem anonymen Status und tauchen nicht persönlich auf. Durch den Rückgriff auf sie legitimieren die Sprecher*innen sozialer Stadtentwicklung jedoch die Problemgruppenkonstruktion *Südosteuropäischer Zuwanderer* sowie die daraus entwickelten Maßnahmen.

Diese Ergebnisse werden im Folgenden an den theoretischen Rahmen der Arbeit rückgebunden und interpretiert sowie in den wissenschaftlichen Diskurs eingeordnet.

7 Die lokale Artikulation des Problemdiskurses *Südosteuropäische Zuwanderung* im Lichte gesellschaftlicher Problematisierung

Im Folgenden werden die Ergebnisse an die theoretischen und methodologischen Grundlagen der Arbeit rückgebunden und diskutiert. Ein zentraler Ausgangspunkt ist die Annahme sozialer Konstruertheit *sozialer Probleme* sowie die Einbettung der lokalen Praxis sozialer Hilfen in machtvoll ausgehandelte gesellschaftliche Problematisierungsprozesse. Die Institutionalisierung einer Hilfe ist als Ergebnis erfolgreich durchgesetzter Problemdefinitionen zu betrachten. Sie stellt einen bestimmten Orientierungsrahmen – *institutionelle Problemschemata* – für die lokale Praxis bereit, an dem sich die an der konkreten Problemarbeit beteiligten Akteur*innen orientieren müssen. Diese sind nicht nur Produkt gesellschaftlicher Machtverhältnisse, sondern prägen auch die lokale Praxis, sodass erst eine analytische Betrachtung unter Beachtung machtreflexiver und akteursoorientierter Bedingtheiten der sozialen Hilfe diese Verflechtungen aufdecken kann (vgl. Kapitel 4).

Auf Grundlage dieses Verständnisses zeigt sich in den Daten, dass in der beobachteten lokalen Praxis des Verfügungsfonds *Südosteuropäische Zuwanderung* als zentrales Problem konstruiert und bearbeitet wird. Diese Erkenntnis wird im Folgenden hinsichtlich ihres Bezugs zu gesellschaftlichen Problemdiskursen (Kapitel 7.1), zu den institutionellen Problemschemata sozialer Stadtentwicklung (Kapitel 7.2) sowie zu ihrer lokalen Artikulation und den daran beteiligten Akteur*innen diskutiert (Kapitel 7.3). Zum Ende erfolgt dann die Ableitung zentraler Folgen, die sich aus der Analyse der sozialen Praxis des Verfügungsfonds ergeben (Kapitel 7.4).

7.1 Die lokale Problematisierung *Südosteuropäischer Zuwanderung* im Kontext rassistischer Deutungsmuster gegen Rom*nja

Die in Kapitel sechs herausgearbeiteten zentralen Konstruktionsmerkmale im Problematisierungsprozess *Südosteuropäische Zuwanderung* verweisen auf einen gesamtgesellschaftlichen, historisch und gesellschaftlich tief verwurzelten Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja (Bogdal, 2011; Randjelović, 2019; Unabhängige

Kommission Antiziganismus [UKA], 2021).⁶² So gilt insbesondere die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in die Europäische Union als „Einfallstor für einen neuen Antiziganismus“ (UKA, 2021, S. 260).⁶³ Mit *Südosteuropäischer Zuwanderung* werden dabei „rumänische und bulgarische Newcomer*innen mit zugeschriebenem oder tatsächlichem Roma-Hintergrund“ (UKA, 2021, S. 257) eingefasst und kollektiv als „Rom*nja“ gelabelt.⁶⁴ Der Diskurs wird verstärkt auf Ebene der Kommunen ausgetragen (UKA, 2021, S. 260)⁶⁵ und insbesondere in der medialen Repräsentation stigmatisierend als *Armutszuwanderung* verhandelt (Krauß, 2016). Karim Fereidooni definiert Rassismus gegen Rom*nja als

eine in Deutschland seit Jahrhunderten reproduzierte Form des Rassismus, der dazu beiträgt, Rom*nja [...] als ‚fremd- und andersartig‘ zu imaginieren und sie infolge des gedanklichen Separierungsprozesses aus wichtigen gesellschaftlichen Teilbereichen wie Arbeits-, Bildungs- und Wohnungsmarkt auszuschließen bzw. zu versuchen, ihre bloße menschliche Existenz zu vernichten. (Fereidooni, 2021, S. 37)

Rassismus gegen Rom*nja ist strukturell verankert, zeigt sich häufig auch als institutioneller Rassismus, der die Ausgrenzung und Diskriminierung der Gruppe in allen gesellschaftlichen Bereichen zur Folge hat (Fereidooni, 2021; Kunhardt & Sinning, 2022; Mundt, 2022; Neuburger & Hinrichs, 2021; Scherr & Sachs, 2019; Trompeta, 2017). Isidora Randjelović spezifiziert fünf Merkmale, die kennzeichnend für Rassismus gegen Rom*nja sind (2019, S. 18–20):

1. Rassismus gegen Rom*nja ist eng mit Sexismus verknüpft, der insbesondere Frauen als kriminell und promiskuitiv stigmatisiert und ihnen *schlechte Mutterschaft* unterstellt. Romnja werden dabei als Gegenbild zur bürgerlichen, tugendhaften Frau dargestellt. Diese Konstruktion dient damit zugleich der Disziplinierung sowie der Markierung der stigmatisierten Gruppe.

62 Rom*nja wird hier als Ausdruck der Selbst- und Fremdbezeichnung von Romani-Gruppen verwendet. Zur Beschreibung rassistischer Deutungsmuster stehen im Folgenden die Bezeichnungen Rassismus gegen Rom*nja und Antiromaismus synonym. Diesen Rassismus erfahren auch Sinit*zze. Da es bei den Zuschreibungen im Kontext Südosteuropäischer Zuwanderung vorrangig um Antiromaismus geht, beschränken sich die folgenden Ausführungen auf Rom*nja.

63 Der Beitritt erfolgte am 1. Januar 2007, die sog. Arbeitnehmerfreizügigkeit galt in Deutschland ab 2014.

64 Die Zuschreibung basiert auf fremd- oder selbstzugeschriebenem Rom*nja-Hintergrund (UKA, 2021, S. 257).

65 Von kommunaler Seite wird wiederum vor allem eine fehlende Unterstützung der Kommunen durch Bund und Länder problematisiert (Deutscher Städetag, 2013, 2018).

2. Im Gegensatz zum Rassismus gegen Jüd*innen werden Rom*nja nicht als Welterober*innen stigmatisiert, sondern als primitiv und störend konstruiert. Dieser ist durch historische Verfolgung, Ermordung und (Um-)Erziehung geprägt. Bildung von Rom*nja trägt dabei immer einen *Erziehungsgedanken* in sich und wird nicht als Möglichkeit der Selbstermächtigung gedacht. Rom*nja werden als zu erziehende Außenseiter*innen betrachtet, die infolge entweder zu assimilieren oder auszugrenzen sind. Diese Vorstellung prägt bis heute Programme z. B. zur Arbeitsmarktintegration oder Bildung.
3. Die Deutungshoheit über Identität, Kultur, Sprache, Wirtschaftsformen, Eigen- bzw. Fremdbezeichnungen beanspruchen Gadjé.⁶⁶ Dabei war immer der Ordnungs- und Polizeiapparat (in Form von Kontrolle), Wissenschaft (in Form der Legitimation) und Soziale Arbeit (in Form von Erziehung) an der Produktion von Wissen über Rom*nja beteiligt. Rom*nja werden in diesem Zusammenhang als geheimnisvolles, zu erforschendes Kollektiv dargestellt.
4. Die Verfolgung von Rom*nja ist eng mit einem Diskurs um Nomadentum verknüpft. Nicht-Sesshaftigkeit wird historisch und räumlich übergreifend eng mit dem Lebensstil der konstruierten Gruppe verbunden. Diese Konstruktion blendet aus, dass Rom*nja bis heute von Vertreibung und Flucht betroffen sind, sodass die Mobilität, die ihnen kulturell zugeschrieben wird, letztendlich aus sozialstruktureller Verfolgung resultiert.⁶⁷ Die Konstruktion als *ewige Nomaden* vernachlässigt zudem, dass diejenigen Rom*nja, die weltweit in Armensiedlungen leben, aufgrund der fehlenden Ressourcen, die am wenigsten mobile gesellschaftliche Schicht darstellen.
5. Rom*nja sind an den Diskursen, die sie betreffen, selbst kaum beteiligt. Dies ist zunächst ein allgemeines Merkmal von Rassismus, das sich im Rassismus gegen Rom*nja jedoch besonders stark zeigt. Selbstbeschreibungen der Gruppe werden marginalisiert, während homogenisierende und abwertende Fremderzählungen dominieren und als legitimes Wissen anerkannt werden.

Diese Merkmale zeigen sich auch im lokalen Problemdiskurs in Nolden. Die Kollektivierung und Homogenisierung der Gruppe basierend auf kulturalisierenden und ethnifizierenden Zuschreibungen – *große Familien und viele Kinder, Missachtung der öffentlichen Ordnung und deviantes Verhalten im öffentlichen Raum sowie gruppen-eigene Abschottung nach außen* – verweist auf zentrale Deutungsmuster des rassistischen Diskurses gegen Rom*nja.⁶⁸ Dies spiegelt sich auch in der Akteurskonstellation

⁶⁶ Gadjé ist der Romani-Ausdruck für Nicht-Rom*nja.

⁶⁷ Klaus-Michael Bogdal zeichnet die Verfolgung von romani-Gruppen bis ins Spätmittelalter nach (2011). Für den nationalsozialistischen Völkermord an Sinti*zze und Rom*nja vgl. Fings und Steinbacher (2021)

⁶⁸ Diese zentralen diskursiven Deutungsmuster wurden als quartiersbezogene Konfliktgegenstände im Zusammenhang mit Südosteuropäischer Zuwanderung auch woanders herausgearbeitet (Böckler et al., 2018; Geiges et al., 2017). Matthias Mundt verweist zudem darauf,

tion der Sprecher*innen im Verfügungsfonds wider: Die adressierten Subjekte selbst sind nicht am Problematisierungsprozess beteiligt. Eine Problemkonstruktion erfolgt vielmehr durch eine implizit als *Wir* konstituierte Gruppe, die die Deutungshoheit über die Gegenstände der *Problembearbeitung* im Stadtteil hat und sich im Subjekt der *Engagierten* als auch in den mehrfach eingeführten *Beschwerdeführer*innen* konkretisiert. Die Ausgrenzung der Gruppe wird dabei nicht nur an der Nicht-Beteiligung der Problemgruppe am Partizipationsprozess des Verfügungsfonds deutlich. Sie zeigt sich ebenso an der Positionierung des lokalen Rom*nja-Vereins, indem dieser nicht als eigenständig auftretender und *engagierter* Akteur mit eigenen Interessen, sondern als Stellvertreter für *Südosteuropäische Zuwanderer* und Vermittler in Bezug auf die damit verknüpften Probleme positioniert wird.

Randjelović (2019) hebt in ihrer Definition zudem die Erziehung mit dem Ziel der Assimilation und die Ausgrenzung und Verdrängung als Merkmal von Rassismus gegen Rom*nja hervor. Beide Elemente werden auch in der Analyse des Verfügungsfonds in Nolden deutlich: Während sich die dargestellten Projekte des Verfügungsfonds über Normierung und soziale Kontrolle auf die Assimilation der Adressat*innen an die Mehrheitsgesellschaft⁶⁹ richten, zeigt die Analyse des ISEKs sowie das Interview mit dem Quartiersmanagement, dass *Südosteuropäische Zuwanderer* mit Aufwertungsmaßnahmen des Wohnungsangebots adressiert und letztendlich aus dem Stadtteil verdrängt werden sollen.

Insbesondere mit Stuart Halls Verständnis von Rassismus als „diskursive Formation“ (1994) können die Ergebnisse der Analyse mit dem in dieser Arbeit zugrunde gelegten Diskursverständnis als sozial konstruierte „Wissens-/ Macht-Komplexe“ (Keller, 2011 a, S. 137) gelesen werden: „Die Konstruktion ‚der Anderen‘ teilt die Welt in jene, die dazugehören, und jene, die nicht dazugehören. Das ist keine simple Beschreibung von natürlichen Tatbeständen, sondern hier geht es um die Produktion von Wissen selbst“ (Hall 1989/2022, S. 23). Mit dieser auf Rassismus und Macht basierenden Differenzkonstruktion geht ebenso einher, dass das als normal und zugehörig definierte *Wir* oftmals unmarkiert und unthematisiert bleibt (Kooroshy et al., 2021, S. 25). Die Differenzkonstruktion basiert zudem auf relationaler Macht, wie Albert Scherr in Bezug auf Antirassismus formuliert:

Die Differenzkonstruktionen sind [...] performativ und relational. D. h.: sie begründen und legitimieren Macht- und Herrschaftsverhältnisse (Über-/ Unterordnung;

dass der im Bereich des Wohnens hergestellte Zusammenhang von Südosteuropäischen Zuwanderern und sog. Problemimmobilien Teil eines öffentlich ausgetragenen sozialen Problemdiskurses ist, geprägt durch Ethnisierung und Rassismus gegen Südosteuropäische Zuwanderer (2022, S. 113).

69 Die Verwendung des Begriffs Mehrheitsgesellschaft, in dieser Arbeit synonym auch Dominanzkultur bzw. Dominanzgesellschaft, bezieht sich hier nicht auf Quantität, sondern auf Machtverhältnisse, durch die bestimmte Bevölkerungsgruppen durch Diskriminierung zu einer Minderheit gemacht werden (Rommelspacher, 1998, S. 52).

Privilegierung/ Benachteiligung; Zughörigkeit/ Ausgrenzungen) [...] oder beschreiben diese als anstrebenswert. Zwischen dem jeweiligen ‚Wir‘ und ‚den Anderen‘ wird eine klare Unterscheidbarkeit angenommen, deren Grundlage explizite Eigenschaftszuschreibungen an ‚die Anderen‘ sind; dagegen können die entsprechenden Wir-Konstruktionen implizit bleiben. (Scherr, 2017, S. 310)

Die unhinterfragte und auf Macht basierende Differenzkonstruktion *Südosteuropäische Zuwanderer* als *die Anderen* durch ein *Wir* zeigt sich im gesamten Datenmaterial und wird nicht nur durch die aktiv handelnden Akteur*innen – wie das Quartiersmanagement und die *Engagierten* im *Verfügungsfonds* – deutlich. Der Deutungsanspruch eines mächtigen ‚Wir‘ offenbart sich auch in Formulierungen, in denen aus der Perspektive einer vermeintlichen Allgemeinheit gesprochen wird, sowie in der Bezugnahme auf unbestimmt bleibende *Beschwerdeführer*innen*, deren Position zugleich umstritten ist.

Angehörigen der Dominanzgesellschaft kommt hier die Deutungshoheit über *soziale Probleme* im Stadtteil zu, die sie aufgrund ihrer hohen sozialen Machtposition ohne Konkurrenz durchsetzen können und mit dem Instrument des *Verfügungsfonds* bearbeiten. Die Setzungen der Normen sind subjektiv geprägt, wobei die Position, aus der heraus diese Setzungen erfolgen, im analysierten Setting nicht reflektiert wird. Dadurch bekommen die Normen den Anschein objektiver Gültigkeit.

Folgt man sozialkonstruktivistischen Perspektiven der Kindheitsforschung, basiert die im *Verfügungsfonds* vorgenommene Konstruktion von Kindheit wesentlich auf der normativen Vorstellung einer *langen behüteten Kindheit*:

Eine lange und behütete Kindheit wird in Deutschland, wie auch überhaupt in den westlichen Ländern, höchst selbstverständlich als einzige richtige Art des Aufwachsens erachtet [...]. Es handelt sich dabei also um ein ‚normatives Muster‘, an dem sich Handlungen und Erwartungen orientieren. Jeder Verstoß gegen diese Kindheitsvorstellung wird mit Ablehnung quittiert, sei es Kinderarbeit, frühe Selbständigkeit, das frühe Teilen erwachsener Sorgen, Freuden und Geheimnisse oder seien es Familienverhältnisse, die den Verdacht aufkommen lassen, sie würden die Kinder zu wenig behütet aufwachsen lassen. (Bühler-Niederberger, 2020, S. 16)

Die im Stadtteil sichtbar werdende Problematisierung von Kindern *Südosteuropäischer Zuwanderer* als unübersichtliche Menge, deren Verhalten aufgrund kulturalisierender Zuschreibungen als bedrohlich gezeichnet wird, steht in gegensätzlicher Konstruktion zum Ideal einer *langen behüteten Kindheit*. Die Ko-Adressierung der Eltern, wie sie mit dem Projektantrag „*Stadtteilfest*“ des *Verfügungsfonds* deutlich geworden ist, weist nicht nur auf das rassistische Deutungsmuster *schlechte Mutter-schaft* hin, in der Mütter* verantwortlich für das Verhalten ihrer Kinder gemacht werden. Es verweist ebenfalls auf die zugeschriebene Abschottung der Gruppe mit dem Ziel, über die Kinder auch die problematisierten Erwachsenen zu erreichen.

Die herausgearbeiteten Zuschreibungen zum falschen Umgang mit Müll ist in diesem Zusammenhang ebenfalls als Produkt machtvoller Konstruktionsprozesse zu deuten (Keller, 1998). Laura Moisi beschreibt Müll als „kulturelle Grenzfigur“ (2018, S. 30) und „Sinnbild für das Randständige“ (2018, S. 31), wobei Abfälle von marginalisierten und vertriebenen Individuen als schädlich und destruktiv markiert würden:

In Deutschland gehört der richtige Umgang mit Müll zu einer derart strittigen und emotionalen Frage, dass das Thema der Mülltrennung als Rechtfertigung für Exklusion fungieren kann. [...] Während die Trennung von Plastik, Papier, Bio und Restmüll gewissermaßen als eine saubere Umgangsform mit Müll angesehen wird, gilt achtloses Wegwerfen als schmutzig. Das wird besonders deutlich, wenn es sich um den Müll der ‚Anderen‘ handelt, derjenigen, die zu den Anderen gemacht werden. (Moisi, 2018, S. 33)

Wie Randjelović (2019) in ihrer Definition von Antiromaismus darauf verweist, dass rassistische Zuschreibungen von Nomadentum die historische Verfolgung und Vernichtung von Romani-Gruppen ausblendet, so sprechen Tobias Neuburger und Christian Hinrichs in einer Studie zum kommunalen Umgang mit *Südosteuropäischen Zuwanderern* von einer Entkontextualisierung sozialer Problemlagen, indem „vermeintliche Eigenschaften rassifizierter ‚Roma‘ als Erklärungswissen für genuin soziale Phänomene herangezogen [werden]“ (Neuburger & Hinrichs, 2021, S. 10).⁷⁰ Auch im untersuchten Stadtteil findet die Problematisierung *Südosteuropäischer Zuwanderer* entkontextualisiert statt. Die mit der Gruppe verknüpften Probleme werden nicht an sozialpolitische Rahmenbedingungen, strukturelle oder institutionelle Diskriminierung und daraus resultierende soziökonomische Benachteiligung und Marginalisierung rückgebunden, sondern allein auf vermeintliche Merkmale der konstruierten Problemgruppe zurückgeführt.

7.2 Der stadtsoziologische Segregationsdiskurs als Teil der *institutionellen Problemschemata* sozialer Stadtentwicklung

Wird der lokale Problemdiskurs *Südosteuropäische Zuwanderung* an den in Kapitel drei eingeführten stadtsoziologischen Diskurs um *soziale* und *ethnische*

⁷⁰ In der 2021 erschienenen Studie untersuchen Neuburger und Hinrichs institutionellen Rassismus gegen Rom*nja, indem sie am Beispiel einer deutschen Großstadt Diskriminierungsmuster in verschiedenen Institutionen, wie dem Bildungs- und Gesundheitssystem, analysieren. Sie zeigen auf, wie strukturelle Benachteiligungen und Vorurteile die Lebensbedingungen von Rom*nja negativ beeinflussen und in sozialen Ausschluss münden.

Segregation rückgebunden, bildet sich auch im untersuchten Stadtteil ab, wie der lokal beobachtete Problemdiskurs in die „institutionellen Problemschemata“ (Groenemeyer 2012, S. 97) des Programms Soziale Stadt eingeschrieben ist (vgl. Kapitel 3). Die Definition *sozialer Probleme* entlang des Deutungsmusters sozialräumlicher Segregation erfolgt dabei ebenso auf Grundlage unbegründet und deduktiv gesetzter Kategorien, in der die Norm der Mehrheitsgesellschaft unhinterfragt als Maßstab definiert wird, an dem sich die *Problembehandlung* ausrichtet (Bukow, 2015, S. 273).

Mit Bezug auf die vorangestellten Annahmen der sozialkonstruktivistischen Problemoziologie (vgl. Kapitel 4) ist die Bearbeitung des Problems der sozialräumlichen Segregation in einen Prozess sozialer Problematisierung eingebunden. Das Programm Soziale Stadt ist als Ergebnis einer erfolgreich durchgesetzten öffentlichen und politischen Problematisierung sozialräumlicher Segregation zu fassen, die entlang der normativen Kategorien *Armut* und *Ethnizität* als „geronnener Problemdiskurs“ (Groenemeyer, 2012, S. 92) den institutionellen Handlungsrahmen (mit)prägt und spezifische Problemschemata zur Verfügung stellt, an denen sich die lokale organisationale Arbeit ausrichten muss.

Dieser institutionalisierte Diskurs schlägt sich im Stadtteil dann spezifisch als Rassismus gegen Rom*na nied. Aus dieser Perspektive lässt sich folgern, dass die lokale, auf Rassismus basierende Ausgrenzung und Diskriminierung *Südosteuropäischer Zuwanderer* im Stadtteil durch die institutionelle Rahmung des Programms Soziale Stadt begünstigt wird. Mit dem stigmatisierenden Label der *Armutszuwanderung* verknüpfen sich klassistische und rassistische Diskriminierungsformen:

Kennzeichnend für die spezifische Differenzkonstruktion des gegenwärtigen Anti-Roma-Rassismus ist die Verschränkung ethno-kultureller Differenzannahmen mit sozialen Stereotypen. [...] Roma sind in der Folge nicht allein Adressat ethnisch-kultureller Zuschreibungen von Andersartigkeit, sondern zugleich auch Adressat von solchen negativen Eigenschaftszuschreibungen, mit denen auch diejenigen Nicht-Roma konfrontiert sind, die als Angehörige der Unterschicht gelten. (Scherr, 2017, S. 310)

Damit werden beide Ausprägungen des sozialräumlichen Segregationsdiskurses adressiert – *Armut* und *Ethnizität*. Ähnlich wie eine Problematisierung *ethnischer Segregation* Gefahr läuft, rassistischen Deutungsmustern zu folgen, kann dies für das Konzept der *sozialen Segregation* hinsichtlich klassistischer Annahmen formuliert werden. Beide Diskriminierungsformen sind im Problemdiskurs um *Südosteuropäische Zuwanderung* verwoben und stabilisieren sich gegenseitig (Perko, 2025, S. 132). Das obligatorisch zu erstellende Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept (ISEK) bildet das zentrale Element, mit dem der institutionalisierte Problemdiskurs sozialräumlicher Segregation in die lokalen Fördergebiete der Sozialen Stadt transferiert wird. Darin ist die zu Beginn durchzuführende

Sozialraumanalyse das Instrument zur „Diagnose“ (Groenemeyer, 2012, S. 60), mittels dessen ein Stadtteil als problematisch kategorisiert und die Intervention legitimiert wird. An den im ISEK definierten Problemen, Maßnahmen und Zielen misst sich dann auch der Erfolg der Förderung.

Im untersuchten Stadtteil erfolgt die Problematisierung dementsprechend durch die Abbildung und Hervorhebung des Anteils rumänischer und bulgarischer Bewohner*innen. Durch die Kombination der Darstellung von Herkunft und Transferleistungsbezieher*innen nach SGB II in der Gebietsanalyse richtet sich die Problemdiagnose im untersuchten Fördergebiet auf die Problemkategorien *Armut* und *Ethnizität* aus (vgl. Kapitel 6.2).

Analog zu den in Kapitel 3.1 dargelegten stadtsoziologischen Segregationsstudien wird die Kategorisierung *sozialer Probleme* im Stadtteil dabei allein entlang statistischer Indikatoren vorgenommen. Diese quantitative Erfassung dient als Grundlage für weitere Problemzuschreibungen, entlang derer Ziele und Maßnahmen lokaler Stadtentwicklung legitimiert werden, um die mit der Gruppe verknüpften *Probleme* zu bearbeiten. Die konstruierten Probleme beziehen sich dabei auf die in der Kontexteffektforschung dominanten Diskurse um *social disorder* und ethnisierter *Abschottung* (vgl. Kapitel 3.1.1). Für all das bietet das ISEK den programmatischen Rahmen, an denen sich die soziale Praxis ausrichten muss: die Identifizierung „sozialer Missstände“ (§ 171 e Abs. 2 Satz 2 BauGB) in einem abgegrenzten Raum, daraus abzuleitende Maßnahmen zur Bearbeitung der Probleme sowie die Definition eines Soll-Zustandes (vgl. Kapitel 2).

Hervorgehoben werden muss in diesem Zusammenhang, dass das ISEK zweifach offiziell beglaubigt wird: durch den Stadtrat, der das Dokument verabschiedet, sowie durch eine der Kommune übergeordnete öffentlich-rechtliche Bewilligungsinstanz, die entscheidet, ob die Bewerbung einer Kommune im Förderprogramm erfolgreich ist oder nicht. Beides hat auch in Nolden stattgefunden. Sowohl der Stadtrat als auch die Bewilligungsbehörde haben den im ISEK sichtbar werdenden Problemdiskurs durch ihr positives Votum bestätigt und dadurch politisch und amtlich legitimiert.

7.3 Die Subjektkartographie des lokalen Problemdiskurses im Verfüzungsfonds

Die vorangegangenen Ausführungen machen deutlich, dass sich die aus dem Material heraus analysierte lokale Problematisierung *Südosteuropäischer Zuwanderer* im Verfüzungsfonds gesellschaftlich abbildet und über die Institutionalisierung des Segregationsdiskurses entlang von *Armut* und *Ethnizität* Eingang in die Praxis sozialer Stadtentwicklung findet. Diese Institutionalisierung stellt einen Handlungsrahmen zur Verfügung, durch den sich der Problemdiskurs *Südosteuropäische Zuwanderung* als Teil des Dispositivs sozialer Stadtentwicklung – verstanden

als „Infrastruktur der Diskursintervention in weltliche Handlungsfelder“ (Keller, 2019, S. 60) – in der lokalen *Problembearbeitung* abbilden kann und „Machtefekte“ (Keller, 2013 a, S. 203) zeigt. Die rassistische Ausgrenzung der als *Südosteuropäische Zuwanderer* gelabelten Bewohner*innen im Stadtteil materialisiert sich dabei im analysierten „Ensemble von Mitteln, Mechanismen und Maßnahmen“ (Keller, 2011 a, S. 148) in der Praxis des Verfügungsfonds. Dieser ist eine (potenzielle) „Vermittlungsinstanz“ (Bosančić et al., 2019, S. 146) lokal konstruierter normativer Subjektvorgaben im Kontext sozialer Stadtentwicklung, die über die Projekte an die Adressat*innen gerichtet werden.⁷¹ Mit Bezug auf das in Kapitel vier theoretisch eingeführte relationale Akteur*innenmodell wird aus der vorangegangen Analyse die „Subjektkartographie des Diskursfeldes“ (Keller, 2012 b, S. 100) herausgearbeitet.

7.3.1 *Südosteuropäische Zuwanderer* als Problemsubjekt und Adressat*innen der *Problembearbeitung* im Verfügungsfonds

Entlang rassistischer Deutungsmuster wird ein Problemsubjekt *Südosteuropäische Zuwanderer* konstruiert, das zentraler Gegenstand der *Problembearbeitung* durch die soziale Stadtentwicklung ist. Kollektiv werden *bulgarische* und *rumänische* Bewohner*innen in eine Gruppe gefasst. Mit der Subjektposition *Südosteuropäische Zuwanderer* adressierte Personen sind im Verfügungsfonds nicht auf Ebene der Partizipation abgebildet, sondern Adressat*innen der geförderten Projekte selbst. Die Subjektposition *Südosteuropäische Zuwanderer* hat dabei keinerlei diskursive Schnittmengen zur Konstitution der *Engagierten*. Im Gegensatz zu den *Engagierten* sind sie als „Außenseiter“ (Elias & Scotson, 2020 [1993]) im Stadtteil positioniert, womit sie nicht als gleichberechtigte Akteur*innen auftauchen, sondern abgewertet sowie von der Möglichkeit, über den Verfügungsfonds eigene Interessen und Ideen einzubringen, ausgeschlossen werden. Dies wird am Beispiel des Rom*nja-Vereins besonders deutlich: Die Gruppe wird als Sprach- und Kulturmittler für Projekte hinzugezogen, die durch die *Engagierten* initiiert werden, jedoch nicht als mögliche Adressatin für die Partizipation im Stadtteil in den Blick genommen. In diesem Sinne bearbeitet der Verfügungsfonds die mit der Subjektposition *Südosteuropäische Zuwanderer* verknüpften Probleme entweder durch Normierung oder Verdrängung.

71 Inwiefern auch empirisch eine *Vermittlung* der Subjektanrufungen an die adressierten Subjekte im Stadtteil nachgewiesen werden kann, ist eine Frage der Subjektivierungsanalyse (vgl. Kapitel 8 und 9).

7.3.2 Engagierte als Sprecher*innen und Adressat*innen von Partizipation im Verfügungsfonds

Das Subjekt der *Engagierten* zeigt sich als Sprecher*in der sozialen Stadtentwicklung und als zentraler (und einziger) partizipierender Akteur im Verfügungsfonds: sowohl als Antragsteller*in als auch im Entscheidungsgremium. Durch die Verknüpfung mit positiv konnotierten räumlichen und sozialen Eigenschaften sowie einer lokalen Tradition von bürgerschaftlichem Engagement hat es im Stadtteil eine stabile und deutungsmächtige Sprecher*innenposition inne, aus der heraus es die Deutungshoheit über die zu bearbeitenden Probleme im Stadtteil erlangt. Die *Engagierten* verfügen über einen Status als „Etablierte“ (Elias & Scottson, 2020 [1993]) im Stadtteil, der sowohl Altgewordene als auch nachgewachsene Junge einschließt. Durch die zugeschriebenen sozialen Eigenschaften einer kreativ-urbanen Mittelklasse steht es in seiner sozialen Positionierung der als *Armutszuwanderung* gelabelten Subjektposition *Südosteuropäische Zwanderer* entgegen. Sie verkörpern diejenigen „beteiligungsreichen Bevölkerungsgruppen“ (IfS, 2004), auf die Evaluationen sozialer Stadtentwicklung häufig verweisen: ein *Mittelschichtsmilieu ohne Migrationshintergrund* (Simonson et al., 2021). Dieses wird als artikulationsstarke Gruppe positioniert, die auch ohne die Unterstützung des Quartiersmanagements die Möglichkeiten des Verfügungsfonds für sich zu nutzen weiß: so wird hervorgehoben, dass diese sich selbst für einen erfolgreichen Förderantrag einsetzte. Der Verfügungsfonds stellt somit eine Infrastruktur für die Finanzierung und Umsetzung der Interessen alteingesessener Bewohner*innen im Stadtteil bereit. Zugleich gewährleisten die *Engagierten* das Funktionieren des Verfügungsfonds und sind damit aus Sicht des Quartiersmanagements ein wichtiger Partner für den Erfolg des Instruments. Die *Engagierten* sind für das Quartiersmanagement nicht zuletzt deshalb auch im Bereich der positiven Imagekonstruktion hilfreich für die Zielerreichung des Programms. Es kommt so zu einer *Seilschaft* zwischen dem Quartiersmanagement und den *Engagierten*, von der beide Seiten profitieren.

7.3.3 Quartiersmanagement als Personal der Diskursproduktion

Das Quartiersmanagement ist als Teil des institutionellen Settings des Verfügungsfonds für die Organisation und Umsetzung sowie nicht zuletzt auch für den Erfolg des Instruments verantwortlich. Im Verfügungsfonds nimmt es eine beratende Rolle für Antragsteller*innen ein, wobei es sicherstellen muss, dass die Projekte an den im ISEK definierten Zielen des Programms ausgerichtet werden. Die Fachkräfte des Quartiersmanagements aus Sozialer Arbeit und Stadtplanung sind dementsprechend dafür zuständig, die programmatisch an sie gerichteten Erwartungen zu erfüllen und ihre Arbeit an den zur Verfügung

gestellten „institutionellen Problemschemata“ (Groenemeyer, 2012, S. 97) – die Problematisierung und Bearbeitung von Segregation – auszurichten. Damit ist es entsprechend der Akteur*innenheuristik nach Keller (2012 b) mit der Position des Personals der Diskursproduktion zu fassen. Durch die Ausrichtung an den *Engagierten* wird das Quartiersmanagement im untersuchten Quartier von der Herausforderung entledigt, bisher nicht eingebundene Akteur*innen für die Beteiligung am Verfügungsfonds zu aktivieren, da es in seiner Praxis auf *beteiligungsbereite* Bewohner*innen zurückgreifen kann (vgl. Kapitel 3). Das Quartiersmanagement ist im Setting der organisationalen *Problembearbeitung* aktiver Akteur, indem es durch das Handeln die Position der *Engagierten* stützt sowie eine „mischungsorientierte Politik“ (Rinn & Wiese, 2020) anvisiert, durch die Aufwertungsprozesse angestoßen sowie die Ausgrenzung und Verdrängung *Südosteuropäischer Zuwanderer* in der Folge legitimiert werden.

7.3.4 *Mittelschicht* als antagonistisches Gegensubjekt

Mit dem metaphorisch eingeführten *Lehrerehepaar* wird in der lokalen Problemaushandlung um soziale Stadtentwicklung eine Subjektposition sichtbar, die sinnbildlich für die zukünftig erwünschten Bewohner*innen im bisher *ethnisch* und *sozial* segregierten Süden von Nolden stehen. Diese wird, wie die Engagierten, in einem antagonistischen Verhältnis ohne soziale Schnittmengen zur Subjektposition *Südosteuropäische Zuwanderer* konstruiert. Die in den Ziel- und Maßnahmenformulierungen sozialer Stadtentwicklung in Nolden implizierte Anwerbung von Mittelschichtfamilien über entsprechendes Wohnangebot und familienorientierten Aufenthaltsräumen (z.B. die Aufwertung von öffentlichen Plätzen mit Spielgeräten) wird im Kontext von sozialer Stadtentwicklung mitunter als „Family Gentrification“ (Frank, 2014) diskutiert.⁷² Gentrifizierung zeigt sich hier als ein „Deutungsmuster sozialer Stadtentwicklung“ (Glatter, 2022, S. 385) und kann als Gegendiskurs zur Problematisierung *Südosteuropäischer Zuwanderung* verstanden werden, da sich in ihm die sozial erwünschte Entwicklungsrichtung widerspiegelt. Während *Südosteuropäische Zuwanderer* als *Andere* konstruiert und ausgegrenzt werden, steht dieses Subjekt für die implizierte *Wir*-Gruppe im Stadtteil und wird weder mit den Eigenschaften *ethnisch* noch *arm* problemorientiert konstruiert.

72 Aufgrund der Fokussierung auf die Konstruktion des Problemdiskurses *Südosteuropäische Zuwanderung* und die Selbst-Positionierungen der darin adressierten Subjekte erscheint *Aufwertung* hier als „Nebenfolge“ (Dollinger & Weinbach, 2020, S. 179). Nebenfolge bezieht sich weniger auf die Relevanz, sondern auf die zweitrangige Stellung, die die Analyse des *Aufwertungsdiskurses* aus ressourcenökonomischen Gründen im Rahmen der Arbeit einnimmt. In anderen Studien wurde bereits darauf verwiesen (u.a. Diebäcker, 2022; Rinn & Wiese, 2020).

7.3.5 Anonyme Beschwerdeführer*innen als Sprecher*innen

Neben den *Engagierten* kommt mit den Verweisen auf Beschwerden über das Problemsubjekt *Südosteuropäische Zuwanderer* ein weiteres Subjekt wiederholt zur Sprache. Diese anonym verbleibenden *Beschwerdeführer*innen* erlangen eine deutungsmächtige Position im Verfügungsfonds, indem diese als Legitimierung für die Diskreditierung des Problemsubjekts herangezogen werden. An ihrer Position(ierung) zeigt sich deutlich, wie über ihre Meinung Machtverhältnisse legitimiert werden, ihre Position dabei jedoch implizit bleiben darf (Kooroshy et al., 2021).

7.4 Ausgrenzung und Diskriminierung als Folgen des Verfügungsfonds

Mit dem Verfügungsfonds materialisiert sich die für die soziale Stadtentwicklung zentrale Aktivierungsprogrammatik, indem das Ziel verfolgt wird, *soziale Probleme* im lokalen Nahraum zu bearbeiten und die Bevölkerung für diese Absicht zu mobilisieren. Das politische Ziel wird mit dem Verfügungsfonds folglich dann erreicht, wenn sich möglichst viele Akteur*innen aus dem Stadtteil – bestenfalls diejenigen, denen die *sozialen Probleme* ursächlich zugeschrieben werden – beteiligen. Spezifisch für den Verfügungsfonds ist zudem seine Intervention in den öffentlichen Raum, etwa durch die Finanzierung von Stadtteilfesten oder Kunstprojekten im Freien (BBSR, 2020b, S. 30). Dadurch beeinflussen die Projekte nicht nur die Lebensverhältnisse der Partizipierenden, sondern potenziell der gesamten Quartiersbevölkerung. Die Entscheidungen der Beteiligten haben somit auch Konsequenzen für Nicht-Beteiligte. In diesem Lichte sind die zentralen Erkenntnisse der Analyse einzuordnen.

Die Ausgrenzung *Südosteuropäischer Zuwanderer* aus dem Partizipationsprozess im Verfügungsfonds ist die erste zentrale Folge, die aus den dargelegten Erkenntnissen abzuleiten ist. Den in Kapitel 3.2 herausgearbeiteten programmimmanenten Umgangsweisen mit der Unterrepräsentation *sozial benachteiligter* Gruppen im Verfügungsfonds wird damit eine alternative Deutung entgegengestellt: Sie ist nicht auf eine zugeschriebene *schwierige Erreichbarkeit* der Gruppen und dementsprechend auf zu wenig niedrigschwellige Zugänge zurückzuführen, sondern Resultat sozialer Machtverhältnisse, die im Rahmen der sozialen Praxis nicht reflektiert werden. Die sozialen Positionen der Akteur*innen sind in einen gesellschaftlichen Problematisierungsprozess eingebettet und spiegeln sich in der lokalen *Problembearbeitung* in der herausgearbeiteten Konstellation wider. Die Ausgrenzung basiert auf rassistischer Differenzkonstruktion, die Macht- und Herrschaftsverhältnisse zugleich begründet und legitimiert, sowie die Privilegierung der Mehrheitsgesellschaft aufrechterhält und stabilisiert (Scherr, 2017). Der

Verfügungsfonds zeigt sich als Instrument, mit dem zentrale soziale Konflikte in Nolden bearbeitet werden. An der Definition der Konfliktgegenstände sowie an der aktiven Aushandlung dessen wird jedoch nur eine Partei beteiligt. Die herausgearbeiteten Sprecher*innen (die *Engagierten*, das *Quartiersmanagement* sowie die anonymen *Beschwerdeführer*innen*) *Engagierten* sind dementsprechend als (Ko-)Produzent*innen dieser hier abgeleiteten Folgen zu fassen (Dollinger et al. 2017, S. 10). Die als *Südosteuropäische Zuwanderer* adressierten Subjekte bekommen weder die Möglichkeit, eigene Positionen in den Konflikt einzubringen, dessen Gegenstand sie selbst sind, noch können sie eigene, vom hegemonialen Diskurs abweichende Problemdefinitionen einbringen und zum Gegenstand der *Problembearbeitung* im Verfügungsfonds machen.

Die verwehrte Möglichkeit, selbst eine Stimme im Problemdiskurs zu bekommen oder eigene Ideen und Meinungen in den Prozess sozialer Stadtentwicklung einzubringen, ist nicht die einzige Folge, die zum Ende dieses ersten Analyseteils abgeleitet werden muss. Vielmehr ist aus der vorangegangenen Analyse noch eine zweite Folge zu rekonstruieren. Denn die rekonstruierte Praxis im Verfügungsfonds verstärkt und reproduziert gesellschaftliche Diskriminierung der gesellschaftlich marginalisierten Gruppe auf lokaler Ebene, indem die Adressierung im Rahmen der Projekte des Verfügungsfonds diskreditierend und erzieherisch erfolgt. Mit Verweis auf das Ziel, über ein *Subjekt der Mittelschicht* soziale Mischnung im Stadtteil herzustellen, wird zudem legitimiert, das Subjekt *Südosteuropäische Zuwanderer* aus dem Stadtteil zurückzudrängen, um Platz für sozial erwünschte Bewohner*innen zu machen (Rinn & Wiese, 2020).

Die Analyse zeigt, wie Rassismus in den verschiedenen Handlungskontexten hervorgebracht wird. Dieser Rassismus, der auf verschiedenen Ebenen eingelagert ist, ist als „konstitutives Strukturmoment der Gesellschaft“ (Stender, 2023, S. 10) zu beschreiben, der sich institutionell-organisatorisch innerhalb der sozialen Praxis des Verfügungsfonds niederschlägt.

Die Perspektive der als *Südosteuropäische Zuwanderer* bezeichneten Bewohner*innen wurde im Rahmen dieses ersten Analyseteils, auch aufgrund der Ausgrenzungspraktiken im Feld, nicht erfasst und rekonstruiert. Mit dem Ziel, aus Sicht der Adressat*innen Folgen zu rekonstruieren, die sich durch die Ausgrenzungs- und Diskriminierungspraktiken im lokalen Verfügungsfonds ergeben, wird nachfolgend entsprechend der in Kapitel vier vorgestellten „Maxime der doppelten Empirie“ (Bosančić et al., 2019) eine weitere Analyse durchgeführt. Dabei werden mittels problemzentrierter Interviews mit *bulgarischen* und *rumänischen* Bewohner*innen die Selbst-Positionierungen der Befragten in Bezug auf die hier rekonstruierten Zuschreibungen im Stadtteil herausgearbeitet.

8 Selbst-Positionierungen der Adressat*innen des lokalen Problemdiskurses

Rumänische und *bulgarische* Bewohner*innen erfahren in Nolden im Rahmen sozialer Stadtentwicklung im Kontext von Partizipation Ausgrenzung und werden mit dem Ziel der Normierung und Verdrängung als Problemsubjekte adressiert. Dies wurde in der vorangegangenen Analyse deutlich. Um die an die relationale Konzeptualisierung von Folgen (vgl. Kapitel 4.3.3) anschließende Forschungsfrage, inwiefern die Adressierungen im Stadtteil nicht nur als Folgen auf Ebene der sozialen Praxis des Verfügungsfonds, sondern ebenso als Folgen auf Ebene der Adressat*innen rekonstruiert werden können, zu beantworten, erfolgt nun die Analyse von Selbst-Positionierungen der adressierten Subjekte. Die Analyse wird auf Grundlage problemzentrierter Interviews mit *bulgarischen* und *rumänischen* Bewohner*innen des Stadtteils durchgeführt (vgl. Kapitel 5.3). Entsprechend der in Kapitel vier dargelegten theoretischen Bezüge zur empirischen Subjektivierungsanalyse werden Selbst-Positionierungen als Selbst-Erzählungen hinsichtlich der Subjektanrufung als *Südosteuropäische Zuwanderer* im Stadtteil herausgearbeitet. Diese gliedern sich in drei Hauptkategorien: *Erstens* zeigt Kapitel 8.1 auf, wie die Befragten ihre Erfahrungen nach ihrer Ankunft in Deutschland thematisieren und darlegen, wie diese Erfahrungen letztendlich zu einem Zuzug nach Nolden führten. In Kapitel 8.2. wird *zweitens* erörtert, wie sich die Befragten auf unterschiedliche Weise an die an sie herangetragenen Normen in Nolden anpassen. *Drittens* zeigt sich, dass die Befragten die lokalen Anrufungen in ihren Narrationen infrage stellen und/oder sie diese zurückweisen. Diese Selbst-Positionierungen werden in Kapitel 8.3 analysiert.

8.1 Der Weg in den Stadtteil als Kontext lokaler Subjektivierungsprozesse

In den Interviews bilden sich nahezu durchgehend Selbst-Erzählungen über herausfordernde oder belastende Erfahrungen im Anschluss an ihre Migration aus Rumänien oder Bulgarien nach Deutschland ab. Diese Erzählstränge umfassen die Ankunft in Deutschland, die Erfahrung von Prekarität und Hilflosigkeit und letztendlich der Zuzug nach Nolden aufgrund eines verfügbaren Wohnungsangebotes für die Befragten.

8.1.1 Ankunft in Deutschland

Im Folgenden werden Passagen dargestellt, in denen die Befragten über die Phase des Ankommens in Deutschland berichten. Die Analyse beginnt mit einem Ausschnitt von Mariana D., in der sie auf Nachfrage der Interviewerin über ihre erste Zeit des Aufenthalts in Deutschland erzählt:

Interviewerin: Ähm (.) ich glaube, du hast gerade schon mal gesagt, dass du VORHER noch woanders gewohnt hast. Hast du/ wann bist du nach Deutschland gekommen und warum?

Dolmetscherin: Sie möchte fragen, warum du am Anfang nach Deutschland gekommen bist, wo du warst, was passiert ist, warum du nach Deutschland gekommen bist, du kannst erzählen, was du willst.

Mariana D.: Ja.

Dolmetscherin: Ja ich WEIß die Vorgeschichte und deswegen hab ich gesagt, sie kann erzählen/ weil das war sehr interessant, aber sie soll selber erzählen, natürlich/

Interviewerin: Ja (.) ja gerne.

Dolmetscherin: Aber ich weiß die Vorgeschichte selber.

Interviewerin: Okay hm hm.

Mariana D.: Ja. Wenn wir möchten nach Deutschland kommen, wir/ wir haben gekommen für ARBEIT hier. Aber eine Leute aus Bulgarien, ein Mann, ähm (.) hat uns belogen. Ähm (.) für diese Arbeit. Und wir haben gewartet zwanzig Tage, mit meinem kleinen Kind, erste Kind, zwei Jahre war alt. Und zwanzig Tage, der hat, wenn wir haben gekommen/ als wir kamen, haben wir nur übernachtet und am Morgen wollte er von uns Geld für die Unterkunft. Damit wir da bleiben konnten, damit uns der Vermieter nicht stört. Ja, weil wir damals die Sprache noch nicht beherrschten. Wir waren eigentlich in einer Wohnung bei einem Türken.

(Interview Mariana D., Pos. 96–127)

Zu Beginn dieser Passage muss die Interviewdynamik beleuchtet werden, die sich zwischen der Interviewerin, der Dolmetscherin (Emila) und Mariana D. zeigt: Emila, die die Interviewte aus einem vorherigen Beratungskontext kennt, bringt sich hier als Kennerin ein und leitet damit die anschließende Erzählung der interviewten Person an. Vor diesem Hintergrund müssen Mariana D.s Ausführungen betrachtet werden, denn in dieser Situation hat sie wohl kaum eine andere Möglichkeit, als ihre Antwort an den (für die Interviewerin unbekannten) Erwartungen der Dolmetscherin auszurichten.

In ihrer Erzählung über das Ziel ihrer Migration (in Deutschland zu arbeiten), das dann aber mit ihrer Ankunft in Deutschland durch Betrugs- und Ausbeutungserfahrungen enttäuscht wird, beschreibt sie eine Situation finanzieller und wohnungsbezogener Unsicherheit. Belastungen beschreibt sie insbesondere aufgrund ihrer Familiensituation zu diesem Zeitpunkt mit kleinem Kind. Wie

einprägsam die Situation für Mariana D. war, zeigt sich mitunter in der genauen Angabe der Dauer der beschriebenen Situation. Mariana D. schildert sich sowie ihre Familie, für die sie hier eine stellvertretende Sprecherinnenrolle einnimmt, als hilflos und handlungsohmächtig, was sie durch ihren Bezug auf fehlende Sprachkenntnisse besonders zum Ausdruck bringt. In ihrer Erzählung positioniert sie sich im sozialen Machtgefüge selbst an unterster Stelle, indem sie sich und ihre Familie als abhängig von den finanziellen Forderungen eines „bulgarischen Mannes“ beschreibt. Ein als „Türke“ beschriebener Vermieter wird zudem als im Hintergrund stehender Akteur eingeführt, mit dem eine Bedrohung des Wohnungsverlustes verknüpft ist. Beide Personen werden entlang *nationaler* Kategorien beschrieben.⁷³ Diese Form sozialer Differenzierung deutet auf die notwendige Verfügbarkeit informeller sozialer Netzwerke hin, auf die zurückgegriffen werden (muss), um die mit der Migration verbundenen persönlichen Ziele zu erreichen. Diese Netzwerke zeigen sich in Mariana D.s Ausführungen als nicht verlässlich und schädigend. Nach einer Zwischenfrage durch Emila führt Mariana D. ihre Erzählung anschließend weiter:

Dolmetscherin: Damit ich verstehе besser, wo die genau waren. *Warst du mit dem Bulgaren zusammen oder in einer separaten Wohnung?*

Mariana D.: Nein, er hat uns dort gelassen, das Geld genommen. Er hat das Geld für sich genommen und gelogen, dass er bezahlt hat. Und ließ uns zwanzig Tage mit hundert Euro, zwei Familien, mit zwei kleinen Kindern. Für zwanzig Tage. Und mit Pampers, mit Windeln, mein Sohn hat sich verletzt, wir hatten viele Probleme, er weinte. Mein Sohn trug Windeln. Weil wir die Windel nicht gewechselt haben, hat er sich da unten verletzt.

Dolmetscherin: Und was ist passiert danach mit der Miete?

Mariana D.: Dieser Mann, bei dem wir in seiner Wohnung waren, rief sie [die Männer der Familien], um draußen Gerüste zu bauen, er hatte eine Gerüstbau firma. Und sie bauten und für eine Woche gab er ihnen fünfzig Euro. Wir haben auf einer Matratze geschlafen, so quer. Und die anderen schliefen auf zwei Sofas, sehr unbequem. Ja. (.) War sehr schlecht. Und ähm/ Dann kam der Mann, der uns belogen hatte, zurück, er war in Bulgarien, um seine Familie nach Deutschland zu bringen. Und als er zurückkam, fingen vor dem Haus unsere Leute an, ihn zu fragen, und er wollte sich mit ihnen prügeln. Sie

73 Zudem wird im Fall des „Bulgaren“ ebenso relevant gemacht, dass es sich um einen Mann handele, sodass die Positionierung auch im Hinblick auf Geschlecht gedeutet werden kann. Dies gerade im Hinblick auf ihre daran anschließende Relevanzsetzung der prekären Situation als Mutter eines kleinen Kindes. In Bezug auf das Verhältnis türkischer und bulgarischer bzw. rumänischer Bewohner*innen wird in der deutschen Forschungsliteratur oftmals eine soziale Hierarchisierung abgeleitet, die sich u.a. über die Aufenthaltsdauer in Deutschland begründet (u.a. Gottschalk & Tepeli, 2019). Ob Mariana D. mit der Benennung des „Türken“ hier ebenso auf diese Form sozialer Machthierarchie abzielt, kann nur vermutet werden.

taten ihm nichts, sie fragten ihn nur, warum es so passiert ist. Ja. Der Bürgermeister des Dorfes wohnte auf der anderen Straßenseite, wir wohnten in einer Wohnung im Zentrum, und er hörte den Lärm und der Mann kam sofort und sagte uns allen, wir sollen heute Abend um acht Uhr gehen, wir haben keine Recht mit zwei Familien in einem Zimmer zu wohnen. Wir sagten ihm, wir könnten die Sprache nicht. Und wir landeten wirklich auf die Straße.

(Interview Mariana D., Pos. 128–149)

Auch hier bringt sich die Dolmetscherin durch ihre Rückfrage in die Gesprächsführung ein, indem sie sich darauf bedacht zeigt, die Erzählungen von Mariana D. nicht nur sprachlich, sondern auch inhaltlich nachzuvollziehen. Dies ist zu beachten, wenn sie (Mariana D.) ihre Erzählung weiterführt.

Mariana D. bezieht sich wiederholt auf die Zeitspanne von zwanzig Tagen nach ihrer Ankunft in Deutschland. Sie führt zudem eine weitere Familie ein, mit der sie sich die beengten Wohnräume teilen müssen und die sie ebenfalls als abhängig von den Geld- und Wohnungsgebern beschreibt. Hervorgehoben wird wieder die psychische und physische Belastung der Situation, vor allem im Hinblick auf ihr Kind. Mariana D. beschreibt, wie die Familien versuchen, die Situation zu verändern, indem sie die aus ihrer Sicht Verantwortlichen – der „Bulgare“, der als Vermittler auftritt, sowie der „Türke, der als Vermieter und Arbeitgeber auftritt – zur Rede stellen. Infolge eines als lautstark und mit der Androhung körperlicher Übergriffe beschriebenen Konfliktes führt Mariana D. dann eine als „Bürgermeister“ beschriebene Person ein, die anweist, die Wohnung zu räumen. Über den Versuch der Familien, sich den prekären Umständen zu widersetzen, bringt sie diese als handlungsmächtig hervor – das einzige Mal in der Passage zur Ankunftszerzählung. Dieser mündet dann jedoch wieder in einem Gefühl von Hilflosigkeit und Ausgeliefertsein, indem über den daraus resultierenden Konflikt der „Bürgermeister“ auf die Gruppe aufmerksam wird. Mit der Person des „Bürgermeisters“ greift Mariana D. hier interessanterweise nicht auf eine nationale Differenzkategorie zurück, sondern bringt die Person über die Position eines politischen Entscheidungsträgers hervor. Zwar ist die Benennung als „Bürgermeister“ eine durch sie vorgenommene Beschreibung und sagt zunächst nichts über die *wirkliche* Position der benannten Person aus. Dennoch scheint es sich in der Wahrnehmung Mariana D.s um eine Person in politisch repräsentativer Funktion und mit Macht zu handeln. Nicht zuletzt ist davon auszugehen, dass die Person der Dominanzkultur angehört, da sie an dieser Stelle im Gegensatz zu vorher, keine nationalisierende Differenzkategorie einführt. Diese Person, der Bürgermeister, wird als diejenige erlebt, die die eigene prekäre Situation verstärkt und nicht unterstützend tätig ist – letztendlich sogar als Auslöser drohender Obdachlosigkeit erscheint. Mariana D. führt ausführlich aus, wie die Familie im Anschluss vorübergehend von Wohnungslosigkeit bedroht war, die jedoch noch abgewendet werden konnte:

Mariana D.: Bekannte gaben uns 50 Euro, um zu anderen Freunden 400 bis 500 km von uns entfernt zu fahren und wir konnten dort nicht bleiben, an den Haltestellen, es war sehr schwierig für uns, es regnete, wir waren dreckig, es war sehr beängstigend. Dieser Freund, der uns anrief, machte Witze mit uns. Hier ist ein Hotel, kommt und wohnt hier bei mir und es gibt Arbeit. Und er hat uns verarscht. Und wir gingen, wir nahmen die 50 Euro und Wochenendticket kostete ungefähr 38 Euro vor Jahren, jetzt weiß ich nicht, wie viel, und wir fuhren dorthin. Die andere Familie hat sich noch am Abend von uns getrennt, sein Bruder ist gekommen und hat die mitgenommen und wir sind auf der Straße geblieben. Wir gingen dorthin, war aber auch sehr weit weg, ich kann mich nicht genau erinnern, nach [deutsche Großstadt], sehr nach unten, aber er hat uns auch belogen und meinte, er hat Spaß gemacht, das alles stimmt nicht. Katastrophe, wie im Märchen, es war unerklärbar. Gut, dass ich mir den Weg gemerkt habe, dass wir den Weg zurück zum Bahnhof finden konnten. Es war eine kleine kalte Haltestelle und es hat sehr stark geregnet. Mein Sohn hat sehr viel geweint, er hat bestimmt Angst gehabt, es war dunkel und es hat stark geregnet. Ich habe die Decken rausgeholt und auch angefangen zu weinen und habe gesagt, wir werden jetzt hierbleiben, wir wissen jetzt nicht mehr wohin. Und ich sagte nur, ich werde mich zum Beispiel bei der Polizei stellen, ich weiß nicht, was ich tun soll. Danach war es diesem Freund offensichtlich unangenehm, dass er diesen Spaß gemacht hat und hat gesagt: „bald kommt dein Zug, steigen Sie da ein und fahren Sie nach [deutsche Großstadt], mein Bruder wohnt dort und wird euch aufnehmen.“ Eine Stunde Aufenthalt, er hat uns nicht gesagt, wo wir aussteigen sollen, weil [deutsche Großstadt] ist groß, es gibt [Großstadt-Bahnhof 1] und [Großstadt-Bahnhof 2] und wir sind in [Großstadtbahnhof 1] ausgestiegen, hätten in [Großstadt-Bahnhof 2] aussteigen sollen, und mit dem restlichen Geld, 13 Euro, die uns übriggeblieben waren, mussten wir für ein Taxi ausgeben. Dann, genau um 1 Uhr, betraten wir die warme Wohnung, ich konnte nicht glauben, dass wir drinnen schlafen können. Ich dankte Gott und weinte.

(Interview Mariana D., Pos. 155–194)

Im Anschluss an die vorangegangene Erzählung über die ersten zwanzig Tage, die in einer Wohnungsräumung mündeten, beschreibt Mariana D. anschließend ebenso detailliert, wie es für die Familie weiterging. Dabei bezieht sie sich mit „Bekannten“ und „Freunden“ wie auch zuvor auf Personen, die einem vermeintlich engeren sozialen Netzwerk zuzuordnen sind. Sie schmückt ihre Erzählung mit teils detaillierten szenischen Beschreibungen, indem sie z. B. auf das schlechte Wetter eingeht. Bemerkenswert ist, dass in ihren Ausführungen der „Bürgermeister“ nicht als jemand angeführt wird, der, so könnte man nach einer so folgenreichen Entscheidung wie einer Wohnungsräumung erwarten, bei der Suche nach einer neuen Unterkunft als Unterstützer auftritt.

Mariana D. bringt sich in ihrer Erzählung als passive sowie von Anderen abhängige Akteur*in hervor. Bekannte und Freunde, auf die sie sich verlässt, oder unbekannte Personen wie der „Bürgermeister“, werden als diejenigen dargestellt, die über ihre Situation entscheiden. Auch als zum Ende ihrer Erzählung mit dem

Erreichen der Wohnung eine für sie positiv erlebte Entwicklung eintritt, verweist sie mit „Gott“ nicht auf sich selbst, sondern eine außenstehende Instanz, auf die sie selbst keinen Einfluss hat. Die geschilderten Erfahrungen demonstrieren insgesamt die emotionale Belastung der Situation, indem Mariana D. u. a. mehrfach darauf verweist, geweint zu haben. Sie nimmt ihre Erzählung sehr detailliert vor, indem sie wiederholt genaue Zeitangaben, räumliche Distanzen oder Geldsummen angibt. Gerade der Hintergrund, dass sie Situationen schildert, die zum Zeitpunkt des Interviews rund zehn Jahre zurückliegen, legt die Deutung nahe, dass die Erfahrungen als einschneidend erlebt wurden. Auch zeugt die detaillierte Schilderung dafür, dass sie diese Geschichte bereits häufiger vorgebracht hat. Dies zeigt sich konkret im Kontakt mit Emila, die angibt, die Geschichte bereits zu kennen. Die Form der Selbst-Erzählung ist hier nicht nur Ausweis einer subjektiven Relevanzsetzung der Erlebnisse durch die Befragte, sondern ebenso ihrer sozialen Positionierung, da diese Form der Erzählung in Interaktionen mit anderen artikuliert werden darf oder sogar erwartet wird, wie anhand der Interviewsequenz zu sehen ist. Mariana D.s Ausführung zeigt dabei deutlich, dass Sicherheit in Bezug auf das Thema Wohnen in der ersten Zeit ihrer Ankunft in Deutschland für die Familie eine elementare Rolle spielt und der Aspekt einer freiwilligen Wahl eines spezifischen Wohnortes in den Hintergrund rückt.

Auch Javor L. berichtet in der Eingangssequenz des Interviews von Erfahrungen der Wohnungslosigkeit:

Interviewerin: Ja erzähl mir doch mal, wie du nach Nolden gekommen bist. (...)

Javor L.: Wie? (...)

Interviewerin: Wie du/ wie du nach/ WARUM und wie du nach Nolden hier gekommen bist/

Javor L.: Ich war nicht in Nolden. (...) War nicht in/ ich habe nicht hier gekommen in Deutschland in Nolden erstmal. Ich habe gekommen in (unverständlich).

Interviewerin: W/ Wie heißt das?

Javor L.: Das ist 200 Kilometer von hier weit. Und danach habe ich geschieden mit meiner Frau und habe ich gegangen. Meine Freunde waren in [deutsche Mittelstadt]. (.) Aber diese Freunde hat sich (unverständlich) wie mit falsche Name, keine Ahnung. Hab ich gegangen bei ihm, hab ich (gesetzt?) ein bisschen, aber (...) danach sie (Anmerkung: Könnte auch ‚er‘ bedeuten, Personalpronomen werden teilweise vertauscht) hat ihn geschmissen, diese keine Ahnung, Polizist hat ihn geschmissen raus oder keine sagen bleiben in Deutschland diese Leute, danach ich hab geblieben auf Straße. Und ich hab keine Wort Deutsch verstanden, ich hab eine Wort nicht verstanden Deutsch, war sehr schwierig für mich. SO war ich glaub ich einen Monat auf die Straße. Und war WINTER. Ohne Jacken ohne nix.

(Interview Javor L., Pos. 1-21)

Wie Mariana D. schildert auch Javor L. zu Beginn des Interviews Erfahrungen sozialer Unsicherheit, prekärer materieller Verhältnisse und nicht zuletzt von temporärer Obdachlosigkeit, die er nach seiner Ankunft in Deutschland macht. Dabei lassen sich verschiedene Analogien in den Erzählungen von Mariana D. und Javor L. ziehen: Wie Mariana D. stellt auch Javor L. die Erfahrung von Wohnungslosigkeit als Belastung heraus, indem er darauf verweist, im Winter ohne Jacke auf der Straße gelebt zu haben. Eine weitere Gemeinsamkeit in den Schilderungen von Mariana D. und Javor L. sind Erfahrungen mit deutschen Behörden, welche in beiden Erzählungen eine potenzielle Bedrohung für den eigenen Status darstellen und als Auslöser der (drohenden) Wohnungslosigkeit benannt werden. Bei Javor L. geht dies aus der Benennung der Polizei hervor, die seinen Freund aus Deutschland verwies. Bezugspersonen werden hingegen über das Merkmal Freunde eingeführt, die als *nicht deutsch* respektive nicht als Angehörige der Dominanzgesellschaft auftauchen. Zudem verweist auch Javor L., wie Mariana D., auf seine nicht vorhandenen Sprachkenntnisse, die er in einen Zusammenhang mit seiner erlebten Hilflosigkeit und Handlungsohnmacht bezüglich seiner prekären Situation bringt.

Auch die Interviewpartner*in Gabriella S. legt zu Beginn belastende Erfahrungen nach ihrer Ankunft in Deutschland dar:

Interviewerin: Wie seid ihr auf Wostenberg gekommen dann?

Gabriella S.: Ähm durch Bekannte, ähm nicht so gute Bekannte, nur so/ (.) mein Mann hatte so ein Bekanntes, aber der sagte „Ja, du kannst vorbeikommen und versuchen hier zu arbeiten“ und ja. (.) Wir haben einfach „ja“ gesagt, ich weiß es nicht. (Gott?) Vielleicht weil ich habe auch alles geschafft, ja.

Interviewerin: Ja. Wie war das Ankommen in Wostenberg oder in/ in Nolden?

Gabriella S.: Ja, das war schwer. Ohne Geld. (Laut ausatmend) Ja mir kommtt weinen jetzt. Ja. (..) (4) (Weinend, mit hoher Stimme) Ja. (..) (Laut ausatmend) Nur fünf Personen ohne Geld, drei Kinder, eins behindert, das war schwierig. Aber wir haben es geschafft, ich weiß es auch nicht WIE, woher so viel Kraft, aber ist einfach (.) alles gekommen. Und ähm, ja. Ja, war alles gut. Entschuldigung. (lacht)

Interviewerin: Ist kein Problem. Ich glaube, ich habe jetzt leider gar kein Taschentuch, tut mir leid.

Gabriella S.: Nicht schlimm. Also für mich ist das sehr emotionell, wenn ich nachdenke, weil ich hab/ (weinend), ich weiß, was ich erlebt habe. Ja. Deswegen. Ja.

(Interview Gabriella S., Pos. 4-20)

Die Interviewpartnerin antwortet zunächst auf die Frage, wie die Familie auf den (Wohn-)Ort Wostenberg gekommen sei, mit Verweis auf einen „Bekannte[n]“ ihres Mannes, den sie dann jedoch einschränkend als „nicht so gute Bekannte[n]“

beschreibt.⁷⁴ Die weitere Nachfrage der Interviewerin ruft dann eine emotionale Erzählung Mariana D.s hervor. Die Situation, die Gabriella S. nachzeichnet, ist ähnlich zu den Selbst-Erzählungen von Mariana D., indem sie diese mit finanzieller Prekarität insbesondere in Bezug auf ihre Familiensituation beschreibt. Im Kontrast zu Mariana D. positioniert sich Gabriella S. bereits stärker als aktiv eingebunden, da sie darauf verweist, die Situation aus eigener Kraft bewältigt zu haben. Ihre Selbst-Positionierung als handlungsmächtiges Subjekt wird in der folgenden Passage noch stärker deutlich:

Interviewerin: Was war schwierig?

Gabriella S.: (Seufzt laut) Viele waren schwierig. Also erstmal haben wir in eine Wohnung zusammen mit diese (.) Bekannte, die nicht so gute Leute waren. Die wollen eigentlich nur Geld von uns haben und so. Und wir haben da so anderthalb Monate ungefähr gelebt, das war nicht in Wostenberg, das war in [deutsche Großstadt]. Wir wussten gar nichts über Deutschland. Also (.) überhaupt nicht. (Atmet laut aus) Ja, und auch ohne Geld, mein Mann sollte unbedingt arbeiten. Hin und her, Schwarzarbeit, ich muss das auch sagen, weil der konnte kein Deutsch. Zu überleben. Ja, und eine Wohnung zu finden. (Atmet laut aus) Ich weiß, das ist nicht gut, aber ich sage die Wahrheit jetzt, weil so war das dann. Der sollte Arbeit finden, damit wir auch eine Wohnung bekommen. Wir mussten dazu diese Männer jede Nacht bezahlen in eine Zimmer, fünf Personen. Das war sehr (*weinend*) schwer.

Interviewerin: Das glaube ich.

Gabriella S.: Ja. Und, ähm, ja. Ich kannte nur ein bisschen Deutsch. Als ich kleiner war, war ich mit meiner Familie in Österreich, da hatte ich erste, zweite und dritte Klasse gemacht. Und dann waren wir wieder zurück in Rumänien, aber ich hab SO schnell gelernt wieder alles, ich weiß nicht wie und wo. Ein paar Monate nur, ich konnte schon Deutsch, nicht SO gut, aber es, es reichte, ja? Eine Arbeit zu suchen, eine Wohnung zu suchen, mich zu unterhalten mit anderen. Ja und ähm, da hatte ich auch verstanden, was die anderen über uns redeten, die Leute, die wo wir, (.) ähm, ja? Ich sagte zu meinem Mann ,Die sind nicht vernünftige Leute, die sagen immer das und das und das und das‘, aber der glaubt mir nicht (.) manchmal. Aber ich weiß, was ich/ ich wusste, was ich höre zu dieser (.) ja?

Interviewerin: Magst du erzählen, was die Leute gesagt haben?

Gabriella S.: Ja. (Atmet laut aus.) Die wollten nur mehr Geld von uns haben, ähm, manchmal haben die uns auf die Straße einfach raus: Ja, wenn du nicht mehr Geld bringst oder so, du musst mehr bezahlen! und solche Sachen, ja? Mit drei Kindern,

74 Wie sich im direkt folgenden Interviewabschnitt zeigt, bezieht Gabriella ihre Antwort auf die Eingangsfrage nicht auf ihre Entscheidung für den Ort *Wostenberg*, sondern schildert ihr Ankommen in Deutschland allgemein. Auf diesen Umstand wird noch im Text selbst eingegangen.

das war sehr stressig. Und, ähm, ja, dann war ich zu einer Sozialberatung an einem Tag gegangen und ich hab das alles erzählt. Auf meine Sprache, so wie ich das konnte. Weil für mich (.) reicht, ja? Ich konnte nicht mehr, mehr da wohnen und so. Und dann hatten die auch Angst bekommen vor der Stadt, (.) ja? Die hatten einen Anruf bekommen von Stadt, dafür. Ja. Und ähm, ja, da hatte ich mir auch zwischenzzeitlich eine Wohnung gesucht, selber. War nicht so gute Wohnung, aber für uns war (.) gut, (*lachend*) ohne warme Wasser, aber trotzdem gut. Ja.

Interviewerin: Hm, das war auch in [deutsche Großstadt], oder?

Gabriella S.: Nein, das war in Nolden, Ringstraße 1.

(Interview Gabriella S., Pos. 21-59)

Obgleich die Interviewerin sich in ihrer Frage auf den Stadtteil Nolden bezieht, beschreibt Gabriella S. zunächst den Prozess ihrer Ankunft in einer anderen deutschen Großstadt, bevor sie am Ende der Selbst-Erzählung auf Nolden kommt. Dies kann in sprachlichen Missverständnissen begründet liegen. Da solche im Interview ansonsten aber kaum auftreten, deutet es eher darauf hin, dass die Geschichte des Ankommens in Nolden aus Sicht der Befragten in einem engen Zusammenhang mit ihrem Ankommen in Deutschland steht. Darin zeigt sich, dass die Ankunft in Deutschland das für sie *eigentlich* relevante Ereignis ist, worin der Zuzug nach Nolden lediglich einen Baustein darstellt.

Sie beschreibt – ähnlich wie Mariana D. – die Erfahrung von Ausbeutung und eine existentielle Abhängigkeit von „Bekannten“. Ein (anfängliches) Gefühl von Hilflosigkeit wird bei ihr in der Relevanzsetzung fehlenden Wissens über Deutschland deutlich. Deutsche Sprachkenntnisse spielen auch in ihrer Erzählung eine zentrale Rolle in der Hervorbringung von Handlungs(un)fähigkeit. Jedoch zeigt sich in Gabriella S. s Erzählung im Vergleich zu Mariana D. und Javor L. ein deutlicher Unterschied: Sie bringt ihre vorhandenen Deutschkenntnisse als zentralen Faktor ihrer eigenen Handlungsmächtigkeit hervor – während sie diese ihrem Mann aufgrund seiner fehlenden deutschen Sprachkenntnisse abspricht. Erst ihre Sprachkenntnisse führen dazu, dass sie versteht, was Andere (über sie) sagen, um anschließend selbst tätig zu werden und eine Sozialberatung aufzusuchen. Sie betont anschließend, dass sie daraufhin selbst eine Wohnung gesucht und sie in Nolden gefunden habe. Deutlich wird hier, dass Nolden als Ort hervorgebracht wird, der im Vergleich zu vorher eine Verbesserung der Lebenssituation der Familie von Gabriella S. in Deutschland darstellt, wobei sie trotzdem gleichzeitig auf einen niedrigen Wohnstandard verweist.

Die Ausführungen von Gabriella S. zeigen, wie bei Marianna D., wie stark emotional die Erfahrungen in ihrer Erinnerung als Belastung verknüpft sind, die in der Interviewsituation wieder aufgerufen werden.

8.1.2 Zugang zum Wohnungsmarkt und soziale Netzwerke

Während sich der vorangegangene Abschnitt auf die Analyse der Selbst-Erzählungen zur Ankunft in Deutschland fokussierte, wird nun dargelegt, wie die Befragten ihr Ankommen in Nolden beschreiben. Mariana D. führt im Anschluss an die zuvor dargestellte Selbst-Erzählung wie folgt weiter aus:

Mariana D.: *Dann hat uns der Junge wirklich geholfen, seine Frau, aber wir sind ein paar Kilometer runter gegangen, er hat uns zur Arbeit vermittelt und so waren wir in einer anderen Stadt, wir haben in der Logistik angefangen, er hatte dort Bekannte. Und wir blieben zwei Jahre da. Aber es war sehr schwierig, weil wir niemanden kannten. Dann haben wir ein bisschen die Sprache gelernt, weil uns niemand geholfen hat. Mein Sohn ist sehr einsam aufgewachsen, hat viel geweint, wir hatten Probleme im Kindergarten, wir gingen zu einem Psychologen, weil er nicht in den Kindergarten wollte. Als der Psychologe kam, stellte er fest, dass das Kind gesund war, weil er alles verstand. Er brachte einen Zug mit Magneten mit, um zu sehen, ob das Kind Abweichungen hat. Es hat schnell herausgefunden, wie man die Spiele spielt, antwortete auf Deutsch, sagte die Monate, die Wochen, viele Dinge, hat sich vorgestellt, er wusste, wer Mama und Papa waren, er wusste viele Dinge. Alles war in Ordnung, aber er stotterte vor Sorge. Jetzt ist es weg. Wegen des Kindergartens, er wollte nicht zum Kindergarten, weil er die Kinder nicht kannte, ein Kind hat ihn geschlagen und erschreckt und er wollte nicht. Also sind wir zwei Jahre später hierhergezogen, hier waren ein oder zwei bekannte Familien. (Lachend) Unsere Kinder waren sehr glücklich hier. Deshalb sage ich, es war sehr schön für sie, als wir hierhergezogen sind.*

(Interview Mariana D., Pos. 194–220)

Im Anschluss an die ausführlich geschilderte Situation ihrer Ankunft in Deutschland (vgl. Kapitel 8.1.1) berichtet Mariana D. über den Weg ihrer Familie nach Nolden, der zunächst über eine Zwischenstation führte, in der Mariana D. und ihr Mann zwar einen Arbeitsplatz hatten, die Familie aber nicht sozial eingebunden war. Insbesondere für ihr Kind beschreibt sie die Situation aufgrund von Ausgrenzungserfahrungen als psychisch belastend. Infolge der sozialen Isolation bringt sie eine stabile soziale Situation als zentralen Grund für einen Umzug nach Nolden an; sie schildert ein soziales Umfeld, welches ihren Kindern vertraut ist. Dahinter zurück tritt die eigene Arbeitssituation, die in Bezug auf Nolden nicht thematisiert wird. Soziale nehmen hier im Vergleich zu bspw. finanziellen Aspekten für die Umzugentscheidung eine übergeordnete Rolle ein. Fasst man diese Erzählung im Kontext ihrer Eingangserzählung, kann gedeutet werden: Nolden ist ein Raum, in dem sie und ihre Familie ein soziales Umfeld vorfinden, in das sie eingebunden und vor sozialer Isolation und Ausgrenzung geschützt sind.

Hristo M. stellt das Vorhandensein sozialer Netzwerke ebenfalls als zentralen Grund für einen Zuzug nach Nolden dar:

Interviewerin: Und haben Sie die Wohnung selbst ausgesucht?

Dolmetscher: Hast du die Wohnung selbst gesucht?

Hristo M.: Nein, mein Bruder hat mir geholfen. Nachdem er von seinem ersten Quartier ausgezogen ist und sein Quartier hier bezogen hat, genau dort, wo ich bin, an diesem Ort. Und wo er war, diese Immobilienfirma ,XYZ‘; sie haben ihn zuerst genommen und ich habe mich bei dieser Firma dann auch beworben.

Dolmetscher: Also sein Bruder hat ihm auch geholfen, weil sein Bruder zuerst hierherkam. Er ist zu seinem Bruder gegangen, die waren auch hier in der Nähe, und danach sind sie zu ,XYZ‘ Immobilie gewechselt, und danach hat sein Bruder da gesagt, ob die noch eine Wohnung frei hätten, für ihn, und danach kam eine frei und dann konnte er sie mieten.

Hristo M.: Und weil der Hausmeister Serbe ist und wir uns auf Bulgarisch verstehen und er mich den Leuten von der Firma empfohlen hat.

Dolmetscher: Weil der Hausmeister bei der großen Immobilienfirma ,XYZ‘, also die Straße, da wo die Wohnung ist, der Hausmeister ist aus Serbien, und die haben, die Sprachen sind, sage ich mal, so ähnlich und die haben sich deswegen verstanden und er wurde vorgeschlagen.

Interviewerin: Okay. Ähm (...) warum bist du nach Nolden gekommen, bist du aus Bulgarien direkt nach Wostenberg gezogen oder warst du vorher woanders in Deutschland?

Dolmetscher: Bist du direkt aus Bulgarien nach Wostenberg gekommen, warst du nicht zuerst woanders und warum bist du nach Nolden gekommen, in diesen Stadtteil?

Hristo M.: Es ist logisch, dass ich hierherkomme, denn es gibt jemanden, zu dem ich hierherkommen kann.

Dolmetscher: Und bist du aus Bulgarien direkt hierhergekommen?

Hristo M.: Nein, ich war zuerst zu Besuch bei der Tochter meiner Schwester in [deutsche Mittelstadt], 300 Kilometer von hier.

Dolmetscher: Also, er ist aus Bulgarien in [deutsche Mittelstadt] gewesen, das ist 300 Kilometer von hier, bei ähm, von seiner Schwester die Tochter, ähm, und, ähm, danach ist er halt in Wostenberg gekommen, Nolden, da er halt jemand hier kennt, also eine bekannte Person, sein Bruder, wegen dem ist er hierhergekommen und, ähm, ihn auch zu besuchen danach haben die sich überlegt, dass sie hierbleiben.

Hristo M.: Ich wollte dortbleiben, in [deutsche Mittelstadt], aber es gab keine Möglichkeit, sich anzumelden und zu arbeiten, und hier erlauben sie es, bei [Sozialwerk], dort gab es keine, ich habe dort nachgefragt, ich bin mit Freunden dorthin gegangen, um zu fragen, aber da ging es nicht.

Dolmetscher: Also als sie in [deutsche Mittelstadt] waren, er wollte auch eigentlich dableiben, aber da gab es keine Leute, die so sehr stark ihm weiterhelfen konnten, besonders hier bei [Sozialwerk] und danach ist er hierhergekommen, ähm, und danach hat er sich hier bei dem [Sozialwerk] gemeldet, damit er weitere Hilfe bekommen kann.

(Interview Hristo M., Pos. 68–99)

In der Begründung der Auswahl von Nolden als Wohnort stellt Hristo M. weniger den Ort selbst in den Vordergrund als vielmehr die Anwesenheit seines Bruders, der bereits dort wohnte. Zudem bringt Hristo M. die Beratung durch ein Sozialwerk in Wostenberg-Nolden ein, die ihn dazu veranlasste, den Wohnort zu wechseln.⁷⁵ Bei der Wohnungssuche hebt er einen guten persönlichen Kontakt mit einem Hausmeister hervor, den er auf eine gemeinsame sprachliche Verbundenheit zurückführt. Die Orientierung an bestehenden sozialen Kontakten bringt Hristo M. in seiner Selbst-Erzählung als logische Schlussfolgerung an. Augenfällig ist daran nicht, dass er sich entscheidet, an einen Ort zu ziehen, an dem er bereits andere Personen kennt. Vielmehr ist die Abwesenheit der Benennung anderer Gründe interessant und deutet an, wie der Handlungsrahmen der Befragten in Bezug auf die Wohnortwahl strukturiert ist. Hristo M. ist mit seiner Begründung im Kreis der hier durchgeführten Interviews nicht allein, was vermuten lässt, dass die Befragten infolge sozialer Marginalisierung und mangelnder Ressourcen auf die Verfügbarkeit sozialer Netzwerke angewiesen sind, um überhaupt Wohnraum zu finden.

In ähnlicher Weise berichtet auch Gabriella S., dass sie durch eine Person, die Wohnraum vermittelt, nach Nolden gekommen sei:

Interviewerin: Wie seid ihr dann von [deutsche Großstadt] nach Nolden gekommen?

Gabriella S.: Ähm ja, da war eine Deutsche, der immer kam zu diese Leute. Eine alte Deutsche, altjähriger Mann, und der wollte helfen eigentlich diese Familien. Und da hatte ich Kontakt mit ihm. Und er hat gesagt: „Ja, du kannst Deutsch?“ „Ja, ich kann Deutsch.“ Und da hatte ich auch erzählt, dass ich eine Wohnung suche. Ich hab alles erzählt über diese Leute und so und da hat er uns geholfen. Ja. Er hat gesagt: „Ich hab eine Wohnung für euch, aber nicht hier, sondern in Wostenberg.“ „Interessiert mich nicht, wo das ist, ich will einfach weg von hier und SO sind wir nach Wostenberg nach anderthalb Monaten ungefähr aus [deutsche Großstadt] dann nach/ (...) ja, in Wostenberg. Dann haben wir die Wohnung bekommen in der Ringstraße. Da habe ich so für acht Monate ungefähr, haben wir da. Bis ich eine bessere Wohnung(.) gesucht habe, also auch allein. Niemand hat uns geholfen mit Wohnung oder so.

(Interview Gabriella S., Pos. 60–72)

Während sich in Hristo M.s Erzählung seine bulgarischen Sprachkenntnisse als vorteilhaft in der Wohnungssuche erweisen, hebt Gabriella S. ihre deutschen Sprachkenntnisse hervor, die ihr im Kontakt mit einer Person, die sie als „Deutschen“ einführt, zu einer Wohnung verhelfen. Die Wahl des Wohnstandorts macht Gabriella S. dann ebenfalls nicht am Ort Wostenberg-Nolden selbst fest. Der konkrete Ort – Nolden – ist in ihrer Darstellung irrelevant. Vielmehr

75 In der Passage wird jedoch nicht deutlich, worin die Unterstützung erfolgte, die an Hristo M.s altem Wohnort nicht gewährleistet wurde.

schildert sie, dass jedweder Ortswechsel für sie ein potenzieller Ausweg aus ihrer damaligen prekären Situation sein konnte (vgl. Kapitel 8.1.1). Der Umzug erfolgt also eher aufgrund einer sich eröffnenden Möglichkeit als einer zielgerichteten Suche.

Der Wohnungsvermittler, der sie einerseits bei der Wohnungssuche unterstützt, gleichzeitig aber eine Wohnung mit niedrigem Wohnstandard anbietet (z. B. kein warmes Wasser, vgl. Kapitel 8.1.1), erscheint in einer ambivalenten Rolle. In diesem Zusammenhang könnte das zwischengefügte „eigentlich“ relativierend gedeutet werden. Immerhin veranlasste der niedrige Wohnstandard Gabriella S. nach nur acht Monaten zur Suche einer neuen Wohnung. Diese neue Wohnung sucht Gabriella S. – sie positioniert sich abermals als selbst Handelnde – dann ebenfalls in Nolden. Die Tatsache, dass Gabriella S. hier fündig wird, zeigt, dass den Befragten auf dem lokalen Wohnungsmarkt in Nolden verschiedene Möglichkeiten in der Wohnraumsuche offenstehen. Darüber hinaus kann auch geschlossen werden, dass der Stadtteil als Wohnort zumindest insoweit wertgeschätzt wird, als dass aus Gabriella S. s Ausführungen nicht deutlich wird, dass die Wohnungssuche auf andere Orte ausgeweitet wurde.

Milos K. berichtet ebenfalls, dass er durch einen bestehenden sozialen Kontakt nach Nolden gekommen ist. Er stellt die niedrigen Wohnstandards, die Gabriella S. andeutet, ausführlicher dar:

Interviewerin: Du hast vorhin erzählt, dass ihr dann von [deutsche Großstadt] nach Wostenberg gekommen seid, nochmal kurz zurückgehen vielleicht. Wie seid ihr auf Wostenberg gekommen dann später?

Milos K.: Ja, weil die Cousin, seine Vermieter hatte die Wohnung hier frei in Wostenberg und hat uns hier in Wostenberg diese Wohnung gegeben. Das war die gleiche Vermieter von meine Cousin. Das war (.) (lachend) kann ich SO sagen, die schlimmste Mann, welche hat (.) hat mit rumänische und bulgarische Leute (.) verein/ vereinbart diese Verträge und alles und da war (.) Dreck und Ratten und der hat auch vermietet weiter. Der hatte/ Stadt Wostenberg, wenn hat gehört von ihm, der hat gewusst ‚Kirchweg‘. Da mussten wir raus ziehen danach paar, ein Jahr oder wann und das war schlimm. Auch Haus war nicht gut, könntest du nicht da wohnen, weil (.) Balken (Bal- kon?) war kaputt, Treppe war kaputt, ja. Viele Sachen war schlimm.

Interviewerin: War das auch hier in Nolden oder in einem anderen Stadtteil?

Milos K.: Ja, hier in Nolden, ach JA, auch in andere Stadt, in [deutsche Großstadt] auch (.) schlimm. In [andere deutsche Großstadt] auch schlimm seine Wohnungen. Ich musste auch mit ihm gehen ab und zu übersetzen, ihm zu helfen ihm, diesem Vermieter. Der war ein großer Künstler, (..) aber nicht viel gemacht für seine Wohnungen, für Menschen. Der hat behandelt die Menschen, keine Ahnung (..), wie Dreck und wenn (.) hast du gesagt ‚ja ich brauch eine größere Mülltonne‘, ‚Nein, kriegst du nicht, du musst dann mehr zahlen.‘ VIEL Geld hat verdient von Leute. Damals Leute haben nicht so gewusst, wie viel muss Miete zahlen, ähm, wie viel

Kaution, der hat nur Geld kassiert, der Mann. (...) Und von da dann ich bin in Mühlenstraße gezogen von Kirchweg. Und dann Mühlenstraße war super und von Mühlenstraße, ich wohne jetzt in Bergstraße, weil ist unten. In Mühlenstraße, die Wohnung war ganz oben, vierte Etage und dann konnte ich nicht, weil ich bin (.) mit Bandscheibenvorfall krank und für mich war die Treppe nicht mein, mein Liebling. (..) Und hier in Bergstraße ist super.

(Interview Milos K., Pos. 128 – 158)

Milos K. berichtet, dass er, ebenso wie Mariana D., über ihm bekannte Personen, in diesem Fall über seinen Cousin bzw. den Vermieter seines Cousins, nach Nolden gekommen ist. Auch er macht dementsprechend nicht den Stadtteil selbst für die Wahl des Wohnortes relevant, sondern den verfügbaren Wohnraum.

Eine zentrale Stellung nimmt in den Ausführungen der Vermieter ein, der laut Milos K. nicht nur in Wostenberg, sondern auch in anderen Städten verdeckte und überteuerte Wohnungen vermietet. Er beschreibt ihn als Person, die wegen seiner Wohnungen bei den städtischen Behörden bekannt ist.

Milos K. positioniert die Bewohner*innen der Immobilien als Geschädigte. Er bringt damit eine Gegendeutung zum Diskurs *Südosteuropäischer Zuwanderung* ein, in dem den Adressat*innen eine Miterantwortung in der Entstehung sog. Problemimmobilien zugeschrieben wird. Der Vermieter wird in der mächtigen Position beschrieben, die prekäre Situation der Bewohner*innen zugunsten seines eigenen Gewinnstrebens auszunutzen. Insbesondere die diskursive Problem-anrufung devianten Verhaltens in Bezug auf Sauberkeit setzt Milos K. mit der Beschreibung durch den Vermieter verweigerter Mülltonnen in einen erweiterten Kontext. Er schildert eine Herabwürdigung der Gruppe durch den Vermieter, in dem er einbringt, dieser habe seine Mieter*innen „wie Dreck“ behandelt. Ähnlich wie in anderen zuvor dargestellten Interviewpassagen begründet Milos K. Handlungseinschränkungen der Betroffenen mit fehlenden (formellen) Informationen zum Thema Wohnen sowie mit sprachlichen Barrieren, die es den Betroffenen erschweren, selbst für bessere Lebensverhältnisse zu sorgen.

Wie Gabriella S. nimmt Milos K. diese erste Wohnung in Nolden zum Ausgangspunkt, um von dort aus auf dem lokalen Wohnungsmarkt selbst eine geeignete Wohnung zu suchen. Schließlich findet er in Nolden eine Wohnung, die an seine Bedarfe, auch mit Blick auf eine Krankheit, angepasst ist.

Seine Beschreibung prekärer Wohnverhältnisse führt Milos K. einerseits auf eigene Erfahrungen als Mieter zurück. Andererseits speist sich seine Erzählung aus Einblicken in verschiedene Wohnungen sowie aus seinem persönlichen Verhältnis zum Vermieter im Zuge seiner Übersetzungstätigkeit für diesen. Er positioniert sich damit zugleich als Stellvertreter für andere Betroffene – eine Stellung, die er auch in seinem Engagement im Rom*nja-Verein regelmäßig einnimmt.

8.1.3 Zwischenfazit

In den dargestellten, teils emotionalen Erzählungen der Befragten machen diese Erfahrungen von finanzieller Ausbeutung, (der Bedrohung bzw. dem Erleben) von Wohnungslosigkeit, Verdrängung und Armut relevant. Insbesondere die weiblichen Gesprächspartnerinnen bringen in diesem Zusammenhang psychisch-emotionale Belastungen in Bezug auf ihre Familiensituation mit kleinen Kindern ein und positionieren sich damit als sorgende Mutter. Geschildert werden Abhängigkeiten von Dritten, die die prekäre Situation der Betroffenen bei ihrer Ankunft in Deutschland ausnutzen. Dass die Befragten in ebensolche Situationen geraten, muss als (mit-)bedingt durch soziale Ausgrenzungserfahrungen der Mehrheitsgesellschaft betrachtet werden, wodurch die Personen einen erschwerten Zugang zum regulären Wohnungs- und Arbeitsmarkt, insbesondere in der Anfangsphase nach der Migration, haben. An Mariana D.s Beispiel wird darüber hinaus deutlich, wie die Selbst-Erzählungen in diesem Kontext über die Interessen der als Dolmetscherin fungierenden Sozialarbeiterin inhaltlich geleitet werden. Die Befragte bringt auf explizite Anregung der Dolmetscherin eine detaillierte Erzählung einer bereits länger zurückliegenden Situation ein, die sie wohl auch schon in anderen Gesprächskontexten vorgebracht hat. Dies verdeutlicht, dass diese Form der Selbst-Erzählung für die Befragte im Austausch mit ihrer sozialen Umwelt hochgradig identitätsstiftend ist. Im Fall von Milos K. zeigt sich zudem, dass er in seinen Selbst-Positionierungen auf Wissen zurückgreift, das über den eigenen Fall hinausgeht. Dieses setzt er in Bezug zu einer Übersetzertätigkeit für seinen Vermieter und kann ebenso im Zusammenhang mit seinem Engagement in einem Rom*nja-Verein betrachtet werden, durch das er gewohnt ist, eine Sprecherposition für seine Gruppe einzunehmen.

Die Erfahrung von Ausbeutung beschreiben die Befragten ferner als ortsübergreifend, d. h. nicht (nur) im Stadtteilkontext von Nolden. Es wird deutlich, dass persönliche Kontakte, private oder unternehmerische Wohnungsvermittler*innen sowie letztendlich die Verfügbarkeit von Wohnraum zu der Entscheidung führen, nach Nolden zu ziehen. Dabei berichten die befragten Personen von teils überregionalen Wohnortwechseln, um schließlich eine Wohnung in Nolden zu beziehen. Die Umzüge nach Nolden werden als nicht vorab geplant und eher kurzfristig geschildert, der vermittelte Wohnraum häufig als minderwertig und unkomfortabel beschrieben. Nolden wird darüber hinaus als Ort dargestellt, der den Befragten trotz prekärer Wohnverhältnisse durch soziale Kontakte zur eigenen Gruppe Schutz vor sozialer Isolation und Ausgrenzung bereitstellt. Einmal im Stadtteil angekommen, scheint der lokale Wohnungsmarkt zudem Möglichkeiten zu bieten, Wohnraum zu finden, der den eigenen Erwartungen mehr entgegenkommt als die zunächst über Dritte vermittelten Wohnungen.

In den Erzählungen wird die Artikulation von Handlungsmacht und -ohnmacht in mehreren Fällen durch vorhandene bzw. fehlende Sprachkenntnisse begründet: Positionieren sich die Befragten als Subjekte, die gute deutsche Sprachkenntnisse haben, beschreiben sie sich als selbst Handelnde (wie im Fall von Gabriella S.). Sehen sich die Interviewpartner*innen als Personen, die kein Deutsch sprechen und verstehen, positionieren sich die Befragten eher als fremdbestimmt und den Umständen ausgeliefert (wie im Fall von Mariana D. und Javor L.).

Zusammenfassend eint die im vorangegangenen Kapitel dargelegten Selbst-Erzählungen der Befragten die Relevanzsetzung prekärer und unsicherer Bedingungen nach der Ankunft in Deutschland, die letztendlich zu einem Ankommen in Nolden als Ort führen, in dem die Befragten sozialen Anschluss finden und/ oder diese auf einen Wohnungsmarkt treffen, der ihnen zugänglich ist. Während die Selbst-Erzählungen der Befragten in diesem Kapitel in erster Linie im Kontext dieses Ankommens in Nolden und damit auch als der lokalen Ebene übergeordnet dargestellt wurden, fokussieren die folgenden Ausführungen auf Selbst-Positionierungen in Bezug auf das lokale Stadtteilleben und darin eingelagerter Bezüge zum lokalen Problemdiskurs sozialer Stadtentwicklung.

8.2 Anpassung als Selbst-Positionierung

In den Interviews zeigen sich verschiedene Positionierungen, in denen sich die Befragten an den erwarteten Normen ausrichten, die im Kontext des lokalen Diskurses um *Südosteuropäische Zuwanderung* an sie gerichtet werden. Diese gliedern sich in drei Teilkategorien: *Erstens* werden Erzählungen dargestellt, in denen sich die Befragten zur Behauptung ihrer sozialen Identität an die an sie gerichteten Normen anpassen. Daran schließt *zweitens* eine Auswertung von Selbst-Positionierungen an, die als Strategien zur Anerkennung als legitime Bewohner*innen des Stadtteils gefasst werden. *Drittens* werden Positionierungen als ‚reflexive‘ Anpassung als Umgang mit sozialen Machtverhältnissen gedeutet.

8.2.1 Anpassung zur Behauptung sozialer Identität

Florean F. reagiert im Interview folgendermaßen auf das Stichwort „Ordnungsamt“, das die Interviewerin hier über einen Zeitungsartikel (Impuls Nr. 1 c) einbringt:

Interviewerin: Also zum Beispiel steht hier, dass das Ordnungsamt oft kommt, weil viel/

Florean F.: Ja, da/ DAS hab ich andere Wohnung (.) nebenan, hab ich Problem mit Leute da. Gesagt viel: ‚Mal nicht machen Müll da, bitte!‘ Eine Mann gesagt bei mir:

,Willst du, dass ich die Polizei rufe?‘ Gemacht noch putzen, putzen, non stop ich gemacht da putzen. Jede/ ganz Woche Sonntag und Samstag hab ich keine Arbeit, ich mache mit meine Kinder, ich mache so, ich mach alles so, (er deutet an, wie er etwas in einen Müllsack füllt) ich mach den Müll.

(Interview Florean F., Pos. 105–111)

Bezeichnend in dieser Passage ist die Reaktion von Florean F. auf den Begriff „Ordnungsamt“, die er zum Anlass nimmt, sich selbst zum Thema Müll zu positionieren. In der Schilderung des Konfliktes in dieser Passage ergeben sich aufgrund sprachlicher Unklarheiten zunächst zwei mögliche Deutungen: *Erstens* könnte Florean F. hier erzählen, dass er seinen Nachbarn bezichtigte, Müll an nicht dafür vorgesehen Orten zu entsorgen, woraufhin ihm dieser mit der Polizei drohte. *Zweitens* ist die Darstellung auch so zu verstehen, dass der Nachbar Florean F. beschuldigte, Müll in unangemessener Weise loszuwerden und ihm in Zuge dessen mit der Polizei drohte.

Die Selbst-Positionierung, die Florean F. in der Konsequenz vornimmt, zeigt dann aber, wie er sich an die an ihn gerichtete Norm über das aktive Einbringen erwünschten Verhaltens anpasst und sich damit zugleich selbst von der Adressierung als Müllverursacher im Stadtteil distanziert. Dies erfolgt in vehementer Weise durch Wortwiederholungen, unterstützende Gestik und dezidierte Beschreibungen, an welchen Wochentagen er Müll sammelt. Er fasst zudem seine Kinder in die Aktivität des „Putzens“ ein und bringt sich somit als Vater ein, der seine Kinder, entgegen der diskursiven Anrufung, *ordnungsgemäß* erzieht. Die durch ihn relevant gemachte Drohung seines Nachbarn, die Polizei zu rufen, deutet auf einen möglichen Machthebel des Nachbarn hin, den er aufgrund seiner Überlegenheit gegenüber Florean F. als *Südosteuropäischer Zuwanderer* auszuspielen weiß. Es zeigt zudem, wie sich Florean F. infolge sozialer Konfliktustra- gung im Stadtteil einseitig der Bedrohung von Sanktionen öffentlicher Instanzen ausgesetzt sieht.

Das Thema *Müll* spiegelt sich insgesamt als zentrales Thema in den Selbst-Positionierungen der Befragten wider. Im Interview bringt auch Javor L. das Thema von sich aus ein:

Interviewerin: Um vielleicht nochmal auf Nolden zurückzukommen. Wie würdest du Nolden beschreiben? Wie gefällt dir hier und was gefällt dir nicht?

Javor L.: Mir gefällt, aber die Leute nicht.

Interviewerin: Okay. Warum nicht? (...)

Javor L.: Ich hab gesehen in [deutsche Großstadt] und in andere Städte, wie es ist. (...) Hier die Leute zum Beispiel, einkaufen, essen und schmeißen diese auf Boden (er hebt zur Verdeutlichung des Gesagten eine Verpackung, die vor ihm auf dem Tisch liegt, hoch) (...) keine Ahnung warum. Hab ich gemerkt. Alles machen sie. (...) Und [deutsche

Großstadt] ist saubere Stadt (..), [andere deutsche Großstadt] auch, andere Städte/ ich glaub, ich Wostenberg, keine Ahnung wollte nicht so sagen/ wahrscheinlich ist das schlimm für dich oder weiß nicht.

Interviewerin: Was?

Javor L.: Zu sein schlimm für dich.

Interviewerin: Was ist schlimm für mich?

Javor L.: Ist dieses Wort nicht schlimm für das Interview, oder?

Interviewerin: Nene.

Javor L.: Ähm (..) dreckig ist Wostenberg, die ganze Wostenberg. Keine Ahnung, warum. Dreckige Stadt. (..) (..) Ich wollte nicht, ähm, sagen, weil/ keine Ahnung, kann sein zu stören für dich aber/

Interviewerin: Nee, du kannst alles sagen, was du möchtest. Ist nichts verboten. (*Interviewerin lacht*) (...) Ja.

Javor L.: Ja (..), ich hab/ glaubst du mir, jede zwei Tage bei mir kehren vorne bei Straße (.) wo wir gelaufen sind.

Interviewerin: Ja, gekehrt?

Javor L.: Hier (unverständlich) direkt. Eins Tag, zwei Tage wieder die (.) gleiche (.) Dreck. **Interviewerin:** Echt?

Javor L.: Ja. Ich hab keinen Bock mehr zu kehren, ehrlich. Und (.) ALLES voll. Bis zu (.) hinten.

(Interview Javor L., Pos. 449–480)

Javor L. thematisiert Verschmutzung im öffentlichen Raum selbst als Problem, dass er in der Stadt Wostenberg verortet.⁷⁶ Er konstruiert das *Müllproblem* dabei als durch „andere Leute“ verursachtes *soziales Problem*, wodurch zugleich eine Abgrenzung zur Adressierung erfolgt, er sei mitverantwortlich. Javor L. beschreibt sich dann als Person, die „jede[n] zwei[ten] Tag[e]“ in seinem Wohnumfeld „kehrt“. Damit positioniert er sich, ebenso wie Florean F., als aktiv handelnde Person, die selbst gegen das soziale Problem der Verschmutzung vorgeht. Diesen Bezug setzt er ohne die Hereingabe problemzentrierter Impulse durch die Interviewerin ein. Durch seine abschließende Äußerung betont er nochmals seine Position als engagierter Akteur in der *Problembearbeitung*, gerade da er eine Art Resignation hervorbringt, weil sein Handeln nicht den gewünschten Effekt bringt („Ich habe keinen Bock mehr zu kehren, ehrlich.“).

Zentral ist die Art und Weise, wie Javor L. die Interviewerin in der Erwartung adressiert, ein Interesse daran zu haben, dass „die Stadt“ im Rahmen des Interviews nicht negativ dargestellt wird. Die Problematisierung von Müll versucht er zunächst sogar aktiv zu vermeiden und holt erst eine Rückversicherung bei der Interviewerin ein. Bemerkenswert ist seine Erwartung einer spezifischen Haltung

76 Javor L. nennt häufig die Stadt anstelle des Stadtteils als Bezugsraum.

der Interviewerin in Bezug auf *Müll* insbesondere deshalb, weil sich beide bereits aus dem Kontext des Verfügungsfonds-Projektes kannten, in diesem Rahmen auch über das Forschungsprojekt sprachen und die Interviewerin ihre distanzierte und neutrale Position als Forscherin artikulierte. Jedoch ist gerade der Kontext des Verfügungsfonds-Projektes stark über die Problematisierung von *Müll* im Zusammenhang mit dem Problemdiskurs um *Südosteuropäische Zuwanderung* geprägt, sodass angenommen werden kann, dass Javor L.s Selbst-Positionierung im Kontakt mit der Interviewerin dadurch beeinflusst ist (vgl. Kapitel 6.5).

In Kapitel 8.1.1 wurde deutlich, dass die Interviewdynamik in der Eingangserzählung von Mariana D. sehr durch die Anwesenheit der Dolmetscherin geprägt wird. Dies zeigt sich auch im weiteren Verlauf des Interviews, wie an den folgenden Beispielen aufgezeigt und analysiert wird. Die Passage beginnt zunächst mit einer Frage zum Stadtteil durch die Interviewerin:

Interviewerin: Wenn Sie an die bisherige Zeit denken, in der Sie hier wohnen, ist Ihnen ein Erlebnis, irgend etwas Besonderes in Erinnerung geblieben, egal ob positiv oder negativ oder etwas, was Sie überrascht hat hier in Nolden? (...)

Mariana D.: *Das Einzige, was mich im Moment belastet, ist das Coronavirus, alles hat aufgehört, auch letztes Jahr war vieles geschlossen. Alles ist jetzt anders, es gibt keine Straßenfeste, es gibt keinen größeren Markt hier in Nolden jeden Samstag, es gibt keine Kindertreffen mehr, wo es Musik gab, gesungen wurde, ihre Gesichter bemalt wurden.*

Dolmetscherin: Das Einzige, was mich bedrückt, ist was alles mit dem Coronavirus passiert, momentan. Alles ist anders geworden, es gibt nicht mehr diese Feste, früher in Nolden hier am Lindenplatz gabs Markt, jetzt gibts auch nicht. Viele Sachen sind nicht so wie früher. Früher gabs verschiedene Feste, wo die Kinder die Gesichter gemalt wurden, oder, ähm ähm, Lieder gesungen wurden, diese Veranstaltungen fehlen. *Aber was hat dich vor Corona beeindruckt, was dich überrascht hat?*

(Interview Mariana D., Pos. 556–581)

Mariana D. erwähnt zunächst auf Nachfrage der Interviewerin zeitaktuelle Belastungen durch die Corona-Pandemie, die aus ihrer Sicht das soziale Leben im Stadtteil einschränken. Sie positioniert sich hier als Person, die aktiv am sozialen Stadtteil Leben partizipiert. Mit dieser Positionierung entspricht sie zwar auch den sozial erwünschten Erwartungen des Problemdiskurses sozialer Stadtentwicklung. Die Dolmetscherin verhindert dann aber eine weitergehende Erzählung Mariana D.s zu diesem Thema, indem sie nach einer Übersetzung der Aussage in ihrer Frage auf einen Zeitpunkt rekurriert, der vor dem Erzählten der Befragten ansetzt. Sie deutet damit zugleich an, dass die Antwort Mariana D.s hier nicht ihren Erwartungen auf die Frage der Interviewerin entspricht. Mariana D.s Reaktion kann dann mit einer Unsicherheit darüber gedeutet werden, was nun von ihr erwartet wird, woraufhin die Dolmetscherin unterstützend einspringt:

Mariana D.: Ich hatte nicht viel Kontakt mit den Leuten hier. Wenn ich meine Freunde frage, wo sie sich hier [Name eines Supermarkts] treffen, werden sie mir Geschichten erzählen.

Dolmetscherin: Sie hat nicht so viel Kontakt zu anderen Menschen. Wenn ich frage meine Freunde, die sich hier bei [Name eines Supermarkts], ein Geschäft, die haben viel zu erzählen [**Mariana D.:** Ja], aber sie persönlich hat nicht so viel Kontakt [**Mariana D.:** (lachend) Ja, ja.]. Was ist zum Beispiel mit der Mülltrennung, war das für Sie normal?

Mariana D.: Ah, ja, ja, ja.

Dolmetscherin: Ähm ich versuche sie zu unterstützen, zum Beispiel was ist mit Mülltrennung?

Mariana D.: Hm ja.

Dolmetscherin: War das für Sie normal?

(Interview Mariana D., Pos. 582–593)

Mariana D. rechtfertigt sich hier zunächst und verweist mutmaßlich auf eine Gruppe von Personen, die sich im öffentlichen Raum regelmäßig treffen und sich über „Geschichten“ im Stadtteil austauschen, an dessen Treffen sie aber nicht teilnehme und deshalb hier nicht die gewünschte Information geben könne. Mit der Frage nach der Mülltrennung *durch* Emila expliziert diese dann ihre eigentlich erwartete Reaktion auf die eingangs gestellte Frage der Interviewerin. Die Frage ist suggestiv gestellt, sodass der Themensetzung sowie damit verbundenen Zuschreibungen, die Emila hier setzt, durch Mariana D. nur noch schwerlich widersprochen werden kann. Dementsprechend ist auch Mariana D.s Reaktion zu fassen, indem sie bereitwillig in das Thema einsteigt. Die Interviewerin beteiligt sich zunächst nicht am Dialog, auch weil es ihr aufgrund der bulgarischen Passagen schwerfällt, der sich entwickelnden Gesprächsdynamik zu folgen. Mariana D. antwortet dann auf die Frage der Dolmetscherin:

Mariana D.: Am Anfang, in [deutsche Kleinstadt], wann wir gekommen sind, da ist/ ich habe gelernt wie sortiert/ wie kann man sortieren Müll. Und seitdem weiß ich, dass Plastik getrennt werden muss.

Dolmetscherin: Wer hat/ wer hat gezeigt?

Mariana D.: Ähm deutsche ältere Leute wohnten unten und sie halfen mir. Sogar das Essen musste in einer Zeitung stehen, nicht in Plastiktüte.

Dolmetscherin: Ah, alte deutsche Familie, die euch geholfen hat, sogar die hat uns gezeigt, wie man Essensreste in Zeitung macht/

Mariana D.: In Zeitung, ja. Nicht in Tüte/ Plastiktüte, nee.

Interviewerin: Hm hm, okay.

Dolmetscherin: War das nicht so in Bulgarien?

Mariana D.: Nee, in Bulgarien ist nicht so/ (lacht) alles (lachend) alles (unverständlich).

Dolmetscherin: Und hier, (an die Interviewerin gewandt) wäre diese Familie nicht gewesen, hätte sie nicht gewusst. [Mariana D.: Ja.] Hätte nicht gewusst, wie man Müll trennt. [Mariana D.: Ja.] Also die deutsche Familie hat euch beigebracht, wie man das macht.

Mariana D.: Deutsche Familie hat uns gelernt/ gezeigt und so. Dann wir haben hier gekommen, ist nicht in Zeitung Essen/ Müll, ähm, in Plastiktüte.

Dolmetscherin: Hier wird der Müll aber wirklich anders getrennt in Wostenberg.

Interviewerin: Ja, hm.

Dolmetscherin: Hier gibts keine grünen Tonnen.

Interviewerin: Ja, ahja okay.

Mariana D.: *Damals, wo ich nach Deutschland gekommen bin, haben mir viele Sachen gefallen.*

(Interview Mariana D., Pos. 594–621)

Indem Mariana D. detailliert aufführt, welche Regeln der Mülltrennung sie kennengelernt hat, präsentiert sie sich als Subjekt, das sich an die Normen anpasst und diese, so zeigt sich an ihrer letzten Aussage, positiv bewertet. Die Interaktion mutet wie eine Prüfungssituation an, in der Wissen abgefragt wird und an deren Ende die Zertifizierung als erfolgreich assimilierte *Südosteuropäische Zuwanderin* stehen könnte. Die Dominanzgesellschaft taucht in der Erzählung als *Erzieherin* auf, die die geltenden Regeln an Mariana D. vermittelt. Das hier artikulierte Verhältnis zwischen den „deutsche[n] ältere[n] Leute[n]“ als Lehrende und Mariana D. als Adressatin der Lehrinhalte wird in der Situation nicht infragegestellt, sondern im Gegenteil als positiv hervorgehoben: Emila stellt fest, dass Mariana D. sonst wohl nicht an das *relevante* Wissen zur Mülltrennung gekommen wäre. Emilas Frage zur Mülltrennungspraxis in Bulgarien ist wieder suggestiv, in dem sie nicht offen fragt, wie es denn in dem Land sei, sondern mit ihrer Formulierung von vornherein impliziert, dass es dort anders sei. Diese Differenzierung nimmt Mariana D. dann ebenfalls auf, indem sie lachend verneint. Ihr Lachen stellt weniger auf objektiv feststellbare Unterschiede in den Mülltrennungspraktiken zwischen Bulgarien und Deutschland ab, sondern kann ebenso auf die unterschiedlich gewichtete normative Bedeutung des Themas in beiden Ländern hindeuten.

Indem die Dolmetscherin darum bemüht ist, Mariana D. als angepasst zu präsentieren, konstruiert sie das Ideal eines assimilierten Subjekts im lokalen Problemdiskurs. Dies ist gerade in ihrer Rolle als Sozialarbeiterin im Stadtteil bezeichnend, die in regelmäßigm Kontakt mit Personen steht, die im Kontext des Problemdiskurses *Südosteuropäische Zuwanderung* adressiert werden. In ihrer Position könnte sie sich auch anders positionieren, z. B. indem sie sich widersetzt und ihre Klient*innen gegen die sozialen Zuschreibungen verteidigt.

Wenngleich Mariana D.s Erzählung durch die Dolmetscherin hervorgerufen wird und sie das Thema nicht selbst einbringt, fällt dennoch auf, wie detailliert sie

ihre Erzählung vornimmt, indem sie auf lokale Unterschiede der Mülltrennungspraxis eingeht. Dies zeugt dafür, dass Mariana D. sich der Relevanz dieses Themas hinsichtlich der Adressierung als *Südosteuropäische Zuwanderin* bewusst ist und sie ihre Narration, wie auch in der Eingangserzählung (Kapitel 8.1.1), nicht zum ersten Mal darlegt. Somit kann auch angenommen werden, dass Emila die Geschichte, die Mariana D. hier erzählt, ebenfalls zuvor kannte.

Dass sich die Befragte in der Folge im Interview kontinuierlich als Person positioniert, die die dominierenden Normen im Stadtteil unterstützt, ist dementsprechend auch ein Resultat der Interaktion mit Emila. Es zeigt sich an dieser Passage zudem, dass die Interaktion im Interview als eingelagert in den erweiterten Kontext des lokalen Problemdiskurses zu betrachten ist. Dass Mariana D. sich im gesamten Interview als angepasst zeigt, ist dann nicht mehr überraschend.

Der folgende Abschnitt aus einem späteren Zeitpunkt des Interviews legt dar, wie sie ihre Narration als Reaktion auf einen visuellen Impuls weiterführt. Mittels Zeitungsartikel wird das Verfügungsfonds-Projekt „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“ am Birkenplatz vorgestellt (Impuls Nr. 1 e):

Mariana D.: Ich lese hier zum Beispiel über diese Aktionen: „Macht mit bei der Aktion in Nolden, speziell am Birkenplatz“. Die Übersetzung ist nicht genau, aber ich würde es schön finden, dass es Tage wie diese gibt. Es ist mir sogar kürzlich ein Foto erschienen, wo wir hier gefegt und die Straßen sauber gemacht haben. Es war sehr schön, es hat Spaß gemacht. Es soll mehr solche Tage geben, mindestens einmal im Monat.

Dolmetscherin: Ich habe früher organisiert, wo wir gemeinsam, mit Einwohner hier, die Straßen sauber gemacht haben. [Mariana D.: Ja] Wir haben uns gesammelt und zusammen mit Einheimische (.) sauber gemacht für die Sauberkeit und sie sagte (Sie spricht etwas lauter und betont stärker): „Das fand ich SO SCHÖN damals.“

Mariana D.: (lachend) Ja, die Kinder war viel Spaß.

Dolmetscherin: Das hat viel Spaß gemacht, alle zusammen.

Mariana D.: Ja, alle zusammen, ja.

Dolmetscherin: Und sie wünscht sich nochmal sowas zu machen, diese gemeinsamen Aktionen wie damals, ich habe von ähm/

Mariana D.: (lachend) Mindestens einmal im Monat!

Dolmetscherin: (lachend) „Mindestens einmal im Monat!“ sagt sie, will sie kommen hier. Wir haben, ähm, vor einem Monat oder so gemacht so eine/

Mariana D.: Ich habe es verpasst.

Dolmetscherin: SEEHR schön findet sie das.

Mariana D.: Ja ja mit Kindern VIEL Spaß, VIEL Spaß.

Dolmetscherin: Alle zusammen draußen.

Mariana D.: Ja, alle helfen.

Dolmetscherin: Alle Kinder helfen.

Mariana D.: (lachend) Putzen, ja.

Dolmetscherin: Machen sauber.

Mariana D.: *So bringen wir es auch den Kindern bei, zu arbeiten, die Straßen sauber zu halten.*

Dolmetscherin: Wie lernen unsere Kinder so. Damit sie arbeiten, damit die Straßen geben wir ein gutes Beispiel, dass die Kinder arbeiten, fleißig werden sollen und Straßen sollen SAUBER bleiben.

Mariana D.: *Meine Kinder wissen zum Beispiel, dass sie ihre Abfälle nicht auf die Straße werfen sollen. Sie sehen, dass ich sie nicht niederwerfe.*

(Interview Mariana D., Pos. 1035–1070)

Der Zeitungsimpuls zum Verfügungsfonds-Projekt, auf den sie hier reagiert, veranlasst Mariana D. zu einem Bericht einer Müllsammelaktion, an der sie früher teilgenommen hat. Indem sie betont, dass die Aktion Spaß gemacht habe und solche öfter stattfinden sollten, bestätigt sie nicht nur deren Sinnhaftigkeit, sondern ebenso ihre positive Haltung dazu. Die Dolmetscherin geht dabei wieder über die Übersetzungsarbeit hinaus, da sie diese Positionierung durch ihr verbales und non-verbales Verhalten positiv bestätigt. So erscheint es in der Erzählung fast diskontinuierlich und irritierend, als Mariana D. aussagt, sie habe eine Müllsammelaktion verpasst, welche die Dolmetscherin zuvor veranstaltet habe. Wie um diese Bemerkung gegenüber der Interviewerin zu übergehen, übersetzt die Dolmetscherin diese Passage nicht ins Deutsche, sondern hebt stattdessen weiter Mariana D.s positive Haltung gegenüber Müllsammelaktionen hervor. Wie zuvor Florean F. zeigt Mariana D. sich über die Benennung ihrer Kinder zugleich als Person, die der erwarteten Erziehungsaufgabe im Kontext des Problemdiskurses um *Südosteuropäische Zuwanderung* nachkommt.

Die Selbst-Positionierungen von Mariana D. sind im Kontext der Dreier-Interaktion zu betrachten. Die eigene soziale Anerkennung über die Anpassung an die Normen muss Mariana D. – anders als Florean F. und Javor L. – nicht allein der Interviewerin gegenüber verteidigen, sondern auch gegenüber der Dolmetscherin. Wenngleich die Interviewerin als aktive Gesprächsteilnehmerin in den Hintergrund rückt, nimmt sie trotzdem eine zentrale – wenn nicht die zentralste – Rolle in der Situation ein. Denn die Narration, die Mariana D. fast auf Anweisung der Dolmetscherin erzählen soll, entsteht gerade, weil die Interviewerin anwesend ist. An sie ist die Erzählung gerichtet. Ein Beweggrund Emillas, die Gesprächsführung in dieser Weise zu beeinflussen, kann vor diesem Hintergrund sein, *Südosteuropäische Zuwanderer* mit der Person Mariana D. *in ein gutes Licht zu rücken*. Aus dieser Perspektive bringt sie, Emila, eine Gegendeutung zur üblichen Adressierung *Südosteuropäischer Zuwanderer* als deviante Subjekte ein, der sie als Sozialarbeiterin im Stadtteil mutmaßlich kontinuierlich begegnet. Auch kann hier – sie ist selbst Bulgarin – geteilte Betroffenheit eine Rolle spielen, spezifische Erwartungen an das Interview zu legen.

Mariana D. s Möglichkeit, sich zu diskursiven Anrufungen selbst zu positionieren, wird im Interview jedoch gerade dadurch eingeschränkt. Würde sie sich widersetzen, müsste sie die Erwartungen der Dolmetscherin enttäuschen und riskieren, ihr Verhältnis zu dieser zu beschädigen, was wiederum zu negativen Konsequenzen im zukünftigen Kontakt als ihre Klientin haben könnte. Zudem würde sie sich durch Widerspruch der Gefahr aussetzen, sich auch gegenüber der Interviewerin herabzuwürdigen.

8.2.2 Anpassung zur Anerkennung als legitime Bewohner*innen

Im Material finden sich Selbst-Positionierungen, in denen sich die interviewten Personen gegenüber den Normanrufungen als angepasste Subjekte hervorbringen und damit zugleich ihren Status als Bewohner*innen des Stadtteils legitimieren. Die entsprechenden Positionierungen werden im nun folgenden Abschnitt dargestellt. Die Ergebnisdarstellung beginnt mit der Anfangssequenz aus dem Interview mit Milos K.:

Interviewerin: Ähm (.) genau, wie ich schon gesagt habe, es geht um den Stadtteil Nolden und mich würde zuerst mal interessieren, wie du nach Nolden gekommen bist.

Milos K.: Ich bin schon vor mehr als 10 Jahren nach Deutschland gekommen mit meinem Vater und meinem Bruder nach [Großstadt A in größerer Entfernung von Wostenberg]. In dieser (.) Umgebung hab ich gearbeitet, weißt du, mit der Fassadenreinigung. Wir waren angemeldet mit Gewerbe und so weiter. Und dann nach ungefähr zwei Jahren war mein Cousin in [Großstadt B in der Nähe von Wostenberg]. Und in [Großstadt A, s. o.] haben wir keine Wohnung gefunden, weißt du, und wir waren immer unterwegs dann, wir waren nicht mit Familie und so weiter. Und danach wir sind/ mein Bruder ist mit seiner Familie, mit seiner Frau, mit seinen Kindern, ich und Papa und Mama, wir sind nach [Großstadt B, s. o.] gekommen und von dort mein Cousin, sein Vermieter hatte auch eine Wohnung im Kirchweg [Straße in Nolden] frei gehabt. Und da haben wir auch eine Wohnung gekriegt da, haben wir das gemietet und wir sind nach Wostenberg mit der ganzen Familie gezogen. Alle Bruder, Schwestern, Mama mit Kindern, alle sind wir nach Wostenberg und jeder hat eine Wohnung gehabt und dann wir haben auch ein bisschen, (.) ähm, Selbstständigkeit auch gemacht. Mein Bruder, der Größte, hat sich auch mit Gewerbe angemeldet mit und dann waren wir selbstständig mit Fassadenreinigung. Ich hab (.) drei Kinder und ich und meine Frau sind schon vor zehn Jahren hier nach Wostenberg und, (.) okay, die Sprache haben wir gewusst aus den 90 er Jahren, wir waren schon in Deutschland, wir waren in Schule und dann die deutsche Sprache, die konnten wir sprechen und konnten wir auch verstehen und das war die besteste Sache, weil einmal, wenn du weißt die Sprache, kannst du dich auch/ nicht immer warten ,ja, ich brauch Hilfe‘, ‘ich brauch das‘. Und dann war für uns diese/ ,könnnten wir das‘/ ähm, für uns war super,

die Sprache konnten wir sprechen, alle. Okay, mein kleinsten Bruder konnte nicht, aber der hat auch gelernt. Und dann wir sind schon alle mit Kindern, mit Frauen, alle hierhin nach Wostenberg gezogen und das war super, keine Stress, keine (.) ähm, keine Probleme gehabt mit Polizei oder so, kriminelle Sachen oder geklaut oder keine Ahnung, wir waren (.) ganz ruhig, wir sind auch ganz ruhige ROMA, muss ich so sagen. (Interview Milos K., Pos. 4-41)

Zunächst zeigen sich Gemeinsamkeiten zu dargestellten Fällen aus Kapitel 8.1, u. a. in Bezug auf die Begründung des Wohnstandortes Nolden mit der Verfügbarkeit einer Wohnung, die er über soziale Netzwerke gefunden habe. Zudem hebt Milos K., ähnlich wie Gabriella S., seine bereits als Kind erlernten deutschen Sprachkenntnisse als wichtigen Faktor hervor, um Handlungsfähigkeit und Selbstwirksamkeit zu erlangen. Sprachkenntnisse werden hier zugleich auch benannt, um sich als angepasst zu positionieren. Seine Erzählung endet mit dem Ankommen in Nolden, welches Milos K. mit einer Rechtfertigung verknüpft, warum es sich bei ihm und seiner Familie um legitime Bewohner des Stadtteils handelt. Es scheint, als antizipiere er negative Stereotype der Interviewerin und nimmt diese über die Aufzählung von Problemzuschreibungen, die im Zusammenhang mit einem rassistischen Diskurs gegen Rom*nja stehen, vorweg. Indem er die Aufzählung diskursiver Problemanrufungen mit „oder keine Ahnung“ beendet, nimmt er auch weitere mögliche Adressierungen durch das Gegenüber vorweg. Anpassung erfolgt hier durch den Modus der Distanzierung diskursiver Zuschreibungen, die er explizit in einen Zusammenhang mit seiner Gruppenzugehörigkeit als Rom*nja bringt.

Ein weiteres Beispiel zeigt, wie Mariana D. in der Abschlusssequenz des Interviews ihre gute Beziehung zum Stadtteil darstellt und so ihren Bewohnerinnenstatus verteidigt:

Interviewerin: Ja, ich glaube, wir kommen langsam zum Ende. Ich habe noch eine letzte Frage an dich, und zwar: Wie würdest du Nolden in einem Satz beschreiben?

Dolmetscherin: *Wir sind am Ende angekommen, eine letzte Frage an dich: Wie würdest du den Stadtteil Nolden in einem Satz beschreiben?*

Mariana D.: *Lasst mich ein wenig nachdenken (16). Mir persönlich gefällt es hier, ich weiß nicht, wie ich es sagen soll. Ich weiß nicht, wie die anderen denken, aber ich mag Nolden, ich habe mein halbes Leben hier verbracht, meine Kinder sind glücklich hier.*

Dolmetscherin: Mir gefällt Nolden, meine halbe Leben ist hier (.) gewesen, meine Kinder sind glücklich hier.

Mariana D.: *Als wir ein Haus kaufen wollten, haben wir uns in 20 Kilometer Entfernung zwei bis drei Orte angeschaut. Die Kinder fingen an zu weinen, sie wollten nicht, dass wir umziehen.*

Dolmetscherin: Mir gefällt hier ähm mein halbes Leben ist hier gewesen, meine Kinder sind glücklich hier. Wo wir nach einer Wohnung gesucht haben zu kaufen, haben

wir auch, ähm, 20 bis 30 Kilometer von hier Wohnungen gesucht und meine Kinder haben angefangen zu weinen. Die wollten nicht weg von Nolden.

Mariana D.: Deswegen wir haben gekauft WOHNUNG, nicht Haus, Wohnung.

Dolmetscherin: Ja, Wohnung. Aber das ist eine HEIMAT für euch geworden.

Mariana D.: Ich weiß nicht, wie die anderen denken, aber mich behandeln die Leute sehr gut. Wohin ich auch gehe, Gott öffnet mir die Tür zu jedem.

Dolmetscherin: Ich weiß nicht über andere Menschen, aber mit mir sind die Menschen sehr (.) gut. Egal wo ich hingehe, Gott öffnet mir die Türen mit allen Menschen.

Mariana D.: Wenn ich eine Oma mit einem Rollwagen die Treppe hinaufsteigen sehe, gehe ich ihr helfen. Ja, für mich ist das absolut kein Problem, und für meine Kinder auch nicht. Solange sie offen sind und das zulassen. Ich bin für jeden offen, ich respektiere jeden, so wie ich behandelt werden möchte, so behandle ich die Menschen.

(Interview Mariana D., Pos. 1396–1436)

Mariana D. nimmt sich zunächst Zeit, um eine Antwort zu überlegen. Sie bezieht die Frage der Interviewerin dann vor allem auf sich und ihre gute Beziehung zum Stadtteil, die sie mit Bezug auf ihre Kinder sowie einer langen Wohndauer begründet. Bemerkenswert ist, dass sie zweimal mögliche von ihr abweichende Bewertungen „anderer“ bedenkt. Dies lässt vermuten, dass sie erwartet, eine unübliche Meinung zu vertreten. In Bezug auf ihre eigene Bezugsgruppe und deren Erfahrungen kann so gedeutet werden, dass es anderen im Stadtteil nicht so „gefällt“ oder diese nicht „gut behandelt werden“. Interessanterweise bringt sie ihre enge Bindung an den Stadtteil mit einer Selbst-Erzählung als hilfsbereites Subjekt zusammen, in die sie auch ihre Kinder einbezieht. Dies ist als Legitimierungserzählung als Bewohnerin zu deuten, indem sie eine Gegenpositionierung zur Anrufung der Abschottung Südosteuropäischer Zuwanderer einbringt: Entgegen der diskursiven Zuschreibung öffnet sie sich anderen Leuten, die hier mit dem Subjekt der „Oma“ beispielhaft eingeführt werden. Die hier benannte „Oma“ ist als Angehörige der Dominanzgesellschaft zu betrachten, denn Mariana D. schließt zugleich auch die Möglichkeit ein, von ihr zurückgewiesen zu werden. Die angedeuteten Erfahrungen von Abweisung und Ausgrenzung können als entsprechende Diskreditierung ihres Bewohnerinnenstatus gedeutet werden. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass Mariana D. mit ihrer Familie mittlerweile Wohneigentum im Stadtteil besitzt und sie sich selbst über ihre mittlerweile lange Wohndauer dort mit dem Stadtteil identifiziert, ist ihr Ringen um Anerkennung in dieser Passage besonders hervorzuheben, denn im herausgearbeiteten Problemdiskurs wird ihr ein Status als *etablierte* Bewohnerin abgeschrieben. Über die Einbindung ihrer Kinder in die Positionierung als hilfsbereites Subjekt bringt sie sich ebenfalls wieder als Person ein, die ihrer zugewiesenen Erziehungsaufgabe nachkommt. Mit der Betonung darauf, die Familie habe eine Wohnung in Nolden und kein Haus in einem anderen Ort gekauft, hebt sie noch einmal ihre Bindung zum Stadtteil hervor.

8.2.3 Reflexive Anpassung als Selbst-Positionierung

In den Gesprächen zeigt sich zudem, wie Anpassung im Umgang mit sozialen Machtverhältnissen entsteht. Dies wird am folgenden Beispiel aus dem Interview mit Petko R. deutlich, als dieser auf Fotos des Projektes „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“ (Impuls Nr. 3) reagiert:

Interviewerin: Ich habe auch Fotos dabei/ (Die Interviewerin sortiert ihre Blätter) (4) von/ es ist das gleiche Projekt wie hier im Zeitungsbericht. Es findet jeden [Wochentag] am Birkenplatz statt und ist ein Angebot für Kinder, zum Spielen und es wird auch immer, das sieht man hier, mit Greifern Müll gesammelt [**Petko R.:** (lachend) Hm hm] und auch hier würde ich dich bitten, die Fotos anzuschauen und zu erzählen, was du so denkst.

Dolmetscher: *Dies ist das gleiche Projekt, hier paar Fotos, findet jeden [Wochentag] statt. Sie bittet dich, dass du dir Fotos ansiehst und deine Meinung sagst über (unverständlich)*

Petko R.: Super. (...) So sollte meiner Meinung nach Kindern die Integration beigebracht werden. Super.

Dolmetscher: Er findet das gut, weil er meint, dadurch integrieren sich die Kinder.

Petko R.: Vor allem für Ausländer.

Dolmetscher: Ähm, also er meint auch am meisten, wo die Ausländer sind, die Kinder- dann fällt es denen einfacher, sich zu integrieren.

(Interview Petko R., Pos. 297–312)

Zunächst ist das Lachen des Interviewpartners zu nennen, mit dem er auf die Projektbeschreibung der Interviewerin in Bezug auf das Müllsammeln reagiert. Dies ist mit Bezug auf die anschließende Ausführung jedoch schwierig zu deuten: So könnte dieses als verächtliches Lachen gedeutet werden, mit dem Petko R. seinen Missmut gegenüber der Müllsammelpraxis im Projekt ausdrückt. Dagegen spricht jedoch seine anschließende Reaktion, in der er die Praxis – gerade auch für Kinder – positiv hervorhebt. Er bringt dies als *Integrationsaufgabe* ein und passt sich somit an die an ihn gestellte Erwartung im Diskurs um *Südosteuropäische Zuwanderung* an. Durch die Bezeichnung „Ausländer“ als zu integrierende Gruppe verweist er zunächst auf eine weiter gefasste, *nicht-deutsche* Gruppe, die über Bulgarien und Rumänien hinausgeht. Ob er sich hier explizit auch selbst zu einem weiter gefassten Integrationsdiskurses in Bezug setzt, der auch andere soziale Gruppen als *bulgarische* und *rumänische* Bewohner*innen einschließt, kann nicht abschließend gedeutet werden. Das Thema Integration führt er im Folgenden auf Nachfrage der Interviewerin weiter aus:

Interviewerin: Hm hm. Was bedeutet Integration für/ für ihn?

Dolmetscher: Was bedeutet Integration für dich?

Petko R.: *Integration ist, dass man sich an deutsche Sitten gewöhnen muss, weil wir in Deutschland sind, ob es uns gefällt oder nicht. Schließlich sind wir Ausländer und müssen das Land respektieren, aus dem wir Brot essen. Ich war viele Jahre in Italien und habe mich in Italien integriert und wie die Italiener gedacht, weil ich bei ihnen war.*

Dolmetscher: Also er meint, Integration ist für ihn, sich an das deutsche Leben so quasi anzupassen, egal ob man will oder nicht, man ist in Deutschland, nicht in Bulgarien oder sonst wo. Man lebt halt in Deutschland und muss sich halt an das deutsche Leben anpassen und an deutsche Regeln. Er war viele Jahre in Italien, hat er gesagt, und da musste er sich auch anpassen und jetzt denkt er auch manchmal auf italienische Art, sag ich mal so, also so wie die Italiener, weil er war da sehr lange und jetzt ist er nach Deutschland gekommen.

Interviewerin: Hm hm okay (.) okay.

Petko R.: *Und ich persönlich habe in sechs Monaten einen Integrationskurs gemacht, dort wurde uns die Mülltrennung beigebracht, wie man sich in Deutschland verhält und so. Was, denke ich, jeder Ausländer machen sollte, nicht weil ich es gemacht habe, sondern um zu wissen, wie man sich in Deutschland verhält, weil wir das Land respektieren müssen, in dem (...) immerhin, Jobcenter und andere Sachen.*

(Interview Petko R., Pos. 315–347)

Petko R. schließt mit seiner Antwort an das zuvor Gesagte an und übernimmt die diskursiv bereitgestellte Subjektposition des sich zu assimilierenden „Ausländers“. Indem er betont, sich als solcher an „deutsche Sitten“ gewöhnen zu müssen, stimmt er normativen und kulturalisierenden Differenzierungen zu und setzt die überlegene Machtposition der Dominanzkultur, an der er sich auszurichten hat, als die Gültige voraus. Seine Anpassungsbereitschaft unterstreicht er durch die Erwähnung seiner Teilnahme an einem Integrationskurs. Auch hier zeigt sich das Thema *Mülltrennung* als zentrales Thema, wobei Petko R. möglicherweise an die Eingangsfrage der Interviewerin anschließen mag. *Mülltrennung* ist dennoch in der gesamten Passage das zentrale Thema, an der sich die Frage nach gelungener Integration ausrichtet. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass sich darum auch der lokale Problemdiskurs im Kontext sozialer Stadtentwicklung dreht. Dennoch zeigt sich seine Anpassung im Vergleich zu Mariana D. s Selbst-Positionierung weniger als unhinterfragte Zustimmung, sondern in gewisser Weise *reflexiver* als *notwendige* Bedingung, um die mit dem Leben in Deutschland verbundenen (erhofften) Vorzüge zu verdienen. Er ist sich der Machtasymmetrie bewusst und sucht durch sein Verhalten einen Umgang damit – und zugleich Anerkennung.

Eine *reflexive* Umgangsweise mit der eigenen Positionierung, die ebenfalls über die Anerkennung normativer Erwartungen erfolgt, zeigt sich in der folgenden Interviewsequenz mit Gabriella S.:

Gabriella S.: Ja. Und dann für mich ist das, naja, nicht alle Leute sollen mich (.) mag/mögen (lachend) oder wie das heißt. Ja? Interessiert mich nicht einfach und (.) und ja.

Hauptsache meine Kinder leben gut und das ist/ (lacht) JA, warum soll man gucken überall, „wer diskriminiert mich, wer nicht und wer?“ Das bringt mir nichts. Ja. Ja und ich/ für mich ist es besser. Auch HIER mit Diskriminierung als in Rumänien ohne Diskriminierung und arm. Also hier bin ich nicht reich. Aber auf jeden Fall (atmet laut aus) die Armigkeit, Armutkeit (lachend) oder wie das heißt, ist in Rumänien schlimmer als hier in Deutschland. Also HIER habe ich gemerkt, dass die armen Menschen, also Hartz-IV-Empfänger oder so, (.) das ist vielleicht mittlere Klasse in Rumänien (.) Ja? Verstehen Sie, was ich meine?

Interviewerin: Ja.

(Interview Gabriella S., Pos. 225–237)

Gabriella S. stellt die Erfahrung von Diskriminierung in Deutschland der Erfahrung von Armut in Rumänien gegenüber und sieht ersteres im Verhältnis als *kleineres Übel* an, das sie in Kauf nehme, um ein *gutes Leben* für ihre Kinder zu ermöglichen. In ihrer Positionierung zeigt sich zugleich, dass sie der Abwertung durch Andere nicht entkommen kann. Als Handlungsstrategie wählt sie deshalb die Abwehr der Diskriminierung durch offensives Desinteresse und Ignorieren, was zugleich laufend Anforderungen an sie stellt – nicht an diejenigen, die diskreditieren. Diskriminierung in Deutschland und Armut in Rumänien sind für Gabriella S. zwei Zustände, zwischen denen es abzuwagen gilt. Dabei ist sie darauf bedacht, der Interviewerin die Situation von Armut in Rumänien im Vergleich zu Deutschland zu vermitteln, wie um ihren eigenen Aufenthalt in Deutschland – trotz der konstanten Erfahrung von Diskriminierung – zu begründen. Die nächste Passage ist dann als Appell an ihre *eigene* soziale Gruppe zu lesen, durch eigene Verhaltensanpassung den Stigmatisierungen der Dominanzgesellschaft die Grundlage zu entziehen:

Gabriella S.: Dafür musst du VIEL lernen. Es geht nicht ums Lernen, weil die anderen haben viel gelernt in Rumänien und die haben keine Jobs. Die stehen einfach hin und her auf die Straße, die gehen andere Länder, weil die bekommen keine Jobs. Und da ist sehr schwer auch wegen Zahlungen, ja? Da ist 300 Euro, 400 Euro pro Monat. Also kann man nicht vergleichen. Ja. Und ob das andere nicht verstehen, andere Leute die hierhin kommen und nicht die Regeln halten, dann sollen die einfach zurückgehen und (.) ja? Die können da leben, wie die wollen, ja. Ja (leise lachend), wenn du keine Regeln magst, dann (.) ja (.) (lachend), weil so schlimmere Regeln sind es doch nicht. Ja? Ja. Ich denke schon, dass es so ist. Aber muss man auch vergleichen, wie du lebst, wie in dein Heimat, hier und auch für deine Kinder und für deine Zukunft, weil deswegen sind wir ja auch hier gekommen. Ja, für Zukunft. (.) (seufzend) Ja.

Interviewerin: Hast du das Gefühl, hier gibt es andere Regeln als in Rumänien?

Gabriella S.: Nein, also ich meine Regeln so, weil andere machen in unser Land zum Beisp/ das ist nur ein Beispiel. Bei UNS in Rumänien, die hören sehr laut Musik und überall, (irgendwann?), (.) verstehen Sie, was ich meine?

Interviewerin: Ja.

Gabriella S.: Und jede macht in seine Wohnung, ähm, was will, Musik und ähm (.) also (.) ich denke, Sie verstehen das.

Interviewerin: Hm, ja.

Gabriella S.: Und keiner stört ‚Hallo ich muss arbeiten, ich muss‘ Verstehen Sie?

Interviewerin: Ja.

Gabriella S.: Aber (.) wenn dir das nicht gefällt, dann, ja. Hier musst du (.) um acht Uhr oder, (lachend) ja, nicht schlafen, aber ruhig sein. Ja? Auf jeden Fall. Und das, (.) ja, das ist so Regeln. Kannst du nicht machen, was du willst, (.) wann du willst. Ja. Also nicht Regeln so. (.) JA so Kleinigkeiten, die das anstrengend finden und ich finde das nicht so. Das ist SEHR normal.

(Interview Gabriella S., Pos. 238–262)

Gabriella S. bringt Anpassung als Strategie hervor, die Anerkennung der Dominanzgesellschaft zu erlangen. Dass sie dies als hohe Anforderung empfindet, zeigt sich in ihrer anfänglichen Betonung von „VIEL“. Sie unterscheidet zwei verschiedene (Be-)Deutungen von Lernen, die sie jeweils unterschiedlich einordnet: formales Lernen zum Ausüben eines Berufes und informelles Lernen von (Verhaltens-)Regeln in Deutschland. Über die Benennung des *informellen* Lernens zur Anpassung an (Verhaltens-)Regeln in Deutschland bringt sie diese, wie Petko R. zuvor, als notwendige Bedingung ein, um in Deutschland leben zu können. Gabriella S. spricht dabei aus einer *Wir*-Perspektive und positioniert sich gleichzeitig selbst als angepasste Person, der die Einhaltung der Verhaltensregeln, im Gegensatz zu anderen, nicht schwerfalle. Sie unterstreicht ihre Aussage, indem sie betont, die Regeln seien für sie „normal“. Kein Verständnis zeigt Gabriella S. für Personen, die sich nicht an vermeintlich konsensual geltende Verhaltensregeln halten: Wenn diese sich nicht anpassen, sollten sie „zurückgehen“. Ihre vorherige Selbst-Erzählung zur Erfahrung von Diskriminierung in Deutschland kann damit auch im Hinblick auf ihre Bezugsgruppe gelesen werden: ‚Wenn sich nur alle anpassen würden, hätte die Mehrheitsgesellschaft keinen Grund mehr, uns zu diskriminieren.‘ Darin zeigt sie zugleich den homogenisierenden Charakter der Anrufung als *Südosteuropäische Zuwanderer*; eine Änderung ihres individuellen Verhaltens bleibt für sie (Gabriella S.) wirkungslos. Deshalb zieht sie die kollektive Änderung der Gruppe heran, um die erhoffte Anerkennung in Deutschland zu erlangen. Dass es zu einem *guten* Leben für sie nicht nur dazugehört, nicht in Armut zu leben, sondern auch frei von sozialer Diskriminierung, kann aus ihrer non-verbalen Äußerung des Seufzens gelesen werden. Darin zeigt sich zugleich auch die Intensität der Anrufungen, da nicht die dominanzkulturellen normativen Rahmungen, sondern das eigene Verhalten zur Disposition gestellt wird.

Sowohl Petko R. als auch Gabriella S. stellen ihre eigene Anpassung über die Reflexion sozialer Verhältnisse dar, indem sie sich unterordnen und eine Adaption der Normen anvisieren, um die mit dem Aufenthalt in Deutschland

verbundenen Vorteile für sich zu legitimieren. Gleichzeitig sollen die negativen Folgen der Stigmatisierung so abgewendet werden.

8.2.4 Zwischenfazit

Die vorangegangene Analyse zeigt verschiedene Anpassungsformen der Befragten hinsichtlich normativer Erwartungen etwa in Bezug auf Stadtteilsauberkeit und Mülltrennung sowie öffentlicher Ordnung und Kriminalität. Dies erfolgt auf unterschiedliche Weise: indem die Normen unhinterfragt übernommen werden (Mariana D.), sich die Befragten selbst als aktiv Handelnde in der *Problembearbeitung* positionieren und die Verantwortung dadurch von sich weisen (Javor L. und Florean F.), Zuschreibungen vorwegnehmen und sich dadurch von der eigenen (konstruierten) sozialen Gruppe distanzieren (Milos K. und Mariana D.) oder Anpassung als Bedingung relevant gemacht wird, in Deutschland (diskriminierungsfrei) leben zu können bzw. zu dürfen (Petko R. und Gabriella S.). Die Analyse zeigt ferner, dass die Befragten sich angepasst zeigen und ihren Status als Bewohner*innen des Stadtteils durch Akzeptanz der dominanzgesellschaftlichen Erwartungen legitimieren (müssen), um sich in der Interviewsituation selbst vor weiterer Abwertung zu schützen. Es reicht nicht, sich z. B. über eine lange Wohndauer oder Wohneigentum zu legitimieren, wie es in der Regel für Angehörige der Dominanzgesellschaft üblich und ausreichend wäre. Vielmehr wird an den Beispielen von Mariana D. und Milos K. deutlich, dass sie sich von den Problem-anrufungen als *Südosteuropäische Zuwanderer* explizit abgrenzen müssen. Speziell den *richtigen* Umgang mit Müll beziehen die Befragten z. T. nicht nur auf sich selbst, sondern benennen diesen ebenso als Erziehungsaufgabe für Kinder. Dabei bringen sie in ihre Selbst-Positionierungen teilweise direkt mit ihrer Identität als Rom*na zusammen.

Die dominierenden Normvorstellungen werden in den Selbst-Positionierungen kontinuierlich als gültig hervorgebracht. Die Befragten stellen ihre (zugeschriebene) Gruppenzugehörigkeit oder die Problemgruppenkonstruktion *Südosteuropäische Zuwanderer* nicht infrage, sondern bringen sich viel mehr als angepasstes Subjekt ihrer Gruppe hervor. Sie verhalten sich in diesem Sinn nicht nur durchgehend zur Interviewerin, sondern ebenso – wenn anwesend – zur jeweils dolmetschenden Person, die wiederum eigene Positionierungen und Problemdeutungen in das Interview einbringt. Am Interview mit Mariana D. wird dies besonders deutlich. Das Verhalten der Dolmetscherin (Emila) offenbart ihr Bemühen, Mariana D. als angepasstes Subjekt (mit-)hervorzu bringen, um sie der Forscherin gegenüber als *gutes* Beispiel zu präsentieren. Dies schränkt zugleich die Möglichkeiten Mariana D.s ein, sich der Konditionierung seitens der Dolmetscherin zu widersetzen und eigene, davon abweichende Narrationen einzubringen. Damit wird die diskursive Verwobenheit der Dolmetscher*in deutlich,

die sich zwar einerseits solidarisch mit ihrer Klientin zeigt, die Zuschreibungen durch ihr Verhalten andererseits reproduziert.

8.3 Zurückweisung als Selbst-Positionierung

In den Interviews zeigen sich ebenso Selbst-Positionierungen, die die dominanten Normen im Stadtteil zurückweisen. Dies *erstens* über die Individualisierung zur kollektivierenden Anrufung *Südosteuropäischer Zuwanderer*, *zweitens* über die Konstruktion diskursiver Gegennarrative, *drittens* durch die Äußerung des Wunsches nach Deutungs- und Handlungsmacht im Stadtteildiskurs.

8.3.1 Distanzierungen zur Kollektivanrufung

Die Befragten weisen teilweise die kollektivierenden Problemzuweisungen zurück, indem sie sich explizit individualisieren oder andere soziale Gruppen als Problemverursacher*innen benennen. Dies wird zunächst anhand einer Sequenz aus dem Interview mit Gabriella S. dargelegt:

Interviewerin: Wie würdest du Nolden beschreiben?

Gabriella S.: Ja, Nolden, hm. (Atmet seufzend ein und aus) Wie würde ich beschreiben? (..) Auf jeden Fall nicht eine Zukunft für Kinder, weiß ich nicht warum (lacht leise). Ich sage es ernst. (..) Nein. Eine Zukunft nicht für Kinder, (..) ähm (..), dass wir uns hier gewohnt oder wie das man nennt, das ist schon klar. Aber die Schulen und (.), die find ich nicht sehr sehr/ oder die sind bisschen diskriminier/ die diskriminieren/ die sagen ‚nein, wir diskriminieren nicht‘, aber/ aber ich merke das schon. Aber die sagen nur ‚nein, wir machen‘, aber das merkt man.

Interviewerin: Woran merkt man das?

Gabriella S.: Ja. (Atmet aus) Das merkt man. (.) Ja, das hab ich in die erste Jahre meine kleine Tochter bemerkt. Ja, die war sehr diskriminiert. Also auch von die Lehrerin sozusagen. (.) Die wollte sie eigentlich in eine Schule für Behinderte schicken, aber die ist (lachend) nicht behindert. Ja. DIE mochte sie nicht so gerne und (.) ich hatte schon das Gefühl, jeder fühlt also, wenn jemand mag sein Kind oder mag gar nicht sein Kind. Es (.) geht um lernen hier, nicht um, dass wir *Zigeuner* oder Rumäner oder, ja? Weil ich bin ROMA, ja? Ich schäme mich nicht, weil ich ein vernünftiges Mensch bin, so denke ich mal und DANN muss ich mich nicht schämen, ja? Sind ja auch die nicht Roma sind, sind Rumäner und machen schlammere Sachen als Roma. Oder bei Deutsche auch, ja, oder bei Türken auch also (.) ICH denke, das hängt an Charakter. Ja? Und nicht an welche Stadt und welche Land, das hängt an Charakter und wie du aufgewachsen bist und was (.) du von deinen Eltern vielleicht bekommen hast ja? Ja. (Interview Gabriella S., Pos. 179–202)

Dieser Abschnitt ist dem Teil des Interviews mit Gabriella S. in Kapitel 8.2.3 vorangegangen. Diskriminierung bringt sie als zentrales Thema im Zusammenhang mit dem Stadtteil Nolden ein – dies unterstreicht die Wirkmächtigkeit der entlang des Verfügungsfonds herausgearbeiteten Ergebnisse in Kapitel sieben. Das Thema positioniert sie, in Bezug auf eine Erzählung zur Schule, als bedeutsam, bis zur Aussage, der Stadtteil biete keine Zukunft für Kinder. Mit dem Verweis, dass es in der Schule um „lernen“ ginge und nicht um ihre Herkunft oder *ethnische* Gruppenzugehörigkeit, leitet sie eine Gegen-Positionierung ein: Die kollektivierende Zuschreibung wird über die Benennung weiterer sozialer Gruppen relativiert, die „schlimmere Sachen als Roma“ machen. Gabriella S. hebt die Relevanz individueller Eigenschaften und Sozialisation bzw. Erziehung hervor und betont, dass Verhaltenszüge nicht an *Ethnie* oder *nationale Herkunft* gebunden seien. Damit stellt sie kollektive, mit *ethnischer* Gruppenzugehörigkeit verknüpfte Zuschreibungen in den Hinter- und sich als Person mit individuellem Charakter in den Vordergrund.

Florean F. knüpft an seine in Kapitel 8.2.1 eingebrochenen Positionierung zum *eigenständigen Putzen* mit einer Narration negativer Erfahrungen mit dem Ordnungsamt an und bringt in diesem Zuge eine Gegen-Positionierung ein:

Florean F.: Die Leute vom Ordnungsamt, die haben gesagt, rumänisch machen. Macht auch türkisch oder andere Nationen, keine Ahnung/

Interviewerin: Also das Ordnungsamt hat gesagt, das machen Rumänen?

Florean F.: Ja only/ Ordnungsamt sagen: ‚only Rumänische machen.‘ Das ist nicht/ das ist nicht richtig. Rumänien/ Nix alle Rumänisch gleich.

Adrian [Sohn von Florean F.]: Manche Rumänen sind so, manche Rumänen sind so.

Florean F.: Ja, das ist sowieso. Das Ordnungsamt sagen ‚only Rumänisch machen.‘ Ähm, eine Mal, eine Ordnungsamt ist very aggressiv bei mir, keine Ahnung warum, weil ist Pandemie, so gemacht bei mir [*zeigt einen Schubser an*], warum ich/

Interviewerin: Echt? Geschubst?

Adrian [Sohn von Florean F.]: Ja.

Florean: Ja, ja keine Ahnung warum. (.) Ich geb meinen Ausweis, kontrollieren, ähm, (.) das ist nicht gut, doch. Keine Ahnung warum, machen sowieso mit Rumänisch, die Rumänisch. Hab ich Respekt vor ALLE Leute, MICH Ordnungsamt oder Polizei machen Respekt vor ICH. Ich gemacht gar nix, ich komme, die machen so (*zeigt ein Schubsen an*). Warum? Das ist nicht korrekt in Deutschland.

(Interview Florean F., Pos. 112–128)

Florean F. beschreibt die Erfahrung, dass das Ordnungsamt problematisches Verhalten auf „Rumänen“ bezieht. Er entgegnet der erfahrenen Homogenisierung der Gruppe durch das Ordnungsamt, indem er mit Verweis auf Angehörige anderer Nationalitäten, die sich ebenfalls nicht immer an zu erfüllende Normen hielten, entgegen der Anrufungen im Stadtteildiskurs die Verantwortung verteilt.

Dabei äußert er mit seiner Aussage Kritik an der pauschalen Zuschreibung negativer Verhaltensweisen gegenüber Rumänen aus. Er berichtet von Erfahrungen aggressiven Verhaltens und körperlicher Übergriffe und Kontrollpraktiken durch das Ordnungsamt, die er auf seine *Nationalität* zurückführt, dies jedoch nicht als Begründung akzeptiert. Er positioniert sich dann, ähnlich wie Mariana D. zuvor in Kapitel 8.2.2 am Beispiel der Oma, als Person, die sich gegenüber jedem, auch den Ordnungsinstanzen, offen und respektvoll verhält. Im Gespräch mit der Interviewerin ist Florean F. in einem Verteidigungsmodus seiner sozialen Identität: In Anbetracht dessen, dass das Interview mit 23 Minuten verhältnismäßig kurz ausfällt, ist die Permanenz der eigenen sozialen Verteidigung besonders auffällig. Dies nicht nur in durch die Übernahme der erwarteten Zuschreibungen (vgl. Kapitel 8.1.1), sondern, wie hier deutlich wird, auch durch die Abwehr der Kollektivanrufung.

Ähnlich reagiert Petko R., als er im Interview auf das Einbringen der Zeitungsimpulse reagiert:

Interviewerin: Und ich würde dich bitten, die einfach mal anzuschauen und du kannst dir eins anschauen, du kannst dir aber auch alle anschauen, so wie du möchtest und einfach zu dem, was dir dazu einfällt, einfach zu erzählen.

Petko R.: Okay.

Dolmetscher: *Du kannst dir nur einen oder alle ansehen und sagen, was du denkst.*

(30) (Petko R. liest sich die Zeitungsimpulse durch)

Petko R.: (lachend) *Stimmt, das sind sowohl Rumänen als auch Bulgaren. Wir sind wirklich viele, aber mit dem Müll weiß ich nicht. Ich bin auch Bulgar, aber ich habe das Gefühl, dass ich nicht zu dieser Gruppe gehöre, ich weiß einfach nicht, was ich sagen soll.*

(Interview Petko R., Pos. 225–238)

In dieser Aussage distanziert sich Petko R. bei Vorlage der Zeitungsimpulse⁷⁷ von der pauschalen Verknüpfung von *Bulgar*innen* und *Rumän*innen* mit einem *Müllproblem* im Stadtteil. Er stimmt zunächst einer Schilderung des Impulses zu, es seien viele *Bulgaren* und *Rumänen* im Stadtteil und fasst sich selbst als Mitglied der Gruppe ein. Zugleich ist aber eine Distanzierung von den negativen Zuschreibungen im Zusammenhang mit Müll zu beobachten, indem Petko R. einbringt, das Gefühl zu haben, „nicht zu dieser Gruppe“ der *Müllverursacher* zu gehören. Für sich individuell und/oder für *seine* Gruppe sieht er keinen allgemeinen Zusammenhang mit der Problematik *Müll*, was besonders in seiner Aussage „ich weiß nicht, was ich sagen soll“ deutlich wird. Die Interviewsituation erzeugt also ein Sich-Verhalten-Müssen zu einem Thema, zu dem er nichts beitragen kann oder möchte, da er sich nicht angesprochen fühlt und die Adressierung von sich weist. Dies könnte im Zusammenhang mit Petko R.s Selbst-Positionierung

77 Er spricht hier keinen Impuls direkt an.

in Kapitel 8.2.3 gedeutet werden, in der sich Petko offensiv als *integrationswillige* Person, gerade in Bezug auf *Mülltrennung* hervorbringt und darin ebenfalls die Problemzuschreibung von sich weist.

Milos K. bringt noch eine weitere Form der Distanzierung zur Kollektivanrufung ein, indem er diese in Bezug zur Diskriminierung von Rom*nja setzt:

Milos K.: Egal, wo du gehst, Roma heißt schwer und Roma sein, das ist immer schwer. Von Roma reden viel, von Roma sind, ähm, viele Seiten auch schlimm, das heißt nicht nur in Deutschland reden (wir), sondern in Frankreich, in (...) überall. In England, egal wo du gehst, wenn du hörst von Roma, das ist ein schwer, und du hörst ,Ach ich hab Angst vor Roma.' Aber vor mir, warum hat niemand Angst? Das verstehe ich nicht. Vor MIR selber, weil ich bin auch ein Roma, warum hat niemand Angst? Warum wissen die bei meiner Arbeit, weil ich bin ein Roma, warum wissen die auf die Straße, weil ich bin ein Roma? Siehst du? Du selber sitzt du hier, trinkst du mit mir einen Tee. Du weißt selber, weil ich bin ein Roma und das ist, ähm, (...) das ist immer, weißt du, das sind doch Menschen, das sind keine Hunde, muss ich so sagen, zum Behandeln, ja, ,es ist der letzte, lass ihn da und tschüss', nein.

(Interview Milos K., Pos. 609–624)

Milos K. thematisiert eine Differenz zwischen kollektiver Abwertung und individuellem Verhalten. Der konstanten und über geografische Grenzen hinweg zu beobachtenden Diskriminierung von Rom*nja durch die Mehrheitsgesellschaft stellt er seine persönlichen Erfahrungen entgegen: Im persönlichen Kontakt habe niemand „Angst“ vor ihm. Mit dieser Diskrepanz verdeutlicht er den erlebten diskriminierenden Umgang mit der Gruppe durch die Dominanzgesellschaft und stellt dem seine Person als Individuum entgegen. Dass er sich individuell einbringt und darin die Interviewerin dezidiert als Angehörige der Dominanzgesellschaft adressiert, ist als Kritik an der Homogenisierung aller im Diskurs adressierten Subjekte zu deuten. Er beschreibt, wie Gruppenmitglieder im Diskurs ihrer Individualität beraubt werden. Diese Ent-Individualisierung wird als menschenfeindlich und entwürdigend dargestellt, indem Milos K. den Umgang der Dominanzgesellschaft mit Rom*nja mit dem Umgang mit Hunden vergleicht.

8.3.2 Konstruktion von Gegennarrativen

In den Interviews bringen sowohl Milos K. als auch Gabriella S. divergierende Deutungen über soziale Phänomene ein, die die Narrative im Stadtteildiskurs um *Südosteuropäische Zuwanderung* infrage stellen. Bei Milos K. zeigt sich dies in einer Gegenerzählung zum dominierenden Diskurs um das öffentliche Leben im Stadtteil, vor allem in Bezug auf das Narrativ des verstärkten *Zuzugs der Gruppe* als negativ gedeutetes Ereignis in der Stadtteilentwicklung und auf die Zuweisung

abweichenden Verhaltens von Kindern im öffentlichen Raum. Beide Aspekte werden nun nacheinander analysiert.

Auf die Frage der Interviewerin, wie er Nolden beschreiben würde, führt Milos K. zunächst eine positive Erzählung über den Zuzug von Bulgar*innen und Rumän*innen in den Stadtteil an:

Interviewerin: Wie würdest du Nolden beschreiben?

Milos K.: Ich kann so sagen, wenn ich (.) von Kirchweg nach Mühlenstraße, wenn ich gezogen bin, das war für mich alles DUNKEL, weißt du? Da war/ da hat NIEMAND gewohnt in diese Häuser da unten und keine Kinder, da war nich/ GAR nichts los. Ehrlich, GAR NICHTS LOS. Aber danach, wenn diese rumänischen, von/ egal von welchem Land, nach hier nach Nolden gezogen, das hast du gesehen auf die Straße, da lebt man, weißt du? Da gibts Kinder, da gibts ALLES, da gibts zu sprechen mit jemanden, da gibts/ ähm, weißt du, das war für mich (.) ehrlich, irgendwie ich war immer von Treppe runtergekommen und ich habe draußen geguckt, war niemand, ja? Und auf einmal, kann ich so sagen, da sind viele Leute gekommen und Kinder und die Plätze sind gut gemacht und schön und dann gibts jetzt auch zu leben. Siehst du, sind Menschen, wo, (.) wo Wohnungen waren zu und jetzt siehst du die Kinder, siehst du die Menschen auf die Straße, und dann/ das siehst du, weil hier kann man mal leben. Ich fühle mich ganz super in Nolden. Ich fühl mich so, (.) kann ich so sagen, 100 Prozent. Da gibts keine (.) Stress, da gibts gute Nachbarschaft, da gibts gute Leute, da gibt/ oder mit meine Kindern, da gibts keine Stress, weißt du, so zu haben. Du verstehst (dich nicht mit jemanden?), sondern NEIN, du verstehst dich mit egal welchen Landsmenschern.

(Interview Milos K., Pos. 203–219)

Milos K. reagiert auf die Frage der Interviewerin mit einer Erzählung über seine persönliche Beziehung zum Stadtteil. Dies erfolgt auf ähnliche Weise wie bei Mariana D. (vgl. Kapitel 8.2.2), die auf die Bitte der Interviewerin, Nolden in einem Satz zu beschreiben, ebenfalls ihre eigene Beziehung zum Stadtteil ausführt. Daran zeigt sich mutmaßlich das Bedürfnis, sich in der Interviewsituation als legitime Bewohner*innen zu beweisen, was zugleich davon abhalten kann, allgemeinere oder von der eigenen Person unabhängige Beschreibungen vorzunehmen.

Milos K. beschreibt zunächst seinen eigenen Umzug vom Kirchweg, außerhalb des Fördergebietes sozialer Stadtentwicklung in Nolden, in die Mühlenstraße, die zentral im Fördergebiet der Sozialen Stadt liegt. Er bezieht sich hier also auf einen Raum, der mit der Problematisierung *Südosteuropäischer Zuwanderer* verknüpft ist und stellt dann einen zeitlichen Verlauf dar. Als er in die Mühlenstraße zog, erlebte er das soziale Leben im Stadtteil als einsam. Dies erzählt er mit Nachdruck: Die Gefühlsbeschreibung von Milos K. durch Einsamkeit in Verbindung mit Dunkelheit ist bezeichnend. Nicht zuletzt *Dunkelheit* kann mit Emotionen wie Angst, Beklommenheit oder Bedrohlichkeit assoziiert werden.

Dies wiederum sind Emotionen, die ebenfalls durch die Mehrheitsgesellschaft in Bezug auf die Anwesenheit und das Verhalten *Südosteuropäischer Zuwanderer* artikuliert werden, bezogen auf die Darstellung von *Überfüllung* (vgl. Kapitel 6). Auch dass es „keine Kinder“ im Stadtteil gegeben habe, stellt Milos K. als befremdenden Faktor heraus, der der Problemgruppenkonstruktion im Diskurs entgegensteht.

Milos K. bezieht sich in seiner Narration auf einen Zeitpunkt, der *vor dem Zuzug Südosteuropäischer Zuwanderer* in den Stadtteil liegt. Dadurch bringt er der dominierenden Problemerzählung im lokalen Diskurs, der *vermehrte Zug* von Rumän*innen und Bulgar*innen sei Auslöser für *soziale Probleme* im Stadtteil gewesen, eine Gegendeutung entgegen. Diese führt Milos K. anschließend fort, indem er den Zuzug von Menschen in den Stadtteil als Bereicherung darstellt. Genauso wie er seinen Gefühlszustand *vor dem Zuzug* mit ausdrucksstarken Umschreibungen unterstreicht, wiederholt er dies für den Zeitpunkt *nach dem Zuzug*. Dunkelheit und Einsamkeit stellt er hier die Konzepte *Geselligkeit* und *Lebendigkeit* entgegen. Die Erzählung steht der im Diskurs prozessierenden Vorstellung einer nach außen *abgeschotteten* Gruppe entgegen. Es zeigt sich, wie er über die Anwesenheit von Angehörigen seiner eigenen sozialen Gruppe plötzlich Gemeinschaft erlebt, die er im nachbarschaftlichen Leben zuvor vermisste. Nolden ist insofern, wie in Kapitel 8.1 herausgearbeitet, ein Ort, der über die räumliche Nähe von Personen gleicher sozialer Gruppen soziale Anbindung schafft, die ihnen im Kontakt mit dominanzgesellschaftlichen Angehörigen verwehrt bleibt. Somit bietet der Ort zugleich Schutz vor sozialer Isolation.

Anzumerken ist, dass Milos K. das Ereignis des Zuzugs als ein singuläres Ereignis herausstellt. Vermutlich stellt er auf die zahlenmäßig höheren Zuwanderungszahlen infolge der Erweiterung der Europäischen Union ab. Die Tatsache, dass er aber auch zuvor schon im Stadtteil lebte, zeigt, dass das Narrativ des singulären Ereignisses nur über das Argument der Quantität standhält, die über einen (wie auch immer eingrenzbaren) kurzen Zeitraum angestiegen ist.

Interessant ist zudem, dass er in der Zuzugserzählung zunächst Rumän*innen benennt, den nationalen Bezug dann aber relativiert. Diese kann insofern als eine Distanzierung zum Problemdiskurs *Südosteuropäische Zuwanderer* gedeutet werden, indem die Zuschreibung, Rumän*innen seien in den Stadtteil zugewandert, ausgeweitet wird, womit er zugleich eine De-Kulturalisierung vornimmt (vgl. Kapitel 8.3.1). Die Konstruktion einer guten Nachbarschaft hebt er am Ende seiner Aussage noch stärker hervor, indem er eine gute Nachbarschaft unabhängig von nationalen Gruppenzugehörigkeiten betont. Er positioniert sich zudem wieder als Ko-Adressat der Problematisierung von Kindern, indem er diese in die Erzählung einer konfliktfreien Nachbarschaft einbezieht. Kurz darauf folgt jedoch ein Bezug auf soziale Spannungen hinsichtlich des Verhaltens von Kindern im öffentlichen Raum, auf die er mit einer Gegendarstellung reagiert:

Milos K.: JAA, okay, gibts auch manche, welche, ähm, (.) machen auch die Sachen und sagen ‚Guck mal, die Kinder sind immer draußen, die spielen.‘ Ja dann normal, lass die Kinder in Ruhe, die sind freie Kinder, die wollen spielen. Kannst du nicht sagen jetzt: ‚Fünf Uhr, gehen nach schlafen.‘ Die Kinder schlafen/ lassen frei zu sein. Die (fühl?), die/ okay, ich kann nur sagen, Rumänien, Bulgarien, das ist ein, ein Land, wo Kinder sind frei. Da sind nicht wie hier Wohnungen, wo/ sondern Haus oder wo die wohnen und die sind immer auf der Straße, immer spielen, immer laufen, immer, weißt du, so, ähm, (.) die wohnen nicht so in diese großen Gebäude, sondern in kleine Haus, ein Zimmer oder zwei Zimmer und Nachbarschaft und hat Garten und hat draußen Straße und kann spielen. Okay, hier ist nicht die gleiche, aber dann will doch frei sein, weißt du? Will der spielen, er will lachen, er will laufen, ähm/ (..) Ja.

(Interview Milos K., Pos. 235–247)

Mit seiner Aussage bezieht sich Milos K. auf zentrale Elemente des in Kapitel sechs herausgearbeiteten Diskursgegenstandes um *Südosteuropäische Zuwanderung*: Der Aufenthalt von Kindern im öffentlichen Raum. Das problematisierende Subjekt, welches zu Beginn eingeführt wird, taucht dabei nur implizit auf, ohne die Benennung konkreter Akteur*innen. Die Aussage von Milos K. erinnert dabei an die im lokalen Problemdiskurs implizit verbleibenden, aber deutungsmächtigen Beschwerdeführer*innen (vgl. Kapitel 6 und 7). Auch in der Interviewpassage nehmen sie insofern eine zentrale Stellung ein, als dass Milos K. diesen eine Gegen-Positionierung entgegenstellt. Im Kontrast zur diskursiven (westlich-industriell geprägten) Konstruktion einer *behüteten* Kindheit (vgl. Kapitel 7) bringt Milos K. das Bild einer *freien* Kindheit ein. Er vergleicht dabei die Wohnverhältnisse in Rumänien und Deutschland und argumentiert auch mit einem natürlichen kindlichen Freiheitsdrang, den er aus der Sicht der Kinder darstellt.

Bei Gabriella S. löst der zuvor durch die Interviewerin eingebrachte Gesprächsimpuls Code of Conduct (Impuls 2) ebenfalls eine Gegendeutung über das Leben im Stadtteil aus:

Gabriella S.: (Gabriella S. atmet hörbar ein und aus und liest den Text im Code of Conduct, der vor ihr liegt) (26) Ja, ich/ ich/ ja. Es macht mich aufgeregt, weil die sagen ‚Nolden war anders!‘ Also WIE anders war er vorher? Weil mir erzählte (.) jemand, der da seit 40 Jahren wohnt, ja, als ich in Ringstraße/ ähm erste Jahr, ja? Direkt da in Nolden gewohnt habe, war auch nicht so schön. War ÜBERHAUPT nicht schön. Nur, dass nicht so viele Leute waren. Aber schön war es nicht, war alles/ alle Geschäfte waren kaputt und niemand da. Da sind viele kleine Geschäfte, alte, alles war so wie nach einen/ so wie/ (..) als niemand da lebt, niemand da wohnt, genauso war das und ich hatte die, (.) ähm, Frau, ähm, (..) links gefragt, weil mir gefällt Nolden, der hat so ein, (.) ähm, altes/ ja so wie Stadt, so wie alte/ ja? ,WAR schön bestimmt‘ und die erzählte ,JA damals vor 30 Jahre, 25 Jahre.‘ Warum erzählen die das JETZT? (..) Das versteh ich nicht. Damals, ja, damals vor (.) wie viele Jahre war das? Nicht JETZT unbedingt,

weil wir hier. Es war genauso alt und genau so alles kaputt. Da war nichts, kein Geschäft, überhaupt nichts. Alle Geschäfte so (...) als (...) in Afghanistan sozusagen. Nur niemand da drin und KAPUTT alles, ja. Nur, dass es etwas LEISER war und das wars. Ja, waren nicht so Leute hin und her.

(Interview Gabriella S., Pos. 619–637)

Gabriella S. reagiert auf den Satz „Nolden war anders“ im Text des Code of Conduct (Impuls Nr. 2) emotional und bezieht die Aussage auf die Problematisierung eines vermehrten Zuzugs *Südosteuropäischer Zuwanderer*. In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, dass der Text, den Gabriella S. zuvor gelesen hat, *Südosteuropäische Zuwanderer* nicht explizit benannt. Außenstehende würden darin überhaupt keine Bezüge zu einer bestimmten sozialen Gruppe im Stadtteil erkennen. Der Impuls wurde durch die Interviewerin deshalb ausgewählt, weil der Text viele implizite Zuschreibungen im Kontext des Problemdiskurses *Südosteuropäische Zuwanderung* enthält. Die Reaktion von Gabriella S. zeigt deutlich, dass auch sie sich damit verknüpft und sich persönlich angegriffen fühlt, dies gleich mit dem Eingangssatz „Nolden war anders“.

Im Gegensatz zu Milos K. reagiert sie nicht mit einer positiven Umdeutung in der Erzählung *nach* der Zuzugsentwicklung, sondern argumentiert, die negative Stadtteilentwicklung habe bereits *vor* dem Zuzug *Südosteuropäische Zuwanderer* begonnen. Sie untermauert ihre Meinung, analog zu Milos K., mit ihrer eigenen Erfahrung, die sie als Person gesammelt habe, die vor dem *großen Zuzugseignis* nach Nolden gekommen ist. Zudem berichtet sie von einem Gespräch mit einer lange im Stadtteil lebenden Person, die erzählt habe, der Stadtteil habe sich bereits negativ entwickelt, *bevor Südosteuropäische Zuwanderer* in den Stadtteil gekommen seien. Sie bringt ihre Äußerung mit Nachdruck ein, indem sie wiederholt rhetorische Fragen an die Verfasser*innen des Textes stellt. Der Vergleich mit Afghanistan kann als Metapher für einen durch Krieg beschädigten Raum verstanden werden, wodurch Gabriella S. ihre Deutung untermauert. Auch sie stellt, ähnlich wie Milos K., Einsamkeit und Leere als Eigenschaften des Stadtteils heraus und unterlegt ihre Deutung, indem sie die Ursache negativer Stadtteilentwicklungen umdeutet und in früheren Zeiten verortet. Sie wehrt die ihrer Gruppe und damit auch ihre selbst zugeschriebenen Problemverantwortlichkeit ab. Der Diskursanrufung als *Lärmverursacher* stellt sie entgegen, dies sei eine Folge der Anwesenheit einer höheren Anzahl von Menschen im Vergleich zum *leeren* Stadtteil vorher. Der im Code of Conduct (Impuls Nr. 2) formulierte Satz „Der Zukunft soll ohne Ängste begegnet werden“ löst bei der Befragten ebenfalls Gegenwehr aus:

Gabriella S.: Ich versteh nicht und wegen Angst, warum sagen die immer ANGST? Was/ was für ANGST? Welche Angst? Wer hat etwas Schlimmes oder (...) jemand getötet (verächtlich lachend) oder so oder? Nein, echt jetzt. Aber warum sollte Angst

haben, vor wem Angst? Weil sind NUR Kinder hier, viele Kinder mit Mutter zusammen. Wir Mutter in eine/ ähm, so trinken Kaffee, da hatten wir immer Kaffee getrunken und unsere Kinder spielen/ (...) Von wem Angst? (...) Das verstehet ich nicht. Das sind so Sachen wie (...) uns katalogieren, aber (...) hat jemand getötet? Oder jemand etwas sehr sehr schlimm gemacht und jemanden mit einem Messer gestochen oder so oder echt jetzt? NEIN, aber die andere Drogendealer, die machen das immer. (...) Und das sind nicht Rumäner, das sind nicht Bulgaren, das sind nicht/ (...) ich bin keine Bulgare, aber die haben das auch nicht gemacht. Ja? Ich bin ehrlich, da machen andere ähm, ja? Diese Sachen. Vor wem sollten die Angst haben? Das MÜSSEN sie auch sagen hier. Vor wem Angst? Weil wir viele sind. Nein, wir sind viele/ wir sehen aus, als wir viel, weil wir sammeln uns, da wo wir uns wohl fühlen, ja? Wir sehen aus, als wären wir viele. Aber nur hier sind wir. Woanders sind wir nicht. Wir dürfen nicht woanders. Nicht, dass wir nicht dürfen, aber wir sind ähm (...) (Gabriella S. beginnt zu weinen) diskriminiert und so. (Gesprächspause, die Interviewpartnerin weint.)

(Interview Gabriella S., Pos. 619–656)

Auch hier muss ihre Reaktion vor dem Hintergrund beleuchtet werden, dass der Satz „Der Zukunft soll ohne Ängste begegnet werden“ (Code of Conduct) zunächst wie ein Allgemeinplatz wirkt, den Gabriella jedoch auf den Problemdiskurs *Südosteuropäische Zuwanderer* bezieht. Sie bringt über rhetorische Fragen ihr Unverständnis eindringlich zum Ausdruck. Im Verlauf der Passage entwickelt sie in ihren Ausführungen eine immer stärkere Emotionalität, die schließlich in einem Weinen als Ausdruck ihrer Wut und Verzweiflung mündet. Dass dieser Satz eine derart intensive Reaktion auslöst, macht deutlich, wie stark sie sich durch die Anrufungen des Problemdiskurses *Südosteuropäische Zuwanderung* persönlich angegriffen fühlt – und auch, wie sie in ihrem Kampf um Anerkennung mutmaßlich regelmäßig scheitert. Sie zeigt sich getroffen durch die Adressierung, anderen aufgrund ihres Verhaltens bzw. ihres Da-Seins Angst zu machen. Durch die Darstellung des Verhaltens *ihrer* Gruppe als alltägliche und normale Handlungspraxis von Kindern und ihren Müttern bringt sie zudem eine Gegendeutung ein. Kriminelles und gewalttägliches Verhalten bezieht sie vor allem auf die „Drogendealer“ als eine andere soziale Problemgruppe im Stadtteil.

Gabriella reagiert, indem sie das ihrer Gruppe entgegengebrachte Gefühl der „Angst“ explizit in den Kontext von Diskriminierung setzt. Im Zusammenhang mit der diskursiven Zuschreibung der hohen quantitativen Sichtbarkeit im Stadtteil verweist sie auf einen infolge von Diskriminierung begrenzten Bewegungsraum der Subjekte. Der Birkenplatz ist damit gleichzeitig Zufluchtsort und Ausdruck sozialer Ausgrenzung der Gruppe, womit sie eine Gegennarration zur kulturalisierenden Verhaltenszuschreibung im Kontext des Problemdiskurses um *Südosteuropäische Zuwanderung* einbringt. Gabriella S.s Ausführungen deuten darauf hin, dass sie sich bereits zuvor mit dem Thema sozialer Diskriminierung

und Rassismus gegen ihre Gruppe auseinandergesetzt hat, etwa durch die Verwendung entsprechender Begriffe wie „katalogieren“.⁷⁸

8.3.3 Ausdrucksformen des Wunsches nach Deutungs- und Handlungsmächtigkeit

Die Befragten drücken in den Interviews auf unterschiedliche Weise ein Bedürfnis nach Mitsprache aus. Dies wird im Folgenden an zwei Beispielen dargelegt.

Petko R. zeigt seinen Wunsch, eine Sprecherposition einzunehmen und seine Standpunkte zu artikulieren, direkt zu Beginn des Interviews: In der Vorbesprechung über Datenschutz und Einwilligung fragt er, vermittelt durch den Dolmetscher, ob aus dem Forschungsprojekt nachher „nur ein Buch“ werde oder ob er damit „etwas bewirken“ könne. Auf die Informationen der Anonymisierung seiner Person in der späteren Veröffentlichung wendet er zudem ein, dass ihm dies nicht wichtig sei und sein Name genannt werden dürfe (Postskript Interview mit Petko R., Pos. 44–49). Dies zeigt, dass sich seine Bereitschaft, am Interview teilzunehmen, vor allem über das Bedürfnis ausdrückt, Einfluss auf etwas zu nehmen. Er geht dementsprechend mit spezifischen Erwartungen in das Interview. Die Interviewerin greift das Thema während des Interviews auf:

Interviewerin: Du hast am Anfang gefragt, ob du etwas bewirken kannst mit dem Interview. Was möchtest du denn bewirken? Das würde mich interessieren.

Dolmetscher: Du hast sie gefragt, ob dieses Interview etwas ändern würde, was möchtest du ändern?

Petko R.: Ich hoffe, dass die Leute das nicht erleben, was wir hier erlebt haben, als wir kamen. Ich weiß nicht, wer dir als Ausländer geholfen hat (an den Dolmetscher gewandt), aber mir hat niemand geholfen und meine Kinder und meine Frau waren auf der Straße, wir hatten kein Geld. Ich möchte nur, wenn Ausländer kommen, Informationen oder Zugang zu Informationen haben, dass sie nicht von Menschen ausgenutzt werden, Menschen wie du (an den Dolmetscher gewandt), die uns kostenlos helfen. Ich habe viele Leute dafür bezahlt, Dokumente für mich zu übersetzen und am Ende passiert nichts und wir wissen nicht, was wir unterschreiben und was wir tun.

⁷⁸ Ob es sich in der Nutzung des Wortes „katalogieren“ durch Gabriella S. um eine Wortverwechslung („kategorisieren“) handelt oder eine (implizite) Bezugnahme auf Verfolgungsmaßnahmen u.a. während der Zeit des Nationalsozialismus erfolgt, lässt sich nicht abschließend klären. Ein Zusammenhang scheint aber naheliegend. Seinerzeit erfasste (*katalogisierte*) die sog. „Rassenhygienische und Bevölkerungsbiologische Forschungsstelle“ (RHF) Sinti*zze und Rom*nja. Diese Erfassung war eine Grundlage der späteren, weitergehenden Verfolgung und Vernichtung im Rahmen des nationalsozialistischen Völkermords an Sinti*zze und Rom*nja (Grandke, 2021, S. 34).

Dolmetscher: Er hätte sich gerne gewünscht, also, ähm, er würde gerne bewirken, dass, wenn man neu nach Deutschland kommt, dass man, ähm, sag ich mal, mehr Hilfe bekommt, zum Beispiel, ähm, wie jetzt von mir, hat er gesagt, also dass man Info bekommt, wie das, ähm, Einsteigen in das deutsche Leben ist, sag ich mal so, ne? Weil, ähm, er war auf der Straße dann, also ähm, mit seinen Worten: er war auch draußen auf der Straße mit seiner Frau und seinen Kindern, die hatten kein Geld und es war schwer. Und er würde sich halt wünschen, dass viele Ausländer, die halt aus dem Ausland nach Deutschland kommen, dass die so Hilfe bekommen, nicht dass die auf der Straße landen.

Petko R.: *Leute, die mit Geld hierher kommen, kommen um Urlaub zu machen, und wir, die ohne Geld kommen, kommen, um in Deutschland zu arbeiten. Und wenn du einen Idioten triffst, der dein Geld nehmen will, für dich zu übersetzen und andere Sachen, ich weiß nicht, was wir da unterschrieben haben, was machen wir dann. Wir wollen nur informiert sein.*

(Interview Petko R., Pos. 161–198)

Petko R. stellt persönliche Erfahrungen der Hilflosigkeit und Prekarität voran, die inhaltlich an Ausführungen in Kapitel 8.1. anknüpfen. Er beschreibt die Erfahrung, aufgrund fehlenden Wissens in relevanten Handlungsbereichen auf Dritte angewiesen zu sein, die wiederum die eigene Prekarität ausnutzten. Mit dem Vergleich zwischen *Urlaubern* in Deutschland mit und *Arbeitsmigrant*innen* ohne Geld unterstreicht er seine hierarchisch niedrige Position. Sein artikuliertes Bedürfnis nach Unterstützung kann als Wunsch verstanden werden, auf struktureller Ebene Änderungen zu schaffen. So wie im Kleinen über den Sozialträger und Vanja, den Dolmetscher des Interviews, Unterstützung angeboten wird, solle dies für alle Migrant*innen gewährleistet werden. Petko R. betont die Relevanz des Zugangs zu relevantem Wissen, um Handlungsfähigkeit zu erlangen. Der Interviewpartner adressiert hier den Dolmetscher nicht nur als Sozialarbeiter, der ihn unterstützt, sondern auch als Person, die (potenziell) über geteiltes Erfahrungswissen verfügt. Damit ist die Interviewerin zugleich Außenstehende, die jedoch mit ihrer Position, so erwartet Petko R., seine Meinung weitertragen kann.

Hristo M. drückt zum Abschluss des Interviews ebenfalls aus, dass er mit spezifischen Erwartungen am Interview teilgenommen hat:

Als das Interview beendet ist, möchte ich Hristo M. das Geld überreichen, das ich als Dankeschön für die Teilnahme am Interview in einem Umschlag vorbereitet habe. Er zögert und ich habe den Eindruck, dass es ihm unangenehm ist, das Geld anzunehmen. Vermittelt über Vanja sagt er anschließend, dass er das Interview auch ohne Geld geben hätte. Er fügt an: „Vielleicht bewegt sich ja was.“ Ich antworte, dass es eine große Hilfe für mich ist, dass er am Interview teilnimmt und dass ich mich damit gerne bedanken und eine Aufwandsentschädigung zahlen möchte. Letztendlich nimmt er das Geld an. Wir verabschieden uns. (Postskript Interview Hristo M. Pos. 36–38)

Die Tatsache, dass Hristo M. für seine Teilnahme am Interview bezahlt werden soll, ruft offensichtlich Unbehagen bei ihm hervor. Die Interviewerin sieht das Auszahlen des Geldes als angemessene Gegenleistung und Wertschätzung dafür, dass sich die Befragten für ihre Forschung Zeit nehmen. Indem Hristo M. als einen Handlungsanreiz anmerkt, dass sich durch seine Teilnahme „vielleicht etwas bewegt“, drückt er hingegen aus, dass er durch seinen Beitrag als Gegenleistung kein Geld, sondern letztendlich soziale Anerkennung und Einfluss für sich und seine *Gruppe* erhofft. Das Überreichen des Geldes zeigt sich hier eher als Degradierung in eine untergeordnete Position. Die Interviewerin bleibt bei ihrem Anliegen, das Geld zu überreichen, woraufhin Hristo M. dieses annimmt (oder annehmen muss). In diesem Fall hätte eine Betonung auf die Bedeutung seines Beitrages für das Forschungsprojekt jedoch wohl eher zu einem Gefühl der Wertschätzung geführt.

Milos K. hält als Reaktion auf den Code of Conduct (Impuls Nr. 2) als Gegenkonstruktion zur Diskriminierung von Rom*nja ein Plädoyer für einen Wandel des Problemdiskurses im Stadtteil:

Milos K.: Das ist für mich, was ich hier hab ich gelesen, das ist für mich meine/ meine wichtige Punkte. Und immer/ was ist immer die wichtige Punkt, die sagen immer (die Stimme verstellend): ,ACH guck mal die rumänischen, ACH guck mal die *Zigeuner*, die Roma.' NEIN. Guckt mal, auch gute Punkte von diese rumänische Leute oder von die Roma. Die gehen auch arbeiten, die gibts auch welche machen Ausbildung, die gibts auch/ auch viele Rumänen, welche sind gute Arzt und was sind die gute Assisten-ten oder sind von Gerichtsvollzieher oder sind von da. Was/ die sind auch in Sachen gut und kann ich nicht sogar/ das sind ganz gute Arbeiter, Maler, das sind Trockenbau, die ERSTE Platz von Rumänen. Die sind die beste Trockenbauer und welche malen und machen das. Warum reden wir nicht von dieser Sache? Reden wir immer von Müll, reden wir von den Kindern. Aber das ist immer diese positive Sache. Reden wir nicht immer vom Schlimmsten, sondern fangen wir auch/ reden vom Guten auch. Und das ist/ fühlt man ein bisschen besser, kann auch in Presse das sein, da kann auch für JEDEN Mensch, für jeden Mensch ein bisschen, wenn ich kann lesen, vielleicht ich lese diese Zeitu/ [Milos K. verstellt die Stimme] ,Ach guck mal, ich bin auch ein Rumäne, guck mal wie schön, die schreibt hier von die rumänische Leute, guck mal, was die machen, guck mal das.' Da hast du diese Verständ/ das bleibt auch in deinem Kopf.
(Interview Milos K., Pos. 454–474)

Das Lesen des Code of Conduct löst, ähnlich wie bei Gabriella S. (vgl. Kapitel 8.3.2), eine emotionale Reaktion bei Milos K. aus. Er liest jedoch aus den Ausführungen nicht wie Gabriella S. eine implizite Problemadressierung, sondern fasst die beschriebenen Punkte als „wichtig“ im Sinne einer Zielvorstellung über das soziale Leben im Stadtteil. Seine daran anschließenden Ausführungen sind vor diesem Hintergrund zu lesen: Das in der Broschüre gezeichnete Bild

lässt sich für den Befragten hier nicht ein, sieht er seine Gruppe doch rassistischen Anfeindungen im Stadtteil ausgesetzt. Er benennt *Müll* und *Kinder* als dominierende Diskursthemen, wenn es um Rom*nja geht, plädiert aber für einen Diskurswandel, indem über positive Eigenschaften gesprochen und berichtet werden soll. Durch den inhaltlichen Bezug auf Arbeit und Bildung verknüpft Milos K. die Verbesserung der sozialen Positionierung von Rom*nja in der Gesellschaft. Dabei hebt er die Rolle der Presse als Medium hervor, um andere Narrationen in den Diskurs einzubringen und zielt so sowohl auf das Selbstbewusstsein der Betroffenen als auch auf ein verändertes Bild der Dominanzgesellschaft.⁷⁹

8.3.4 Zwischenfazit

In den analysierten Selbst-Positionierungen zeigen sich die Befragten nicht, wie in Kapitel 8.2, als angepasste Subjekte, die die Normerwartungen der Dominanzgesellschaft in ihrer Selbstdarstellung übernehmen, sondern weisen die im lokalen Problemdiskurs an sie gerichteten Adressierungen und Zuschreibungen zurück. Dabei stellen sie die mit der Problemgruppenkonstruktion einhergehende Kollektivanrufung infrage, indem sie deviante Zuschreibungen und Verhaltensweisen auch auf andere soziale Gruppen ausweiten. Sie beziehen sich dabei häufig auf die soziale Differenzkategorie *Ethnizität*, auf Grundlage dessen die Befragten selbst soziale Differenzierung und Ausgrenzung erleben. Die Befragten weisen zudem eben jene kollektive und auf Kulturalisierung beruhende Einordnung zurück, da sie ihr ihren individuellen Charakter entgegenstellen. Die dominierende Problemgruppenkonstruktion *Südosteuropäische Zuwanderer* wird auch insofern infrage gestellt, als dass andere Deutungen über die als problematisch gelabelten sozialen Verhältnisse im Stadtteil eingebracht werden. Dies zeigt sich insbesondere in der Umdeutung von im Diskurs als deviant dargestellten Erscheinungsformen sozialen Lebens in Nolden, z. B. mit Blick auf die Thematik *Kinder im öffentlichen Raum*.

Ferner werden Erfahrungen von Rassismus und Diskriminierung explizit gemacht, die regelmäßig vor allem in einem Zusammenhang mit der eigenen Gruppenzugehörigkeit als Rom*nja stehen. Indem die Befragten problematisieren, mit ihren Interessen nicht wahrgenommen zu werden bzw. mit ihrer Interviewteilnahme dazu beitragen möchten, Veränderungen herbeizuführen, drückt sich zudem ein Bedürfnis nach Mitsprache aus, die ihnen im dominierenden Stadtteildiskurs verwehrt bleibt. Auffallend ist ebenfalls, dass die Dominanzgesellschaft in den Selbst-Positionierungen oftmals nur implizit auftaucht. Dies wurde in

79 Seine Haltung zur Presse lässt sich wahrscheinlich auf seine Erfahrungen im Romnja-Verein zurückführen.

Kapitel sieben als diskursives Merkmal der Problematisierung *ethnischer Segregation* sowie der Problemgruppenkonstruktion *Südosteuropäische Zuwanderung* herausgearbeitet und ist ein weiterer Beleg dafür, wie sich die hierarchische Stellung von deutungsmächtiger Dominanzkultur und untergeordneter Positionierung *Südosteuropäischer Zuwanderer* permanent in den Selbst-Positionierungen wiederfindet.

8.4 Zusammenfassung

Die Auswertung der sieben problemzentrierten Interviews mit *bulgarischen* und *rumänischen* Bewohner*innen des Stadtteils hinsichtlich der Selbst-Positionierungen zu den (Freimd-)Zuschreibungen im Kontext des lokalen Problemdiskurses *Südosteuropäische Zuwanderer* zeigt, dass sich die Befragten auf unterschiedliche Weise zu den Anrufungen der Dominanzgesellschaft verhalten. Dies sowohl über Ankunftserzählungen, in der sich die Befragten in einer Situation hochgradiger Prekarität beschreiben, über Anpassung als auch über Zurückweisung der Normanrufungen, die im Stadtteil an sie herangetragen werden.

In Kapitel 8.1 schildern die Befragten den Prozess des Ankommens in Deutschland bzw. im Stadtteil. Sie machen prekäre Wohnungs- und Arbeitsbedingungen relevant, mit denen sie sich nach ihrer Migration auseinandersetzen mussten und müssen. Letztendlich treffen sie in Nolden auf einen (qualitativ schlechten) Wohnungsmarkt, der ihnen über soziale Netzwerke zugänglich ist. Zugleich wird Nolden als Ort beschrieben, um Anbindung zu finden, die den Befragten an anderen Orten infolge sozialer Ausgrenzung verwehrt bleibt. Merkmale dieses Prozesses des Ankommens lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- wiederholt Erfahrung von (drohender) Wohnungslosigkeit und prekärer Wohnverhältnisse nach Ankunft in Deutschland;
- wiederholt Erfahrung von Ausbeutung im Arbeitskontext;
- wiederholt Erfahrung von Verdrängung;
- Erfahrung von sozialer Isolation und fehlendem Vertrauen in Dritte;
- Erfahrung von Handlungsohnmacht und fehlender Selbstwirksamkeit;
- Nolden als zugänglicher, aber qualitativ minderwertiger Wohnungsmarkt.

Dieser Modus der Ankunftserzählungen zeigt sich bei allen Befragten, unterschiedlich detailliert ausgeführt, auch dann, wenn durch die Interviewerin kein problemzentrierter Bezug eingebracht wird. Die verschiedenen Selbst-Positionierungen im Kontext von Anpassung in Kapitel 8.2 verbindet, dass die Befragten die Normen der Mehrheitsgesellschaft nicht infrage stellen, sondern als geltende Ordnung (mit-)hervorbringen. Folgende Formen der Anpassung wurden herausgearbeitet:

- selbstständiges *Müllsammeln* im Stadtteil;
- bestätigende Haltung zum *Müllsammeln* im Stadtteil;
- Hervorhebung des *Müllsammelns* als Erziehungsaufgabe für Kinder;
- persönliche Distanzierung von Zuschreibungen (in Bezug auf *Müll*, *Lärm*, *Kriminalität*);
- Anpassung als notwendige Bedingung, um die mit der Migration verbundenen Ziele zu erreichen.

Die Kapitel 8.3 herausgearbeiteten Merkmale der Zurückweisung eint dagegen, dass die Normen in den Narrationen infrage gestellt und konkurrierende Deutungen zu den dominierenden Problemkonstruktionen im Stadtteil eingebbracht werden. Diese lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Hervorhebung der eigenen Individualität;
- Erweiterung der Problemverantwortung auf weitere (marginalisierte) soziale Gruppen;
- Konstruktion von Gegen-Erzählungen in Bezug auf das *Stadtteil Leben* sowie *Kindheit*;
- Relevanzsetzung von Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen, v.a. im Zusammenhang mit Selbst-Positionierungen als Rom*nja;
- Wunsch nach Artikulation der eigenen Meinung und Interessen.

Die Befragten beziehen sich in ihren Selbst-Positionierungen auf zentrale Elemente des Problemdiskurses *Südosteuropäische Zuwanderer*. Besonders zentral zeigt sich das Thema *Müll*, jedoch rekurrieren sie auch auf Anrufungen in Bezug auf *Lärm*, *Verhalten im öffentlichen Raum*, *Kinder* sowie *hohe Anwesenheit der Gruppe im Stadtteil*. Indem die Befragten wiederholt ihre Kinder in ihre Selbst-Erzählungen einbeziehen, verhalten sie sich ferner zur Anrufung als Eltern, die ihrem *Erziehungsauftrag* nicht in erwünschter Weise nachkommen.⁸⁰ Die Interviews sind teils durch starke emotionale Reaktionen wie Trauer und Wut geprägt, was darauf hindeutet, wie einschneidend die Adressierungen erlebt werden.

Die Dominanzgesellschaft wird durch die Befragten wiederholt eingeführt, dabei aber, ähnlich wie in Kapitel sieben herausgearbeitet, als implizit und anonym verbleibende Gruppe benannt. Die diskursiven Bezugnahmen erfolgen im

⁸⁰ Während in Definitionsmerkmalen von Rassismus gegen Rom*nja vor allem die Zuschreibung schlechter Mutterschaft benannt wird (Randjelović, 2019), bildet sich eine geschlechtliche Differenz in den Selbst-Positionierungen nicht so dezidiert ab. Zwar zeigen sich weibliche Gesprächsteilnehmer*innen stärker als sorgende Mutter. Jedoch beziehen auch die männlichen Interviewpartner ihre Kinder in ihre Selbst-Positionierungen ein. Dies deutet darauf hin, dass die Ko-Adressierung als Eltern im Zuge der Adressierung *Südosteuropäischer Zuwanderer* an dieser Stelle nicht (in hohem Maße) geschlechtsspezifisch erfolgt, sondern alle Subjekte betrifft.

Interview sowohl ohne explizite Problemzentrierung in Form der Gesprächsimpulse, oftmals aber auch als Reaktion darauf. Gerade der sog. Code of Conduct bringt emotionale Ausführungen der Befragten hervor. In den mehrsprachigen Interviews sind die Dolmetscher*innen an der Interaktionsdynamik zentral beteiligt, indem sie durch eigene Intentionen Deutungen einbringen und den Gesprächsverlauf durch eigene Beiträge inhaltlich beeinflussen. Zurückgeführt werden kann dies auf geteilte soziale Erfahrungen sowie auf eine Fachkraft-Klient*innenbeziehung, durch die sich die Dolmetscher*innen als Mitwissende positionieren oder als solche adressiert werden. Letztlich erfolgen die Aussagen in dieser Form aber nur, weil die Interviewerin als Initiatorin der Begegnung anwesend ist. Auch wenn sie in der Dreier-Interaktion mitunter im Hintergrund erscheint, muss betrachtet werden, dass sich die Befragten (bzw. der/die Dolmetscher*in) ihr gegenüber positionieren und erklären.

In den vorangegangenen Kapiteln wurde deutlich, wie sich die Befragten auf unterschiedliche und vielfältige Weise zu den in Kapitel sechs und sieben herausgearbeiteten Diskursanrufungen in Bezug setzen. Gleichzeitig, auch darauf verweisen die Ergebnisse aus den beiden vorangestellten Kapiteln, müssen die Möglichkeiten, die eigene Positionierung im sozialen Machtgefüge (innerhalb der Interviewsituation und darüber hinaus) zu verändern, als eingeschränkt betrachtet werden. Dass die Befragten jedoch ein Interesse an der Artikulation ihrer Position im Stadtteil haben, drückt sich nicht nur durch die Bereitschaft an der Interviewteilnahme aus, sondern zeigt sich auch in den Selbst-Positionierungen. Aus diesem Grund werden die hier dargestellten Ergebnisse im folgenden Kapitel in diesem dargelegten Spannungsfeld von Ausgrenzung, Diskreditierung und Deutungskonkurrenz betrachtet.

9 Selbst-Positionierungen im Spannungsfeld von Ausgrenzung, Diskreditierung und Deutungskonkurrenz

Zentraler theoretischer Ausgangspunkt der Analyse von Selbst-Positionierungen ist die Annahme, dass soziale Identität interaktiv hergestellt wird und sich Subjekte dabei an Rollenvorstellungen und Normerwartungen anderer orientieren, situativ wirksam werdende Fremdzuschreibungen also soziale Identität beeinflussen (vgl. Kapitel 4.2.3). Damit ist die Identitätskonstruktion stark von der sozialen Situation abhängig, gleichwohl die Subjekte „in ihren Bezugnahmen auf die symbolischen Ordnungen mehr oder weniger frei [sind]“ (Bosančić, 2014, S. 382). Die aufgeworfene zentrale subjektivierungstheoretische Frage nach dem Verhältnis von Subjektanrufungen und subjektiven Handlungsspielräumen, dem Bosančić ein „minimal anthropologisches Subjekt- und Akteursverständnis“ (Bosančić, 2019, S. 46) zugrunde legt, ist letztlich nur empirisch zu beantworten. Dieser Argumentation folgend sind die in Kapitel acht herausgearbeiteten Selbst-Positionierungen in einen Zusammenhang mit Ausgrenzung und Diskriminierung *Südosteuropäischer Zuwanderer* in Nolden zu setzen, die aus dem lokalen Problemdiskurs um soziale Stadtentwicklung herausgearbeitet wurden (vgl. Kap. 7), und im Hinblick auf subjektive Handlungsspielräume zu diskutieren.

Vor dem Hintergrund stigmatisierender Zuschreibungen sollen die Selbst-Positionierungen in der folgenden Diskussion zunächst in den Kontext diskreditierter Identität eingeordnet werden, wie Goffman sie in seinem Werk „*Stigma*“ (1975) analysiert (Kapitel 9.1). Es greift jedoch zu kurz, die *Machtwirkung* der Diskursanrufungen auf die Interviewten ausschließlich als Umgangsstrategien mit Stigmata zu deuten. Aufbauend auf der in Kapitel vier formulierten Annahme, dass soziale Problematisierungsprozesse durch konkurrierende Deutungen und Definitionen geprägt sind, wird hervorgehoben, dass die in den Selbst-Positionierungen eingebrachten Problemdeutungen als in Konkurrenz stehende Perspektiven zur hegemonialen Norm und damit als integraler Bestandteil des sozialen Problematisierungsprozesses zu begreifen sind. Das Interviewereignis ist damit selbst Teil des Problemdiskurses um *Südosteuropäische Zuwanderung*, das neues Wissen hervorbringt (Kapitel 9.2). Auf Ebene der adressierten Subjekte sind die Folgen deshalb vor dem Hintergrund ihrer marginalisierten Position und sozialen Ausgrenzung bei gleichzeitiger Deutungskonkurrenz zu begreifen. Indem sich zeigt, dass sich die Befragten auf unterschiedliche Weise zu den diskursiven Adressierungen im Stadtteil verhalten, wird die *Machtwirkung* des

durch den Verfügungsfonds (mit-)vermittelten lokalen Problemdiskurses auf die Adressat*innen deutlich. Diese wird in Kapitel 9.3 abschließend begründet.

9.1 Selbst-Positionierungen vor dem Hintergrund diskreditierter sozialer Identität

Für die Analyse von Selbst-Positionierungen wurde in Kapitel 4.2.3 mit Bezug auf Goffman (1975) grundlegend dargelegt, dass sich Menschen in sozialen Situationen an den (normativen) Erwartungen ihres Gegenübers orientieren und stets bestrebt sind, ihre soziale Identität vor möglichen sozialen Angriffen zu schützen. Wird Personen ein Stigma zugeschrieben, „verstanden als eine Eigenschaft, die zutiefst diskreditierend ist“ (Goffman, 1975, S. 11), ist ihre soziale Identität beschädigt oder zumindest gefährdet. Die Betroffenen entwickeln dann Strategien, um in der Interaktion mit der Beschädigung ihrer sozialen Identität umzugehen.

Entscheidend ist nach Goffman, ob das Individuum davon ausgeht, dass sein Gegenüber über sein Stigma Bescheid weiß, oder ob es annimmt, das Stigma sei den Anwesenden weder bekannt noch direkt wahrnehmbar. Ersteres beschreibt er als die „Situation des Diskreditierten“, letzteres als die „Situation des Diskreditierbaren“ (Goffman, 1975, S. 128). Beide *Situationen* erfordern unterschiedliche Bewältigungsstrategien. *Diskreditierte* sind aufgefordert, mit Spannungen umzugehen, die sich in Interaktionen aus ihrer von der Norm abweichenden Positionierung ergeben. Dies entweder, indem sie durch die Anwendung „assimilativer Techniken“ (Goffman, 1975, S. 130) die an sie gerichteten Erwartungen in ihrer Selbst-Darstellung übernehmen oder indem sie versuchen, „Korrekturen an den Einstellungen der Anderen vorzunehmen“ (Goffman, 1975, zit. n. Abels, 2017, S. 305). *Diskreditierbare* müssen hingegen Informationskontrolle betreiben, um zu verhindern, dass ihr Stigma sich offenbart und die soziale Identität beschädigt wird (Goffman, 1975, S. 56). Die in Kapitel acht rekonstruierten Erzählungen werden in diese stigmatheoretischen Überlegungen als Selbst-Positionierung eingeordnet.

Die Interviewsituation stellt eine spezifische *soziale Situation* dar, an der die Befragten bereits als *rumänische* bzw. *bulgarische* Bewohner*innen des untersuchten Stadtteils teilnehmen. Das *Stigma*, welches die Bewohner*innen zu *Südosteuropäischen Zuwanderern* mit entsprechend diskriminierenden Zuschreibungen macht, ist somit bereits der Anlass des Treffens, sie gehen in dieser Hinsicht also als *Diskreditierte* in die Interaktion. Zugleich ist es ersichtlich, dass die Interviewerin als *weiße Person* nicht mit der Anrufung als *Südosteuropäische Zuwanderin* konfrontiert ist. Die Dolmetscher*innen sind einerseits in ihrer Position als Sozialarbeiter*in sowie andererseits selbst als Betroffene des Stigmas *Südosteuropäischer Zuwanderer* in die Interviewsituation involviert. Es handelt sich somit um ein soziales Setting, in dem „*Stigmatisierte* und *Normale* [...] in

gegenseitiger, unmittelbarer physischer Gegenwart“ sind (Goffman, 1975, S. 22). Die Interaktion erfolgt darüber hinaus nicht spontan und wird über die zuvor formulierte Erwartung gerahmt, über *den Stadtteil* zu sprechen. Die Situation ist dementsprechend von Beginn an inhaltlich und sozial (vor-)strukturiert. Unter Einbezug der theoretischen Grundlegungen ist dennoch zu fragen, inwiefern sich die in Kapitel acht dargestellten Äußerungen der Befragten als Positionierungen zu den äußeren Zuschreibungen im Problemdiskurs *Südosteuropäische Zuwanderer* interpretieren lassen, ob die in Kapitel sechs und sieben herausgearbeiteten diskursiven Zuschreibungen also eine *Machtwirkung* auf Ebene der Subjekte erzeugen oder nicht.⁸¹

Zunächst ist festzuhalten, dass sich die zentralen Themen des Problemdiskurses in allen Interviews abbilden: *Müll(-trennung)* und *Lärm* ebenso wie die Ko-Adressierung der Eltern als Personen, die ihrer Erziehungsverantwortung nicht in erwünschter Weise nachkommen und damit mitverantwortlich für das *deviante Verhalten* ihrer Kinder sind. Auch die Zuschreibung eines zahlenmäßig großen *Auftretens der Gruppe* im Stadtteil, mit der zugleich eine *Abschottung* nach außen verknüpft wird, zeigt sich als Thema in den Selbst-Positionierungen. Dies alles sind Deutungsmuster, die mit der Subjektposition *Südosteuropäische Zuwanderer* im Stadtteil verknüpft werden (vgl. Kapitel 7). Entscheidend ist dabei, dass in den Narrationen die Norm der Dominanzgesellschaft durchgängig als Reflexionsfolie dient und sich die Selbst-Positionierungen an dieser ausrichten. Es ist davon auszugehen, dass die diskursiven Anrufungen im lokalen Problemdiskurs den Handlungsspielraum der Befragten hinsichtlich ihrer Selbst-Darstellung insofern einschränken, als dass das als *normal* Konstruierte in den Erzählungen über den Stadtteil immer (implizit oder explizit) mitgedacht wird. Am Beispiel von Mariana D. ist dies besonders greifbar. Als sie auf die Frage der Interviewerin nach besonderen positiven oder negativen Erlebnissen im Stadtteil antwortet, sie störten die durch die Corona-Pandemie eingeschränkten Möglichkeiten sozialen Lebens im Stadtteil, wird sie durch die Dolmetscherin zurechtgewiesen und mit dem Thema *Mülltrennung* auf die aus Sicht der Dolmetscherin *richtige Fährte* gebracht. Im weiteren Verlauf orientiert sich Mariana D. an der an sie gerichteten Erwartung, ihr Wissen zum Thema *Mülltrennung* darzulegen (vgl. Kapitel 8.2.1). Die Befragte hat nicht die Deutungsmacht, die Situation aus eigenem Anspruch zu definieren und löst die sichtbar werdende Spannung auf, indem sie sich anpasst.

Die Befragten antizipieren aber auch ohne diese dezidierte Zurechtweisung die an sie gerichteten situativen Erwartungen, z. B. indem Javor L. aus eigenem Antrieb den Stadtteil als „dreckig“ bewertet und er sich selbst als Problembearbeiter darstellt (vgl. Kapitel 8.2.1). Dies äußert er auf die Frage der Interviewerin, wie es ihm im Stadtteil gefalle – einer Frage, auf die potenziell viele

81 Potenziell besteht auch die Möglichkeit, dass zwischen den Aussagen der Befragten und den Diskurszuschreibungen kein Zusammenhang rekonstruiert werden kann (vgl. Kapitel 4.2).

Antworten möglich gewesen wären. An diesem Beispiel zeigt sich ein Modus der „Fraternisierung mit den Normalen“ (Goffman, 1975, S. 136), indem Javor L. sich als respektabel präsentiert und seine „Situation von den weniger Tüchtigen und Unanständigen trennt“ (Gurr et al., 2022, S. 418).⁸² Dies macht deutlich, wie er die Situation und seine soziale Position darin deutet: Er passt sich an die herrschende *Normalität* an, indem er sich ihre Attribute aneignet, um eine soziale Abwertung abzuwehren (Abels, 2017, S. 302). Ähnliches zeigt sich auch in Florean M.s Selbst-Positionierung, als er sich gegen die Zuschreibung eines Nachbarn, er sei verantwortlich für ein Müllproblem, dadurch behauptet, dass er selbst im Stadtteil *putze*.

In den Selbst-Darstellungen, in denen sich die Befragten als *gute/r Bewohner*in* des Stadtteils hervorbringen, wird der Legitimationsdruck deutlich, unter dem die Subjekte ihre Anwesenheit im Stadtteil verteidigen müssen (vgl. Kapitel 8.2.2). Nur indem die Befragten wiederholt konstatieren, dass sie *nicht* den mit der Subjektposition *Südosteuropäische Zuwanderer* verknüpften Zuschreibungen entsprechen, können sie sich als Bewohner*innen darstellen. Dies kann als Verteidigung gegen eine potenzielle Aberkennung des Status als legitime und langfristige Bewohner*innen Noldens im herausgearbeiteten Stadtteildiskurs gedeutet werden (vgl. Kapitel 7).

Die Selbst-Positionierungen können zudem mit der Technik des „Kuvrierens“ (Goffman, 1975, S. 130) gedeutet werden: Indem sich die Befragten als angepasst hervorbringen, streben sie an, „das Ausspielen jener Fehler einzuschränken, die mit dem Stigma am zentralsten identifiziert werden“ (Goffman, 1975, S. 130). Diese Anstrengung wird in Petko R.s Positionierung deutlich, in der er seine Teilnahme am Integrationskurs offensiv als *freien Willen* präsentiert und somit die Zuschreibung eines *Fehlers* vorwegnimmt. Dadurch kommt er dem Vorwurf zuvor, nicht integrationswillig zu sein (vgl. Kapitel 8.2.3). Goffman betont, diese Form der Selbstdarstellung sei ein Aspekt, der von *ethnischen Minderheiten* besonders häufig angewandt werde. Elizabeta Jonuz (2009) rekonstruiert ähnliche Umgangsweisen von Sinti*zze und Rom*nja mit Ethnisierungs- und Marginalisierungsprozessen, z. B. indem sich die Befragten als „fehlerfrei eingebürgerte Ausländerin“ (Jonuz, 2009, S. 107) oder als „besonders gebildete Person“ (Jonuz, 2009, S. 154) hervorbringen.

Neben Assimilationen zeichnen sich in den Selbst-Erzählungen auch Strategien der Korrektur ab (Goffman, 1975). Hierunter können mitunter die in Kapitel 8.3.1 und 8.3.2 zusammengetragenen Selbst-Positionierungen gefasst werden: Durch die Distanzierung zur Kollektivanrufung und die Konstruktion von Gegennarrativen werden die Einstellungen der *Normalen* – hier personifiziert

⁸² Gurr et al. (2022) untersuchen aus stigmatheoretischer Perspektive die Selbst-Positionierungen von Wohnungslosen und arbeiten in dieser den Modus der Fraternisierung mit den Normalen heraus.

und eingebracht durch die Interviewerin – korrigiert (Abels, 2017, S. 305). Dies z. B. durch Ausweitung der Problemanrufungen auf andere soziale Gruppen oder indem der jeweils individuelle Charakter entgegengestellt wird.

An dieser Stelle muss gesondert auf einen weiteren Aspekt des Problemdiskurses eingegangen werden. Denn die Zuschreibungen im Kontext *Südosteuropäischer Zuwanderung* basieren auf einem lange tradierten Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze (vgl. Kapitel 7). Somit ist das grundlegende Merkmal der Problemgruppenkonstruktion *Südosteuropäische Zuwanderer* die kollektive Fremdzuschreibung der adressierten Subjekte als *Rom*nja* (UKA, 2021). Dieses Merkmal kann somit im Verhältnis zu den Verhaltenszuschreibungen (bzgl. Müll, Lärm, Wohnen, öffentlicher Raum) als das alles überdeckende Stigma betrachtet werden, welches für die Subjekte zugleich die größte Gefahr der Diskreditierung birgt.

In den Interviews brachten zwei Befragte ihre Zugehörigkeit als Rom*nja in ihre Selbst-Darstellung ein, der größere Teil der Befragten (fünf Personen) nicht. Hier kann und soll selbstverständlich keine Aussage darüber getroffen werden, ob diese Personen sich selbst als einer Romani-Gruppe angehörig sehen oder nicht. Empirisch nachgewiesen ist jedoch, dass Rom*nja ihre Identität aus Angst vor sozialer Abwertung und Stigmatisierung häufig nach außen verbergen, z. B. in Bildungs- und Berufskontexten (Jonuz, 2009; Jonuz & Weiß, 2020). Auch in den Interviews könnte in diesem Zusammenhang das Moment der „Visibilität“ (Goffman, 1975, S. 64) eine Rolle spielen. Während das Stigma *Südosteuropäische Zuwanderer* im Interviewsetting offensichtlich ist, weil allen Beteiligten bekannt ist, dass sie als *bulgarische* oder *rumänische* Bewohner*innen teilnehmen – Merkmale, die quasi untrennbar mit dem Diskurs verwoben sind –, kann die eigene Zugehörigkeit als *Rom*nja* gegenüber der Interviewerin in der Interviewsituation verdeckt bleiben. Dass es sich dabei um eine Eigenschaft handelt, die als zutiefst diskreditierend wahrgenommen wird, zeigt sich in den Passagen, in denen dies als Teil der sozialen Identität durch die Befragten relevant gemacht wird: Gabriella S. und Milos K. beziehen Rassismus gegen Rom*nja explizit in ihre Selbst-Positionierungen ein. Hier zeigt die Analyse, dass sie sich in ihren Bezügen zwar permanent ins Verhältnis zur Dominanzgesellschaft setzen (müssen), dabei jedoch eine Korrektur des Stigmas vornehmen, indem sie die Verantwortung für ihre marginalisierte Position von sich auf die Mehrheitsgesellschaft lenken. Mit diesen Formen der Selbst-Positionierung gehen Milos K. und Gabriella S. über die weiteren Subjektivierungsweisen im Kontext von Anpassung und Distanzierung zu abwertenden Adressierungen hinaus, indem sie ihre soziale Positionierung reflexiv einordnen.

Zuletzt ist anzumerken, dass Goffman auf den relationalen Charakter von Stigmata verweist: „Ein und dieselbe Eigenschaft vermag den einen Typus zu stigmatisieren, während sie die Normalität eines anderen bestätigt“ (1975, S. 11). Dies zeigt sich auch in den Ergebnissen dieser Arbeit, z. B. am Beispiel der

normativen Deutung von Kindern im lokalen Problemdiskurs: Während diese in Bezug auf *Südosteuropäische Zuwanderer* problematisiert werden, bestätigt genau dieses, hier als problematisch hervorgebrachte Verhalten im Fall der erwünschten *Mittelschichtssubjekte* deren *Normalität*.

Die Analyse verdeutlicht, wie Vorstellungen von *Normalität* im Problemdiskurs um soziale Stadtentwicklung, definiert durch eine deutungsmächtige Mehrheit, in den Selbst-Darstellungen der Befragten wirksam werden. Die Befragten schützen, verteidigen und behaupten in der Interviewsituation in unterschiedlicher Weise ihre soziale Identität, wobei die Dominanzgesellschaft in den Narrationen durchgängig als Norm angeführt wird, an der sich die Erzählungen ausrichten. Damit geht einher, dass sie, dort wo die Maßnahmen sozialer Stadtentwicklung zur Sprache kommen, diese nicht *per se* infrage stellen. Die Personen zeigen im Verlauf der Interviews unterschiedliche Umgangsstrategien, indem sie sich mal an die Norm anpassen, mal von ihr distanzieren.

Die Art und Weise, wie sich die befragten Personen in den Interviews subjektivieren, ist insbesondere im Hinblick auf den Reflexionsgrad verschieden. Während Milos K. und Gabriella S. sich „hochreflexiv“ (Keller, 2012 b, S. 102) mit den Diskursanrufungen auseinandersetzen, zeigt sich bei Mariana D. (vor allem aufgrund der Interaktion mit der Dolmetscherin), Florean F., Petko R., Hristo M. und Javor L. eher ein (scheinbar) un hinterfragtes und bemühtes „Einnehmen“ (Keller, 2012 b, S. 102) der Subjektposition ohne reflexive Einordnung ihrer marginalisierten sozialen Stellung. Dieser Aspekt ist hier nicht normativ zu verstehen. Vielmehr zeigt er, dass Subjektivierung ein komplexer Prozess ist, in dem sich nicht nur die (allen Befragten gemeinsame) Position als *Südosteuropäische Zuwanderer* im Stadtteil widerspiegelt, sondern in den ebenfalls sozialstrukturelle Situierungen und eigene biografische Relevanzen eingehen (Bosančić, 2019, S. 46). So können Aspekte wie der Bildungsstand, die berufliche Stellung, die Aufenthaltsdauer im Stadtteil und damit verbundenes Erfahrungswissen und Sprachkenntnisse nebst entsprechenden Artikulationsmöglichkeiten eine Rolle spielen, wie sich die Subjekte in den Interviews selbst darstellen (können).

9.2 Konkurrenz im Deutungskampf um *soziale Probleme*

Der Prozess sozialer Problematisierung, so wurde im Theorieteil dieser Arbeit zugrunde gelegt, ist geprägt durch miteinander konkurrierende Deutungen unterschiedlicher sozialer Akteur*innen. Setzt eine deutungsmächtige Gruppe eine Problemdeutung durch, erfährt diese soziale Relevanz, z. B. über die Institutionalisierung von Organisationen, die beauftragt werden, das *soziale Problem* zu bearbeiten (Groenemeyer, 2012, S. 31). Die Erkenntnisse dieser Arbeit zeigen deutlich, dass die Deutungsmacht über *soziale Probleme* im Kontext sozialer Stadtentwicklung in Norden asymmetrisch verteilt ist. Dennoch sind die durch

die Befragten artikulierten Selbst-Positionierungen als *konkurrierende* Deutungen im Problemdiskurs um *Südosteuropäische Zuwanderung* zu fassen. Besonders deutlich wird dies in den Erzählungen von Milos K. und Gabriella S. über *Kindheit* und *soziale Stadtentwicklung*, die einer dominierenden Deutung im Problemdiskurs *Südosteuropäische Zuwanderung* entgegenstehen (vgl. Kapitel 8.3.2). Der hegemonialen Vorstellung einer *behüteten Kindheit* im Problemdiskurs wird ein Konzept *freier Kindheit* entgegengestellt. Der Zuzug *Südosteuropäischer Zuwanderer* in den Stadtteil wird gegenüber der deutungsmächtigen Konstruktion als *ursächliches Problemereignis* durch Milos K. dagegen als *Bereicherung* für das soziale Stadtteilleben dargestellt. Gabriella K. verortet den Beginn einer problematischen Stadtteilentwicklung hingegen zeitlich deutlich *vor* dem Zuzug *Südosteuropäischer Zuwanderer*, sodass sie die Verantwortung auf andere Entwicklungen verlagert.

Darüber hinaus schildern die Befragten soziale Problemlagen, die im hegemonialen Diskurs durch eine „Entkontextualisierung“ (Neuburger & Hinrichs, 2021, S. 10) sozialer Verhältnisse verdeckt bleiben. Dies wird unter anderem in den Erzählungen der interviewten Personen über ihre Ankunft in Deutschland bzw. im Stadtteil deutlich, in denen Erfahrungen von Ausbeutung, (drohender) Obdachlosigkeit, Armut und Verdrängung dominieren (vgl. Kapitel 8.1). Nolden erscheint als Stadtteil, der für die Befragten einen für sie verfügbaren Wohnungsmarkt bietet. Die Orientierung an sozialen Netzwerken (Freund*innen, Bekannte, Familienangehörige sowie außenstehende Wohnungsvermittler*innen) ist dabei zugleich Ressource bei der Wohnungssuche als auch Ausdruck des geringen Entscheidungsspielraums in Bezug auf die Wohnortwahl. Die Befragten müssen sich auf (informelle) Netzwerke stützen, um überhaupt eine Wohnung zu finden. Dass die Umzüge nach Nolden oftmals überregional erfolgen (müssen), erfordert von den Befragten gezwungenermaßen eine hohe Flexibilität hinsichtlich der Wohnortwahl. Diese vermittelten Wohnungen beschreiben die Befragten dann wiederum oftmals als minderwertig. Die im Diskurs vorgenommene Verknüpfung *Südosteuropäische Zuwanderung* mit *Problemimmobilien* erscheint damit in einem anderen Licht. Das Wohnen in diesen stellt für die Befragten die (einzig) Möglichkeit dar, überhaupt eine Wohnung zu beziehen und damit der Gefahr von Obdachlosigkeit auszuweichen. Dafür spricht auch, dass in keinem der durchgeföhrten Interviews davon abweichende Erzählungen vorgenommen werden, z. B. indem die Befragten die Wohnortwahl Noldens als eine unter mehreren selbst gewählten Möglichkeiten präsentieren. Dies zeigt, dass Diskriminierung unabhängig „von ihrem Alter, ihrem Geschlecht, ihrem Aufenthaltsstatus in Deutschland – und auch unabhängig von ihrer beruflichen Position bzw. ihren finanziellen Möglichkeiten zur Erlangung und Sicherung von Wohnraum“ (Randjelović et al., 2022, S. 239) erfolgt, denn diese sind im Sample durchaus heterogen.

Der ihnen als Gruppe diskursiv zugeschriebenen genuinen Eigenschaft der *Abschottung* von der Mehrheitsgesellschaft sowie der *Fremdpositionierung* als

(Mit-)Verursacher*innen sog. *Problemimmobilien* werden durch die Befragten dementsprechend divergierende Deutungen von sozialer Isolation, Prekarität und Diskriminierung entgegengestellt. Der Stadtteil fungiert als ein Ort des *Schutzes* vor Diskriminierung und ein Ort der *sozialen Anbindung* als Reaktion auf Ausgrenzung, die anderswo erfahren wird.⁸³ Jedoch ist auch dieser Zustand gefährdet, denn der (temporär) verfügbare Wohnungsmarkt in Nolden soll für Adressat*innen des Problemdiskurses *Südosteuropäische Zuwanderung* über Aufwertungsmaßnahmen weiter eingeschränkt und gezielt für die Mehrheitsgesellschaft erschlossen werden (vgl. Kapitel 6 und 7). Damit verbleiben sie in einem potenziell unsicheren Aufenthaltsstatus.

In den Selbst-Positionierungen offenbart sich zudem ein Bezug zur diskursiven Zuschreibung der quantitativ hohen Anwesenheit *Südosteuropäischer Zuwanderer* und einer negativ gedeuteten *Sichtbarkeit* der Gruppe im öffentlichen Raum. Der Birkenplatz nimmt in diesem Zusammenhang in beiden Analysen eine wesentliche Stellung ein: Er ist zentraler Interventionsraum sozialer Stadtentwicklung über die Umsetzung städtebaulicher Aufwertung und über die Initiierung sozialer Projekte zur Normierung von Kindern *Südosteuropäischer Zuwanderer* durch den Verfügungsfonds (vgl. Kapitel 6). In den Selbst-Positionierungen wird der Birkenplatz hingegen als Ort hervorgebracht, an dem sich die Befragten gemeinsam aufhalten, um sich vor Diskriminierung zu schützen, die sie an anderen Orten (im Stadtteil) erfahren. Zudem erweisen sich deutsche Sprachkenntnisse in den Schilderungen als zentral. Die Befragten machen entlang dieser Kenntnisse sowohl Handlungsmacht als auch -ohnmacht fest. Während fehlende Sprachkenntnisse im dominierenden Diskurs um *Südosteuropäische Zuwanderung* den Personen (als Teil gruppeneigener Abschottung) selbst zugeschrieben und diese aufgrund dessen als *nicht integrationswillig* und *selbst abschottend* positioniert werden (vgl. Kapitel 6 und 7), zeigt sich durch die Relevanzsetzung deutscher Sprachkenntnisse durch die befragten Personen selbst ein anderes Bild: Sprachkenntnisse bieten für die Befragten Schutz vor Ausbeutung und Diskriminierung in Deutschland. Daran anknüpfend kann auch das mehrfach geäußerte Bedürfnis nach *Informationen*, z. B. in Bezug auf Miet- und Arbeitsrecht, gedeutet werden, um den Alltag in Deutschland zu bewältigen. Zugang zu Informationen, genauso wie der Erwerb von Sprachkenntnissen, stellen die Befragten damit als Instrumente heraus, um Handlungsmacht und Selbstwirksamkeit zu erlangen.

Durch Umdeutungen, Infragestellungen und/oder Kontextualisierungen dominierender Problemerzählungen drücken die Interviewpartner*innen Widerspruch zu den ihnen entgegengebrachten sozialen Adressierungen aus und

83 Matthias Drilling und Jörg Dittmann benennen in diesem Zusammenhang „Sicherheit, Geborgenheit und Identität“ (2022, S. 258) als mögliche positive soziale Funktionen von Segregation.

bringen damit in Konkurrenz stehende Deutungen in den lokalen Problemdiskurs *Südosteuropäische Zuwanderung* ein (vgl. Kapitel 4). Letztendlich beziehen sie Stellung zu einem Konflikt, der über den Verfügungsfonds ausgetragen wird, von dem die als *Südosteuropäische Zuwanderer* Adressierten als legitime Konfliktpartei im institutionellen Setting ausgeschlossen werden (vgl. Kapitel 7.4).

Der in diesem Kapitel eingeführte Begriff der *Deutungskonkurrenz* rekurriert auf ebendiese Konstellation: Die Position der Befragten im Feld sozialer Stadtentwicklung ist der mehrheitsgesellschaftlichen Position untergeordnet, aber ihre Perspektive steht dennoch im Wettbewerb zu den Problemdeutungen der Mehrheitsgesellschaft. Über die Selbst-Erzählungen der befragten Personen wird den ethnifizierenden, rassistischen Deutungsmustern des lokalen Problemdiskurses somit anderes Wissen entgegengestellt. Die Interventionssituation zeigt sich damit als diskursiv verwobenes Ereignis und als Teil der Aushandlung des lokalen Problemdiskurses *Südosteuropäische Zuwanderung* im Rahmen sozialer Stadtentwicklung.⁸⁴ Dieses Wissen prozessiert dabei nicht allein in der Zweier- bzw. Dreierinteraktion der Interviews, sondern findet über die Veröffentlichung der Studie auch Eingang in den öffentlichen (Fach-)Diskurs sozialer Stadtentwicklung.

9.3 Zur Machtwirkung des Problemdiskurses *Südosteuropäische Zuwanderung* auf die Adressat*innen

Entsprechend der in Kapitel 4.3.3 dargelegten Folgenkonzeption wird in dieser Arbeit danach gefragt, inwiefern die rekonstruierten Folgen auf Ebene der Praxis sozialer Hilfe auch Folgen auf Ebene der Subjekte selbst hervorbringen, d. h. wie die „Selbst-Positionierungen mit der gegebenen Wissensordnung in Zusammenhang stehen“ (Bosančić, 2013, S. 194). Um auf einen Zusammenhang schließen zu können, braucht es „Vermittlungsinstanzen“ (Bosančić et al., 2019, S. 146), in denen Subjekte mit diskursiven Anrufungen in Berührung kommen. Diese gilt es im Rahmen der empirischen Subjektivierungsanalyse zu plausibilisieren, was abschließend in diesem Kapitel erfolgt.

Die Auswertung der problemzentrierten Interviews hat ergeben, dass sich die im lokalen Problemdiskurs um *Südosteuropäische Zuwanderung* prozessierenden rassistisch grundierten Anrufungen auf unterschiedliche Weise in den Selbst-Positionierungen der befragten Personen widerspiegeln. Dies, indem sie sich deutlich auf lokale Kontexte im untersuchten Stadtteil beziehen. In den Schildderungen spiegelt sich also der *lokale* Erzeugungskontext des Problemdiskurses

⁸⁴ Diese Deutung soll das Interview nicht zu einem Ereignis stilisieren, in dem die Befragten *endlich* mal die Möglichkeit bekommen, ihre Perspektive darzulegen. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass sie *Deutungskonkurrenz* auch in anderen sozialen Situationen einbringen (können).

wider. Damit kann von einer „Machtwirkung“ (Keller, 2013 a, S. 214) der Adressierungen im Problemdiskurs *Südosteuropäische Zuwanderung* auf die Adressat*innen ausgegangen werden.

Dafür gilt es zu plausibilisieren, wie die Vermittlung normativer Subjektvorgaben auf die Subjekte selbst erfolgt. Wenn hier von einer *Machtwirkung* des lokalen Problemdiskurses auf die Adressat*innen gesprochen wird, kann nicht angenommen werden, dass die rekonstruierten Selbst-Positionierungen in einem (mono-)kausalen Zusammenhang mit dem Instrument des Verfügungsfonds stehen. Vielmehr ist anzunehmen, dass diese auch über Erfahrungen im Stadtteil vermittelt werden, die nicht in unmittelbarem Bezug dazu stehen. Hierfür sprechen Schilderungen mit Bezügen zum Ordnungsamt, zur Schule oder zu sonstigen Alltagserfahrungen. Auch die herausgearbeitete diskursive Verflechtung der Dolmetscher*innen, die als Sozialarbeiter*innen im Stadtteil selbst an der *Problembearbeitung* in Bezug auf *Südosteuropäische Zuwanderung* beteiligt sind, zeugt für die Wirkmächtigkeit des Problemdiskurses über das Feld sozialer Stadtentwicklung hinaus auch in das Feld Sozialer Arbeit. Darüber hinaus ist die institutionelle Diskriminierung *Südosteuropäischer Zuwanderer* bzw. Rom*nja in vielen gesellschaftlichen Bereichen belegt und Rom*nja und Sinti*zze machen Rassismuserfahrungen kontextübergreifend relevant (Randjelović et al., 2022; UKA, 2021). Es muss deshalb angenommen werden, dass sich die Selbst-Positionierungen nicht allein aus lokalen Erfahrungen speisen, sondern auch durch umfassendere Rassismuserfahrungen geprägt werden. Zudem muss einschränkend benannt werden, dass der Verfügungsfonds über die Projekte zwar direkt in den Stadtteil interveniert, aber in seiner räumlichen, zeitlichen und sozialen Dimension dennoch begrenzt ist.

Dies mindert jedoch nicht die Plausibilität, den Verfügungsfonds als *Erzeugungskontext* normativer Subjektvorgaben in ein Verhältnis zu den Selbst-Positionierungen der Adressat*innen zu setzen und als *Vermittlungsinstanz* zu fassen. Soziale Stadtentwicklung und die darin eingelagerten Partizipationsprozesse des Verfügungsfonds in Nolden sind in diesem Sinne zwar nicht alleinige Ursache, aber sie verstärken und (re-)produzieren soziale Ausgrenzung und Diskriminierung *Südosteuropäischer Zuwanderer* im Stadtteil. Die Analyse des Verfügungsfonds zeigt wie Angehörige der deutungsmächtigen Dominanzgesellschaft eine stabile Machtposition und Einflussmöglichkeiten über das BeteiligungsInstrument erlangen, wodurch die analysierte Praxis zu einem Brennglas sozialer Machtverhältnisse und Konflikte im Stadtteil wird.

10 Abschließende Betrachtungen

Wenn Walter Siebel im einleitenden Zitat dieser Arbeit beschreibt, dass die Probleme der Stadtplanung im Jahr 2013 „nicht mehr ausschließlich in technischen und physisch-räumlichen Kategorien definiert [werden]“, sondern mehr und mehr in ihrer sozialen Dimensionierung gefasst werden, wie „Integration, Segregation, [...] Ausgrenzung, Bildungsproblemen [und] ethnischen Ökonomien“ (Siebel, 2013, S. 150–151), dann benennt er zentrale Konzepte, die auch gegenwärtig noch Teil des Diskurses um soziale Stadtentwicklung sind. Die vorliegende Arbeit zeigt: Werden diese im Zitat benannten Kategorien, sowohl in der Wissenschaft als auch in der Praxis, unhinterfragt als *problematische* soziale Phänomene betrachtet, bleiben zugrunde liegende soziale Machtverhältnisse verdeckt und führen – wie gezeigt werden konnte – zu nicht intendierten sozialen Folgen, wie die (Re-)Produktion sozialer Diskriminierung und Ausgrenzung marginalisierter Bevölkerungsgruppen. Dies unterstreicht das der Arbeit vorangestellte Zitat von Gabriella S. Eine machtkritische Reflexion sozialer Verhältnisse im Kontext sozialer Stadtentwicklung ist deshalb relevant, um Einblicke in die Dynamiken sozialer Stadtentwicklung zu erhalten und darin eingelagerte Partizipationsprozesse zu verstehen.

10.1 Erkenntnisse

Ausgangspunkt der Entwicklung eines relational-machtreflexiven Forschungsansatzes zur Untersuchung von Partizipation im Rahmen sozialer Stadtentwicklung war eine Kritik an der stadtsoziologischen Segregations- und Kontexteffekteforschung, die in ihren Studien über die Prädefinition sozialer Problemkategorien entlang von *Armut* und *Ethnizität* häufig klassistische und rassistische Stereotype reproduziert und den darin adressierten Subjekten *abweichendes* Verhalten unterstellt, ohne die zugrunde liegenden Normvorstellungen zu explizieren und hinsichtlich ihrer sozialen Positionierung zu reflektieren (vgl. Kapitel 3). Diese Formen der wissenschaftlichen Problematisierungen finden sich, so wurde dargestellt, als „*geronnene Problemdiskurse*“ (Groenemeyer, 2012, S. 92) auch in der Programmatik sozialer Stadtentwicklung wieder. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Analyse von Partizipation im Kontext sozialer Stadtentwicklung auch unter Berücksichtigung der ungleichen Voraussetzungen für die Beteiligung am Prozess der Problematisierung zu betrachten, um zu verstehen, warum *sozial benachteiligte* Bevölkerungsgruppen in formalisierten Partizipationssettings, die zur Bearbeitung *sozialer Probleme* eingerichtet werden, unterrepräsentiert sind. Ausgehend davon war es das zentrale Forschungsanliegen der Arbeit, einen Perspektivwechsel von einer objektivistischen Betrachtung *sozialer Probleme* in *benachteiligten* Stadtteilen

hin zu einer konstruktivistisch orientierten Analyse lokal verorteter sozialer Problemdiskurse im Kontext partizipativer sozialer Stadtentwicklung vorzunehmen. Gefragt wurde zunächst danach, welche/s soziale/n Problem/e mit dem Instrument des Verfügungsfonds auf lokaler Ebene bearbeitet werden, wer im Rahmen der Problemdiskurse adressiert wird und welche Akteur*innen an der Bearbeitung dessen beteiligt sind. Kurz: nach dem „Erzeugungskontext“ (Keller, 2012b, S. 103) *sozialer Probleme* im Rahmen der organisationalen *Problembearbeitung* durch den Verfügungsfonds in einem Fördergebiet der Sozialen Stadt. Dies stellt die erste Ebene der relationalen Folgenkonzeption dar (vgl. Kapitel 4.3.3).

Zentrales Ergebnis der Analyse einer zehnmonatigen teilnehmenden Beobachtung ist die Ausgrenzung und Diskriminierung einer als *Südosteuropäische Zuwanderer* konstruierten Problemgruppe im Kontext des Verfügungsfonds. Darin werden *rumänische* und *bulgarische* Bewohner*innen adressiert, die im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union nach Deutschland migrer(t)en. Zugeschriebene Eigenschaften stehen in engem Zusammenhang mit rassistischen Deutungsmustern gegenüber Rom*nja und spiegeln zudem eine intersektional verwobene Konstruktion klassistischer und rassistischer Zuschreibungen wider (Perko, 2025, S. 132).

In verschiedenen Handlungskontexten des lokalen Verfügungsfonds wurde rekonstruiert, wie die darin adressierten Subjekte einerseits im Zentrum des Problemdiskurses um soziale Stadtentwicklung stehen und in normierender und erzieherischer Weise in Projekten des Verfügungsfonds adressiert werden. Zugleich werden sie als potenziell Partizipierende im Kontext des Verfügungsfonds adressiert. Somit konnte mittels der Analyse zunächst herausgearbeitet werden, dass das Instrument, das eigentlich auf Mitsprache ausgerichtet ist, im untersuchten Stadtteil stattdessen die soziale Ausgrenzung der als *Südosteuropäische Zuwanderer* adressierten Bewohner*innen (re-)produziert.

Im Anschluss konnte gezeigt werden, dass an der Problemkonstruktion im lokalen Verfügungsfonds dominanzgesellschaftliche Subjekte beteiligt sind, die in der Analyse als *Engagierte* und als anonym verbleibende *Beschwerdeführer*innen* sichtbar wurden. Den *Engagierten* wird über eine *Traditionalisierung* ihres Engagements eine stabile und konkurrenzlose Position im lokalen Partizipationsgefüge zugesprochen (Elias & Scotson, 2020 [1993]). Das *Quartiersmanagement* ist als administrativer Akteur zuständig für die erfolgreiche Umsetzung der im ISEK definierten Maßnahmen und damit aktiv an der lokal beobachteten Praxis der *Problembearbeitung* beteiligt. Über die anonymen *Beschwerdeführer*innen* werden Problemdeutungen legitimiert, ohne dass ihre Positionierung expliziert werden müsste. Die Analyse hat hier zusammenfassend gezeigt: All diese Akteur*innen erlangen als Sprecher*innen Definitionshoheit über soziale Probleme im Stadtteil und stabilisieren gegenseitig ihre hervorgehobene Stellung im Machtgefüge sozialer Stadtentwicklung.

Als antagonistisch zu fassendes Gegensubjekt zur konstruierten Gruppe *Südosteuropäischer Zuwanderer* wird in der Praxis sozialer Stadtentwicklung zudem ein

Mittelschichtsubjekt konstruiert. Dieses wird im Kontext der organisationalen *Problemarbeit* als gewünschte Bewohner*in des Stadtteils angeworben. Es wurde dargelegt, dass mittels dieser Konstruktion an das Deutungsmuster sog. sozialer Mischung angeknüpft wird, welches im Kontext von Aufwertung, Gentrifizierung und Verdrängungsprozessen zur Diskussion steht (Lanz, 2007; Rinn & Wiese, 2020).

Auf der zweiten Ebene der in Kapitel 4.3.3 eingeführten relational angelegten Folgenkonzeption, galt es im Anschluss zu fragen, inwiefern sich die diskursiven Fremdadressierungen in Selbst-Positionierungen der Adressat*innen widerspiegeln (vgl. Kapitel 8). Auf Grundlage von sieben problemzentrierten Interviews mit *bulgarischen* und *rumänischen* Bewohner*innen des untersuchten Stadtteils zeigen die Ergebnisse, wie sich zentrale Themen des lokalen Problemdiskurses sowie darin implizierte soziale Machtverhältnisse in den Selbst-Erzählungen niederschlagen und die Befragten als Antwort auf diese Anrufung durchgängig ihre Identität schützen, verteidigen und behaupten (müssen) (Goffman, 1975). Die Normen der Dominanzgesellschaft sind darin der Maßstab, an dem sich entweder über Strategien der Anpassung oder der Distanzierung, auch über reflexive Kontextualisierungen der Zuschreibungen, ausgerichtet wird. Wenngleich die Befragten im Problemdiskurs um soziale Stadtentwicklung in untergeordneter Machtposition zur deutungsmächtigen Dominanzgesellschaft stehen, sind ihre Problemdeutungen als Konkurrenz zur dominierenden Norm zu fassen (Groenemeyer, 2012). Den ethnifizierenden, rassistischen Deutungsmustern des lokalen Problemdiskurses wird darin anderes Wissen entgegengestellt, wodurch die Interviewsituation selbst als diskursiv-verwobenes Ereignis gefasst werden muss. Schließlich verweisen die Ergebnisse darauf, dass von einer *Machtwirkung* der Anrufungen als *Südosteuropäische Zuwanderer* auf die soziale Identität der Adressat*innen ausgegangen werden muss, die sich im Spannungsfeld von Ausgrenzung, Diskreditierung und Deutungskonkurrenz zeigt (vgl. Kapitel 9).

10.2 Erkenntnisgewinn für die Erforschung von Folgen sozialer Hilfen

Der in dieser Arbeit entwickelte relational-machtreflexive Ansatz im Anschluss an problemsoziologische sowie diskurs- und subjektivierungstheoretische Annahmen liefert – insbesondere für partizipative, sozialraumorientierte Settings – wertvolle Erkenntnisse zur Erforschung von Folgen sozialer Hilfen, an die auch in zukünftigen Forschungen angeschlossen werden kann.

Indem soziale Hilfen als Instanzen begriffen wird, die den Auftrag haben, machtvoll durchgesetzte und politisch institutionalisierte *soziale Problemdiskurse* zu bearbeiten, eröffnet sich eine machtreflexive Perspektive auf die Praxis organisationaler *Problemarbeit*. Über die Verknüpfung der sozialkonstruktivistisch ausgerichteten Problemozoologie sowie der wissenssoziologischen Diskursanalyse

können die Praktiken – die face-to-face Interaktionen – in sozialen Hilfen in ihrer gesellschaftspolitischen, institutionellen Einbettung analysiert werden, die zugleich soziale Akteur*innen mit unterschiedlichen Machtressourcen in den Mittelpunkt der Praxis setzt.

In den Blick kommen in der sozialen Praxis prozessierende Problemkategorien und Adressat*innenkonstruktionen. Inwiefern (adressierte) Akteur*innen dabei selbst an der Problemkonstruktion beteiligt werden – in dieser Arbeit über die unterschiedlichen Positionen dominanzgesellschaftlicher Subjekte sichtbar geworden – oder von dieser ausgegrenzt werden – die als *Südosteuropäische Zuwanderer* adressierten Subjekte – ist dann empirisch zu rekonstruieren. Eine solche Analyse bringt wertvolle Erkenntnisse über die sozialen Verhältnisse, innerhalb derer sich Adressat*innen sozialer Hilfen subjektivieren. Dies ist insofern eine zentrale Frage, als dass soziale Hilfen gerade deshalb eingerichtet werden, um Adressat*innen über die organisationale Problemarbeit hin zu einem *sozial erwünschten* Zustand zu verändern (Dollinger, et al., 2017).

Gewinnbringend ist zudem, dass über die akteurstheoretische Grundlegung der wissenssoziologischen Diskursanalyse zwischen der diskursiven Konstruktion von Akteur*innen in Form von Subjektpositionen, sowie konkreten, leiblichen Subjekten unterschieden wird – ein Aspekt, der in einem durch Fremdzuschreibungen geprägten Feld äußerst wichtig ist. So ist die herausgearbeitete Subjektposition *Südosteuropäische Zuwanderer* als rassistische Konstruktion zu verstehen. Diese ist mit konkreten Folgen für die damit adressierten leiblich konstituierten Subjekte im Stadtteil verbunden.

Durch die Orientierung an der subjektivierungstheoretisch formulierten „Maxime der doppelten Empirie“ (Bosančić et al., 2019) können Folgen im Zusammenwirken der Problemkonstruktion(en) auf institutionell-organisationaler Ebene und der Selbst-Positionierung(en) auf Ebene der Subjekte rekonstruiert werden. Adressat*innen werden dabei zugleich als sozial eingebunden und selbst-reflexiv gefasst.

An der Entstehung von Folgen sind in dieser Konzeptualisierung alle durch die empirische Analyse herausgearbeiteten sozialen Akteur*innen beteiligt:

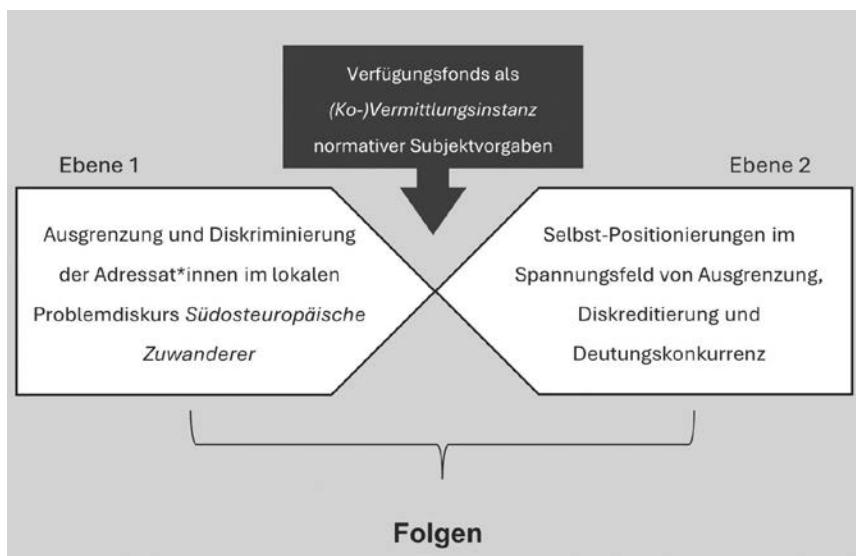
1. Die Sprecher*innen (*Engagierte, Beschwerdeführer*innen, Quartiersmanagement*), die durch ihre Beteiligung am Prozess der Problemdefinition und -bearbeitung über den Verfügungsfonds die Folgen der Diskriminierung und Ausgrenzung *Südosteuropäischer Zuwanderer* jeweils produzieren.
2. Die als *Südosteuropäische Zuwanderer* adressierten Subjekte, die Folgen produzieren, indem sie sich auf spezifische Weise zu den Adressierungen ins Verhältnis setzen.

Dadurch werden alle Akteur*innen zu Ko-Produzent*innen der Folgen sozialer Hilfen, die über die Verhältnissetzung beider Ebenen relational zu fassen sind (vgl. Abbildung 6). Die Ergebnisse der Analysen gewinnen dementsprechend

gerade durch die jeweils andere Perspektive an Tiefe: So hätte eine alleinige Untersuchung der Adressat*innenperspektive nicht die zugrunde liegenden Machtverhältnisse aufdecken können, die dazu führen, dass die adressierten Subjekte sich in dieser Weise hervorbringen. Ohne die Integration der problemzentrierten Interviews hätte auch die Analyse der sozialen Praxis allein an Erkenntnispotential eingebüßt, weil nicht deutlich geworden wäre, ob der im Verfügungsfonds (ko-)konstruierte Problemdiskurs bis zu den Adressat*innen vorgedrungen wäre.

Die für das Forschungsprogramm der adressat*innenorientierten Folgenforschung zentrale Frage danach, wie soziale Hilfen mit der Identität der Adressat*innen interagieren (Dollinger et al., 2017), wird in dem hier entwickelten Ansatz über das Konzept der „Vermittlungsinstanz“ (Bosančić et al., 2019, S. 146) normativer Subjektvorgaben erklärt. Soziale Hilfen *vermitteln* spezifische Problemanrufungen an ihre Adressat*innen, die wiederum die (soziale) Identität der Subjekte beeinflussen (können). In der vorliegenden Studie wurde aufgezeigt, dass der Verfügungsfonds die Normvorstellungen der (lokalen) Mehrheitsgesellschaft in den Stadtteil hineinträgt und die Ausgrenzung und Diskriminierung marginalisierter Bevölkerungsteile (re-)produziert. Da der rekonstruierte Problemdiskurs um *Südosteuropäische Zuwanderer* auch in anderen sozialen Kontexten, sowohl im Stadtteil als auch darüber hinaus, prozessiert, sind die Selbst-Positionierungen der Adressat*innen jedoch nicht in einen monokausalen Zusammenhang mit der Praxis des Verfügungsfonds zu setzen. Dieser zeigt sich dementsprechend als *Ko-Vermittlungsinstanz* normativer Subjektvorgaben (vgl. Abbildung 7).

Abb. 7 Relationale Konzeptualisierung von Folgen im Kontext partizipativer sozialer Stadtentwicklung (Eigene Darstellung)



10.3 Kritische Reflexion

Die Verhältnissetzung zweier Analysen, wie sie hier vorgenommen wurde, ist nicht nur methodologisch anspruchsvoll, sondern auch analytisch herausfordernd und forschungspraktisch umfangreich. Nicht umsonst verweisen Bosančić et al. (2019, S. 147) wohl darauf, in subjektivierungstheoretischen Arbeiten, die der *Maxime der doppelten Empirie* folgen, auf bereits bestehende Diskursanalysen zurückzugreifen. Die Erhebung zweier Datentypen hat sich für das Anliegen adressat*innenorientierter Folgenforschung im Kontext von Partizipation sozialer Stadtentwicklung in dieser Arbeit jedoch als äußerst gewinnbringend gezeigt. Dennoch bestand im Prozess der Erhebung, der Analyse und der Ergebnisdarstellung die Herausforderung darin, mit dem umfangreichen und komplexen Datenmaterial umzugehen. Damit einher geht, dass die Analyse beider Ebenen – wären diese jeweils isoliert betrachtet worden – möglicherweise noch vertiefter hätte erfolgen können.

In methodischer Hinsicht haben sich sowohl die Ethnografie als auch die problemzentrierten Interviews als fruchtbar für die Bearbeitung der Forschungsfragen gezeigt. Die Ethnografie hat sich als geeignete Methode erwiesen, um den Konstruktionsprozess *sozialer Probleme* in den verschiedenen Handlungskontexten des lokalen Verfügungsfonds nachzuzeichnen und somit ein umfassendes Bild darüber zu erhalten, wie Ausgrenzung und Diskriminierung im Zusammenspiel dieser Ebenen produziert und als nicht intendierte Folgen hervorgebracht werden (Breidenstein et al., 2020; Munsch & Müller, 2021). Für die Zukunft wäre zu überlegen, wie der im Forschungsfeld angelegten Machtasymmetrie, die sich auch in der Position der Forscherin widergespiegelt, noch stärker begegnet werden kann. Denkbar wären hier z. B. Formate partizipativer Forschung, die jedoch ihrerseits machtkritisch im Hinblick auf die jeweiligen Adressierungen der beteiligten Forscher*innen befragt werden müssten.

Auch die Methode problemzentrierter Interviews erwies sich im Hinblick auf das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit als passend. Sie ermöglichte einerseits einen methodologisch notwendigen inhaltlichen Fokus auf den lokalen Problemdiskurs und ließ gleichzeitig Raum für individuelle Selbst-Erzählungen der Befragten (Witzel & Reiter, 2022). Zugleich kann kritisch angemerkt werden, dass die Möglichkeit der Interviewpartner*innen, eigene Themen abseits der Problemzentrierung einzubringen, begrenzt war. Insbesondere in Forschungsprojekten mit marginalisierten Bevölkerungsgruppen, die aufgrund ihrer sozialen Positionierung verhältnismäßig selten die Möglichkeit eigener Relevanzsetzungen zukommt, wäre in zukünftigen Forschungsprojekten weiterzudenken, wie es gelingen kann, die Analyse noch stärker an den „Erzählungen, Perspektiven, Analysen, Wissensbeständen und Deutungen ihrer eigenen Lebensrealitäten“ (Randjelović et al., 2022, S. 11) auszurichten, ohne die gesellschaftlichen Bedingungen außen vor zu lassen, unter denen sie stattfinden. Hier hat ebenfalls die

Ethnografie ein Potenzial, um Subjektivierungsweisen nicht nur über den Modus der Selbst-*Erzählungen*, sondern ebenso über „Selbst-Praktiken“ (Bosančić, 2022, S. 67) zu analysieren. Auch hier müssten potenziell ungleiche soziale Positionierungen (und mögliche sprachliche Verständnisschwierigkeiten) zwischen Forschenden und Beforschten besonders berücksichtigt werden.

Der Einbezug der Dolmetscher*innen in die Interviews hat sich als hilfreich erwiesen und ermöglichte nicht nur die Durchführung einer höheren Anzahl von Interviews, sondern auch eine sinnvolle Perspektiverweiterung im theoretischen Sampling. Indem herausgearbeitet wurde, wie die Dolmetscher*innen selbst in den lokalen Problemdiskurs um *Südosteuropäische Zuwanderung* im Stadtteil eingebunden sind, konnte zudem gezeigt werden, wie dominant der Problemdiskurs im Stadtteil ist. Andererseits hat die eigene Verstrickung der dolmetschenden Personen in den Problemdiskurs auch dazu geführt, dass die Interviewpartner*innen in ihren Möglichkeiten zur Selbst-Positionierung teils noch mehr eingeschränkt wurden. Hier wäre darüber nachzudenken, auf Dolmetscher*innen zurückzugreifen, die stärker außerhalb des sozialen Settings vertreten sind, in dem die Forschung stattfindet.

Es könnte eingewendet werden, dass die in die Interviews eingebrachten Impulse die Zusammenhänge zwischen Zuschreibungen und Selbst-*Erzählungen* gewissermaßen künstlich erzeugen, da sie die Befragten gezielt auf Themen des Problemdiskurs hinweisen. Dies wäre dann ein method(olog)isches Defizit, wenn sich in der Analyse gezeigt hätte, dass sich die Personen abseits der Impulse in keiner Weise auf die Zuschreibungen als *Südosteuropäische Zuwanderer* beziehen und/oder die Impulse selbst eher stockende Reaktionen hervorrufen (wobei auch das *Ignorieren* durchaus eine Umgangsweise mit Adressierungen sein kann (Keller, 2012 b)). Im Gesamtkontext der Interviews lässt sich dies jedoch nicht feststellen. Vielmehr zeigt sich, dass sich die Befragten vielfältig, d.h. auch ohne explizite Problemzentrierung zur Anrufung als *Südosteuropäische Zuwanderer* verhalten. Die Gesprächsimpulse führten, wie intendiert, vielmehr in einigen Interviewpassagen dazu, tiefergehende Narrationen anzuregen. Insbesondere der sog. Code of Conduct hat sich dabei als erzählgenerierend erwiesen.

10.4 Ausblick

Die vorliegende Arbeit zeigt einmal mehr, dass *kritische* Stadtsoziologie immer als „ein Kind seiner Zeit“ (Gestring, 2013, S. 124) zu betrachten ist und aufgrund gesellschaftlichen Wandels, wissenschaftlicher Theorieentwicklung und fortlaufender Reflexion der Handlungspraxis nie zu Ende gedacht sein kann. Was in den 1970 er Jahren, 2013 oder auch im Jahr 2025 als *kritische* Wissenschaft, die reformorientierte Impulse für eine stadtplanerische Handlungspraxis verspricht (Pleiner & Thies, 2012), galt, gilt und in Zukunft gelten wird, muss im zeitlichen

Verlauf über- bzw. neugedacht werden und sich an gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen ebenso ausrichten wie an neuen wissenschaftlichen Diskursen.

Die vorliegende Studie ist selbst als Teil des Diskurses um sozialräumliche Segregation, soziale Stadtentwicklung und Partizipation zu fassen. Die Erkenntnisse zeigen auf, dass der Definitionsprozess *sozialer Probleme* selbst zum Diskurs sozialer Stadtentwicklung werden müsste, möchte man die Reproduktion von Ausgrenzung und Diskriminierung marginalisierter Bevölkerungsgruppen als Folge sozialer Stadtentwicklung vermeiden und Partizipation für alle sozialen Gruppen im Stadtteil öffnen. Die Arbeit leistet damit einen wichtigen Beitrag zu einer fachlichen Debatte um soziale Stadtentwicklung und Partizipation, in dem die relationale Eingebundenheit aller Akteur*innen einbezogen und die Adressat*innen zugleich als relevante, selbst-reflexive Subjekte – und nicht allein als Träger problemorientierter statistischer Indikatoren – betrachtet werden.

Letztlich zeigt sich der Verfügungsfonds im untersuchten Stadtteil als Ort sozialer Konflikttastragung, wobei die Möglichkeit an der Mitsprache nur einer Partei zukommt. Daran schließt die Frage an, ob alternative Formate zur Konfliktbearbeitung im Kontext sozialer Stadtentwicklung etabliert werden müssten, um eine geeignete und gleichberechtigte Form der Konflikttastragung zu ermöglichen. Zu denken sind hier Mediationsansätze, z. B. im Rahmen kommunaler Konfliktberatung (Gessler & Bloem, 2022). Dass Konfliktorientierung im Feld sozialer Stadtentwicklung zunehmend an Aufmerksamkeit gewinnt, zeigt eine im März 2024 unter dem Dach der Städtebauförderung organisierte *Transferwerkstatt* im Rahmen sozialer Stadtentwicklung zum Thema „Konfliktmanagement im Quartier“ (BMWSB, 2024). Jedoch zeigen die Erkenntnisse dieser Arbeit: Auch lokale Konfliktbearbeitung muss sensibel für die sozialen Machtverhältnisse sein, in die Konflikte eingelagert sind, um Ausgrenzung und Diskriminierung marginalisierter Bevölkerungsgruppen nicht zu reproduzieren. Dies ist nicht nur eine Frage der Praxisentwicklung, sondern kann auch Anlass für weitere Grundlagenforschung unter Einbezug der Folgenperspektive sein.

Betrachtet man den rekonstruierten Problemdiskurs auf lokaler Ebene der sozialen Hilfe (*Social Problems Work*) als eingelagert in eine „Geschichte der Problematisierung“ (Groenemeyer, 2012, S. 83), die sowohl rückblickend sichtbar als auch zukünftig fortgeschrieben wird, ist zu konstatieren, dass in allen von Best (2013) definierten Phasen sozialer Problematisierung (vom *Claims Making* bis *Policy Outcomes*) potenziell sozialer Wandel stattfinden kann, indem sich darin abbildende Deutungs- und Definitionsverhältnisse verändern (vgl. Kapitel 4.1). Dies ist zum Beispiel durch (politische) Bildung oder mediale Berichterstattung zu denken. Aber auch auf Ebene des *Policymaking* selbst könnte gehandelt werden. Der Vierte Engagementbericht der Bundesregierung zum Thema „Zugangschancen zum Freiwilligen Engagement“ (Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMFSFJ], 2024) bietet in dieser Hinsicht konkrete Handlungsimpulse. In diesem formuliert die Kommission

das Ziel, eine Engagementkultur zu entwickeln „die sich sensibel und aufmerksam zeigt gegenüber den [...] Schwellen und Zugangshürden [für marginalisierte Bevölkerungsgruppen]“ (BMFSFJ, 2024, S. 8). Konkret denkbar wäre dies über die Aufnahme von Kriterien zu Diversität und Chancengleichheit in den Förderrichtlinien (BMFSFJ, 2024, S. 9). Besonders in den Fokus zu nehmen wäre hier bereits der Entwicklungsprozess des ISEKs als grundlegendes *Diagnoseinstrument sozialer Probleme* in den Fördergebieten und Bewilligungsgrundlage der Förderanträge. Dass die Programmatik sozialer Stadtentwicklung an veränderte soziale Verhältnisse angepasst werden kann, zeigt sich an der eingeführten obligatorischen Integration von Klimaschutzmaßnahmen in den Fördergebieten mit der Neustrukturierung im Jahr 2020. Die Erkenntnisse dieser Arbeit zeigen die Relevanz einer solchen Weiterentwicklung auch im Hinblick auf einen macht- und diskriminierungssensiblen Umgang mit unterschiedlichen sozialen Situationsen von Bevölkerungsgruppen im Feld sozialer Stadtentwicklung sowie darin eingelagerten Partizipationsprozessen.

Literaturverzeichnis

- Abels, H. (2017). Beschädigungen und mögliche Gefährdungen der sozialen Identität. In H. Abels (Hrsg.), *Identität* (S. 295–311). Springer VS.
- Albrecht, G. (2012). Probleme der Erforschung sozialer Probleme. In G. Albrecht & A. Groenemeyer (Hrsg.), *Handbuch soziale Probleme* (S. 1385–1520). Springer VS.
- Bauder, H. (2002). Neighbourhood Effects and Cultural Exclusion. *Urban Studies*, 39(1), 85–93.
- Baum, M. & Otto, M. (2023). Sozialplanung als Treiber von territorialer Stigmatisierung? In P. Oehler, S. Janett, J. Guhl, C. Fabian & B. Michon (Hrsg.), *Quartiersforschung. Marginalisierung, Stadt und Soziale Arbeit* (S. 165–184). Springer VS.
- Bauriedl, S. (2013). Androzentrische Leerstellen in der Stadtforschung: Geschlechtliche Arbeitsteilung, heteronormative Geschlechterkonstruktion und deren sozialräumliche Organisation. Kommentar zu Häußermann & Siebels „Thesen zur Soziologie der Stadt“. *sub\urban*(1), 119–123.
- Beckmann, K. J. (2020). Nationale Stadtentwicklungspolitik. In I. Breckner, A. Göschel & U. Matthiesen (Hrsg.), *Stadtsoziologie und Stadtentwicklung: Handbuch für Wissenschaft und Praxis* (1. Aufl., S. 63–72). Nomos.
- Berger, P. L. & Luckmann, T. (1980 [1966]). *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit: Eine Theorie der Wissenssoziologie* (M. Plessner, Übers.). Fischer-Taschenbücher: Bd. 6623. Fischer Taschenbuch Verlag.
- Best, J. (1993). Constructionist Interpretation of Social Problems. In G. Miller (Hrsg.), *Constructionist Controversies* (S. 109–127). De Gruyter.
- Best, J. (1995). Constructionism in Context. In J. Best (Hrsg.), *Images of Issues: typifying contemporary social problems* (1. Aufl., S. 254–337). De Gruyter.
- Best, J. (2013). *Social problems* (2. Aufl.). W. W. Norton & Company.
- Blasius, J., Friedrichs, J. & Klöckner, J. (2008). *Doppelt benachteiligt? Leben in einem deutsch-türkischen Stadtteil*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Blumer, H. (1954). What is Wrong with Social Theory? *American Sociological Review*, 19(1), 3–10.
- Böckler, S., Gestmann, M. & Handke, T. (2018). *Neuzuwanderung in Duisburg-Marxloh: Bulgarische und rumänische Zuwanderer und Alteingesessene im Ankunftsquartier*. Quartiersforschung. Springer VS.
- Bogdal, K.-M. (2011). *Europa erfindet die Zigeuner: Eine Geschichte von Faszination und Verachtung* (4. Aufl.). Suhrkamp.
- Bosančić, S. (2013). Subjektivierungsweisen als diskursive und kommunikative Identitätskonstruktionen. In R. Keller, J. Reichertz & H. Knoblauch (Hrsg.), *Kommunikativer Konstruktivismus* (S. 185–206). Springer VS.
- Bosančić, S. (2014). *Arbeiter ohne Eigenschaften: Über die Subjektivierungsweisen angelernter Arbeiter*. Springer VS.
- Bosančić, S. (2016). Zur Untersuchung von Subjektivierungsweisen aus wissenssoziologisch-diskursanalytischer Perspektive: Methodologische Überlegungen. In S. Bosančić & R. Keller (Hrsg.), *Perspektiven wissenssoziologischer Diskursforschung* (S. 95–119). Springer VS.
- Bosančić, S. (2019). Die Forschungsperspektive der Interpretativen Subjektivierungsanalyse. In A. Geimer, S. Amling & S. Bosančić (Hrsg.), *Subjekt und Subjektivierung: Empirische und theoretische Perspektiven auf Subjektivierungsprozesse* (S. 43–64). Springer VS.
- Bosančić, S. (2022). Von ‚starken‘ und ‚schwachen‘ Subjekten: Subjektivierungsforschung zwischen interpretativen und differenztheoretischen Perspektiven. In S. Bosančić, F. Brodersen, L. Pfahl, L. Schürmann, T. Spies & B. Traue (Hrsg.), *Subjektivierung und Gesellschaft/Studies in subjectivation. Following the subject: Grundlagen und Zugänge empirischer Subjektivierungsforschung – Foundations and approaches of empirical subjectivation research* (S. 45–72). Springer VS.
- Bosančić, S., Brodersen, F., Pfahl, L., Schürmann, L., Spies, T. & Traue, B. (2022). Subjektivierungsforschung als Gesellschaftsanalyse. Eine Einführung. In S. Bosančić, F. Brodersen, L. Pfahl, L. Schürmann, T. Spies & B. Traue (Hrsg.), *Subjektivierung und Gesellschaft/Studies in subjectivation. Following the subject: Grundlagen und Zugänge empirischer Subjektivierungsforschung – Foundations and approaches of empirical subjectivation research* (S. 1–21). Springer VS.

- Bosančić, S., Pfahl, L. & Traue, B. (2019). Empirische Subjektivierungsanalyse: Entwicklung des Forschungsfeldes und methodische Maximen der Subjektivierungsforschung. In S. Bosančić & R. Keller (Hrsg.), *Theorie und Praxis der Diskursforschung. Diskursive Konstruktionen: Kritik, Materialität und Subjektivierung in der wissenssoziologischen Diskursforschung* (1. Aufl., S. 135–150). Springer VS.
- Brake, K. & Herfert, G. (Hrsg.). (2012). *Reurbanisierung: Materialität und Diskurs in Deutschland*. Springer VS.
- Breckner, I. & Sinning, H. (Hrsg.). (2022). *Wohnen nach der Flucht*. Springer VS.
- Breidenstein, G., Hirschauer, S. & Kalthoff, H. (2020). *Ethnografie: Die Praxis der Feldforschung* (3. Aufl.). UVK Verlag.
- Brink, L., Löffler, M. S. & Keller, R. (2023). Selbstpositionierung als Wissenspolitik: Standpunkte in Diskursen um Sexarbeit und ihre staatliche Regulierung. *Soziale Probleme. Zeitschrift für soziale Probleme und soziale Kontrolle* (2), 326–347.
- Buchna, J. (2024). Biographische Veränderung. Zur Relevanz von ‚schulbegleitender Erziehungsbeistandschaft‘ aus multiperspektivischer und machttheoretischer Sicht. *ZSE Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 44(2), 183–202.
- Bühler-Niederberger, D. (2020). *Lebensphase Kindheit: Theoretische Ansätze, Akteure und Handlungsräume* (2. Aufl.). Grundlagenexte Soziologie. Beltz Juventa.
- Bukow, W.-D. (2015). „Ethnische Segregation“. In A. e. Mafaalani, S. Kurtenbach & K. P. Strohmeier (Hrsg.), *Auf die Adresse kommt es an: Segregierte Stadtteile als Problem- und Möglichkeitsräume begreifen* (S. 266–293). Beltz Juventa.
- Bukow, W.-D. (2016). Ein modernisierter Rassismus als Wegbereiter eines urbanen Antiziganismus. In M. Behrens, W.-D. Bukow, K. Cudak & C. Strünck (Hrsg.), *Inclusive City. Überlegungen zum gegenwärtigen Verhältnis von Mobilität und Diversität in der Stadtgesellschaft* (S. 323–349). Springer VS.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). (o. J.). *Interaktive Karten als Web-App: Wachsende und schrumpfende Städte und Gemeinden*. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/gemeinden/wachsend-schrumpfend-gemeinden/Wachs_Schrumpf_Gemeinden.html (Abfrage: 28.06.2025).
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). (2017). *Zwischenbevaluierung des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt*. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2017/zwischenbevaluierung-soziale-stadt-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (Abfrage: 28.06.2025).
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.). (2020 a). *Leitfaden zum Umgang mit Problemimmobilien: Herausforderungen und Lösungen im Quartierskontext*. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2020/leitfaden-problemimmobilien-dl.pdf?sessionid=25375E2C5C511AA1219AF9DC9488D782.live11314?__blob=publicationFile&v=1 (Abfrage: 28.06.2025).
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.). (2020 b). *Verfügungsfonds in kleinen Städten und Gemeinden: Eine Arbeitshilfe*. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2020/verfuegungsfonds-dl.pdf?sessionid=A483243FA-856745E9255719FCF167376.live11294?__blob=publicationFile&v=2 (Abfrage: 28.06.2025).
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.). (2022). *Handlungsempfehlungen für die Umsetzung integrierter Stadtentwicklungskonzepte: Eine Arbeitshilfe für Kommunen*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:101:1-2023042413084130438605> (Abfrage: 28.06.2025).
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hrsg.). (2018). *Programmstrategie Soziale Stadt*. https://www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/downloads/Webs/BMWSB/DE/veroeffentlichungen/wohnen/programmstrategie-soziale-stadt.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (Abfrage: 28.06.2025).
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hrsg.). (April 2021). *Sozialer Zusammenhalt: Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten*. https://www.staedtebaufoerderung.info/SharedDocs/downloads/DE/Programme/SozialerZusammenhalt/Flyer_SozialerZusammenhalt_2021.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (Abfrage: 28.06.2025).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.). (2024). *Vierter Engagementbericht – Zugangschancen zum freiwilligen Engagement und Stellungnahme der Bundesregierung*. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/253736/dd4ef263cc3ef07961b92a09e5e99fc/vierter-engagementbericht-2024-data.pdf> (Abfrage: 28.06.2025).

- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (Hrsg.). (2007). *LEIPZIG CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt*. <https://www.bundesumweltministerium.de/download/die-leipzig-charta> (Abfrage: 28.06.2025).
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (Hrsg.). (2016). *Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte in der Städtebauförderung: Eine Arbeitshilfe für Kommunen*. https://www.staedtebaufoerderung.info/SharedDocs/downloads/DE/WeitereProgramme/AktiveStadtUndOrtsteilzentren/Arbeitshilfe_ISEK.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (Abfrage: 28.06.2025).
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hrsg.). (2012). *Verfügungsfonds in der Städtebauförderung*. https://www.staedtebaufoerderung.info/SharedDocs/downloads/DE/Grundlagen/verfuegungsfond_staedtebaufoerderung.pdf?__blob=publicationFile&v=5 (Abfrage: 28.06.2025).
- Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) (Hrsg.). (o. J. a). *Programm Soziale Stadt*. https://www.staedtebaufoerderung.info/DE/WeitereProgramme/SozialeStadt/Programm/programm_node.html (Abfrage: 28.06.2025).
- Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) (Hrsg.). (o. J. b). *Rechtliche Grundlagen der Städtebauförderung*. https://www.staedtebaufoerderung.info/DE/Grundlagen/RechtlicheGrundlagen/rechtlichegrundlagen_node.html (Abfrage: 28.06.2025).
- Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) (Hrsg.). (o. J. c). *Sozialer Zusammenhalt*. https://www.staedtebaufoerderung.info/DE/Programme/SozialerZusammenhalt/sozialerzusammenhalt_node.html (Abfrage: 28.06.2025).
- Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) (Hrsg.). (2020). *Neue Leipzig Charta – Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl*. https://www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/downloads/Webs/BMWSB/DE/veroeffentlichungen/wohnen/neue-leipzig-charta-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (Abfrage: 28.06.2025).
- Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) (Hrsg.). (2022). *Migration, Integration und Teilhabe in integrierten Konzepten der Stadtentwicklung: Ein Leitfaden für die kommunale Praxis*. https://www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/downloads/Webs/BMWSB/DE/publikationen/wohnen/leitfaden-migration.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (Abfrage: 28.06.2025).
- Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) (Hrsg.). (2023). *Programmstrategie Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt: Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten*. https://www.staedtebaufoerderung.info/SharedDocs/downloads/DE/Programme/SozialerZusammenhalt/Programmstrategie_Sozialer_Zusammenhalt_2023.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (Abfrage: 28.06.2025).
- Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB). (2024). *Konfliktmanagement im Quartier*. https://www.staedtebaufoerderung.info/DE/Programme/SozialerZusammenhalt/DokumentationLiteratur/Veranstaltungsdokumentationen/Transferwerkstatt_Konfliktmanagement/Konfliktmanagement_node.html (Abfrage: 28.06.2025).
- Charmaz, K. (2006). *Constructing grounded theory: A practical guide through qualitative analysis*. Sage.
- Charmaz, K. (2011). Den Standpunkt verändern: Methoden der konstruktivistischen Grounded Theory. In G. Mey & K. Mruck (Hrsg.), *Grounded theory reader* (2. Aufl., S. 181–206). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Citlak, B., Kurtenbach, S. & Gehne, D. H. (Hrsg.). (2014). *GLOBAL SOCIAL WORK: REGIONALE UND LOKALE HERAUSFORDERUNG DER ARMUTSUWANDERUNG AUS SÜDOSTEUROPA: Dokumentation der internationalen Tagung vom 28.02.2014 an der Fachhochschule Dortmund (ZEFIR-Forschungsbericht Band 8)*.
- Clarke, A. E. (2005). *Situational analysis: Grounded theory after the postmodern turn*. Sage.
- Deutscher Städtetag. (2013, 22. Januar). *Positionspapier des Deutschen Städtetages zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien*. <https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publikationen/Positionspapiere/Archiv/zuwanderung-rumaenien-bulgarien-positionspapier-2013.pdf> (Abfrage: 28.06.2025).
- Deutscher Städtetag. (2018, 14. November). *Zuwanderung aus Südosteuropa: Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages*. <https://www.staedtetag.de/positionen/beschluesse/hauptausschuss-zuwanderung-aus-suedosteuropa-2018> (Abfrage: 28.06.2025).

- Deutsches Institut für Urbanistik (DIFU) (Hrsg.). (2006). *Dritte bundesweite Befragung in den Programmgebieten der „Sozialen Stadt“: Zentrale Ergebnisse und Empfehlungen*. <https://backend.repository.difu.de/server/api/core/bitstreams/773e3010-c3e8-4738-9d44-fd1eb734c533/content> (Abfrage: 28.06.2025).
- Diebäcker, M. (2022). Kontrolle. In F. Kessl & C. Reutlinger (Hrsg.), *Lehrbuch: Band 20. Sozialraum: Eine elementare Einführung* (Bd. 20, S. 169–179). Springer VS.
- Dobruškin, J., Helbrecht, I., Born, A. M. & Genz, C. (2021). Bildgestützte Interviews am Beispiel der Foto-Elizitation. In A. J. Heinrich, S. Marguin, A. Million & J. Stollmann (Hrsg.), *Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung* (S. 207–222). transcript Verlag.
- Dollinger, B. (2018). Paradigmen sozial- und erziehungswissenschaftlicher Wirkungsforschung: Eine Analyse kausaltheoretischer Annahmen und ihrer Folgen für die Soziale Arbeit. *Soziale Passagen*, 10 (2), 245–262.
- Dollinger, B. & Weinbach, H. (2020). Folgen sozialer Hilfen. *Soziale Passagen*, 12(1), 179–184.
- Dollinger, B., Weinbach, H., Coelen, T., Munsch, C. & Rohrmann, A. (2017). Implikationen der Erforschung von Folgen sozialer Hilfen: Einführende Anmerkungen. In H. Weinbach, T. Coelen, B. Dollinger, C. Munsch & A. Rohrmann (Hrsg.), *Folgen sozialer Hilfen: Theoretische und empirische Zugänge* (1. Aufl., S. 8–16). Beltz Juventa.
- Dresing, T. & Pehl, T. (2024). *Praxisbuch Transkription: Regelsysteme, Software und praktische Anleitungen für qualitative ForscherInnen* (9. Aufl.). Dr. Dresing und Pehl GmbH.
- Drilling, M. & Dittmann, J. (2022). Segregation. In F. Kessl & C. Reutlinger (Hrsg.), *Lehrbuch: Band 20. Sozialraum: Eine elementare Einführung* (Bd. 20, S. 255–264). Springer VS.
- Eckardt, F. (2018a). *Gentrifizierung: Forschung und Politik zu städtischen Verdrängungsprozessen. essentials*. Springer VS.
- Eckardt, F. (2018b, 5. April). Rezension zu: Sebastian Kurtenbach: Leben in herausfordernden Wohngebieten. www.socialnet.de/rezensionen/23942.php (Abfrage: 28.06.2025).
- Eckardt, F. & Werner, F. (2020). Raum für Teilhabe in Erfurter Großsiedlungen? Möglichkeiten und Grenzen von Narrationen über Partizipation in Stadtplanungsprozessen. In S. Meier & K. Schlenker (Hrsg.), *Beiträge zur Sozialraumforschung. Teilhabe und Raum: Interdisziplinäre Perspektiven* (1. Auflage, S. 169–183). Verlag Barbara Budrich.
- Elias, N. & Scotson, J. L. (2020 [1993]). *Etablierte und Außenseiter* (M. Schröter, Übers.) (10. Aufl.). Suhrkamp-Taschenbuch. Suhrkamp.
- Elliker, F., Wundrak, R. & Maeder, C. (2017). The Sociology of Knowledge Approach to Discourse Ethnography. thematic Issue of the Journal for Discourse Studies. *Zeitschrift für Diskursforschung / Journal for Discourse Studies*, 5(3), 232–248.
- Evers, A. & Nowotny, H. (1987). *Über den Umgang mit Unsicherheit: Die Entdeckung der Gestaltbarkeit von Gesellschaft* (1. Aufl.). Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft: Bd. 672. Suhrkamp.
- Farwick, A. (2009). Segregation und Eingliederung: Zum Einfluss der räumlichen Konzentration von Zuwanderern auf den Eingliederungsprozess. Zugl.: Bremen, Univ., Habil.-Schr (1. Aufl.). Stadt, Raum und Gesellschaft. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Farwick, A. (2012). Segregation. In F. Eckardt (Hrsg.), *Handbuch Stadtsoziologie* (S. 381–419). Springer VS.
- Farwick, A. (2014). Behindern ethnisch geprägte Wohnquartiere die Eingliederung von Migranten? In O. Schnur (Hrsg.), *Research. Quartiersforschung: Zwischen Theorie und Praxis* (2. Aufl., S. 243–266). Springer VS.
- Farwick, A., Hanhörster, H., Knorn, T., Lobato, I. R., Staubach, R., Striemer, W. & Zilske, D. (2019). *Soziale Integration im Quartier: Förderung von Netzwerken und Begegnungen in benachteiligten Sozialräumen* (FGW-Studie Integrierende Stadtentwicklung Nr. 11). Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung.
- Fereidooni, K. (2021). Gadge-Rassismus am Beispiel des deutschen Schulwesens. In K. Fereidooni & S. E. Hößl (Hrsg.), *Rassismuskritische Bildungsarbeit: Reflexionen zu Theorie und Praxis* (S. 37–60). Wochenschau Verlag.
- Fings, K. & Steinbacher, S. (Hrsg.). (2021). *Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte: Bd. 19. Sinti und Roma: Der nationalsozialistische Völkermord in historischer und gesellschaftspolitischer Perspektive*. Wallstein Verlag.
- Foucault, M. (1974). *Die Ordnung des Diskurses*. Hanser.
- Frank, S. (2014). Mittelschichtfamilien als Adressaten und Motoren der Stadt- und Quartiersentwicklung. *Informationen zur Raumentwicklung*(4), 361–371.

- Franke, T. (2014). „Soziale Stadt“ und raumorientiertes Handeln. In O. Schnur (Hrsg.), *Quartiersforschung* (S. 157–173). Springer VS.
- Franke, T. & Schnur, O. (2016). ‚Problemgebiete‘ und Stadtpolitik in Deutschland am Beispiel des Programms ‚Soziale Stadt‘. In F. Weber & O. Kühne (Hrsg.), *Hybride Metropolen. Fraktale Metropolen* (S. 295–311). Springer VS.
- Friedrichs, J. & Blasius, J. (2000). *Leben in benachteiligten Wohngebieten*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Friedrichs, J. & Hommerich, C. (2005). Wie misst man soziale Maßnahmen? In S. Greiffenhagen & K. Neller (Hrsg.), *Praxis ohne Theorie? Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“* (S. 45–60). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Friedrichs, J. & Nonnenmacher, A. (2014). Die Analyse sozialer Kontexte. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 66(S1), 1–16.
- Friedrichs, J. & Triemer, S. (2009). *Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten* (1. Aufl.). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fritzsche, M. (2014). Wohl und Weh von Quartiersbudgets: Einblicke in die lokale Umsetzung eines Verfahrens zur partizipativen Fördermittelvergabe. In O. Schnur (Hrsg.), *Quartiersforschung* (S. 177–199). Springer VS.
- Füller, H., Marquardt, N., Glasze, G. & Pütz, R. (2013). Urbanität nach exklusivem Rezept. Die Ausdeutung des Städtischen durch hochpreisige Immobilienprojekte in Berlin und Los Angeles. *sub\urban*, 1(1), 31–48.
- Gamper, M. & Kupfer, A. (2024). *Klassismus*. UTB Soziologie: Bd. 5927. transcript Verlag.
- Garfinkel, H. (1967). *Studies in Ethnomethodology*. Prentice Hall.
- Geiges, L., Neef, T., Kopp, J. & Mueller-Stahl, R. (2017). *Lokale Konflikte um Zuwanderung aus Südosteuropa: „Roma“ zwischen Anerkennung und Ausgrenzung. Studien des Göttinger Instituts für Demografieforschung zur Geschichte politischer und gesellschaftlicher Kontroversen: Band 13*. transcript Verlag.
- Gessler, O. & Bloem, I. (2022). Kommunale Konfliktberatung. *Zeitschrift für Konfliktmanagement*, 25(6), 225–228.
- Gestring, N. (2013). Thesen zur Soziologie der Stadt – revisited: Kommentar zu Häußermann & Siebel „Thesen zur Soziologie der Stadt“. *sub\urban* (1), 124–128.
- Giddens, A. (1995). *Die Konstitution der Gesellschaft: Grundzüge einer Theorie der Strukturierung* (W.-H. Krauth & W. Spohn, Übers.) (3. Aufl.). *Theorie und Gesellschaft*: Bd. 1. Campus Verlag.
- Glaser, B. G. (1978). *Theoretical sensitivity: Advances in the methodology of grounded theory*. Sociology Press.
- Glaser, B. G. & Strauss, A. L. (1974 [1965]). *Interaktion mit Sterbenden: Beobachtungen für Ärzte, Schwestern, Seelsorger und Angehörige*. Vandenhoeck & Ruprecht.
- Glaser, B. G. & Strauss, A. L. (1998 [1967]). *Grounded theory: Strategien qualitativer Forschung*. Hans Huber Programmreich Pflege. Huber.
- Glatter, J. (2022). Die symbolische Dimension der Gentrifizierung. In J. Glatter & M. Mießner (Hrsg.), *Interdisziplinäre Wohnungsforschung: Band 3. Gentrifizierung und Verdrängung: Aktuelle theoretische, methodische und politische Herausforderungen* (S. 371–390). transcript Verlag.
- Glatter, J. & Mießner, M. (Hrsg.). (2022). *Interdisziplinäre Wohnungsforschung: Band 3. Gentrifizierung und Verdrängung: Aktuelle theoretische, methodische und politische Herausforderungen*. transcript Verlag.
- Goffman, E. (1973). *Asyle: Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen* (N. T. Lindquist, Übers.). edition suhrkamp: Bd. 678. Suhrkamp.
- Goffman, E. (1975). *Stigma: Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität* (25. Aufl.). suhrkamp taschenbuch wissenschaft: Bd. 140. Suhrkamp.
- Goffman, E. (2003). *Wir alle spielen Theater: Die Selbstdarstellung im Alltag* (P. Weber-Schäfer, Übers.). Piper.
- Gottschalk, I. & Tepeli, D. A. (2019). Etablierten-Außenseiter-Beziehungen im Ankunftsstadtteil Dortmund Nordstadt. In D. Negnal (Hrsg.), *Die Problematisierung sozialer Gruppen in Staat und Gesellschaft* (S. 63–81). Springer VS.
- Grandke, S. (2021). Die Verfolgung von Sinti und Roma im Deutschen Reich: Das Beispiel München. In K. Fings & S. Steinbacher (Hrsg.), *Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte*: Bd. 19. Sinti und

- Roma: Der nationalsozialistische Völkermord in historischer und gesellschaftspolitischer Perspektive.* (S. 29–51). Wallstein Verlag.
- Graßhoff, G. (2015). *Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit: Eine Einführung.* Lehrbuch: Bd. 3. Springer VS.
- Groenemeyer, A. (2003). Soziologie sozialer Probleme als Mehrebenenanalyse: Ein pragmatischer Vorschlag zur Weiterentwicklung des Konstruktivismus. In A. Groenemeyer (Hrsg.), *Soziale Probleme und politische Diskurse: Konstruktionen von Kriminalpolitik in sozialen Kontexten* (Soziale Probleme, Gesundheit und Sozialpolitik. Materialien und Forschungsberichte Nr. 3, S. 3–15): Universität Bielefeld.
- Groenemeyer, A. (2007). Die Institutionalisierung von Problemdiskursen und die Relevanz der Soziologie sozialer Probleme. *Soziale Probleme*, 18(1), 5–25.
- Groenemeyer, A. (2010). Doing Social Problems – Doing Social Control: Mikroanalysen der Konstruktion sozialer Probleme in institutionellen Kontexten – Ein Forschungsprogramm. In A. Groenemeyer (Hrsg.), *Doing Social Problems: Mikroanalysen der Konstruktion sozialer Probleme und sozialer Kontrolle in institutionellen Kontexten* (S. 13–56). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Groenemeyer, A. (2012). Soziologie sozialer Probleme – Fragestellungen, Konzepte und theoretische Perspektiven. In G. Albrecht & A. Groenemeyer (Hrsg.), *Handbuch soziale Probleme* (S. 17–116). Springer VS.
- Güntner, S. (2007). *Soziale Stadtpolitik: Institutionen, Netzwerke und Diskurse in der Politikgestaltung.* Zugl.: Berlin, Techn. Univ., Diss., 2006 u. d. T.: Güntner, Simon: Soziale Stadtpolitik. *Urban Studies.* transcript Verlag.
- Gurr, T., Becker, N., Debicki, S. & Petsch, F. (2022). „...und wir sind dann ja nur der Abfall, die unterste Schicht, die nicht mehr dabei ist.“: Über Stigmatisierungserfahrungen der von Obdachlosigkeit Betroffenen. In F. Sowa (Hrsg.), *Figurationen der Wohnungsnot: Kontinuität und Wandel sozialer Praktiken, Sinnzusammenhänge und Strukturen* (1. Auflage, S. 402–425). Beltz Juventa.
- Hall, S. (1994). Der Westen und der Rest: Diskurs und Macht. In *Argument-Sonderbände:* N.F., 226. *Rassismus und kulturelle Identität: Ausgewählte Schriften* 2 (1. Aufl., S. 137–179). Argument Verlag.
- Hans, N., Wallraff, M. & Zimmer-Hegmann, R. (2020). Ankunftsquartiere als Kontext der Integration. In K. Jepkens, L. Scholten & A. van Rießen (Hrsg.), *Integration im Sozialraum.: Theoretische Konzepte und empirische Bewertungen* (S. 163–176). Springer VS.
- Häußermann, H. & Kapphan, A. (2000). *Berlin: von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990.* Leske + Budrich.
- Häußermann, H., Läpple, D. & Siebel, W. (2008). *Stadtpolitik.* Suhrkamp.
- Häußermann, H. & Siebel, W. (1978). Thesen zur Soziologie der Stadt. *Leviathan*, 6(4), 484–500.
- Häußermann, H. & Siebel, W. (1987). *Neue Urbanität.* Suhrkamp.
- Häußermann, H. & Siebel, W. (2004). *Stadtsoziologie: Eine Einführung.* Campus Verlag.
- Häußermann, H. & Walther, U.-J. (2018). Soziale Stadt. In *Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung* (S. 2197–2206). Akademie für Raumforschung und Landesplanung. <https://www.arl-net.de/system/files/media-shop/pdf/HWB%202018/Soziale%20Stadt.pdf> (Abfrage: 28.06.2025)
- Heidbrink, I. & Kurtenbach, S. (2019). Das Verhältnis von Ankunftsgebieten und innerstädtischen Wanderungsmustern: eine Untersuchung am Beispiel der Landeshauptstadt Düsseldorf. *Stadt-forschung und Statistik: Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker*, 32(1), 50–57.
- Hirschsauer, S. (2001). Ethnografisches Schreiben und die Schweigsamkeit des Sozialen. *Zeitschrift für Soziologie*, 30(6), 429–451. <https://doi.org/10.1515/zfsoz-2001-0602>
- Holm, A. (2011). Gentrification in Berlin: Neue Investitionsstrategien und lokale Konflikte. In H. Herrmann, C. Keller, R. Neef & R. Ruhne (Hrsg.), *Die Besonderheit des Städtischen* (S. 213–232). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Holstein, J. A. & Miller, G. (2003). Social constructionism and social problems work. In J. A. Holstein & G. Miller (Hrsg.), *Challenges and choices: Constructionist perspectives on social problems* (S. 70–91). De Gruyter.
- Huf, C. & Frieberthhäuser, B. (2012). Über Felder, Theorien und Horizonte ethnographischer Forschung in der Erziehungswissenschaft – eine Einleitung. In B. Frieberthhäuser, H. Kelle, H. Boller, S. Bollig, C. Huf, A. Langer, M. Ott & S. Richter (Hrsg.), *Feld und Theorie: Herausforderungen erziehungswissenschaftlicher Ethnographie* (S. 9–24). Verlag Barbara Budrich.
- Institut für Stadtforchung und Strukturpolitik GmbH (IfS). (2004). *Die Soziale Stadt: Ergebnisse der Zwischen evaluierung.* Bewertung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem

- Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ nach vier Jahren Programmalaufzeit. <https://www.irbnet.de/daten/rswb/05039011730.pdf> (Abfrage: 28.06.2025).
- Jonuz, E. (2009). *Stigma Ethnizität* [Dissertation]. GBV Gemeinsamer Bibliotheksverbund.
- Jonuz, E. & Weiß, J. (Hrsg.). (2020). (*Un-*)Sichtbare Erfolge. Springer VS.
- Kadioğlu, D. (2022). Producing gentrifiable neighborhoods: race, stigma and struggle in Berlin-Neukölln. *Housing Studies*, 1–23. <https://doi.org/10.1080/02673037.2022.2042494>
- Keller, R. (1997). Diskursanalyse. In R. Hitzler & A. Honer (Hrsg.), *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik* (S. 309–333). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Keller, R. (1998). *Müll – Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen: Die öffentliche Diskussion über Abfall in Deutschland und Frankreich* (1. Aufl.). *Theorie und Praxis der Diskursforschung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Keller, R. (2011a). Wissensoziologische Diskursanalyse. In R. Keller, A. Hirseland, W. Schneider & W. Viehöver (Hrsg.), *Interdisziplinäre Diskursforschung. Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Bd. I: Theorien und Methoden* (3. Aufl., S. 125–158). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Keller, R. (2011b). *Wissensoziologische Diskursanalyse: Grundlegung eines Forschungsprogramms* (3. Aufl.). *Interdisziplinäre Diskursforschung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Keller, R. (2012a). *Das interpretative Paradigma: Eine Einführung*. Lehrbuch. Springer VS.
- Keller, R. (2012b). Der menschliche Faktor. In R. Keller, W. Schneider & W. Viehöver (Hrsg.), *Interdisziplinäre Diskursforschung. Diskurs – Macht – Subjekt: Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung* (1. Aufl., S. 69–107). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-93108-1_5
- Keller, R. (2013a). Wissensoziologische Diskursforschung. In E. Felder (Hrsg.), *Sprache und Wissen: Bd. 13. Faktitizitätsherstellung in Diskursen: Die Macht des Deklarativen* (S. 197–224). De Gruyter.
- Keller, R. (2013b). Zur Praxis der Wissensoziologischen Diskursanalyse. In R. Keller & I. Truschkat (Hrsg.), *Methodologie und Praxis der Wissensoziologischen Diskursanalyse* (S. 27–68). Springer VS.
- Keller, R. (2019). Die Untersuchung von Dispositiven. Zur fokussierten Diskurs- und Dispositivethnografie in der Wissensoziologischen Diskursanalyse. In S. Bosančić & R. Keller (Hrsg.), *Theorie und Praxis der Diskursforschung. Diskursive Konstruktionen: Kritik, Materialität und Subjektivierung in der wissensoziologischen Diskursforschung* (1. Aufl., S. 51–73). Springer VS.
- Keller, R. & Poferl, A. (2020). Soziale Probleme. Wissensoziologische Überlegungen. *Soziale Probleme*, 31(1–2), 141–163.
- Kessl, F. (2007). Wozu Studien zur Gouvernementalität in der Sozialen Arbeit? Von der Etablierung einer Forschungsperspektive. In R. Anhorn, F. Bettinger & J. Stehr (Hrsg.), *Lehrbuch: Bd. 1. Foucaults Machtanalytik und soziale Arbeit: Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme* (1. Aufl., S. 203–225). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kessl, F. (2019). Soziale Arbeit im Aktivierenden Sozialstaat. In K. Walgenbach (Hrsg.), *Bildung und Gesellschaft im 21. Jahrhundert: Zur neoliberalen Neuordnung von Staat, Ökonomie und Privatsphäre* (1. Aufl., S. 117–141). Campus Verlag.
- Kessl, F. & Klein, A. (2010). Das Subjekt in der Wirkungs- und Nutzerforschung. In H.-U. Otto, A. Polutta & H. Ziegler (Hrsg.), *What Works – Welches Wissen braucht die soziale Arbeit? Zum Konzept evidenzbasierter Praxis* (S. 63–82). Verlag Barbara Budrich.
- Kessl, F. & Krasmann, S. (2019). Sozialpolitische Programmierungen als strukturierendes Element des Sozialraums. In F. Kessl & C. Reutlinger (Hrsg.), *Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit: Bd. 14. Handbuch Sozialraum: Grundlagen für den Bildungs- und Sozialbereich* (2. Aufl., S. 277–297). Springer VS.
- Kessl, F. & Reutlinger, C. (2022). Sozialraum: Eine Bestimmung. In F. Kessl & C. Reutlinger (Hrsg.), *Lehrbuch: Band 20. Sozialraum: Eine elementare Einführung* (S. 7–31). Springer VS.
- Klevermann, N. (2022). *Organisationen der postmigrantischen Gesellschaft. Reflexive Übergangsforschung – doing transitions: Band 9*. Verlag Barbara Budrich.
- Kliche, O., Agbih, S., Altanis-Protzer, U., Eulerich, S., Klingler, C., Neitzke, G., Peters, T. & Coors, M. (2018). Ethische Aspekte des Dolmetschens im mehrsprachig-interkulturellen Arzt-Patienten-Verhältnis. *Ethik in der Medizin*, 30(3), 205–220.
- Koczy, O. (2018). Wie Quartier und Management Zusammenkommen. In U. Altrock, D. Kurth, R. Kunze, G. Schmitt & H. Schmidt (Hrsg.), *Stadterneuerung im vereinten Deutschland – Rück- und Ausblicke* (S. 121–146). Springer VS.

- Kooroshy, S., Mecheril, P. & Shure, S. (2021). Rassismus in der Migrationsgesellschaft. In K. Fereidooni & S. E. Hößl (Hrsg.), *Rassismuskritische Bildungsarbeit: Reflexionen zu Theorie und Praxis* (S. 15–33). Wochenschau Verlag.
- Krauß, J. (2016). Nicht von ungefähr: Die Synonymsetzung von Roma mit Armutswanderung als ein Fall von Agenda-Bildung. In W. Stender (Hrsg.), *Konstellationen des Antiziganismus* (S. 225–237). Springer VS.
- Kronauer, M. (2020). Ungleichheit und Polarisierung in der Stadt. In I. Breckner, A. Göschel & U. Matthiesen (Hrsg.), *Stadtsoziologie und Stadtentwicklung: Handbuch für Wissenschaft und Praxis* (1. Aufl., S. 195–206). Nomos.
- Kronauer, M. & Siebel, W. (Hrsg.). (2013). *Polarisierte Städte: Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik*. Campus Verlag.
- Kruse, J. (2015). *Qualitative Interviewforschung: Ein integrativer Ansatz* (2. Aufl.). Grundlagenexte Methoden. Beltz Juventa.
- Kunhardt, J. & Sinning, H. (2022). Wohnprojekt Bunte 111 in Berlin-Reinickendorf: Rahmenbedingungen, Strategien und Hindernisse der Integration von Rom*nja. In I. Breckner & H. Sining (Hrsg.), *Wohnen nach der Flucht* (S. 117–155). Springer VS.
- Kurtenbach, S. (2013). *Neuzuwanderer in städtischen Ankunftsgebieten: Rumänische und bulgarische Zuwanderer in der Dortmunder Nordstadt* (ZEFIR-Forschungsbericht Nr. 3).
- Kurtenbach, S. (2015). Ankunftsgebiete – Segregation als Potenzial nutzen. In A. e. Mafaalani, S. Kurtenbach & K. P. Strohmeier (Hrsg.), *Auf die Adresse kommt es an: Segregierte Stadtteile als Problem- und Möglichkeitsräume begreifen* (S. 306–328). Beltz Juventa.
- Kurtenbach, S. (2017). *Leben in herausfordernden Wohngebieten*. Springer VS.
- Langer, A. (2008). *Disziplinieren und entspannen: Körper in der Schule – eine diskursanalytische Ethnographie*. transcript Verlag.
- Lanz, S. (2007). *Berlin aufgemischt: abendländisch, multikulturell, kosmopolitisch?* transcript Verlag.
- Lauterbach, G. (2014). Dolmetscher/inneneinsatz in der qualitativen Sozialforschung. Zu Anforderungen und Auswirkungen in gedolmetschten Interviews. *Forum Qualitative Sozialforschung*, 15(2), o. A. <https://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/2025/3654> (Abfrage: 28.06.2025).
- Löw, M., Steets, S. & Stoetzer, S. (2008). *Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie* (2. Aufl.). Verlag Barbara Budrich.
- Macgilchrist, F. & van Hout, T. (2011). Ethnographic Discourse Analysis and Social Science. *Forum: Qualitative Social Research*, 12(1).
- Mafaalani, A. e., Kurtenbach, S. & Strohmeier, K. P. (2015). Vorwort. In A. e. Mafaalani, S. Kurtenbach & K. P. Strohmeier (Hrsg.), *Auf die Adresse kommt es an: Segregierte Stadtteile als Problem- und Möglichkeitsräume begreifen* (S. 9–15). Beltz Juventa.
- Matzke, F. L., Hohn, U. & Wecke, S. (2020). Der Verfügungsfonds als innovatives Instrument in der kooperativen Stadtteilentwicklung in Nordrhein-Westfalen. *Berichte*, 93(4), 311–328.
- Mead, G. H. (1973). *Geist, Identität und Gesellschaft*. Suhrkamp.
- Meuth, M. & Reutlinger, C. (2023). *Entmietet und verdrängt: Wie Mieter*innen ihren Wohnungsverlust erleben. Interdisziplinäre Wohnungsforschung: Band 5*. transcript Verlag.
- Meyermann, A. & Porzelt, M. (2014). Hinweise zur Anonymisierung von qualitativen Daten (forschungsdaten bildung informiert Nr. 1).
- Miethe, I. (2003). Das Problem der Rückmeldung: forschungsethische und -praktische Erfahrungen und Konsequenzen in der Arbeit mit hermeneutischen Fallrekonstruktionen. *Zeitschrift für qualitative Bildungs-, Beratungs- und Sozialforschung*, 4(2), 223–240.
- Miethe, I. (2013). Institutionalisierung forschungsethischer Standards – Welchen Weg geht die Erziehungswissenschaft? *Erziehungswissenschaft*, 24(47), 13–21.
- Miethe, I. & Gahleitner, B. (2010). Forschungsethik in der Sozialen Arbeit. In K. Bock, I. Miethe & B. Ritter (Hrsg.), *Handbuch qualitative Methoden in der sozialen Arbeit* (S. 573–581). Verlag Barbara Budrich.
- Moisi, L. (2018). Müll als Strukturfaktor gesellschaftlicher Ungleichheitsbeziehungen. *APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte*, 68(49–50), Artikel 5, 30–35. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/281505/muell-als-strukturfaktor-gesellschaftlicher-ungleichheitsbeziehungen/> (Abfrage: 28.06.2025)

- Mundt, M. (2022). Kommunale Handlungsmöglichkeiten gegen Problemimmobilien und unseriöse Vermietung an Rom*nja am Beispiel von Berlin. In I. Breckner & H. Sinning (Hrsg.), *Wohnen nach der Flucht* (S. 103–115). Springer VS.
- Munsch, C. (2015). Subjektive Erfahrungen der im Feld verstrickten Forschenden: Ein ethnografischer Zugang zur Erforschung von Normalitätsvorstellungen und sozialer Differenzierungen (nicht nur) in der Sozialen Arbeit. *Zeitschrift für Sozialpädagogik*, 13(4), 420–440.
- Munsch, C. & Müller, F. (2021). Ambivalenzen, Störungen und Ungleichheit mit Partizipation zusammen denken. In F. Müller & C. Munsch (Hrsg.), *Jenseits der Intention – Ethnografische Einblicke in Praktiken der Partizipation* (1. Aufl., S. 13–36). Beltz Juventa.
- Nauck, B. (1988). Sozial-ökologischer Kontext und außfamiliale Beziehungen: Ein interkultureller und interkontextueller Vergleich am Beispiel von deutschen und türkischen Familien. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (Sonderheft 29), 310–327.
- Neuburger, T. & Hinrichs, C. (2021). *Mechanismen des institutionellen Antiziganismus: Kommunale Praktiken und EU-Binnenmigration am Beispiel einer westdeutschen Großstadt*. Forschungsbericht für die Unabhängige Kommission Antiziganismus. https://www.idd.uni-hannover.de/fileadmin/idd/Projekte/Neuburger_u._Hinrichs_-_2021_-_Mechanismen_des_institutionellen_Antiziganismus.pdf (Abfrage: 28.06.2025)
- Nieszery, A. (2014). Class, race, gender... neighbourhood? Zur Bedeutung von Quartiereffekten in der europäischen Stadtforchung. In O. Schnur (Hrsg.), *Research. Quartiersforschung: Zwischen Theorie und Praxis* (2. Aufl., S. 135–155). Springer VS.
- Nonnenmacher, A. (2013). Zur Nachweisbarkeit von Kontexteffekten der sozialräumlichen Umgebung. In D. Oberwittler, S. Rabold & D. Baier (Hrsg.), *Städtische Armutsquartiere – Kriminelle Lebenswelten?* (S. 293–320). Springer VS.
- Oelerich, G. & Schaarschuch, A. (2013). Sozialpädagogische Nutzerforschung. In G. Graßhoff (Hrsg.), *Adressaten, Nutzer, Agency: Akteursbezogene Forschungsperspektiven in der Sozialen Arbeit* (S. 85–98). Springer VS.
- Ott, M. (2011). *Aktivierung von (In-)Kompetenz: Praktiken im Profiling – eine machtanalytische Ethnographie*. Herbert von Halem.
- Ott, M., Langer, A. & Rabenstein, K. (2012). Integrative Forschungsstrategien: Ethnographie und Diskursanalyse verbinden. In B. Friebertshäuser, H. Kelle, Boller, Heike, Bollig, Sabine, C. Huf, Langer Antje, M. Ott & S. Richter (Hrsg.), *Feld und Theorie: Herausforderungen erziehungswissenschaftlicher Ethnographie* (S. 169–184). Verlag Barbara Budrich.
- Perko, G. (2025). Systemische Intersektionalität: Kontinuitäten und Verschärfungen klassistischer Praxen gegen Roma/Romnja. In C. Steckelberg & F. Seeck (Hrsg.), *Diversität in der Sozialen Arbeit. Klassismuskritik und Soziale Arbeit: Analysen, Reflektionen und Denkanstöße* (1. Auflage, S. 126–144). Beltz Juventa.
- Pleiner, G. & Thies, R. (2012). Vom „Sozialen Brennpunkt zur „Sozialen Stadt“: Sozialräumlicher Paradigmenwechsel in Gemeinwesenarbeit und Stadtteilmanagement. In M. Riege & H. Schubert (Hrsg.), *Sozialraumanalyse: Grundlagen, Methoden, Praxis* (3. Aufl., S. 165–177). Verlag Sozial · Raum · Management.
- Randjelović, I. (2019). *Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze* (Vielfalt-Mediathek). https://www.viel-falt-medithek.de/wp-content/uploads/2020/12/expertise_randjelovic_rassismus_gegen_rom_nja_viel-falt_medithek_1.pdf (Abfrage: 28.06.2025)
- Randjelović, I., Gerstenberger, O., Fernández Ortega, J., Kostić, S. & Attia, I. (2022). *Unter Verdacht – Rassismuserfahrungen von Rom:nja und Sinti:zze in Deutschland*. Springer VS.
- Rees, Y., Kurtenbach, S. & Zick, A. (2024). *Radikalisierung und Raum – Schlussfolgerungen für Förderung von Prävention*.
- Rinn, M. & Wiese, L. (2020). Politiken sozialer Mischung und die Produktivität von Rassismus im „gefährlichen Viertel“. *Geographica Helvetica*, 75(1), 23–36.
- Rommelspacher, B. (1998). *Dominanzkultur: Texte zu Fremdheit und Macht* (1. Auflage). Orlando Frauenverlag.
- Ross, C. E., Mirowski John & Pribesh, S. (2001). Powerlessness and the Amplification of Threat: Neighborhood Disadvantage, Disorder, and Mistrust. *American Sociological Review*, 568–591.
- Ruhne, R. (2020). Urbane ‚Angsträume‘ – Die Stadt als ein vergeschlechtlichtes Bedrohungsszenario. In I. Breckner, A. Göschel & U. Matthiesen (Hrsg.), *Stadtsoziologie und Stadtentwicklung: Handbuch für Wissenschaft und Praxis* (1. Aufl., S. 429–439). Nomos.

- Sampson, R. J. & Groves, B. W. (1989). Community Structure and Crime: Testing Social-Disorganization Theory. *American Journal of Sociology*, 94(4), 774–802.
- Saunders, D. (2011). *Arrival city: How the largest migration in history is reshaping our world*. Windmill Books.
- Scherr, A. (2017). Anti-Roma-Rassismus. In K. Fereidooni & M. El (Hrsg.), *Rassismuskritik und Widerstandsformen* (S. 307–318). Springer VS.
- Scherr, A. & Sachs, L. (2019). Sinti und Roma als Problemgruppe? Problematisierung und Entproblematisierung im Kontext von Nicht-Wissen und politischer Correctness. In D. Negnal (Hrsg.), *Die Problematisierung sozialer Gruppen in Staat und Gesellschaft* (S. 277–293). Springer VS.
- Schetsche, M. (2014). *Empirische Analyse sozialer Probleme: Das wissenssoziologische Programm* (2., aktualisierte Auflage). Springer VS.
- Schnur, O. (2017). „Quartiersentwicklung für alle“? Von Integrationsdiskursen und Quartierspolitiken. In E. Gesemann (Hrsg.), *Handbuch Lokale Integrationspolitik* (S. 373–392). Springer VS.
- Schnur, O., Reh, C. & Krüger, K. (Oktober 2020). *Quartiereffekte und soziale Mischung: Ein Faktencheck aus wissenschaftlicher Perspektive* (vhw werkSTADT Nr. 48). https://www.vhw.de/file-admin/user_upload/08_publikationen/werkSTADT/PDF/vhw_werkSTADT_Quartiereffekte_Nr_48_2020.pdf (Abfrage: 28.06.2025).
- Schütze, F. (1984). Kognitive Figuren des autobiographischen Stegreiferzählens. In M. Kohli (Hrsg.), *Biographie und soziale Wirklichkeit: Neue Beiträge und Forschungsperspektiven* (S. 78–117). Metzler.
- Shaw, C. & McKay, H. (1942). *Juvenile delinquency and urban areas*. University of Chicago Press.
- Siebel, W. (2010). Stadtsoziologie und Planung – Notizen zu einem zunehmend engen und ambivalenten Verhältnis. In A. Harth & G. Scheller (Hrsg.), *Soziologie in der Stadt- und Freiraumplanung: Analysen, Bedeutung und Perspektiven* (1. Aufl., 51–67). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Siebel, W. (2013). Replik. *sub\urban*(1), 147–154.
- Simonson, J., Kelle, N., Kaumann, C., Karnick, N. & Arriagada, C. (2021). *Freiwilliges Engagement in Deutschland: Zentrale Ergebnisse des Fünften Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2019)*. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/176836/7dff0b4816c6c652fec8b9eff5450b6/freewilliges-engagement-in-deutschland-fuenfter-freiwilligensurvey-data.pdf> (Abfrage: 28.06.2025)
- Spector, M. & Kitsuse, J. I. (1977). *Constructing social problems. Cummings series in contemporary sociology*. Cummings Publication Company.
- Staubach, R. (2013). Armutszuwanderung aus Südosteuropa: Ansatzpunkte zur Förderung von Diversität in „Ankunftsstadtteilen“: Erkundungen in der Dortmunder Nordstadt. *vhw – Forum Wohnen und Stadtentwicklung*(5), 254–260. https://integrationsprojekt.net/uploads/media/Foerderung_von_Diversitaet.pdf (Abfrage: 28.06.2025)
- Stender, W. (2023). *Rassismuskritik: Eine Einführung* (1. Aufl.). *Soziale Arbeit in der Gesellschaft*. Verlag W. Kohlhammer.
- Strauss, A. L. (1991 [1987]). *Grundlagen qualitativer Sozialforschung: Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung. Übergänge: Bd. 10*. W. Fink.
- Strauss, A. L. & Corbin, J. M. (1990). *Basics of qualitative research: Techniques and procedures for developing grounded theory* (1. Aufl.). Sage.
- Strauss, A. L. & Corbin, J. M. (2010 [1990]). *Grounded theory: Grundlagen qualitativer Sozialforschung* (Nachdr.). Beltz Juventa.
- Strübing, J. (2018). *Qualitative Sozialforschung: Eine komprimierte Einführung* (2. Aufl.). De Gruyter.
- Strübing, J. (2021). *Grounded Theory*. Springer VS.
- Trompeta, M. M. (2017). Antiziganismus im neuen Netz. Eine Kritische Diskursanalyse zu Diskussionsforen deutscher Online-Zeitungen. In K. Fereidooni & M. El (Hrsg.), *Rassismuskritik und Widerstandsformen* (S. 339–358). Springer VS.
- Unabhängige Kommission Antiziganismus (UKA). (2021). *Perspektivwechsel. Nachholende Gerechtigkeit. Partizipation.: Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus*. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/bericht-unabhaengige-kommission-Antiziganismus.pdf?__blob=publicationFile&v=5 (Abfrage: 28.06.2025).
- Unger, H. von. (2014). Forschungsethik in der qualitativen Forschung: Grundsätze, Debatten und offene Fragen. In H. von Unger, P. Narimani & R. M'Bayo (Hrsg.), *Forschungsethik in der qualitativen Forschung: Reflexivität, Perspektiven, Positionen* (S. 15–39). Springer VS.

- Weiß, J. (2023). Forschungsethik für Sinti:ze und Rom:nja – Zwischen Autonomie und Verletzlichkeit. In T. Schreiner & D. Wagner-Diehl (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit, Bildung, Biografieforschung: Perspektiven zum Werk von Ingrid Miethe* (S. 107–120). Verlag Barbara Budrich.
- Wilson, W. J. (1987). *The Truly Disadvantaged: The Inner City, the Underclass, and Public Policy*. African American studies Sociology. University of Chicago Press.
- Witzel, A. (2000). Das problemzentrierte Interview. *Forum Qualitative Sozialforschung*, 1(1), Artikel 22. <https://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1132/2519> (Abfrage: 28.06.2025).
- Witzel, A. & Reiter, H. (2022). *Das problemzentrierte Interview – eine praxisorientierte Einführung* (1. Auflage). Grundlagentexte Methoden. Beltz Juventa.
- Wohlfahrt, N. (2020). Wirkungsvolle Sozialraumpolitik? Überlegungen zur grundsätzlichen Widersprüchlichkeit quartiersbezogener Wirkungsbetrachtungen. In M. Burmester, J. Friedemann & S. C. Funk (Hrsg.), *Die Wirkungsdebatte in der Quartiersarbeit*. Springer VS. 19–33.
- Woolgar, S. & Pawluch, D. (1985). Ontological Gerrymandering. The Anatomy of Social Problems Explanations., 32(3), 214–227.
- Wrana, D. (2012). Diesseits von Diskursen und Praktiken. Methodologische Bemerkungen zu einem Verhältnis. In B. Friebertshäuser, H. Kelle, H. Boller, S. Bollig, C. Huf, A. Langer, M. Ott & S. Richter (Hrsg.), *Feld und Theorie: Herausforderungen erziehungswissenschaftlicher Ethnographie* (S. 185–200). Verlag Barbara Budrich.
- Wrana, D. & Langer, A. (2007). An den Rändern der Diskurse: Jenseits der Unterscheidung diskursiver und nicht-diskursiver Praktiken. *Forum Qualitative Sozialforschung*, 8(2), Artikel 20. <https://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/253/558> (Abfrage: 28.06.2025).
- Wundrak, R. (2010). *Die chinesische Community in Bukarest: Eine rekonstruktive, diskursanalytische Fallstudie über Immigration und Transnationalismus* (1. Aufl.). Theorie und Praxis der Diskursforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Yıldız, E. (2015). Vom Segregationsdiskurs zur urbanen Alltagspraxis. In A. e. Mafaalani, S. Kurtenbach & K. P. Strohmeier (Hrsg.), *Auf die Adresse kommt es an: Segregierte Stadtteile als Problem- und Möglichkeitsräume begreifen* (S. 294–305). Beltz Juventa.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Mehr-Ebenen-Governance sozialer Stadtentwicklung (Eigene Darstellung nach Beckmann, 2020)	20
Abb. 2	Institutionelles Setting des Verfügungsfonds auf lokaler Ebene (Eigene Darstellung in Anlehnung an BBSR, 2020 b, S. 26)	26
Abb. 3	Prozess sozialer Problematisierung (Eigene Darstellung in Anlehnung an Best, 2013, S. 322)	51
Abb. 4	Relationale Konzeptualisierung von Folgen (Eigene Darstellung)	68
Abb. 5	Iterativ-zyklischer Forschungsprozess	81
Abb. 6	Code of Conduct Nolden (Eigene pseudonymisierte Darstellung)	101
Abb. 7	Relationale Konzeptualisierung von Folgen im Kontext partizipativer sozialer Stadtentwicklung (Eigene Darstellung)	236

Tabellenverzeichnis

Tab. 1	Ethnografisches Datenkorpus (Analyse I)	87
Tab. 2	Zeitungsartikel-Impulse (pseudonymisiert)	100
Tab. 3	Bevölkerungsstruktur im ISEK (Eigene pseudonymisierte Darstellung)	127
Tab. 4	Zusammensetzung des Entscheidungsgremiums entlang Kommunaler Richtlinie (Eigene pseudonymisierte Darstellung)	139

Anhang

Anhang I – Eingangsgespräch mit dem Quartiersmanagement (Interviewleitfaden)

Allgemeine Fragen

1. Bitte stellen Sie sich und Ihre Aufgaben im Quartiersmanagement zunächst vor.
 2. Wie ist die Organisationsstruktur des Quartiersmanagements?
 3. Wie werden die Stellen finanziert?
 4. Seit wann wird das Programmgebiet [Nolden] im Rahmen sozialer Stadtentwicklung gefördert?
 5. Auf welcher Grundlage wurde das Gebiet für die Förderung ausgewählt?
 6. Wie ist die Stadtteilförderung in die Stadt(teil)geschichte einzuordnen? Was sind ihrer Meinung nach lokale Spezifika des Stadtteils [Nolden], auch innerhalb der Stadt [Wostenberg]?
 7. Welchen Stellenwert würden Sie sozialen Maßnahmen neben städtebaulichen Projekten in Stadtteil [Nolden] beimessen?
 8. Wie hat die Corona-Lage Ihre Arbeit im vergangenen Jahr verändert?
-

Verfügungsfonds

1. Seit wann gibt es den Verfügungsfonds im Stadtteil?
 2. Was sind die Ziele des Verfügungsfonds im Stadtteil?
 3. Welchen Stellenwert hat der Verfügungsfonds in Ihrem Arbeitsalltag?
 4. Welche Projekte wurden bisher umgesetzt? (Beispiele)
 5. Welche Akteur*innen stellen i. d. R. Anträge?
 6. Wie wird der Verfügungsfonds im Stadtteil beworben?
 7. Welches Gremium entscheidet über die Bewilligung der Anträge? (*Zusammensetzung und Arbeitsweise*)
 8. Wie läuft der Prozess von der Idee eines Projektes bis zur Umsetzung im Verfügungsfonds ab?
-

Anhang II – Interviews mit Antragsteller*innen von Verfügungsfonds-Projekten (Interviewleitfaden)

Allgemeine Fragen

Sie haben im aktuellen Jahr ein bzw. mehrere Projekte beim Verfügungsfonds in [Nolden] beantragt. Wie ist es dazu gekommen, ein Projekt im Verfügungsfonds zu beantragen? Erzählen Sie doch mal! Wenn Sie mehr als ein Projekt beantragt haben, erzählen Sie gerne, auf welches Projekt Sie sich beziehen.

- Können Sie sich an ein Schlüsselereignis zum „aktiv werden“, erinnern?
 - Wie sind Sie auf den Verfügungsfonds aufmerksam geworden?
 - Wer wird durch das Projekt/die Projekte adressiert? (*Adressat*innen*)
 - Wer sind die Nutzerinnen und Nutzer des Projektes / der Projekte? (*Nutzer*innen*)
 - Warum haben Sie das Projekt initiiert?
 - Wie wird das Projekt ihrer Meinung nach angenommen? (*Resonanz*)
 - Warum stellen Sie den Antrag gerade in [Nolden]? (*Ortsbezug*)
 - Wie bewerben Sie das Projekt?
 - Wenn das Projekt schon länger läuft: Hat sich über die Zeit etwas verändert?
 - Hat Sie etwas überrascht?
 - Schildern Sie mir doch bitte mal den Antragsprozess beim Verfügungsfonds.
-

Besprechung der Verfügungsfonds-Anträge

Ich habe Ihren Antrag / Ihre Anträge mitgebracht. Ich würde einen Antrag rückblickend gerne einmal mit Ihnen durchgehen. (Ich würde Sie bitten, sich einen Antrag auszuwählen.) Erzählen Sie mir gerne alles, was Ihnen zu den einzelnen Punkten einfällt. Sie können auch beide Anträge nebeneinanderlegen und wenn Ihnen spezifisch etwas zu einem Projekt einfällt, dazu etwas sagen.

Wenn Sie an den Prozess von der Idee des Projektes bis zum jetzigen Zeitpunkt denken: Was ist Ihnen da besonders in Erinnerung geblieben?

Anhang III – Problemzentrierte Interviews mit bulgarischen bzw. rumänischen Bewohner*innen des Stadtteils (Interviewleitfaden)

Offene Fragen

1. „Erzählen Sie mir doch mal, seit wann Sie in Nolden wohnen.“
 2. *Wenn Person nicht im Stadtteil geboren ist:* „Wie sind Sie nach Nolden gekommen?“
 3. „Wie würden Sie Nolden beschreiben?“
 4. „Was gefällt Ihnen?“
 5. „Was gefällt Ihnen nicht?“
 6. „Bitte denken Sie mal an Ihre bisherige Zeit in Nolden zurück: Erzählen Sie mir doch mal über Erlebnisse/Erfahrungen im Stadtteil, an die Sie sich besonders erinnern.“
 7. „Wie würden Sie Nolden abschließend in einem Satz beschreiben?“
-

Problemzentrierung durch Impulse

Hereingabe der Impulse (je nach Situation einzeln oder mehrere gleichzeitig)

8. „Erzählen Sie mir bitte, was Sie dazu denken. Alles ist wichtig und interessant. Es gibt keine falschen Antworten.“
-

Abschluss

9. „Möchten Sie zum Abschluss noch etwas ergänzen?“
-

Anhang IV – Datenkorpus Problemzentrierte Interviews

Name	Geschlecht	Länge	Herkunft der Interviewpartner*in	Mit Dolmetscher*in?
Florean F.	m	00:23:05 h	Rumänien	Nein
Milos K.	m	01:00:50 h	Rumänien	Nein
Hristo M.	m	01:04:52 h	Bulgarien	Ja, mit Vanja
Mariana D.	w	01:37:08 h	Bulgarien	Ja, mit Emila
Petko R.	m	00:30:59 h	Bulgarien	Ja, mit Vanja
00:01:37 h (Teil 1)				
Gabriella S.	w	<i>Kurze Unterbrechung der Aufnahme</i>		Rumänien
		01:09:32 h (Teil 2)		
Javor L.	m	00:57:46 h	Bulgarien	Nein
<i>Nicht in den Datenkorpus integriert wurden zudem zwei Interviews mit rumänischen Frauen, die ebenso durch eine Dolmetscherin unterstützt und im Anschluss durch ein Übersetzungsbüro transkribiert wurden.</i>				

Hallo!

Ich heiße Mira Boing und ich arbeite an der Universität in Siegen. Ich forsche über den Stadtteil [Nolden].
Für ein Interview suche ich Männer und Frauen,
)

-) ab 18 Jahren,
-) die in Nähe des [Birkenplatzes] wohnen,
-) die aus Rumänien oder Bulgarien nach Deutschland gekommen sind, und
-) die Lust haben, mit mir über den Stadtteil zu sprechen.

Mich interessieren Ihre Erfahrungen und Erlebnisse in [Nolden].

Alles was Sie erzählen, bleibt anonym. Ihr Name wird nicht veröffentlicht.

Als Dankeschön erhalten Sie nach dem Interview 20 €.

Sie können die Aufgabe gerne auch an Familienangehörige oder Freunde weitergeben.

Sie erreichen mich per Anruf, SMS, WhatsApp, Telegram oder E-Mail.

Rufen Sie mich gerne an oder schreiben mir.

Ich freue mich auf Sie!
Viele Grüße,

20 € als
Dankeschön

Mira Boing
E-Mail:
xxxx@uni-siegen.de
Telefon/SMS/WhatsApp/Telegram:
0049 XXX XXX XXXX

Kontakt

Salut!

Numele meu este Mira Boing și lucrez la Universitatea din Siegen. Desfășoară cercetările despre cartierul [Nolden].

Pentru un interviu caut bărbați și femei,

-) de peste 18 ani,
-) care locuiesc în apropiere de [Birkenplatz], care au venit din România sau Bulgaria în Germania și
-) care au cîte să discute cu mine despre cartier.

Mă interesează experiențele dumneavoastră în [Nolden].

Tot ceea ce îmi povestiti rămîne anonim. Numele dumneavoastră nu va fi publicat.

Drept mulțumire veți primi după interviu 20 €.

Puteți transmite invitația și membrilor familiiei sau prietenilor.

Mă puteți contacta telefonic, prin SMS, WhatsApp, Telegram sau e-mail.

Sunăți-mă sau scrieți-mi, voi răspunde cu placere.

Aștept cu nerăbdare să mă contactați!

Cu stimă,

20 € ca
mulțumire

Mira Boing
E-Mail:
xxxx@uni-siegen.de
Telefon/SMS/WhatsApp/Telegram:
0049 XXX XXX XXXX

Kontakt

Здравейте!

Кајам се Мира Бойнг и работам в Универзитетот во Загреб. Проучувам квартот [Nolden].

Тврся мъже и жени за интервю

-) над 18 години,
-) когото живее во близост до плошад [Birkenplatz],
-) които са дали в германския от Румъния или България и имат желание да говорят с мен за квартала

Интересуват ме Вашите опит и преживявания във [Nolden].

Всичко, което ще разкажете, ще остане АНОНИМНО.

Вашето име НИМА да бъде публикувано.

След интервюто ще получите 20 евро за благодарност.

Можете да дадете анкетата и на членове на Вашето семейство или на приятели.

Можете да се свържете с мен по телефона, с SMS, WhatsApp, Telegram или мейл.

Обадете ми се или ми пишете.

Це се радвам да се запознаем!

Много поздрави,

20 евро за
благодарност

Мира Бойнг
Индекс:
XXXX@uni-siegen.de
Телефон/SMS/WhatsApp/Telegram:
0049 XXX XXX XXXX

Kontakt

Anhang VI – Kurzfragebogen (Dreisprachig)

Kurzfragebogen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Projekt „Soziale Stadt [Nolden]“

Liebe Teilnehmerin, lieber Teilnehmer,
bevor wir das Interview starten, möchte ich Sie bitten, den folgenden Fragebogen auszufüllen:

Alter:

Geschlecht:

Wohnort (Stadtteil):

Wohndauer im Stadtteil:

Derzeitige

Beschäftigung/Arbeit:

Vielen Dank!

Herzliche Grüße,

Mira Böing

Deutsche Fassung

Chestionar scurt pentru participantele și participanții la proiectul „Soziale Stadt [Nolden] [Orașul social Nolden]“

Dragă participantă, drag participant,
înainte de a începe interviul, vreau să vă rog să completați următorul chestionar:

Vârstă:

Sexul:

Domiciliul (cartierul):

De când locuți în cartier:

Ocupația/munca desfășurată în prezent:

Vă mulțumim!

Cu stimă,

Mira Böing

Rumänische Fassung

Кратка анкета за участниците в проекта „Социален град [Nolden]“

Драги участници,
Преди да започнем интервюто, бих искала да Ви помоля да попълните следната анкета:

Възраст:

Пол:

Местожителство (квартал):

Откога живеете в квартала:

Настоящо занимание/работка:

Благодаря!

Поздрави,

Мира Бъойн

Bulgarsche Fassung

Anhang VII – Überblick visueller Gesprächsimpulse

Nr.	Impuls	Diskursfeld/Zusammenhang mit Ergebnissen aus Analyse I	Datenquelle
1	Zeitungsartikel		
1 a	„Zuwanderung – große Angst um die Zukunft des Stadtteils“	Problemdiskurs Südosteuropäische Zuwanderer/Quantität	Lokalzeitung (veröffentlicht vier Jahre vor Datenerhebung)
1 b	„Wostenberg: Stadt plant, die Kontrolle von Wohnungen, wieder zu intensivieren“	Problemimmobilien/Wohnverhalten	Lokalzeitung (veröffentlicht im Zeitraum der Datenerhebung)
1 c	„Schwerpunktcontrollen in Nolden – unzählige Ordnungswidrigkeiten“	Devianz im öffentlichen Raum	Lokalzeitung (veröffentlicht im Zeitraum der Datenerhebung)
1 d	„Sozialer Brennpunkt Birkenplatz: Jetzt reden wir“	Beschwerdeführer*innen über soziale Probleme am Birkenplatz	Lokalzeitung (veröffentlicht im Zeitraum der Datenerhebung)
1 e	„Nolden: Einsatz mit Hingabe“	Engagierte im Verfügungslandschaftsprojekt „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“	Lokalzeitung (veröffentlicht im Zeitraum der Datenerhebung)
2	Code of Conduct	Konstruktion eines kreativen Stadtteils durch Engagierte	Broschüre, ausliegend in den Räumen des Quartiersmanagements sowie als Download über die Homepage verfügbar
3	Fotos aus Verfügungslandschaftsprojekt „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“	Normierung (Müllsammelaktionen) Kollektivierung (Anonymisierung der Kinder über schwarze Punkte) Spielpraxis	Homepage des Vereins

Anhang VIII – Transkriptionsregeln

(.), (..), (3)	Sprechpausen je nach Länge in Sekunden
/	Wort- und Satzabbrüche
(lachend), (einatmend), (weinend), (seufzend)	Hörbare non-verbale Äußerungen
NICHT	Besondere Betonung von Wörtern
(Wort?)	Vermuteter Wortlaut
(unverständlich)	Wortlaut nicht verständlich
Ähm, Hm, Ja	Fülllaute der befragten Personen werden transkribiert
Und ich sagte dann: ‚Na dann schauen wir mal.‘	Wörtliche Rede innerhalb von Erzählungen
[deutsche Großstadt], [deutsche Mittelstadt]	Anonymisierung von Orten, die außerhalb des Untersuchungsgebietes Wostenberg-Nolden liegen
Anmerkung: Die durch das Übersetzungsbüro transkribierten Interviews wurden primär inhaltlich verschriftlicht, während semantische Aspekte weniger berücksichtigt wurden als bei den von der Interviewerin selbst transkribierten Interviews.	

Eigene Darstellung nach Dresing und Pehl (2024).

Anhang IX – Exemplarische Darstellung der übersetzten Transkripte

Transkript mit Aussagen in Originalsprache	Darstellungsform in der Analyse
Interviewerin: Ich habe auch Fotos dabei/ (Die Interviewerin sortiert ihre Blätter) (4) von/ es ist das gleiche Projekt wie hier im Zeitungsbericht. Es findet jeden [Wochentag] am Birkenplatz statt und ist ein Angebot für Kinder, zum Spielen und es wird auch immer, das sieht man hier, mit Greifern Müll gesammelt [Petko R.: (lachend) Hm hm] und auch hier würde ich dich bitten, die Fotos anzuschauen und zu erzählen, was du so denkst.	Interviewerin: Ich habe auch Fotos dabei/ (Die Interviewerin sortiert ihre Blätter) (4) von/ es ist das gleiche Projekt wie hier im Zeitungsbericht. Es findet jeden [Wochentag] am Birkenplatz statt und ist ein Angebot für Kinder, zum Spielen und es wird auch immer, das sieht man hier, mit Greifern Müll gesammelt [Petko R.: (lachend) Hm hm] und auch hier würde ich dich bitten, die Fotos anzuschauen und zu erzählen, was du so denkst.
Dolmetscher: Това е същият проект, има няколко снимки, всяка [Wochentag]. Да погледнеш снимките те помоли и да си кажеш мнението за децата, в неделя да отиват да играят и (unverständlich) Dies ist das gleiche Projekt, hier paar Fotos, findet jeden Sonntag statt. Sie bittet dich, dass du dir Fotos ansiehst und deine Meinung sagst über (unverständlich)	Dolmetscher: Dies ist das gleiche Projekt, hier paar Fotos, findet jeden [Wochentag] statt. Sie bittet dich, dass du dir Fotos ansiehst und deine Meinung sagst über (unverständlich)
Petko: Супер. (...) Така трябва да се учат децата според мен, за интеграция. Супер. Super. (...) So sollte meiner Meinung nach Kindern die Integration beigebracht werden. Super.	Petko R.: Super. (...) So sollte meiner Meinung nach Kindern die Integration beigebracht werden. Super.
Dolmetscher: Er findet das gut, weil er meint, dadurch integrieren sich die Kinder. Petko: За чужденците особено, защото. Vor allem für Ausländer.	Dolmetscher: Er findet das gut, weil er meint, dadurch integrieren sich die Kinder. Petko R.: Vor allem für Ausländer.
Dolmetscher: Ähm, also er meint auch am meisten, wo die Ausländer sind, die Kinder- dann fällt es denen einfacher, sich zu integrieren. (Interview Petko R., Pos. 297–314)	Dolmetscher: Ähm, also er meint auch am meisten, wo die Ausländer sind, die Kinder- dann fällt es denen einfacher, sich zu integrieren. (Interview Petko R., Pos. 297–314)